

Internationale Zeitung

DM	6.-
SFr	6.50
ÖS	35
FL	6.50
$	3.-
Pds	3.-
Pta	300
FF	18

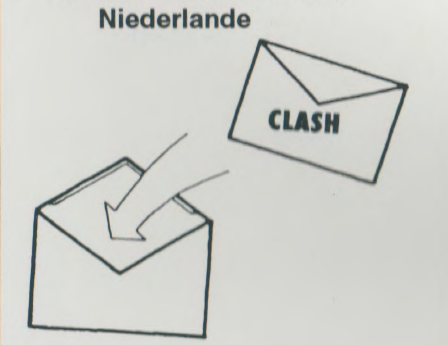
Deutschsprachige Ausgabe - Nummer 10 - Frühjahr '94

Schwerpunkt:
fight **Patriarchat**

Inhalt

Adresse

Post bitte im doppelten Umschlag:
- auf den inneren Umschlag:
CLASH
- auf den äußeren Umschlag:
Stichting Marinus vd Lubbe
Postbus 11149
NL 1001 GL Amsterdam
Niederlande



postbank

5566143

stichting assata info
inz. tijdschrift
NIJMEGEN N.L.

Impressum

Entstanden ist die CLASH aus dem Internationalen Infoladentreffen (IIM), einem halbjährlichen Treffen von Infoläden aus einigen Ländern Europas. Die Nullnummer erschien 1989. Die CLASH erscheint 3 - 4 monatlich in einer englisch- und einer deutschsprachigen Ausgabe. Herausgeber ist ein unabhängiges Redaktionskollektiv von Menschen aus verschiedenen Ländern Europas.
Die inhaltliche Bestimmung ergibt sich aus der Diskussion des Redaktionskollektives, der CLASH Arbeitsgruppe des IIM und der internationalen Beteiligung.
Die CLASH ist in guten Buch- und Infoläden in West-Europa, in den USA, Kanada und darüber hinaus erhältlich. Wenn ihr sie dort nicht findet, sprecht mit den Läden wegen größeren Bestellungen.
V.i.S.d.P.: Stichting Marinus vd Lubbe, Joop Soetemelk

Einsendeschluß:

Nr. 11: Kapitalistische Krise: 30. April '94

Nr.12: Imperialistischer Krieg: 31. Juli '94

Knast - Abos

Wir haben sehr viele Anfragen von Menschen aus dem Knast bekommen, die die CLASH auch lesen wollen. Bisher haben wir ihnen die Zeitung immer zugeschickt. Langsam ist aber unsere finanzielle Kapazität erschöpft. Obwohl wir uns über jeden Brief und jede Anfrage aus dem Knast freuen und auch weiterhin wollen, daß Gefangenen die Adressen von anderen Gefangenen schicken, die auch Interesse haben: wir schaffen es finanziell einfach nicht mehr!
Also: die eine Möglichkeit wäre, die Zeitung noch teurer zu machen, um Knastabos zu finanzieren. Das wurde zwar den Gefangenen helfen, dafür könnten aber Leute draußen, die nicht so viel Geld haben, sich die Zeitung nicht mehr leisten. Also Scheiße: so geht's auch nicht.
Deshalb unser Appüell an Euch:
Ermöglicht den Gefangenen die Teilnahme an der politischen Diskussion!

Sorgt selbst dafür, daß Zeitungen in die Knäste kommen! Übernahmt Knast-Abos!
Knast-Abos heißt: schickt uns 30 DM/30 Franken/20 Dollar ... und wir schicken dafür einer/m Gefangenen 4 Ausgaben und übernehmen auch das Porto. Aber ohne diese Unterstützung von Euch wissen wir wirklich nicht mehr, wie das weitergehen soll.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angebe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Editorial

Verdammt noch mal... wir haben die Schnauze voll

...doch dazu später.

Zuallererst möchten wir etwas zu unserem liebsten Kind sagen, den Schwerpunkten:

Schwerpunkt **Reaktionäre Mobilisierung** von Heft Nr 9. Zu diesem Schwerpunkt haben uns noch in den letzten Monaten Zuschriften aus der Schweiz, Frankreich, Schweden und Groß-Britannien erreicht. Wie zu jedem Schwerpunktthema offengehalten, erscheinen diese Beiträge zusammen als Nachfolgethema. Für diese Ausgabe ist es uns nicht gelungen den Schwerpunkt **Patriarchat** gemeinsam zufriedenstellend zu füllen. Begründungen für diesen Mangel erfahrt ihr auch in unserem Meckerposten an euch. Schwierigkeiten ergeben sich auch aus unserer politischen Zusammensetzung, d.h. es gibt mehr oder weniger große Differenzen unter uns, was die Entschiedenheit, einen antipatriarchalen Kampf zu führen, betrifft. Zudem haben uns auch wenige Zuschriften zu diesem Schwerpunkt erreicht.
Die Präsentationsoptik für den Schwerpunkt **Kapitalistische Krise** in Heft Nr 11 mag verwirren, aber lest bitte nacheinander die Schwerpunktvorstellung, unsere Kritik und dann den Text von Karl-Heinz Roth, um unsere Vorstellungen richtig zu erfassen.
Schwerpunkt **Imperialistischer Krieg**: Wir haben eine Schwerpunktpräsentation erarbeitet, um unsere Vorstellungen zur Diskussion zu stellen.

Grundsätzlich wollen wir noch einmal feststellen, daß unsere Schwerpunktvorgaben keine Garantien für die späteren Artikel geben. Wir wollen nur Orientierungen setzen und Fragestellungen als Diskussionsanregungen geben. Es liegt an euch die Artikel zu verfassen und die Schwerpunkte damit inhaltlich zu füllen und in Diskussion zu treten. Es ist uns auch bewußt, daß wir mit unseren Vorstellungen nicht alle politischen Ansätze erfassen. Ihr seid herausgefordert mit euren Vorstellungen und Ansätzen auf die politische Bühne der Diskussion zu treten. So fühlt euch nicht nur ausgegrenzt, sondern kritisiert und meldet euch zu Wort. Schwierigkeiten haben wir jedoch mit eindimensionalen Analysen und Herangehensweisen, die nicht offen sind für dialektische Auseinandersetzungen.

Die Artikelsammlung zu **El Salvador** haben wir von einer Gruppe der Arbeitsgruppe/IIM aus der BRD zugesandt bekommen. Gut finden wir die Initiative, die sie ergriffen haben, um auch außerhalb der Schwerpunktdiskussionen für internationalistische Diskussionen zu sorgen. Dank an euch für eure Arbeit, wir hoffen die Zeitung ist rechtzeitig vor den Wahlen in El Salvador draußen.

Wir haben wieder viele Briefer, Zeitschriften und Bücher bekommen, für die wir uns bedanken. Wir können jedoch hier jetzt nicht jeden Brief erwähnen, versuchen aber euch direkt zu antworten. Ein Genosse aus Paris schickte uns eine Kritik an der Zeitung. Er schreibt, daß die Zeitung ein gutes Werkzeug sei, aber daß der Erfolg zu sehr abhängig sei von den Beiträgen, die uns zugesandt werden. Seiner Meinung nach „braucht die revolutionäre Bewegung aktuelle, lebendige, undogmatische und dialektische Analysen". Er stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob das Konzept der Zeitung so sinnvoll ist. Wir finden es wichtig konkret und solidarisch kritisiert zu werden, um in dem Diskussionsprozess über die Weiterentwicklung der Zeitung Anregungen zu bekommen.

Von den Philippinen bekamen wir einen Brief mit Geld, allerdings ohne Absender, so daß wir die Zeitung nicht an den Absender schicken können. Wir hoffen, daß die Zeitung trotzdem sein Ziel erreicht.

Es ist uns ein ganz grober Fehler unterlaufen, für den wir uns an dieser Stelle entschuldigen wollen. In der Ausgabe Nr. 7 (Herbst1992) hatten wir ein Interview über antirassistische/antifaschistische Organisierung in den USA übernommen ohne die Quelle dazu anzugeben. Das Interview wurde von „Profane Existence" mit VertreterInnen von AntiRacistAction /Minneapolis-Minnesota geführt und es war im Winter 1991/92 in dem amerikanischen Punk-Magazin „Profane Existence" (Post Office Box 8722; Minneapolis,MN 55408;USA) veröffentlicht worden.

Die jetzige Ausgabe kommt leider später als geplant.
Die Gründe sind hierfür vielfältig und liegen zum Teil auch in Pannen und Auseinandersetzungen, die wir selber zu verantworten haben. Es liegt aber auch darin, daß wir mit Arbeit belastet sind, die wir nicht als unsere Aufgabe begreifen. Vor jeder Ausgabe geht wertvolle Zeit dafür drauf, daß wir Artikel abtippen und layouten. Vieles müssen wir übersetzen (vor allem ins Englische)... alles in letzter Minute, da Artikel zum Teil erst nach Redaktionsschluß bei uns ankommen. Das ist eine Seite des Pro-

blems. Die andere besteht in der oftmals berechtigten Kritik, daß wir zu bestimmten Artikeln oder auch zu aktuellen politischen Entwicklungen keine Positionen beziehen.

Wir sind auch selber unzufrieden mit den Schwerpunktvorstellungen, besonders der letzten zum Patriarchat. Das ist für uns ein permanentes Problem, das wir aber nur lösen können, wenn andere Aufgaben sich reduzieren:

-wir erwarten aus dem deutschsprachigen Raum, daß Artikel mit einer englischen Übersetzung zu uns kommen. Das wird vielleicht nicht immer möglich sein, aber es muß häufiger sein als bisher.
-wir erwarten, daß Artikel layoutet werden und wo möglich auch eine Computer-Diskette mitgeschickt wird (IBM compatibel)
- Für das Layout bitten wir darum, die englische und deutsche Version mit der gleichen Seitenzahl zu machen und an den Rändern genügend Platz zu lassen. Wenn es geht, die Texte bitte 2- oder 3spaltig und in einer 9-10 Punkt Schrift. Bitte DOS compatible Disketten und einen Papierausdruck mitschicken.

Wir setzen natürlich nicht voraus, daß jede und jeder einen Computer oder Übersetzungsmöglichkeiten hat. Es sollen natürlich auch weiterhin Artikel gesendet werden, die nicht layoutet und übersetzt werden können. **Wir werden allerdings in der Zukunft an dieser Frage schärfere Kriterien anwenden.**

Bei dieser Gelegenheit möchten wir uns bei all denen bedanken, die uns mit Übersetzungsarbeiten etc helfen. Ohne dies hätten wir schon längst einpacken können.

Zur Erinnerung mal wieder grundsätzlich: Die Zeitung ist aus dem Grund so teuer, damit sie sowohl für Knastabos weltweit als auch für Menschen in Ländern, in denen solche Zeitungen ein Vermögen kosten, mitgetragen wird. Und gerade von den BezieherInnen, die sich diesen Preis unseres Wissens nach leisten können, wird die Bezahlung derart vernachlässigt, daß uns angesichts dieser Schlampigkeit die Worte fehlen. Wenn es bisher nicht oft genug solidarische Produktionskosten und -weisen gegeben hätte, wäre schon viel früher Schuß gewesen. Zusätzlich wurde oft genug privates Geld aus allen Ecken und Enden reingesteckt, um die schlampige Bezahlung aufzufangen. **Doch jetzt ist die äußerste Belastungsgrenze erreicht.** Die Finanzierungsfrage wird sehr ernsthaft. Verdammt noch mal, zahlt endlich eure Schulden. Fühlt euch angesprochen, bevor wir es direkt tun müssen. Von unserer Seite aus haben wir jetzt die Zahlungsweise vereinfacht.

Wir haben ein Konto!

Doch jetzt mal den Ärger beiseite. Macht's halt!!

In den letzten Monaten sind viele besetzte Häuser geräumt worden, die auch für den Widerstand von Bedeutung gewesen sind. Die Räumungen haben jeweils den Boden für Lebensgemeinschaften, politische Organisierung und kulturelle Projekte beschnitten. Ende letzten Jahres z. Bsp. sind die **„Wohlgroth"** in Zürich/ Schweiz (Kulturzentrum mit Wohnraum von über 100 Leuten) und anfang diesen Jahres die **„Kolk"** in Amsterdam/Niederlande (Kulturprojekt und Wohnraum von über 20 Leuten) und das **„Leoncavallo"** in Milano/Italien (Kulturzentrum und Wohnraum) in Feindeshand gefallen. Wahrscheinlich hat es noch einige mehr getroffen. Schreibt uns doch bitte alle, damit wir einen Überblick der Situation bekommen und sie in Zusammenhang setzen können. Unsere Solidarität gilt den Frauen und Männern, die ihre Lebensgemeinschaften und politische Organisierung in besetzten Häusern gegen die Angriffe der Herrschenden verteidigen, und denen die neue Offensiven mit Besetzungen starten. An dieser Stelle liebe solidarische Grüße an die Frauen und Männer aus den geräumten Häusern.

Viel Spaß beim lesen und Liebe und Soildarität für den Kampf
die Redaktion

Wir haben ein Konto

postbank account

556143

stichting assata info

inz. tijdschrift.

NIJMEGEN, N.L.

Schwerpunkt: Kapitalistische Krise

Diesen Text ist eine erneuerte Vorstellung zum Schwerpunkt, veröffentlicht in die nr. 9. Die I.I.M.-Clash-arbeitsgruppe hat einige Fragen zum Schwerpunkt diskutiert, und wollen hier einige Teile der Ergebnisse darstellen.
Der Text 'economic crisis and workers struggle', von den Italienischen GenossInnen, auch veröffentlicht in die nr. 9 soll euere Aufmerksamkeit haben. Für die Verständlichkeit und Bedeutung der 'Kapitalistische Krise' haben wir den ersten Teil nochmals abgedrückt.
Den Zweiten Teil dieser Text beschreibt eine Diskussion über den Verhältnis zwischen 'Kapitalistische Krise' und Patriarchat.
Den dritten Teil zeigt dass wir es wichtig finden den Schwerpunkt internationalistisch zu betrachten.
Und letztens, eine Einleitung zum Artikel vom K.H. Roth, die wir in diesem Nummer veröffentlichen.

1 Wie verstehen wir die 'Kapitalistische Krise'?

Der obengenannte Artikel der Italienischen Genossinnen nennt es so: "....die gesamte Bourgeoisie ist sich einig dass die Krise verursacht wird durch die übertriebene Forderungen der ArbeiterInnen und sie betonen "die Notwendigkeit den Kosten der Arbeit zu senken". Die Italienische GenossInnen sagen dagegen: "Die Krise (...) wird nicht verursacht durch ausländische Mitbewerber (..), nicht durch korrupte regierungen, und auch nicht durch steigende Lohnen (...) (...)
Im Gegensatz zu vorher, als Menschen litten unter Hunger und Elend als Folge von Mangel, leiden heutzutage Menschen an Hunger und Elend weil sie gezwungen werden zu viel zu produzieren. (Kapitalistische überproduktion)
Gegen alle die behaupten dass das Problem heutzutage in der Kosten der Arbeit liegen, müssen wir klarstellen dass das Problem liegt in der Kosten des Kapitals"

Während den I.I.M. gab es auch eine Diskussion über die Positionen von Frauen, und vom Trikont zu diesem Thema. Wir haben daran auch geredet, und von beide Diskussionen ist die nächste Zusammenstellung bearbeitet.

2 Patriarchale Verhältnisse und Kapitalistische Krise.

In der Schwerpunktvorstellung zur Kapitalistische Krise, wird die Position der Frauen fast nicht erwähnt.
Mit diesem Kenntnis wurde die wirtschaftliche Bedeutung der Reproduktion diskutiert. Während der I.I.M.-versammlung wurde klar dass es unterschiedliche Ideen gab über die Bedeutung von 'Reproduktion'....

*)Reproduktion auf die 'traditionelle' Art heisst: Die Aufgabe der Frauen in die Kleinfamilie, der Haushalt und die Erziehung der Männer und Kinder. Männer sind die Arbeiter, die draussen arbeiten. Frauen 'reproduzieren' ihre Arbeit weil sie nicht direct neue Produkte produzieren (Sie reproduzieren mehr ihr Verhalten, und keine Wahren, es soll kein 'Surplus' geben.) In die Marxistische Theorie heisst es 'einmalige Reproduktion'.)
Maria Mies hat diese Bedeutung kritisiert. Einerseits ist sie biologistisch, anderseits wird die Realität völlig unterschätzt. "Reproduktion ist allenfalls produktiv". Sie schlagt vor dieses Wort zu ändern in 'Substitenzproduktion'(die Herstellung der Bedürfnisse zum Leben). Und: "Wenn wir die Arbeit der Hausfrauen verstehen, verstehen wir die ganze ökonomie."
Die patriarchale Struktur der Gesellschaft bildet den Boden für die kapitalistische Ausbeutung.
Aus: 'Frauen, die letzte Kolonie', hergestellt durch Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt.

**)Reproduktion hat noch eine andere Bedeutung die auch in die marxistische Theorie benutzt wird, manchmal 'ausgedehnte Reproduktion' genannt. Das bedeutet dass wenn der Kapitalist sein Mehrwert investiert in neue Maschinen, er mit der gleichen Arbeitskraft, einen grosseren Mehrwert accumulieren kann.

Wir finden es notwendig Artikeln zu suchen, und zu schreiben die sich konzentrieren auf die aktuelle Entwicklung, in Beziehung zu Frauen. Im welchem Ausmass können wir reden von eine 'reaktionaire Mobilisierung', die die Zurucktreibung von Frauen in diese sog. 'reproductieve Sector' verursacht? Im welchem Ausmass werden Klein-familie und Kleinbürgerliche Morale wieder wichtiger, und auf welche Weise wird reagiert? Gibt es ähnlichkeiten mit den Zeiten vor den 2. Weltkrieg?

3 die Krise im Tri-Kont

Die Rekonstruktion der kapitalistischen Weltordnung ist auch notwendig für die weitere Ausbeutung vom Tri-Kont. Wenn Regierungen in der 'reiche Welt' sich beklagen können über ihre Krise, dann können sie es auch 'verkaufen' das Leute anderswo verrecken.

(Lese weiter auf seite 52)

Schwerpunkt: Imperialistischer Krieg und Vereinte Nationen

Die Diskussion auf dem Internationalen Infoladentreffen (IIM) machte deutlich, daß der Schwerpunkt „Imperialistischer Krieg" eingegrenzt werden muß. Eine allgemeine Diskussion über Fragen und Aspekte des „Imperialistischen Krieges" ist so umfangreich, daß dabei entweder ein Buch oder eine wahllose Sammlung verschiedenster Aspekte herauskommen würde.
Als „rote Linie" sollte sich daher die (Kriegs-) Politik der Vereinten Nationen durch den Schwerpunkt ziehen. Darüberhinaus sollte versucht werden, die vorherigen Schwerpunkte in eine Analyse mit einzubeziehen. Als dritter Aspekt sollte der Kampf gegen den „Imperialistischen Krieg" sowohl in den imperialistischen Metropolen, als auch in der „Peripherie" Bestandteil des Schwerpunktes sein.

Seit dem Zusammenbruch des Realsozialistischen Blocks erlangte die UNO eine neue Rolle im Rahmen der imperialistischen Weltordnung. Sie war nicht mehr länger dadurch geprägt, daß die sich gegenüberstehenden Blöcke gegenseitig blockieren konnten und dadurch die UNO zu einem kaum handlungfähigen Instrument wurde. Interventionen der UNO stellten immer den Versuch dar, das labile Gleichgewicht zwischen den USA und der SU zu erhalten. In diesem Spannungsverhältnis ergaben sich vereinzelt auch Spielräume für die Trikontstaaten, die allerdings immer an Grenzen stießen.
Über die UNO substanzielle Veränderungen zu ihren Gunsten durchzusetzen war nicht möglich, da dies das Gleichgewicht zwischen den Blöcken hätte kippen können. Aber auch der reale Machtverlust der SU und deren Politik der „Friedlichen Koexistenz" führten zu einer Festigung des weltweiten imperialistischen Normalzustandes. Die Neutralisierung der VR China, bzw. deren Interessen in ihrem kapitalistischen Entwicklungsweg machten die UNO dann endgültig zu einem Spielball der kapitalistischen Metropolen.
Nach dem Zusammenbruch der SU wurde aus dem Spielball imperialistischer Interessen ein Instrument zur Durchsetzung imperialistischer Interessen der kapitalistischen Metropolen.

Der Schwerpunkt soll versuchen, die Rolle der UNO (-Kriegspolitik) zur Durchsetzung der imperialistischen „Neuen Weltordnung" darzustellen und zu diskutieren. Der Schwerpunkt soll Handlungsperspektiven und mögliche Strategien des Widerstands aufzeigen.
Bisher liegen noch keine Artikel vor und die folgenden Fragestellungen sollen Beispiele oder Anregungen sein - FÜR EUCH - Artikel beizutragen!

* Der deutlichste Ausdruck der „Neuen Weltordnung" war der II. Golfkrieg. „Die Linke" hatte es dort kaum geschafft, einen Widerstand gegen den imperialistischen Krieg zu entwickeln. Noch weniger scheint es eine Antwort darauf zu geben, wie wir mit dem Krieg in Yugoslawien und in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion umgehen.
Gibt es Diskussionen, (Ansätze von) Strategien gegen die imperialistische (UNO-) Kriegspolitik? Wird diese Frage in die antirassistische und antifaschistische Arbeit mit einbezogen?
(- Überblick aus den Ländern über Diskussionen und Aktionen)

* Nicht erst direkte militärische Intervention bedeutet für die Völker des Trikont Kriegszustand. Welche Rolle spielt die UNO darin?
(- Ausarbeitung über die (Veränderung der) Rolle der UN-Unterorganisationen: FAO, UNESCO, WHO ...)

* Mit dem Märchen von Nahrungsmangel und Überbevölkerung wurde versucht die imperialistische Bevölkerungspolitik zu legitimieren. Nach wie vor bedeutet dies einen ununterbrochenen Angriff auf die Rechte und die Integrität der Frauen.
Welcher Widerstand entwickelte sich dagegen? Wie kann eine antipatriarchale Strategie gegen den imperialistischen Krieg entwickelt werden?

* Welche Rolle spielt die UNO bei low-intensity-warfare? Wie wirkt sich die neue Rolle der UNO auf die US-Strategie zur Durchsetzung ihrer Interessen aus? Welchen Einfluß haben die anderen imperialistischen Staaten, wo und vor allem warum zeigen sich Widersprüche im imperialistischen Lager?

* Die aus Sicht der UNO „erfolgreichen" Missionen in Kambodscha und in El Salvador sollen ein Modell zur Befriedung und letztlich zur Zerschlagung der Nationalen Befreiungskämpfe werden.
Welches Verhältnis entwickeln Nationale Befreiungskräfte zur UNO? Wie geht die Linke in den Metropolen damit um?

* Welche Bedeutung hat der „Anti-Drogen-Krieg"; „Ökoimperialismus"; der Kampf für „Demokratie und Menschenrechte", gegen den „islamischen Fundamentalismus" und gegen die „Überbevölkerung" etc für die Durchsetzung der imperialistischen Weltordnug und welche Rolle spielt die UNO?

* Jeder Krieg hat Profiteure.
Imperialistischer Krieg als Bewältigung der kapitalistischen Krise? **An welchen Punkten wird eine antikapitalistische Politik mit Widerstand gegen imperialistische Kriegspolitik verbunden?**

*** Perspektiven ...**

Kampf dem Patriarchat in Lateinamerika ...

Die Feministische Bewegung

Das Treffen in Montelimar war das bisher größte und heterogenste Treffen zentralamerikanischer Frauen und das erste, das Lesbengruppierungen einschloß und die Diskussion über die Lesbenbewegung offiziell als Programmpunkt vorsah. Schwarze Frauen berichteten über Leiden und Freuden der weiblichen schwarzen Erfahrungen im Leben Zentralamerikas. Indianische Frauen veranstalteten ein Seminar, in dem Identität und Beziehungen von indianischen und mestizischen Frauen gegenübergestellt und miteinander verglichen wurden.

Der Kongreß stellt einen Meilenstein in der entstehenden Frauenbewegung Lateinamerikas dar. Während der siebziger und achtziger Jahre haben Medien, katholische Kirche und viele politische Parteien Karikaturen von Feministinnen verbreitet, in denen sie als bequem, egoistisch, familien- und männerfeindlich usw. verunglimpft wurden. Eine derartige Stigmatisierung ließ es nur schwer vorstellbar erscheinen, daß eine feministische Bewegung von wirklicher Bedeutung in Lateinamerika jemals Fuß fassen könnte.

Aber dennoch breitete sich Ende der achtziger Jahre, als Nachfolgerin der ersten Etappe der Frauenbewegung Ende des neunzehnten und Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, eine zweite feministische Welle aus. Die wichtige Rolle, die Frauen überall in der Region in sozialen Bewegungen spielten, der Kontakt lateinamerikanischer Frauen im Exil mit Feminismus und Frauenorganisationen und der Austausch über Solidaritätsbewegungen mit Feministinnen aus den USA und Europa schuf einen fruchtbaren Boden für das Auftauchen des Feminismus in einer Reihe lateinamerikanischer Länder, besonders in Peru, dem Cono Sur, Brasilien, Mexico und der Dominikanischen Republik.

Nach Zentralamerika kam der Feminismus erst spät – mit Ausnahme von Costa Rica. Dies war zum Teil dadurch bedingt, daß durch Krieg und Revolution andere Prioritäten dringender erschienen. Die traditionelle mächtige Präsenz von ausländischen und einheimischen Eliten unterdrückte die Entstehung sozialer Bewegungen und verursachte die Isolierung der einzelnen Länder voneinander. Durch die multinationalen Konzerne war es von jeher einfacher, mit den USA Handel zu treiben oder dorthin zu telefonieren, als mit einem anderen Land Zentralamerikas zu kommunizieren.

Feministische Perspektive

Das Treffen in Montelimar war der erste Versuch einer Zusammenarbeit von Feministinnen aus ganz Zentralamerika. Bezeichnend für den versuchsweisen Charakter des Projekts erschien das Wort „feministisch" nicht im Programm, weil die Organisatorinnen aus einigen Ländern fürchteten, daß viele Frauen bis dahin nie die Möglichkeit gehabt hatten, sich mit diesem Thema vor einem sicheren Hintergrund auseinanderzusetzen. Natürlich war Feminismus trotzdem die treibende Kraft hinter den Fragen, die den Rahmen der Diskussionsgruppen und Workshops bildeten, beim Prozeß der Methodenbildung wie auch bei dem zentralen Punkt des *encuentro*, den regionalen Strategien zur Stärkung der Frauenbewegung.

Die Frauen wurden ermutigt, *als Frauen* zu diskutieren und sich *als Frauen* zu organisieren – „für, von und durch Frauen," wie eine der Organisatorinnen es formulierte. Die Teilnehmerinnen sprachen über ihre Einschätzungen der täglichen Erfahrungen zentralamerikanischer Frauen, über ihre Sehnsüchte und Träume für die Zukunft. Damit konzentrierten sich die Frauen darauf, die soziale Realität nicht nur für andere, sondern gerade auch für sich selbst zu verändern. Auf diese Weise wurde das Politische persönlich und das Persönliche politisch. „Viele Frauen in Zentralamerika haben keinen expliziten Namen für das, was sie denken oder tun; das heißt, sie können nicht sagen, 'ich bin Feministin aus diesem oder jenem Grund'" sagte Carmen Lucía Pellecer, Mitglied der guatemaltekischen Frauenorganisation Tierra Viva, der ersten Gruppe, die ausdrücklich sowohl eine feministische als auch eine auf die Volksbewegung ausgerichtete Zielsetzung hat. „Aber sie fangen an, eine feministische Perspektive zu entwickeln, wenn sie beginnen, mit Frauen von einem Standpunkt als Frau aus zu arbeiten. Am Anfang arbeiten sie allgemein für andere Frauen, und am Ende arbeiten sie auch für sich selbst. Genau an diesem Punkt beginnen die Frauen, einen Raum für sich zu suchen und zu fordern".

Implizit bei der Diskussion auf dem *encuentro* war die Annahme, daß alle Frauen – nicht nur die armen und die aus der Arbeiterschicht – in gewissem Ausmaß die Erfahrungen von Sexismus und Unterdrückung teilen und daß sich daher klassenübergreifende Koalitionen und Allianzen bilden können, um an gemeinsamen Projekten zu arbeiten. Implizit, wenn auch nicht von allen anwesenden Frauen geteilt, war die Einschätzung, daß die Unterdrückung von Frauen immer direkt angesprochen werden muß, auch wenn ein Zusammenhang mit anderen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung aufgrund von Klasse, Imperialismus oder ethnischer Zugehörigkeit besteht. Das Regionale Organisations-Komitee formulierte eine gute Arbeitsdefinition von Feminismus: *Unsere Politik ist feministisch, weil Feminismus eine individuelle und kollektive Art zu leben propagiert, die ungleiche Machtverhältnisse, nicht nur zwischen den Geschlechtern, sondern auch in der Gesellschaft als ganzes, ablehnt. Feminismus ist eine traditionelle soziale Praxis in Lateinamerika, und wir Frauen aus Zentralamerika steuern unsere eigenen Elemente zu dieser Tradition bei. Wir wollen eine breite Anhängerinnenschaft begründen, die eine Art von Feminismus aufbaut, der seinen Ursprung in unseren materiellen Lebensbedingungen hat und von dem aus wir nach Vorschlägen für umfassende Veränderungen suchen.*

In der idyllischen Umgebung von Montelimar kamen viele potentiell kontroverse und bisher als tabu geltende Themen zur Sprache, angefangen von der Stärke von Frauen in gemischten Organisationen und Institutionen, über Gewalt in der Familie bis hin zu reproduktiven Rechten, sexuelle Orientierung und Sexualität.

Für viele Teilnehmerinnen bedeutete der *encuentro* nicht nur einen Moment, in dem sie für jahrelange mühevolle

brasilianischer Städte hat Basisarbeit auf lokaler und regionaler Regierungsebene in einem Maße ermöglicht, das in Lateinamerika einzigartig ist. Bei gleichzeitiger Unterstütung von Nachbarschafts- und Basisbewegungen den Schwerpunkt auf lokale und regionale Kämpfe zu setzen, stärkt in jedem Fall die Frauenbewegung.

Die Ziele

Falls es einen Trend gibt, der die Organisierung von Frauen in der Region kennzeichnet, ist es die zunehmende Vielzahl der Organisationsformen, Strategien und kreativen Ideen. Diese Vielfalt spiegelt zum einen die enorme Vitalität und Stärke der Bewegung in einer sehr konservativen Zeit wider, zum anderen stellt sie eine große strategische Herausforderung dar.

Wie können die vielen Ausdrucksformen von Unzufriedenheit und Widerstand koordiniert werden, um Basisdemokratie zu verbreiten und zu schützen? Wie kann erkannt und akzeptiert werden, daß Frauen auf vielen Wegen zu feministischen Aktivitäten gelangen – über einen religiösen, ethnischen, familiären Hintergrund, ihre sexuelle Orientierung oder als Antwort auf eine ökonomische Krise? Wie kann eine Feministin auch in andere Kämpfe involviert sein, ohne eine Rangfolge erstellen zu müssen?

Das politische, wirtschaftliche und kulturelle Umfeld, in dem Feministinnen im Cono Sur, genauso auch in Mexico und Costa Rica, agieren, erscheint immer noch groß im Vergleich zu den Hindernissen, die in Nicaragua, El Salvador und Guatemala überwunden werden müssen. In den letztgenannten Ländern ist Feminismus geboren aus Krieg und Revolution, mit allen Verlusten und Opfern, die jene katastrophalen Ereignisse mit sich brachten. Während die Zerstörung der alten Ordnung feministische und geschlechtsspezifische Organisierung in einem hohen Maß ermöglicht hat, ist der Prozeß der Erneuerung ungleich stärker als im Cono Sur, wo die politische Infrastruktur und Kultur erhalten sind.

Überall in der Region sieht sich die Frauenbewegung bedeutenden Herausforderungen gegenüber. Die zerstörerischen Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik haben zu einem kritischen Moment in der Geschichte des Frauenwiderstandes geführt. „Wir Feministinnen haben in einem sehr schwierigen Augenblick über unser Streben nach Macht zu sprechen begonnen. Genauer gesagt, in dem Augenblick, wo unsere engsten Verbündeten, die linken Männer, die Macht verloren", so Mamgali Pineda, eine dominikanische feministische Veteranin. „Es scheint, daß zur Zeit alle Gesellschaften in eine konservative Phase eingetreten sind, die tiefgreifende (strukturelle) Veränderungen unwahrscheinlich machen. Aber es ist besser, wir beginnen spät als nie".

Aber genau weil die Situation nach einfallsreichen Antworten und neuen Visionen verlangt, sind die lateinamerikanischen Frauen zunehmend unzufrieden mit Versprechungen von indirektem Zugang zu Einfluß. Piñeda warnt alle, die weiterhin die potentielle Fähigkeit des Feminismus in Lateinamerika zur Neubestimmung von Macht und politischen Zielen unterschätzen: „Wenn die Leute schon Angst vor dem Kommunismus hatten, weil er eine radikale Bewegung war, die die Welt in Angst und Schrecken versetzte, sollten sie jetzt erst recht Angst haben, denn die feministische Bewegung ist wirklich radikal... radikal weil wir die Dinge an der Wurzel verändern wollen."

Norma Stoltz-Chinchilla

Leicht gekürzt aus: NACLA, July/August 1993

Norma Stoltz Chinchilla ist Direktorin des „Women's Study"-Programms an der California State University.

Homophobie

Gewalttätige Verfolgung von Homosexuellen in USA und Lateinamerika

Dr. Francisco Estrada Valle, Mitbegründer von AVES, eines der ersten AIDS-Informationsprogramme in Mexiko, sollte am 12. Juli 1992 ein Seminar zur AIDS-Vorbeugung an einer Schule abhalten. Als er nicht erschien, meldeten seine Freunde ihn als vermißt. Am nächsten Morgen wurden Estrada und zwei andere schwule Männer, der Physiker René de la Torre González und der Lehrer Javier Rivero Meléndez, in einer Wohnung im Süden von Mexiko Ciudad gefunden — die drei waren geknebelt, erstochen und stranguliert worden.

In derselben Woche wurden drei weitere Schwule unter ähnlichen Umständen in der Gegend von Mexiko-Stadt ermordet. Seitens Polizei und Regierung wurden die Morde als Sexualverbrechen deklariert.

Aids- und Schwulenrechts-Organisationen hingegen bestehen darauf, daß die Morde Teil einer gewalttätigen Welle zur Einschüchterung von - nicht nur - mexikanischen Homosexuellen sind.

Die Polizei hat bislang keine Verdächtigen festgenommen. Erst allmählich beginnen Lesben- und Schwulengruppen in Lateinamerika länderübergreifend Informationen auszutauschen und Aktionen zu koordinieren, so daß bislang Schätzungen über das Ausmaß der Gewalt gegen Homosexuelle für den gesamten Kontinent schwierig sind. Die vorliegenden Zahlen können aber dennoch eine Vorstellung des Problems geben. Die Grupo Gay da Bahia (GGB), eine brasilianische Schwulen-Organisation, hat in den achtziger Jahren 1200 Morde an Lesben und Schwulen in Brasilien dokumentiert. Die Täter gehen häufig straffrei aus oder erhalten sehr milde Urteile.

In Kolumbien wurden zwischen 1986 und 1990 über 328 Morde an Schwulen verzeichnet. Laut einer Menschenrechtsorganisation aus Bogotá liegt die Dunkelziffer jedoch noch weitaus höher. Auch in Ecuador und Peru werden Lesben und Schwule Opfer von Anschlägen: im Dezember 1991 wurden acht Homosexuelle auf den Straßen des Wohn- und Einkaufsviertels La Hariscal in Quito getötet. Der lokalen Presse war zu entnehmen, daß die Polizei bereits vorher über mindestens eine Gruppe von Einwohnern informiert war, die gedroht hatte, den Touristenbereich „zu säubern" und ihn genau auf diesem Wege von Homosexuellen und Prostituierten zu befreien. Ähnliche Berichte kursieren über Lima, wo es eine starke Schwulen-Szene gibt.

Die Killer sind typische Todestrupps, die in den meisten größeren Städten der genannten Länder agieren. Als Ziel propagieren sie die „soziale Säuberung". Nach Angaben des kolumbianischen Schwulenaktivisten Ricardo Contreras setzen diese Trupps sich aus jungen Männern aus wohlhabenden Familien und Polizeioffizieren zusammen. Sie werden durchgängig unterstützt von Extremisten des rechten Flügels. Viele ihrer Opfer sind junge männliche Prostituierte und Transvestiten, die, von Armut und Hoffnungslosigkeit gezwungen, ihren Körper auf der Straße verkaufen. Die

Todeskommandos rechtfertigen ihre Aktionen damit, daß diese Homosexuellen Träger des AIDS-Virus seien und daß sie die Touristen fernhalten würden. Die Morallehre der katholischen Kirche, die Homosexualität verurteilt, gibt den Verbrechen zusätzlich einen Anstrich der Legitimität.
Gewalt ist die extremste Form von Homophobie in Lateinamerika. Gesellschaftlich bedeutsamer sind konservative Kampagnen, deren Zielscheibe Homosexuelle sind.
In den meisten Ländern Lateinamerikas wurde nach der Unabhängigkeit der Code Napoléon übernommen, der Sanktionen gegen Homosexuelle verbietet. Nur in Ecuador und Chile sind homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen strafbar. Aus diesem Grunde werden die von Regierungen unterstützten Anti-Schwulen Kampagnen immer mit dem Argument geführt, daß Homosexualität „den moralischen Anstand verletzen" oder „zu Landstreicherei führen" würde.
In den siebziger Jahren, als in Europa und den USA die Schwulen- und Lesbenbewegung entstand, herrschten in vielen Staaten Lateinamerikas die Militärs, die sich zumeist auf die christliche Moral beriefen. Die Oberen der Katholischen Kirche aber, die dazu tendierten, diese Regime zu unterstützen, verurteilten Homosexualität. In einigen Ländern hat sich seit dem Abgang der Militärs diese Haltung seitens der Regierungen etwas liberalisiert.
Nicht so in Nicaragua: Violeta Chamorro leitet dort eine neue konservative Kampagne, die u.a. auch Homosexuelle zur Zielscheibe hat. Im vergangenen Sommer gab sie ihren Segen zu Artikel 204 (vorher 205) des neuen Strafgesetzes, der Freiheitsstrafen zwischen ein und drei Jahren vorsieht für denjenigen, der „Geschlechtsverkehr zwischen Personen desselben Geschlechts auf anstößige Weise herbeiführt, unterstützt oder praktiziert".
Der sandinistische Block in der Nationalversammlung stimmte gegen diese Reform. Schwule und Lesben zweifelten an der Verfassungsmäßigkeit des Artikels und klagten vor dem nicaraguanischen Verfassungsgericht. Von seiten der größten Lesbenorganisation des Landes werden Befürchtungen laut, daß das neue Gesetz auch die AIDS-Aufklärung erheblich zurückwerfen könnte, da Kampagnen für „Safer Sex" leicht als Aufruf zur Homosexualität ausgelegt werden könnten.
Zur gleichen Zeit wie sich in Europa und den USA die Schwulen- und Lesbenbewegung formierte, begannen auch in Lateinamerika die Homosexuellen zusammen gegen die Homophobie in ihren Ländern zu kämpfen.
In den frühen siebziger Jahren bildeten sich entsprechende Gruppen in Mexiko, Argentinien und Puerto Rico, drei industrialisierte Länder mit einer großen Mittelschicht, die (noch) keine Militärdiktatur hatten.
Die erste Homosexuellenrechtsorganisation in Lateinamerika war wahrscheinlich Nuestro Mundo, die 1969 in Buenos Aires von einem ehemaligen Mitglied der Kommunistischen Partei gegründet wurde.
1971 gründete Nuestro Mundo gemeinsam mit einer Gruppe schwuler Intellektueller die FLH, die argentinische Homosexuelle Befreiungsfront. Sie sollte, unter anderem durch Herausgabe einer Zeitschrift, zur Organisierung der Homosexuellen genutzt werden. Die FLH nahm an linken Demonstrationen und Versammlungen teil, auch noch nach dem Putsch von 1973.
Die Verhaftung und Ermordung von Tausenden, darunter auch vielen Lesben und Schwulen, unmittelbar nach dem Staatsstreich im März 1976 führte zur Auflösung der FLH und vernichtete die Homosexuellenbewegung in ihren Anfängen.
Zwei Jahre später wurde in Brasilien die erste Homosexuellenbewegung in einem Klima demokratischer Öffnung organisiert, das durch die Wirtschaftskrise und die Mobilisierung von StudentInnen, Intellektuellen und ArbeiterInnen gegen das Militärregime entstanden war.
Die Zeitschrift Lampiao, die monatlich an Zeitungsständen überall in Brasilien zu kaufen ist, und die Organisation SOMOS versuchen, Verbindungen zu schaffen zwischen benachteiligten Minderheiten wie „Frauen, Schwarzen, Homosexuellen und IndianerInnen".
Streit entstand innerhalb der Homosexuellenbewegung über die Frage, ob es erstrebenswert ist, sich mit anderen sozialen Bewegungen und mit der Arbeiterpartei (PT) zu verbünden oder ob es es sinnvoller ist, autonom zu agieren und an der eigenen Bewußtseinsbildung zu arbeiten.
1983 hatte sich ein großer Teil der Bewegung zerstreut, erschöpft von inneren Streitigkeiten, dem Fehlen einer klaren Perspektive und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten.
Wie in Brasilien entstand auch in Argentinien, Uruguay und Chile mit dem Ende der Militärherrschaft ein gesellschaftliches Klima, das das Anwachsen einer Homosexuellenbewegung begünstigte.
Während der vergangenen fünf Jahre haben die Schwulen- und Lesbenorganisationen vor allem in vier Bereichen gearbeitet: in der Bekämpfung von Stimmungsmache und Gewalt gegen Homosexuelle; durch die Forderung nach gesetzlicher Anerkennung ihrer Organisationen; durch die Unterstützung von AIDS-Gruppen und schlißlich durch die Veränderung der homosexuellenfeindlichen Einstellung innerhalb der Gesellschaft.
Bekanntmachung von gewalttätigen Vorfällen und Protestdemonstrationen sind ein wichtiger Teil der Arbeit. Vor allem in Brasilien und Mexiko sind die Organisationen sehr stark.
Im Gegensatz hierzu ist es den Todestrupps in Kolumbien gelungen, die Schwulen und Lesben einzuschüchtern und zu verängstigen, so daß eine feste Organisierung kaum erfolgt.
Der Mord an Dr. Francisco Estrada Valle löste nicht nur in Mexiko Ciudad Proteste aus. Er führte auch zu einer internationalen Kampagne gegen die Untätigkeit der mexikanischen Regierung bei den Nachforschungen nach den Mördern.
Der bekannteste Kampf um rechtliche Anerkennung ist von der 1983 gegründeten Argentinischen Vereinigung der Homosexuellen (CHA) geführt worden. Nachdem drei diesbezügliche Petitionen vom Justizminister abgelehnt worden waren, sagten Schwule und Lesben Präsident Menem auf seiner Reise durch Europa und die USA im vergangenen Jahr mit Hilfe einer international koordinierten Kampagne den Kampf an. Unter dem Druck der Demonstrationen und der Berichterstattung in der Presse war die argentinische Regierung schließlich gezwungen, der Organisation einen rechtlichen Status zuzusprechen.
Wie in diesem Fall wird allgemein eine internationale Zusammenarbeit angestrebt: Auf einem Treffen lesbischer Latinas im vergangenen Jahr in Puerto Rico kamen 158 Frauen zusammen, die eine Hälfte Migrantinnen aus den USA, die andere aus Nicaragua, Puerto Rico, Costa Rica und der Dominikanischen Republik. Das Treffen sollte nicht nur dem Erfahrungsaustausch dienen, sondern auch der Planung zukünftiger gemeinsamer Aktivitäten. Im November 1992 trafen sich VertreterInnen von 19 südamerikanischen Lesben-und Schwulengruppen in Santiago, Chile, um ihre Erfahrungen zu diskutieren. Der internationale Austausch soll helfen, die Isolation der AktivistInnen in ihren Ländern aufzubrechen.
Vierundzwanzig Jahre sind es her, daß die erste Homosexuellenvereinigung in einem Arbeiterviertel in Buenos Aires gegründet wurde. Die Machtergreifung der Militärs in vielen Ländern sowie die tiefe wirtschaftliche Krise des Kontinents hatten die Entwicklung der Homosexuellenbewegung zeitweilig zum Stillstand gebracht. Dennoch sind die AktivistInnen überall in Lateinamerika heute zuversichtlich. Denn es bilden sich immer neue Gruppen, die der Homophobie, der Gewalt gegen Homosexuelle und der Gleichgültigkeit der Regierungen gegenüber der AIDS-Krise den Kampf ansagen.
Während die antihomosexuelle Stimmung in der Gesellschaft, forciert durch die katholische Kirche, weiterhin überwiegt, ist trotzdem zu spüren, daß die Dinge sich ändern und die Mauern der Diskrimierierung allmählich einstürzen.

James Green und Enrique Asis

gekürzt aus: nacla/USA, Februar 1993

Märchen von Hexen und anderen Frauen

"Das" Patriarchat ist bekanntermaßen schon ziemlich alt. Unterdrückung von Frauen durch Männer sowohl im öffentlichen Leben, als auch - soweit wir es aus der herrschenden Geschichtsschreibung kennen - im Privaten gibt es schon seit einigen tausend Jahren. Dennoch gab es zu den verschiedenen geschichtlichen Epochen auch unterschiedliche Ausprägungen dieses Unterdrückungsverhältnisses. Der Alltag von Frauen im Römischen Reich war ein anderer als von Frauen des Mittelalters, diese lebten wiederum anders als wir heute. Die Veränderungen im Leben von Frauen sind abhängig von anderen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen. "Das" Patriarchat verändert sich in seiner Wirkungsweise und den Mechanismen ständig, paßt sich den anderen gesellschaftlichen Zuständen an und hat gleichzeitig Einfluß auf diese.

In dem Alltag und dem Leben von Frauen aus dem Mittelalter gibt es durchaus einige Parallelen zu heute, aber natürlich auch wesentliche Unterschiede. Diese sollen hier kurz dargestellt werden, ebenso die wichtigsten Veränderungen, wie sie durchgesetzt wurden und in welchem größeren Zusammenhang sie geschahen.
Das Mittelalter, wie es in den Schulbüchern gelehrt wird, war eine dunkle, düstere Zeit, in der die Menschen hart arbeiten mußten, unterdrückt wurden, massenweise Kinder bekamen, von denen der Großteil früh starb. Das Mittelalter war angeblich die Zeit der Hexenverbrennungen, der Seuchen und der Kriege...und wir können heute froh sein, in einer anderen, angeblich sehr viel besseren Zeit zu leben. In der herrschenden Geschichtsschreibung wird uns höchstens ein Bild vom Alltag der Mächtigen vermittelt, selten ist vom "gemeinen Volk" und so gut wie nie vom Leben der Frauen die Rede. Genau sowenig wie heute läßt sich jedoch für das MA die Situation "der Frau" im Allgemeinen beschreiben. Es gab große Unterschiede im Leben der Frauen. Frauen in der Stadt lebten anders als Frauen auf dem Land, reiche anders als arme.

1. Leben im Mittelalter

Das MA wird zeitlich festgelegt von dem Ende des letzen Jahrtausends bis zum Jahre 1492, der "Entdeckung" Amerikas. Wirtschaftlich und politisch herrschte in dieser Zeit die Feudalgesellschaft. Der Adel und der Klerus wurden vom Volk, hauptsächlich Bauern und Bäuerinnen durchgefüttert. Daneben gab es einige wenige Städte, die nicht der Verwaltung des Adels unterstanden. Städte waren Orte des Handels und des Handwerks. Die Handwerker und Handwerkerinnen waren in Zünften zusammengeschlossen, die z.B. festlegten, welcher Betrieb wieviel von welchem Produkt produzieren durfte. Vertreter der Zünfte waren auch in den Stadtverwaltungen, den Räten vertreten.
So wie heute kümmerte sich der Großteil der Menschen wohl kaum um diese äußeren Bedingungen ihres Lebens, sie hatten ihren Alltag, wurden geboren, lebten, arbeiteten, bekamen Kinder - oder auch nicht - wurden alt und starben. Die Menschen im MA waren zumeist ihr ganzes Leben lang in eine feste Gemeinschaft eingebunden : Dorf, Zunft, Großfamilie.
Innerhalb des Zeitraums, den wir heute Mittelalter nennen, gab es verschiedene Phasen. Zeiten wirtschaftlicher Blüte oder wirtschaftlicher Krisen gab es damals wie heute und sie zogen schon damals Veränderungen im Leben der Menschen nach sich. Gegen Ende des MA wurde das Bürgertum langsam zu einem starken wirtschaftlichem Faktor, der Handel und die Produktion wurden ausgeweitet und die alten Zunftgesetze mit ihren strikten Produktionsbeschränkungen wurden zum Hemmschuh dieser Entwicklung.

Kirche

Es heißt, im MA hätten alle Menschen unter der absoluten Herrschaft des Adels und vor allem der Kirche gelebt. Es stimmt ohne Zweifel, daß die äußeren Lebensbedingungen von diesen beiden Mächten vorgegeben waren. Der Adel und die Kirche besaßen das Land, das die Bauern und Bäuerinnen bearbeiteten und für das sie Frondienste leisten und Abgaben zahlen mußten. Aber welchen Einfluß hatten die Lehren der Kirche tatsächlich auf das Leben der Menschen ? Um 1200 gab es z.B. im Elsaß je einen Priester, zur Betreuung von bis zu vier Dörfern. Dorfpriester waren in der Regel schlecht ausgebildet und waren oft selbst Männer aus dem einfachen Volk. Es ist zu bezweifeln, daß die Doktrinen der obersten Kirchenherren von den einfachen Menschen strikt befolgt wurden. Es gab die Regeln der Kirche, die eingehalten wurden soweit der Vertreter des Klerus es mitbekam und ansonsten lebten die Menschen wahrscheinlich ihr eigenes Leben.
" Wir müssen uns vergegenwärtigen, wie spät und wie unvollständig die Menschen in Nordeuropa zu Christen wurden. Beim Stichwort 'Christianisierung' denken wir meist an Karl, ... der im Jahre 800 vom Papst in Rom zum Kaiser gekrönt wurde und als Karl der Große und Begründer der abendländischen Kultur in die Geschichte einging. Seine Aktivitäten sagen natürlich nichts über eine Veränderung von Glauben und Gebräuchen des Volkes aus, und so setzt beispielsweise die Brockhaus Enzyklopädie die Christianisierung 500 Jahre später an und formuliert äußerst vorsichtig: 'Im 13.Jahrhundert schien Europa dem Christentum gewonnen, ohne daß überall von einer tiefen Erfassung christlichen Glaubens und christlicher Sitte gesprochen werden könnte'. Und wenn in den Geschichtsbüchern von der großen 'Volksfrömmigkeit' des Mittelalters die Rede ist, so haben wir uns diese als stark mit vorchristlichen Elementen durchsetzt vorzustellen. Wir können davon ausgehen, daß die alten Götter und Kulte noch sehr lange im Bewußtsein der Menschen weiterlebten." (1)

KetzerInnen

Im 12.Jahrhundert entstanden verschiedene Ketzerbewegungen. Sie wurden zwar als religiöse Bewegungen angesehen, orientierten sich aber sehr stark an der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Menschen. Gemeinschaften wie die Katharer oder Waldenser stellten eigene Regeln auf, die von denen der offiziellen Kirche abwichen und in denen sich viele vorchristliche Elemente wiederfanden. Nicht selten wurde auch versucht, zu den Ursprüngen des Christentums zurückzukehren: gleiche Verteilung der Güter unter allen Mitgliedern der Gemeinde, Betonung der Gleichheit aller Gläubigen. Der Anteil der Frauen in den verschiedenen Gruppen war sehr hoch, hatten sie hier doch in der Regel mehr Freiheiten als üblich. So konnten Frauen hier predigen und lehren und hatten innerhalb der Bewegungen auch begrenzte politische Verantwortung.
Die Ketzerbewegungen waren dem Klerus ein Dorn im Auge, stellten sie doch die ohnehin in Sachen Seelenheil nicht sehr erfolgreiche Kirche in Frage. Die Inquisition wurde ins Leben gerufen, mit deren Hilfe die KetzerInnen verfolgt wurden. Die Inquisition ist der Vorläufer des heutigen Justizwesens: zum ersten Mal gab es Prozesse ohne privaten Ankläger. Der Ankläger ist in diesem Fall die Kirche (wie später bei den Hexenprozessen), später übernahm der Staat diese Rolle.
Die Beginen waren ein Zusammenschluß von Frauen, der eindeutig religiöse Züge trug. Innerhalb dieser Bewegung war es Frauen möglich, außerhalb der Zünfte einer geregelten Arbeit nachzugehen. Die Frauen lebten in eigenen Häusern zusammen, in denen sie ein streng geregeltes Leben unter Aufsicht einer Hausmutter führten. Mit dem Ausweiten der Krise ab dem Beginn des 16.Jahrhunderts wurden die Beginenhäuser verstärkt zu einer Zufluchtsstätte für Frauen, die vom Arbeitsmarkt verdrängt wurden. Es gab innerhalb der Beginenbewegung keine feste Hierarchie, keine einheitliche Regel und kein Aufsichtssystem, Beginen legten auch kein ewiges Gelübte ab. Die Beginen standen - anders als sonstige Nonnenklöster - nicht unter der ständigen Kontrolle der Kirche und waren daher dem Klerus ein Dorn im Auge. Immer wieder wurden Beginen als KetzerInnen verfolgt, angeklagt und verbrannt.

Frauenarbeit

Im MA waren Frauen in fast allen Berufen vertreten. Im 11.Jahrhundert waren Frauen Heerführerinnen, Richterinnen, Verwalterinnen von Schlössern. Frauen waren in nahezu allen Handwerksberufen vertreten. Oft führten sie als Meisterinnen die Betriebe ihrer verstorbenen Männer weiter oder eröffneten selbständig einen Handwerksbetrieb. Auf dem Land betrieben sie oft neben der Landarbeit und der Organisation des Haushaltes noch ein Handwerk, z.B. die Bierbrauerei.
Frauen waren in Zünften organisiert, es gab z.T. eigene Frauenzünfte, zu denen keine Männer zugelassen wurden. Im 13.Jahrhundert waren z.B. in Paris Frauen in 86 von 100 Zunftberufen vertreten, davon waren 6 reine Frauenzünfte.
Im 14. und 15. Jahrhundert war die Blüte des Mittelalters. Ebenso wie heute war die Situation der Frauen in dieser Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur besser als in Zeiten einer Krise. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Selbständigkeit der Frauen war in dieser Zeit größer als in den darauffolgenden Epochen. Doch auch in den besten Zeiten hatten Frauen keine politische Macht. Männer konnten als Zunftmeiste die Zünfte nach außen vertreten, konnten als Ratsmitglieder die Politik der Stadt bestimmen. Frauen war das immer verwehrt.
Gegen Ende des 15.Jahrhunderts - also schon in der "Neuzeit"- gehen vor allem die Städte einer Wirtschaftskrise entgegen. Der Handel stagniert, der Markt ist übersättigt. Die Konkurrenz wird härter und als erstes haben Frauen darunter zu leiden. Handwerkerinnen werden zunehmend strengeren Regeln durch ihre Zünfte unterworfen. Es regt sich jedoch auch Widerstand gegen diese Reglementierungen. Produktionsbeschränkungen werden nicht eingehalten und Frauen versuchen die Räte als Vermittler für sich zu gewinnen. Da die Räte jedoch aus Männern und zudem aus konkurrierenden Zunftmeistern zusammengesetzt sind, bekommen sie immer seltener Recht zugesprochen. Frauen werden immer stärker aus wirtschaftlichen Machtpositionen hinausgedrängt, sie sind verstärkt darauf angewiesen als Anhängsel ihrer Männer zu arbeiten oder schlecht bezahlte Arbeiten zu übernehmen.

Ein Frauenberuf im MA war der einer Prostituierten. In allen Städten gab es Freudenhäuser, die unter behördlicher Aufsicht standen. Eine Hebamme betreute die Frauen medizinisch. Sie mußten Steuern zahlen und konnten gegen gewalttätige oder zahlungsunwillige Kunden klagen. Der Beruf einer Dirne war zwar nicht hoch angesehen, aber zumindest in der Blütezeit des Mittelalters bot er den Frauen ein sicheres Auskommen. Erst mit der Ausweitung der Krise wurden immer mehr Frauen in die Lage gedrängt, außerhalb von sicheren Häusern, am Rande der Stadt oder im Troß eines Heeres ihren Körper zu verkaufen. Mit dem Aufkommen der Syphillis geriet der Beruf endgültig in Verruf.

"Hausfrauen"

Auch im MA war "Hausarbeit" Frauensache. Die Tätigkeit eine Bäuerin oder Gutsherrin läßt sich allerdings nur schwer mit der heutigen Hausarbeit vergleichen. Es handelte sich dabei - vor allem auf dem Lande - um einen eigenen Produktionssektor.
"Die Haushaltsführung stellte folglich eine der zahlreichen Aufgaben von Edelfrauen (und Bäuerinnen) dar. Man backte sein Brot selbst, braute sein Bier, stellte Butter und Käse her und kochte ein. Das Fleisch kam eigens in eine Räucherkammer, Tücher wurden im Hause gesponnen und gewebt, auf manchen Gütern fehlte selbst nicht eine Kerzengießerei. " (2) Darüberhinaus lag bei Abwesenheit des Mannes die Verwaltung des Gutes in der Verantwortung der Frau.

Ein besonderer Frauenberuf: die Heilerin

Die Tätigkeit des Heilens war über Jahrhunderte zumeist den Frauen vorbehalten. Heilerinnen, "weise Frauen" erwarben sich im Laufe ihres Lebens fundiertes Wissen, daß stets nur an Frauen weitergegeben wurde. Ein wesentlicher Teil ihrer Arbeit war die Tätigkeit als Hebamme. Aber die Menschen kamen mit allen anderen Krankheiten zu ihnen. Als im 12. und 13. Jahrhundert die ersten Universitäten eröffnet wurden (zu denen natürlich nur Männer Zutritt hatten), entstand der Beruf des akademisch ausgebildeten Arztes. Die Methoden, die diese anwandten, waren jedoch mehr als zweifelhaft und ihre Heilungserfolge gering. Außerdem verlangten sie hohe Bezahlung, so daß der Großteil der Menschen sich lieber nach wie vor von den weisen Frauen behandeln ließen.
Und diese Frauen verstanden ihr Handwerk. Ihre Erfolge konnten sich wohl durchaus mit denen der heutigen Medizin messen. Sie sahen in den Kranken keine Maschine, in der ein defektes Einzelteil ausgetauscht oder repariert werden muß - so wie die heutige Schulmedizin. Sie heilten die Menschen als Ganzes.
Ein besonderer Bereich ihrer Arbeit war die Tätigkeit als Hebamme. Doch als Hebamme halfen sie nicht nur den Frauen, ihre Kinder gesund zur Welt zu bringen, sondern sie verfügten auch über ein ausgeprägtes Verhütungs- und Abtreibungswissen. Frauen, die im Mittelalter keine Kinder haben wollten, brauchten auch keine zu bekommen. Es ist ein Gerücht, das uns die Herrschenden erzählen, daß im MA unzählige Kinder geboren wurden, von denen die meisten aufgrund von Hunger und Krankheiten starben. Diese Zustände gab es erst später, nach dem Beginn der Neuzeit, dem sogenannten Zeitalter des Fortschritts. Im MA waren Verhütung und Geburt die Sache der Frauen, in die ihnen jedoch - im Gegensatz zu heute - von den Männer nicht reingeredet wurde. Bei der Geburt eines Kindes waren Männer gänzlich ausgeschlossen. Die Frauen - d.h. die Mutter, Hebamme, Patinnen, Freundinnen, Nachbarinnen - feierten Kindstauffeste, bei denen es hoch her ging und denen Männer lieber aus dem Weg gingen.

Entsprechend dieser Situation war auch die Stellung von unehelichen Kindern eine andere als heute. Bastarde wuchsen meist im Kreise der Familie der Mutter oder des Vaters auf. Sie wurden als legitime Erben betrachtet, uneheliche Mütter hatten einen Anspruch auf Alimente.

Doch zurück zu den weisen Frauen. Die Menschen kamen nicht nur mit Krankheiten zu ihnen, sondern ebenso mit sonstigen Kümmernissen. Die weisen Frauen wußten viel darüber, was in den Menschen und in ihrer Gemeinschaft vor sich ging... sie wurden wohl nicht zu Unrecht "weise" Frauen genannt. Genau diese Gruppe von Frauen war es, die unter dem Übergang zur Neuzeit am meisten zu leiden hatten. Der Großteil der als Hexen verbrannten Frauen waren Heilerinnen und Hebammen. Doch nicht alle Hebammen wurden als Hexen verbrannt. Geburtsheilkunde war bis weit in die Neuzeit hinein Domäne der Frauen. Doch ihre Arbeit wurde ab dem 16.Jahrhundert reglementiert und von den akademischen Ärzten kontrolliert. Hebammen wurden in ihrer Selbständigkeit eingeschränkt. Ihre Aufgabe veränderte sich : sie sollten den Frauen nicht mehr in ihrer Eigenständigkeit unterstützen, sondern sie kontrollieren. Abtreibungen und Geburtenkontrolle waren den Ärzten zu melden.

2. Die Neuzeit

Im Jahre 1492 segelt Kolumbus übers Meer und "entdeckt" Amerika. Das wird in der herrschenden Geschichtsschreibung als Beginn der Neuzeit gesehen. Aber natürlich gab es nie einen deutlichen Bruch, nach dem für alle Menschen plötzlich spürbare Veränderungen einsetzten. Die Veränderungen kamen langsam, an verschiedenen Orten zu verschiedenen Zeiten. Die Veränderungen setzten an verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen gleichzeitig oder zeitlich verschoben an. Mit dem Übergang zur Neuzeit veränderten sich nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen (von der Feudalgesellschaft zum Kapitalismus),sondern ebenso das Denken der Menschen, ihr Weltbild, ihre Interpretation der Welt, moralische Werte etc. Einer der stärksten Veränderungen war in dieser Zeit das Bild der Frau ausgesetzt.

Naturwissenschaften

1386 wurde in Heidelberg die erste Universität Deutschlands gegründet. Zwar waren Universitäten in der ersten Zeit Orte der religiösen Lehre, aber mit dem Aufkommen der Naturwissenschaften wurden sie mehr und mehr Symbole für die Beherrschung der Natur durch den Menschen, bzw. die Männer. Frauen waren an den Universitäten nicht zugelassen (und Männer aus den unteren Schichten konnten es sich nicht leisten), so daß das Wissen, das dort gelehrt wurde, männliches Herrschaftswissen war (und bis heute ist). Um 1500 entdeckte Kopernikus die Erde als Kugel. Um 1600 schuf Galilei die Grundlagen der Mechanik. Diese beiden galten noch als Ketzer und mußten sich vor der Inquisition verantworten. 1560 verfaßt Adam Riese erste Lehrbücher der Mathematik, die das Rechnungswesen im Handel vereinfachen. Um 1700 entwickelt Newton seine Lehrsätze über die Mechanik.
Die Entwicklung der Naturwissenschaften hatte zwei Auswirkungen. Die erste war die praktische Umsetzung der Lehrsätze. Das fängt an mit der Eroberung der Erde durch Nutzung der Erkenntnisse von Kopernikus und Galilei und führt zur Entwicklung des ersten dampfbetriebenen Webstuhls um 1800 auf der Grundlage von Newtons Physik. Mit den Naturwissenschaften wurde eine der Grundla-

gen für die Industrialisierung geschaffen. Die andere Auswirkung der Naturwissenschaften war die Veränderung des Weltbildes. Die Natur erschien jetzt als berechenbar und damit als beherrschbar. Für Mystik, Spiritualität oder eine höhere Macht war in dieser Welt kein Platz mehr. Ebenso wie die Natur sollen auch der Mensch und die Gesellschaft berechnet und in starre Formen gepreßt werden. Es ist die Zeit der Aufklärung, in der sich Philosophen daran machen, die "Naturgesetze" für das Zusammenleben der Menschen zu entdecken. Die Vernunft tritt an die Stelle Gottes.

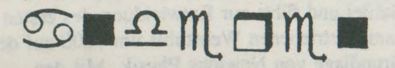
Die Reformation

1517 veröffentlicht Martin Luther seine Thesen in Weimar. Damit beginnt die Zeit der Reformation. Protestantismus und Kapitalismus sind aufs engste miteinander verknüpft. "Der Protestantismus betonte das Individuum und brachte die calvinistische Theorie der Gnadenwahl hervor, der zufolge nur einige Menschen von Gott auserwählt sind. Das einzige eindeutige Merkmal der Auserwähltheit war jedoch weltlicher Reichtum: wer reich war, galt demnach gleichzeitig als gottgefällig. Der Protestantismus wandte sich gegen die mittelalterlichen katholischen Dogmen, die Männern bestimmte Tätigkeiten - insbesondere auf dem Gebiet der Naturwissenschaften - untersagten. Anders gesagt: Der Protestantismus im Allgemeinen und der Calvinismus im besonderen schufen erst die moralische Haltung , die schließlich zur Ausbeutung der Menschen und der Natur, zur Akkumulation von Reichtum und zum Aufschwung der Naturwissenschaften - der Grundlage der Industrialisierung - führten. Im Zuge dieser Entwicklung diskriminiert der Kapitalismus jedoch die weiblichen Werte tiefgreifender als alle früheren Systeme." (3)

Das Frauenbild des Protestantismus und der Aufklärung ("Weib=Natur=böse") fand wesentlich weitere Verbreitung als das Frauenbild der katholischen Kirche im MA, was nicht zuletzt an der wachsenden Bildung breiter Schichten lag. Erst mit der Erfindung des Buchdrucks konnten sich solche Gedanken ausbreiten und verstärkt Einfluß auf das Leben und Denken der Menschen nehmen.

Aufstieg des Bürgertums

Das Bürgertum entwickelt sich aus den Kaufleuten und reichen Handwerkern des Mittelalters. Bereits um 1500 gab es erste Manufakturen, die Vorläufer späterer Fabriken. Die wirtschaftliche Krise trieb das Bürgertum schon damals dazu, billiger und schneller zu produzieren als die Konkurrenz. Die Entdeckungen in der Naturwissenschaft wurden praktisch umgesetzt. Mit der Erfindung des Buchdrucks 1480 wurde Wissen für viele zugänglich und erlernbar. Nur so fanden die neuen Entdeckungen überhaupt Verbreitung und Anwendung. Ab etwa 1500 gab es die ersten Bürgerschulen, in denen das nötige Wissen an den männlichen bürgerlichen Nachwuchs weitergegeben wurde. In dieser Zeit beginnen auch die Zünfte zu zerfallen, da sie der Entwicklung entgegenstanden.



Die "Hexen"verfolgungen...

Obwohl schon um 1400 regional erste Hexenprozesse stattfanden, lag der Schwerpunkt eindeutig in der Neuzeit, Ende des 15. und Anfang des 16.Jahrhunderts. 1768 wird die Hexenverfolgung zwar offiziell abgeschafft, doch erst 1775 wird in Deutschland die letzte Frau als Hexe verbrannt. Aber auch danach kamen immer noch Frauen in den Verdacht, eine Hexe zu sein. Auch wenn sich nicht offiziell verfolgt wurden, waren sich doch oft den Diskriminierungen und Verfolgungen von NachbarInnen, KonkurrentInnen, Ehemännern etc, ausgesetzt.

Schätzungen sprechen von 9 bis 30 Millionen Menschen, die in Europa insgesamt als Hexen oder Hexer verbrannt wurden, wobei 90% von ihnen Frauen waren.

Es gibt nicht einen alleinigen Beweggrund der Verfolger für dieses Massaker. Die Motivation der Denunzianten, Ankläger, Richter und Henker waren unterschiedlich.

1487 veröffentlichten zwei Mönche den "Hexenhammer", einen Leitfaden zur Folter und Hinrichtung von als Hexen verhafteter Frauen. In der frühen Phase der Hexenverfolgungen ging es den Verfolgern tatsächlich darum, das Werk des Teufels zu bekämpfen. Die Existenz eines Teufels und seiner Helfer, der Dämonen, war für sie keine irrationale Geistesverwirrung, sondern eine Tatsache. Unter grausamtster Folter wurden Millionen Frauen gezwungen, einen Pakt mit dem Teufel zu "gestehen". Mit dem Anbruch einer neuen Zeit, mit dem Einzug der "Vernunft" in das Denken der Männer änderten sich die Motivationen, aber Frauen wurden auch weiterhin als Hexen verbrannt. Hinter den Anklagen standen oft politische und nicht selten private Gründe. Kam ein Inquisitionsgericht in eine Stadt oder ein Dorf, ergriffen wohl viele Gelenheit, unliebsame KonkurrentInnen bequem aus dem Weg räumen zu lassen. Die Richter der Inquisition waren auf Denunziationen aus der Bevölkerung angewiesen. Der Hinweis, "bei der Frau könnte es sich um eine Hexe handeln" endete für die Betroffene meist auf dem Scheiterhaufen.

Aus diesem Grund waren oft besonders selbständige und selbstbewußte Frauen Opfer der Inquisition. Für Handwerker und Handelsleute war es ein leichtes, die Frauen vom Markt zu drängen, die trotz Einschränkungen (z.B. durch Zunftgesetze) immer noch eine ernstzunehmende Konkurrenz darstellten.

Heilerinnen und Hebammen waren die Gruppe von Frauen, die am stärksten der Vernichtung ausgesetzt waren. Auch hier spielte z.T. die Konkurrenz eine Rolle. Akademisch ausgebildete Ärzte hatten ein ernsthaftes Interesse an der Ausrottung der weisen Frauen. Ärzte nahmen oft an der Folter teil, um z.B. nach sogenannten "Hexenmalen" zu suchen.

Darüber hinaus wurden die weisen Frauen vor allem aufgrund ihres Wissens über Verhütung und Abtreibung verfolgt. Es ist kein Zufall, daß die "Bevölkerungsexplosion" etwa zeitgleich mit dem Höhepunkt der Hexenverbrennungen beginnt. Der Theoretiker Jean Bodin gilt als Begründer des modernen Souveränitätskonzepts. Er forderte bereits im 16.Jahrhundert "von den Fürsten die Übernahme der Verantwortung für das bestmögliche Funktionieren ihrer Territorien. Eben dafür bedarf es einer umfassenderen Souveränität des Staates als je zuvor. Diese Übernahme der Wirtschaftskompetenz durch den Souverän gilt ihm nur dann als zureichend, wenn der Staat auch für die Bereitstellung von Arbeitskräften für die Ökonomie sorgt." (4) Der im Entstehen begriffene Kapitalismus braucht billige Arbeitskräfte, der Kolonialismus braucht Menschen, die die Welt erobern und besiedeln sollen. Frauen, die autonom über die Anzahl ihrer Kinder entscheiden und Frauen, die ihnen dabei helfen stehen also den Herrschenden im Weg. Je mehr Hebammen als Hexen verbrannt werden, je weniger verbreitet das Wissen um Verhütung wird, desto mehr Frauen werden ungewollt schwanger. Die Möglichkeiten, die den Frauen noch bleiben, sind gefährliche Abtreibungen (bei denen die Frauen oft sterben), Kindsmord oder die Aussetzung der Kinder. Kindsmord führte häufig die Verurteilung und Hinrichtung der Frauen nach sich, ausgestzte Kinder füllten die neu entstandenen Waisenhäuser und wurden später zu gefügsamen Menschenmaterial für Fabriken und Eroberungskriege.

Die Jahrhunderte der Verfolgung und Ermordung von "Hexen" zerstörten die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit von Frauen, die bis dahin einen nicht zu leugnenden Anteil am öffentlichen - wenn auch nicht am politischen - Leben hatten.

" Von einer Unsichtbarkeit der Frauen konnte keine Rede sein. Im Gegenteil, die Frauen stellten quantitativ die Mehrheit der Bevölkerung. Sie waren laut, frech, unbotmäßig, und sie mischten in allen Sekten und Aufstandsbewegungen aktiv mit. Sie stellten ein brodelnes Potential der Revolte, einer Revolte, die die geistliche wie die weltliche Macht gleichermaßen bedrohte. Die Hexenverfolgung, die den Aufstieg des Bürgertums begleitete und von der sich formalisierenden weltlichen Gerichtsbarkeit organisiert wurde, diente als Instrument zur Niederschlagung dieser latenten und gelegentlich akuten Revolte der unbotmäßigen Weiber."(5) Die Folter diente nicht nur der Erpressung von Geständnissen, sondern auch der Einschüchterung der noch nicht Gefolterten. Das Klima, in dem jede Frau eine potentielle Hexe ist, dauerte zwei Jahrhunderte an und führte zu einer Anpassung der Frauen an die Bedürfnisse des kapitalistischen Patriarchats. Das ist vor allem die Beschränkung von Frauen auf den Reproduktionsbereich. Die alleinige Existenz einer Frau als Hausfrau und Mutter sind (notwendige) Erfindungen des Bürgertums. "Erst die technische Höherentwicklung der Produktion ergab die Notwendigkeit, den Arbeitenden bestimmte Qualitäten zu verschaffen bzw. anzuerziehen, wie Zuverlässigkeit, Gesundheit, bestimmte Grundkenntnisse, Pünktlichkeit etc. Diese Qualitäten mußten im Rahmen der Reproduktion geschaffen und gesichert werden, also von der Haus- und Beziehungsarbeit der Frau."(6)

Bei den Hexenverfolgungen gab es nie einen klar definierten Endpunkt. Sie gingen - allmählich und nahtlos - von der körperlichen Verfolgung in die Psychiatriesierung über. Ärzte, die jahrhundertelang an der Verfolgung und Ermordung von Frauen beteiligt waren, entlasten sich selbst, in dem sie die Frauen, die sie vorher als Hexen verbrannten, als krank definieren.

" Das Zeitalter der entwickelten instrumentellen Vernunft hat es nicht mehr nötig, Hexen zu verbrennen - denn das hieße gleichzeitig, sie sehr ernst zu nehmen. Heute zeich-



net man das Andere mit dem Stigma der Irrationalität, gibt es der Lächerlichkeit preis oder isoliert es." (7)

...und ihre Auswirkungen

Wohl kaum ein geschichtliches Ereignis hat die Situation der Hälfte der Menschheit so grundlegend verändert wie die Hexenverfolgungen: Frauen wurde das Selbstbestimmungsrecht über ihre Körper genommen, im Bereich der Geburtshilfe sind sie - bis heute - hauptsächlich als Hilfskräfte für männliche Ärzte tätig. Frauen wurde die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit genommen. Frauen wurden aus dem öffentlichen (Arbeits-) Leben in die Abgeschlossenheit des (bürgerlichen) Hauses gedrängt. Gerade dieser letzte Punkt galt aber in der Tat nur für bürgerliche Frauen. Arbeiterinnen waren immer gezwungen, den Lebensunterhalt für sich und/oder ihre Familie zu verdienen. Doch sie waren unsichtbar, nicht öffentlich. Selbst die Arbeiterbewegung richtete sich bei ihrer Entstehung an den männlichen Arbeiter. Mit der Ablehnung der Frauenarbeit verfolgten sie keine anderen Ziele als die Handwerker drei Jahrhunderte früher, die sich durch Denunziationen unbequeme Konkurrentinnen vom Halse schaffen wollten.
Natürlich dürfen die Auswirkungen der Hexenverfolgungen nicht isoliert betrachtet werden. Andere Veränderungen - z.B. die Entwicklung der Naturwissenschaften - hatten erst einmal wenig mit der Ermordung von Millionen Frauen zu tun. Im Ergebnis ergänzen sich die verschiedenen Entwicklungen jedoch und führten zu der spezifischen Ausprägung von Kapital und Patriarchat (und Rassismus), die heute in Europa herrscht.
Ohne die Hexenverfolgungen wäre die Geschichte mit Sicherheit anders verlaufen. Es geht nicht darum, vergangen Zeiten zu verherrlichen und sich die Zustände des Mittelalters zurück zu wünschen. Natürlich gab es "das Patriarchat" schon damals. Doch die Auswirkungen, die das mittelalterliche Patriarchat auf das Leben von Frauen hatte, waren andere als heute. Und wir sollten nicht vergessen, daß sich Frauen - manchmal mit Männern zusammen, manchmal ohne sie - schon immer gegen herrschende Zustände aufgelehnt haben.

" An der Diskriminierung und Verfolgung von Frauen, die gegen die Norm verstoßen, sind nicht nur Männer, sondern auch Frauen beteiligt. Die herrschende Norm ist nicht ein von raffinierten Herrschern erfundenes Konstrukt, das den Menschen irgendwann einmal aufgezwungen wurde und das mittels besserer Einsicht und guten Willens beseitigt werden könnte. Sie basiert vielmehr auf tiefverwurzelten Ängsten und Bedürfnissen, die unter dem Druck der jeweiligen Herrschaftsverhältnisse in deren Sinne forciert, verfälscht, geformt wurden. Das Staunen über den Fremden wurde zum Mißtrauen gegen den Fremden, zur Xenophobie, zum Rassismus. Das Gebärvermögen der Frau wurde zur Quelle ihrer Erniedrigung und Ausbeutung und diese schließlich zu ihrem 'natürlichen Schicksal'. Das jeweils andere, als Anderes behandelt, wird zum Anderen.
Es ist naiv zu meinen, diese Normierung des Menschen die ihm zur zweiten Natur geworden ist, könne per Beschluß, könne in einem revolutionären Akt aufgehoben werden.... Sie kann auf absehbare Zeit nur unermüdlich in stetigen und beharrlichen Kämpfen thematisiert und damit in Frage gestellt werden."(8)

Zitate

(1) Erika Wisselinck: "Hexen. Warum wir so wenig von ihrer Geschichte erfahren und was davon auch
noch falsch ist",S.17
(2) Shulamith Shahar :"Die Frau im Mittelalter", S.149
(3) Marilyn French:"Jenseits der Macht", S.272
(4) Steiger/Heinsohn: " Die Vernichtung der weisen Frauen", S.86
(5) Ingrid Strobl: "Die Angst vor dem Frösteln der Freiheit", aus: Metropolen(-gedanken) & Revolution?
(6) Ingrid Strobl,s.o.
(7) Erika Wisselinck,s.o., S.111
(8) Ingrid Strobl,s.o.

Feminismus oder Tod

Der Ökofeminismus

Die Absicht des Artikels ist es, ein allgemeines Bild dessen, was Ökofeminismus ist, zu geben. Der Ökofeminismus ist eine der interessantesten und hoffnungsvollsten sozialen Bewegungen, die in den letzten 20 Jahren entstanden sind. Deshalb haben wir versucht, die wenigen Informationen, die über dieses Thema im spanischen Staat veröffentlicht wurden, zusammenzutragen, mit der Absicht eine Debatte unter den feministischen Aktivistinnen auszulösen. Wir wünschen uns, dieses Thema in nicht allzuferner Zukunft vertiefen zu können.

Der Grundgedanke der ökofeministischen Theorie ist die Verbindung zwischen der Beherrschung der Natur und der Beherrschung der Frauen. Diese Verbindung ist ontologisch—, in dem Sinne, daß die Frau der Natur näher ist oder die Personifizierung der Natur ist. Da ja historisch gesehen die Frau das soziale Wesen ist, das sich traditionell am meisten an der Schaffung und Erhaltung des Lebens beteiligt. Wenn die ökologische Zerstörung, die Patriarchat und Kapital hervorgebracht haben, das Leben des Planeten zerstören, sind es die Frauen, vor allem die aus den ländlichen Gegenden der ärmsten Länder, die als erste unter der Zerstörung, die parallel läuft zu der Zerstörung ihrer sozioökonomischen und kulturellen Lebensbedingungen, zu leiden haben. Angesichts dieser Situation haben die Frauen reagiert, sie haben sich organisiert, haben studiert, debattiert und sie haben ihren Ausdruck in der ökofeministischen Bewegung gefunden.

Die Ursprünge des Ökofeminismus

Der ökofeministische Gedanke kommt aus den siebziger Jahren und ist unabhängig an verschiedenen Orten entstanden (Frankreich, Sizilien, Japan, Indien Venezuela, Österreich, Finland USA). Und zu einem Zeitpunkt, als die Basis der sozialen Bewegungen wie die der Friedens-oder der Ökologiebewegung sich radikalisierte, gegen die Wortführer reagierte und ihnen zum Vorwurf machte, zu große Konzessionen an die Herrschenden zu machen. In diesem Moment fingen Frauen aus den genannten Bewegungen oder aus der feministischen Bewegung an, Theorien zu entwickeln, die die Ausbeutung und die Zerstörung der Natur mit der Unterdrückung der Frauen in Beziehung setzten. Seit dieser Zeit bis zum heutigen Tag sind zahlreiche Wege eingeschlagen worden: Der Ökofeminismus hat sich in verschiedene Strömungen unterteilt, hat sich politisch und philosophisch entwickelt, hat seine westlichen Wurzeln ergründet und hat sich im Süden beträchtlich entwickelt. Trotzdem und bedauerlicherweise ist er im spanischen Staat nahezu unbekannt.

Feminismus und Ökofeminismus

Der Ökofeminismus ist eine Weiterentwicklung des Feminismus und gehört eher zur feministischen Bewegung als zur Ökologiebewegung, in dem Sinne, daß die traditionelle feministische Utopie ihrem Wesen nach eine ökologische ist. Eine, die eine die Umwelt betreffend, ausgeglichene Gesellschaft vorschlägt, in der der Widerspruch zwischen Produktion und Reproduktion, der die Frauen versklavt, aufgehoben werden soll. Es hat immer eine tiefe Beziehung zwischen den Zielen der feministischen Theorie und der ökologischen gegeben. Der Feminismus stellte, in einem Moment, in dem die ökologische Frage generell in den sozialen Bewegungen keine starke Basis hatte und es noch keine Auseinandersetzungen um den Ökofeminismus gab, bereits Mutmaßungen über die Tatsache an, daß die Überwindung bestimmter politischer Strukturen zur Überwindung seiner entsprechenden wirtschaftlichen und kulturellen zwingt. Und er betont besonders Ziele wie die direkte Demokratie, die ländliche Subsistenzwirtschaft, die sanften Energien und die Freiheit von patriarchaler Beherrschung. Trotzdem ist der Feminismus eine sehr breite Bewegung, die nicht immer ökologisch orientiert war und sich in den meisten Fällen der männlichen Tradition des linearen Fortschritts, der begrenzt ist durch die skrupellose Ausbeutung der Natur, angepasst hat.(1)

Soll der Bereich des eigentlichen Feminismus überwunden werden, müssen wir hier auch eine Strömung weiblicher Literatur(2) ansprechen, die eine Utopie entwickelt, die bisher in den literarischen Utopien unbekannt ist, und die die postpatriarchale Gesellschaft als eine dezentralisierte und ökologische beschreibt. Der Ökofeminismus beansprucht diese Literatur als eine seiner Quellen, da das Ziel dieser Autorinnen nicht war, eine ökologische Utopie zu entwickeln, sondern eine feministische und als sie dies taten, entdeckten sie die Notwendigkeit, diese in die ökologische zu integrieren.

Deshalb ist die Notwendigkeit klar, den Ökofeminismus als einen Zweig, wenn auch einen am Rande, innerhalb des Feminismus zu definieren, der besonderen Wert auf die Vorstellung von der Frau als ein natürliches ausgebeutetes Objekt (die Natur und die Frauen als Ausbeutungsobjekte gegenüber dem männlichen Subjekt) legt. Und der die Revision der Vorstellung der weiblichen Identität, der Werte der Schaffung und der Aufrechterhaltung des Lebens (auf weltweiter Ebene) betont, gegenüber denen der Produktion und des unbegrenzten Wachstums, männliche Werte, denen sich die Frauen angeschlossen haben indem sie den Leitbildern des anerkannten Feminismus gefolgt sind.
Weiter definiert sich der Ökofeminismus, mehr als andere Zweige des Feminismus, über seine Praxis der direkten, nicht institutionalisierten Aktion, seine globale und internationalistische Ausrichtung und über seine Ablehnung gegenüber hierarchischen Strukturen, seine Wissenschafts- und Technologiekritik und die Kritik an der instrumentalen Rationalität.

Probleme des Ökofeminismus

In den Debatten um den Ökofeminismus gibt es zwei grundlegende Probleme:
1. Der Essenzialismus—??
Die Ökofeministinnen selbst charakterisieren den Ökofeminismus als „noch ungenügende Analyse der Verbindung zwischen der Ausbeutung der Frauen und der Natur"(3). Obwohl die Existenz einer solchen Verbindung für diese Frauen klar ist, die

bereits seit über zehn Jahren darüber schreiben und danach handeln, hat sich eine solche Verbindung historisch noch nicht so bewiesen wie es zu wünschen wäre und deshalb wurde der Ökofeminismus als essenzialistisch und unwissenschaftlich bemängelt.
Trotzdem die Ökofeministinnen ihre essenzialistischen Strömungen nicht leugnen, halten sie es doch für notwendig, die konkreten Strukturen, weshalb es eine Verbindung zwischen der Ausbeutung der Natur und der Frauen gibt, ausfindig zu machen, angemessen zu beschreiben und zu erklären, wie diese Strukturen in den verschiedenen Etappen der historischen Entwicklung funktionierten. So ist die grundlegende Aufgabe des Ökofeminismus die des Feminismus, die Geschichte neu zu schreiben und im Falle des Ökofeminismus, die Vorgeschichte, um dort nach den vorpatriarchalen oder nichtpatriarchalen Gesellschafts- und Gemeinschaftsformen zu suchen.

2. Der Widerspruch zwischen der Befreiung der Frauen und der Befreiung der Natur:
Traditionell wurde die Befreiung der Frau genau wie ihre Eingliederung in und Teilnahme am Herrschaftsgefüge im Kontext der linearen Entwicklung gesehen. Deshalb erscheint es widersprüchlich, daß die Beendigung der Ausbeutung von Frauen die Beendigung der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen miteinschließt, da nämlich die Befreiung der Frauen sie selbst an entscheidende Kontrollstellen innerhalb einer Gesellschaft, die die Natur beherrscht, bringen würde. Wenn wir solche Vorstellungen aufrechterhalten ist der Widerspruch unauflösbar.

Aber genau an diesem Punkt zeigt der Ökofeminismus seine erneuernde Kraft und verweist auf einen Konflikt zwischen dem männlichen Gebrauch der Natur für den kapitalistischen Profit und dem weiblichen Schutz der Natur für das Überleben. Auf diese Weise wird das Bild der Frau als „Opfer" des Fortschritts überwunden und präsentiert sie als eine Vorreiterin einer neuen Epoche des ökologisch bewußten Lebens. Wenn wir die Situation des Planeten in Betracht ziehen, dann ist dieses „feministische und ökologische Bewußtsein" die einzige Hoffnung auf Leben, die uns bleibt. In diesem Fall, wenn es so scheint, daß die Ausbeutung der Frauen darauf zurückzuführen wäre, weil sie nicht am Prozeß der Ausbeutung der Natur teilgenommen haben und weil sie Subjekte geblieben sind aufgrund ihrer natürlichen sozial und kulturell dominierten Wesensart, schlägt der Ökofeminismus vor die Sache zu wenden und diese „natürliche Veranlagung" der Frau zu nutzen, um eine radikale Befreiung zu erreichen.

Die Strömungen des Ökofeminisnus

Der Ökofeminisnus unterteilt sich, so wie andere soziale Bewegungen in viele Strömungen, deren Spezifizierung variiert je nachdem,von welchem Punkt aus sie betrachtet werden, oder welche Autorin gelesen wird. So wird z.B. von einem essenzialistischen Ökofeminismus gegenüber einem konstruktivistischen und einem spiritualistischen gegenüber einem epistemologischen (Erkenntnistheorie) gesprochen. Es gibt Strömungen, die Technologie-, Geschichts-, Wissenschafts-, und Philosophiekritik üben, wie Evelyn Fox Keller oder Carolyn Merchant, die von vielen als die Begründerinnen des Ökofeminismus angesehen werden. Einen anderen Zweig repräsentieren die Feministinnen, die sich mit dem Neoanarchismus beschäftigen, wie z.B. Ynestra King. Die fundamentale Strömung ist die der antikolonialistischen Analyse, der sogenannten „Entwickungspolitik" im Süden, die von Wissenschaftlerinnen wie Vandana Shiva und Brinda Rao entwickelt wurde.
An dieser Stelle ist es interessant die Beschreibung von Carolyn Merchant, die sie vom radikalen und vom sozialistischen Feminismus gibt, aufzugreifen:
Der radikale Ökofeminismus ist eine Antwort auf die Abwertung der Frau einerseits und der Natur andererseits in der westlichen Kultur und verfechtet die Meinung, daß beide eine Aufwertung und Befreiung mit dem Mittel der direkten politischen Aktion erreichen können. Der radikale Feminismus entspringt oft einem antitechnologischen und antiwissenschaftlichen Standpunkt und würdigt die Beziehung zwischen Frau und Natur, indem er alte Rituale, wie die Verehrung der Göttin, des Mondes, der Tiere und des weiblichen Reproduktionssystems wiederbelebt.
Die radikale ökofeministische Philosophie schließt die Intuition mit ein, eine Ethik der Behutsamkeit und ein Netz von Beziehungen zwischen den Menschen und der Natur ähnlich dem eines Spinnennetzes. Für die radikalen Feministinnen basiert die menschliche Natur in der Biologie des Menschen. Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern geben Frauen und Männern unterschiedliche Machtgrundlagen. Deshalb ist das persönliche politisch. Die radikalen Feministinnen argumentieren, daß die Vorstellung von der Frau total auf die biologische Reproduktion orientiert ist und daß sie aufgrund ihrer Verbindung mit der Natur degradiert wird und dies gerade in der westlichen Kultur abgewertet wird. Von diesem Standpunkt aus sollten die Biologie der Frau und die Natur als Quellen der weiblichen Macht wiederbelebt werden. So wird der Zusammenhang zwischen Frau und Natur umgekehrt und die Reproduktion verwandelt sich in eine Quelle neuer Macht und ökologischen Aktivismus der Frau.

Die Analyse des sozialistischen Ökofeminismus basiert auf dem kapitalistischen Patriarchat. Aus dieser Perspektive haben die Umweltprobleme ihre Wurzeln in der Entwicklung des kapitalistischen Patriarchats und in der Ideologie, daß die Erde und die Natur mit Hilfe der Technologie für den menschlichen Fortschritt ausgebeutet werden könne. Der sozialistische Feminimus hat viele Ideen des radikalen Feminismus verinnerlicht, aber versteht sowohl die Natur als auch die menschliche Natur als historische und soziale Konstruktionen.
Das, was als menschliche Natur zählt, ist das Produkt der Interaktionen, die historisch zwischen Mensch und Natur, Frau und Mann, Klassen und Völkern ausgetauscht werden. Jegliche Analyse muß auf einem Machtverständnis basieren, nicht nur auf persönlicher Ebene, sondern auch in der Politik. Die sozialistischen und die marxistischen Feministinnen sehen in der nicht-menschlichen Natur die materielle Basis für das menschliche Leben. Der Materialismus und nicht der Spiritualismus ist der Impuls für den sozialen Wandel. Zusammen mit der Ökologie halten die sozialistischen Ökofeministinnen Produktion und Reproduktion für fundamentale Elemente auf denen sie ihre Theorie aufbauen. In der Politik nehmen die sozialistischen Feministinnen an vielen Aktionen der radikalen Feministinnen teil. Trotzdem ist es ihr Ziel, einen Wandel in Richtung eines sozialistischen Staats, der auf dem Prinzip der Gleichheit beruht, zu erreichen und sowohl Frauen als auch Männer zu nichtsexistischen, nicht-rassistischen, gewaltfreien und antiimperialistischen Lebensformen zu erziehen.
Der sozialistische Ökofeminismus behandelt ausdrücklich Umweltfragen, die Frauen aus der Arbeiterklasse, der „3.Welt" und schwarze Frauen betreffen. Durch eine sozialistische Revolution würde sich grundlegend neu gestalten, was die Beherrschung der Frau und Natur durch die Marktwirtschaft, die beide als Wirtschaftspotential benutzt, betrifft.

Der Ökofeminismus im Süden

Weiter oben wurde erwähnt, daß der Ökofeminismus, mehr als andere Strömungen des Feminismus, eine internationale Perspektive hat. Ebenfalls wurde erwähnt, daß die Ökofeministinnen, beson-

ders die sozialistischen, sich mit Problemen wie der Ausbeutung der Frauen in der „3. Welt" und den Beziehungen zwischen der internationalen Politik und der Ausbeutung, unter Berücksichtigung der Kategorien Geschlecht, „Rasse" und Klasse, befassen. Der Ökofeminismus betrachtet die internationalen Probleme, die nicht allein in einem Land gelöst werden können, wie die weltweite Armut, den Treibhauseffekt oder die Aggression der nuklearen Techniken und der Gentechnik. Er steht für eine internationale und multikulturelle Perspektive der Solidarität unter Frauen.

Außerdem, wenn wir von den verschiedenen Strömungen innerhalb des Ökofeminismus sprechen, hebt sich dieser durch nicht westliche Wissenschaften hervor, die einer antikolonialistischen Analyse ihrer eigenen Gesellschaften entspringt. Diese Strömung hat dem Feminismus fundamentale Konzepte beigesteuert. So sagt beispielsweise Brinda Rao(4), daß in der"3. Welt" die Form und die Natur der Arbeit der Frauen unsichtbar ist und daß dies die Art ist, in der sie dem Mann untergeordnet gehalten werden. Zum Beispiel und, auch wenn es aus einer befreienden Perspektive ist, beunruhigt die Dürre wegen der Ernten, aber nicht wegen des Mangels an Wasser für die Haushalte und wegen der harten Arbeit, die das für die Frauen bedeutet, die die Verantwortlichen für diesen „häuslichen" Zweig sind. Sie fährt mit ihrer Analyse fort und beim Thema der Mechanisierung der Landarbeit bestätigt sie, daß diese ein Anwachsen der Abhängigkeit der Frau vom Mann bedeutet, da sie kaum Zugang zu neuer Arbeit hat, wird sie ersetzt durch die Maschine und den Mann, der sie bedient, da dies sein traditionelles Betätigungsfeld ist. „Historisch gesehen schädigt die Modernisierung der Landwirtschaft, die Industrialisierung und der ländliche Fortschritt die arme, marginalisierte Bevölkerung, vor allem die Landfrauen." Wenn sich die ökologischen Bedingungen verschlechtern, wie im Falle der Ernten, wie oben erwähnt, so sind es auch diese Frauen, die am meisten unter dieser Verschlechterung zu leiden haben: In der vedischen Tradition war die Göttin des Wassers weiblich und die Arbeit der Frau, das Bewässern wurde als befreiend und angenehm (z.B. in den Bräuchen) angesehen. Heutzutage und aufgrund der ökologischen Veränderungen ist es eine fürchterlich schwere Arbeit. Und an diesen Beispielen zeigt sich am deutlichsten die Verknüpfung zwischen der Ausbeutung der Natur und der Frau und wie die Befreiung der einen die andere mitträgt. Wenn wir bedenken, daß sogar die UNO anerkennt, daß der ökonomische Wert der Arbeit einer afrikanischen Frau, die damit beauftragt ist, täglich das Wasser in ihr Haus zu schleppen, der Arbeit einer europäischen Angestellten überlegen ist (die Arbeit der afrikanischen Frau ist unersetzbar und fundamental für das Überleben der Gesellschaft, der sie angehört), ist der sogenannte Widerspruch zwischen der Befreiung der Natur und der Frau, was oben genannt wurde, eine Bagatelle.

An einem anderen Ort Indiens, so Vandana Shiva(5), traten die Frauen ihren eigenen Männern gegenüber, in dem sie sich an die Bäume ketteten, die diese abholzen wollen. Im Streit um die Bäume hatten sich zuerst die Männer des Ortes mit der Kolonialmacht angelegt, und für sich das Produkt der Abholzung zurückgefordert. Und das schafften sie. Aber dann waren es die Frauen, die sich gegen die Abholzung wehrten, wegen der ökologischen Kosten für die Zone. Nur sie waren sich über die Tragweite im Klaren, die das Verschwinden dieser Bäume für ihr zukünftiges Leben haben würde. In solchen feministischen Initiativen wurzelt der Ökofeminismus, orientiert hin zu einer kritischen und praktischen Aktivität gegen die patriarchale und kapitalistische Zerstörung der Natur und hin zu erfinderischen Arten einer Beziehung der Gesellschaft mit der Natur. Aufgrund unserer natürlichen, symbolischen, sozialen und kulturellen Bedingungen, gehört der Schlüssel zu dieser Orientierung den Frauen.

BIBLIOGRAFIE:

„Women and Natural Resources" A.Agerwal u. S.Narain. Social Action, 35. 1985.
„Ecology Movements in India" Vandana Shiva. Alternatives, 1. 1986.
„Women`s Work. The Division of Labour by Gender" New York: Bergin and Garvey, 1986.
„Women and development" L.Beneria. New York: Praeger, 1982.
„Another Development with Women: A View from Asia" V.Muzumdar. Development Dialogue, 1982.
„Woman`s Work and their Status" T.Patel. Social Action, 37. 1987.
„India`s Green Movements" G.Omiedt. Race and Class, 1987.
„Women in Struggle: A Case Study of the Chipko Movement" Samya Shakti. 1984
„Staying Alive: Women, Ecology and Survival in India. Kali for Women." Vandana Shiva. New Delhi. 1988
„Deeper than Deep Ecology Movement. The Ecofeminist Connection." Ariel Kay Salleh. Environmental Ethics, 6. 1984
„Ecofeminism and Feminist Theory" Carolyn Merchant. Reweaving the World: The Emergence of Ecofeminism,Irene Diamond u. Gloria Ornstein ed. San Francisco, Siena Club Books.
„The Death of Nature: Women, Ecology and the Scientific Revolution" Carolyn Merchant, 1980. San Francisco, Harper and Row.
„Earthcase: Women and the Environmental Movement" Carolyn Merchant. Environment, 22. 1981.
„Ecofeminism" Carolyn Merchant. The Internationalist, 171. 1987
„Ecological Revolutions: Nature Gender and Science in New England" Carolyn Merchant. Chapel Hill. 1989
„Towards an Ecological Ecofeminism and a Feminist Ecology" Y. King Machina ex Dea.
„Is Female to Male as Nature is to Culture?" Sherry Ortner. Women,Culture and Society. Stanford University Press, 1974.
„Frauen-Sicht: Zur politischen Theorie der Technik" Elvira Scheich. Klasse Geschlecht: Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. Bielefeld, AJZ Verlag, 1987.
„Utopien der Neuen Frauenbewegung: Gesellschaftsentwürfe im Kontext feministischer Theorie und Praxis" Meiting, Corian Verlag, 1988.
„Patriarchy and Accumulation on a World Scale: Women in the International Division of Labour" Maria Mies. Londres: Zed Books.
„Ende der patriarchalen Herrschaft" Gabriele Kuby. Frauenoffensive Journal, 2, 1975.
„Feminist Politics and Human Nature" Alison Jagger. Totowa, N.J.: Rowman and Allanheld, 1983.

Anmerkungen:

(1): Siehe die Diskussion im Text, die es bezüglich der Probleme des Ökofeminismus gibt.
(2): Ursula LeGuin, Marge Piercy, Monique Witting, Rochelle Singer, Sally Gearhart, Joanna Russ.
(3): Interview mit Barbara Holland-Cunz in Kuletz, Valerie. Ecologia P Politica, no.?,pàgs 9-19.
(4): „La lucha por las condiciones de produccion y la produccion de las condiciones para la emancipacion: las mujeres y el agua en Maharashtra, Indiaj" Brinda Rao. Ecologia Politica, no.31, 1991.
(5): „Movimiento Chipko y Ecofeminismo" Interview von Merce Ibarz mit Vandana Shiva. Integral.

Quelle: "sabotage"; Spanien

Kampagne "Südströmungen"*

Was die meisten deutschen JournalistInnen interessiert, wenn es um das Thema Frauenhandel und die sogenannte Dritte Welt geht, sind hauptsächlich die „Opfer" aus Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. **Frauenberatungsstellen mit Zugang zu Fällen von Frauenhandel haben diesen JournalistInnen immer geholfen. Sie wollten die Symphatie der deutschen Öffentlichkeit und der Politiker gewinnen, die das Leben dieser Frauen verbessern können, aber das haben sie nicht erreicht.**

Was in den deutschen Medien erscheint, sind meistens sensationelle Berichte über die Hilflosigkeit und das Elend der Frauen. Die Rolle der deutschen Händler und der deutschen Politik, die im Süden die Situation für den Frauenhandel fördert, wird kaum behandelt.

Diesen Trend zu verändern ist eine der Aufgaben, die die Kampagne „Südströmungen" aufgegriffen hat. Sie wurde von asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Frauen am 25. November 1992 in Frankfurt eröffnet.

Die Initatoren der Kampagne, von denen viele in Frauenberatungsstellen und in Fraueninformationszentren in der ganzen Bundesrepublik tätig sind, sind jetzt sehr vorsichtig mit Journalisten, die Opfer von Frauenhandel kontaktiern wollen. Sie haben festgestellt, daß die Kooperation mit vielen Journalisten die Situation der betroffenen Frauen in der Bundesrepublik nicht verbessert. Sie haben auch festgestellt, daß Migrantinnen aus dem Süden unter der schlechten Berichterstattung von Frauenhandel in den deutschen Medien sehr zu leiden hatten.

„Der allgemeine Eindruck, den diese Berichte machen, ist, daß die meisten von uns durch Heiratsagenturen hierher gekommen sind oder Prostituierte sind," sagt Nena Ramos Dehn, eine Filipina im Koordinationskomitee der Kampagne. Diese Berichte haben meistens keine politische Analyse und erklären die strukturellen Probleme nicht, die Frauenhandel verursachen. Sie führen dazu, daß Migrantinnen aus dem Süden noch mehr stigmatisiert und diskriminiert werden.

Kontroversen in der Frauenbewegung

Viele deutsche Feministinnen akzeptieren und unterstützen zwar „Südströmungen", obwohl manche von ihnen kein richtiges Verhältnis dazu haben. Mai Annonuevo, ein Mitglied des Koordinierungskomitees der Kampagne, zitiert z.B. Kommentare von deutschen Kolleginnen, die man nicht erwartet hätte: „Wie können die Migrantinnen die Kampagne selbst durchführen? Sie wissen zu wenig über das Ausländergesetz, deswegen können sie ihre Forderungen nicht klar formulieren."

Als Erklärung für solche Äußerungen meint sie: „Wieder werden wir mit der Frage unserer Qualifikation konfrontiert. Diese Frage wird immer aufgeworfen, um unsere Teilnahme an professioneller Erwerbstätigkeit zu verhindern, aber auch, um unsere Möglichkeiten an politischer Aktivität in Deutschland einzuschränken."

„Anstatt uns zu ermutigen, über unsere Lage selbst zu sprechen und unsere Bewegung damit dauerhaft zu stärken, haben einige deutsche Frauen unser Verhalten als „unsolidarisch" verurteilt" fügt Annonuevo hinzu. Nach ihrer Auffassung beürchten diese Kritikerinnen, daß die Migrantinnen durch ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit den deutschen Frauen die Initiative in der internationalen Solidaritätsbewegung aus der Hand nehmen.

Um diese Kontroverse zu lösen, bezieht Annonuevo eine Position, die für „Südströmungen" repräsentativ sein könnte. Sie meint, daß es genügend Raum für eine Zusammenarbeit zwischen deutschen Frauen und Migrantinnen gibt, aber „nur dann, wenn Migrantinnen nicht als Opfer, Forschungsobjekte oder arme Frauen aus der „Dritten Welt", sondern als Gleichberechtigte behandelt werden".

Migrantinnen übernehmen eine aktive Rolle in der Informationsarbeit

„Südströmungen" ist die erste bundesweite Initiative, die von Frauen aus dem Trikontinent des Südens gemeinsam organisiert wurde. Die Tatsache, daß sie die Kampagne selbst in die Hand genommen haben, zeigt, daß sie nicht nur „Subjekte" sind und daß sie nicht die hilflosen, beschränkten „Opfer" sind, wie sie gewöhnlich in den deutschen Medien dargestellt werden.

Als allgemeines Ziel will die Kampagne das Leben von Migrantinnen in Deutschland durch Lobbyarbeit gegen Rassismus, Diskriminierung und Gewalt verbessern.

Einen Teil der Kampagne bilden Aktivitäten, wie z.B. Fortbildungsseminare für eine bessere Zusammenarbeit mit deutschen Massenmedien, eine Wanderausstellung (Heiratsmigration von gestern und heute) und Diskussionen mit deutschen Frauenorganisationen, ParlamentarierInnen und JournalistInnen, die Migrantinnen helfen können, bessere gesetzliche Rechte zu schaffen. Unter anderem gehört zu ihren Forderungen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen, eine doppelte Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht für Migrantinnen.

Das bundesweite Netzwerk von Migrantinnenorganisationen, das durch Südströmungen aufgebaut wurde, wird weiterhin solche Aktivitäten organisieren, auch wenn die einjährige Kampagne mit einer Abschlußveranstaltung vom 19-21 November 1993 in Bonn beendet wird.

Kontaktadresse:

„Südströmungen"
Landhausstraße 62
D-70190 Stuttgart
Tel.: (+49)-0711-261891

In der Clash nummer 9 haben wir in unserem editorial eine verantwortung geschrieben warum wir das artikel 'eine feministische kritik' nicht veröffentlicht haben. Daraufhin haben wir eine erneute kritik bekommen, die wir an die wichtigste stelle richtig fanden. Bis auf die letzte nummer haben wir eine 'selektieve veröffentlichung' betrieben wenn es geht um die 'raf-diskussion'. Wir haben die letzte 2 jahren indertat drei raf-publikationen veröffentlicht und keine kritische papiere dazu aufgezeichnet oder da selber was zu geschrieben. So könnte auch einfach den eindruck entstehen dass wir für die 'neue politik' der raf plädieren. Das ist allerdings nicht so und das wollen wir auch nicht so stehen lassen.

'eine feministische kritik' ist uns wichtig weil es einer der ersten kritiken auf die 'neue politik' der raf war. Sie entsprecht teilweise kritiken die es heute von vielen frauen und männer gibt. Außerdem kommen die schreiberinnen zu eine eigene revolutionär/feministischen position, die wir wichtig finden zu veröffentlichen.

Als redaktions-gruppe gibt es unterschiedliche positionen zum 'raf-diskussion' die wir bis jetzt noch nicht klar auf die reihe und auf's papier gekriegt haben. Der anspruch dazu haben wir schon (sehe auch das artikel zum spaltung innerhalb die gefangenen der raf und die guerilla).

Problem bleibt dabei die deutschland-orientierter diskussion. Wir tragen ja eine verantwortung papieren in eine klare kontext dazustellen, damit es auch in länder die nicht so einen direkten bezug zur geschichte und gegenwart der raf haben nützlich werden kann. Dabei fehlen uns gute übersetzungen. Solche wie andere 'logistische' und praktische probleme tragen dazu bei dass wir obengenannte 'fehler' machen.

Es lässt sich aber nicht alles damit entschüldigen, dass wir nicht den ganzen flut an papieren veröffentlichen können. Dank an die kritikerinnen, die nicht nachgelassen haben.



EINE FEMINISTISCHE KRITIK

im januar 1992 tritt die sogenannte 'kgt-initiative' (kgt = koordinationsgruppe terrorismusbekampfung) an die öffentlichkeit. im april verkündet die rote armee fraktion (raf) die einstellung militärischer aktionen, am 15. mai wird günter sonnenberg nach 15 jahren haftentlassen. im august bekräftigt und begründet die raf die grundsätzliche aufgabe des bewaffneten kampfes, ende oktober erklärt ein teil der gefangenen ihrerseits die prinzipielle abkehr vom bewaffneten kampf, und dass sie persönlichdiesen im falle ihrer freilassung nicht wieder aufnehmen werden. mitte november ist entschieden worden, dass bernd rössner, der zuvor im knast in kassel eingesperrt war, seine haft für 18 monate in einer therapeutischen einrichtung unterbrechen darf.

zu fragen bleibt: was geht hier eigentlich vor und wie geht es nun weiter?
und davor noch die frage: warum beschäftigen sich feministen überhaubt damit?

zunächst zur zweiten frage:

die ereignisse des letzten jahres im zusammenhang mit der raf, dem bis dahin existierenden bewaffneten kampf in der brd und den politischen gefangenen in bundesdeutschen gefängnissen sind ein ausdruck der gesamten politischen entwicklung. gleichzeitig bestimmen diese vorgänge die heutigen und zukünftigen politischen und gesellschaftlichen realitäten mit, innerhalb der wir frauen/lesben leben und uns bewegen.
darüberhinaus ist es notwendig, sich sozusagen 'ins innere' dieser auseinandersetzung zu begeben und zwar aus verschiedenen gründen:

1
- die antiimperialistische bewegung und die raf haben lange zeit auf internationalistischer grundlage gegen staat und kapital gekämpft. gemeint sind hier all diejenigen bewegungen, die mit grundsätzlich antiimperialistischen anspruch gegen staat, kapital und imperialismus vorgehen.
nicht zufällig kämpften viele frauen/lesben in der antiimperialistischen bewegung. nicht zufällig sind viele von ihnen aus der bewegung getreten, um sich dem feminismus zuzuwenden. frauen wurde und wird vor allem in der ablehnung, der sogenannte 'bruch mit den herrschenden verhältnissen' in der antiimperialistischen bewegung eine vermeintliche antwort auf das eigene lebeb und erleben im patriarchat suggeriert. die antiimperialistische bewegung richtet sich aber weder subjektiv - d.h. ihrer praktischen arbeit und ihrem anspruch nach - noch objektiv gegen die tatsächlichen grundlagen des imperialistischen patriarchats, gegen die ökonomische, sexuelle, emotionale und psychische ausbeutung nicht des menschen durch den menschen, sondern der frau durch den mann. die praktische auswirkung dieser 'begrenzung' erleben frauen innerhalb der gemischt-geschlechtlichen linken immer wieder als brachiale kluft.
letztlich besteht aufgrund einer gänzlich verschiedenen klassenanalyse samt deren auswirkungen auf alle bereiche des lebens und vor allem den daraus folgenden unterschiedlichen perspektiven und zielen des kampfes ein unüberwindbarar interessengegensatz zwischen dem feminismus und der antiimperialistischen bewegung.
trotz dieses antagonismus besteht ein kritisch-solidarisches verhältnis zwischen dem feminismus und bewegungen, gruppen, organisationen, die mit antiimperialistischem anspruch gegen die 'herrschenden verhältnisse' vorgehen. solidarisch sind feministen mit ihnene überall dort, wo ihr kampf, ihre kampfziele mit feministischen übereinstimmen. der feminismus aber mit dem umfassendsten anspruch: die befreiung der frauen weltweit. muss in theorie und praxis antworten auf die weitreichendsten politischen fragen finden. der feminismus muss die allgemeinste und somit die konkreteste perspektive zur befreiung aller frauen und somit auch aller männer weltweit beinhalten. hier beginnt die feministische kritik: jeder patriarchal geführte kampf und somit auch der der antiimperialistischen bewegung der brd kann nur um teilziele kämpfen - staat/kapital/imperialismus staellen nur segmente im patriarchat dar. wichtige zwar: werden jedoch sie allein bekämpft, bleibt das patriarchat bestehen und organisiert sich neu gegen die frauen.
es versteht sich von selbst, dass die feministische auseinandersetzung eine andere geschichtsforschung, andere organisationsformen und strategien hervorbringen muss.

2
- die weisse frauen-bewegung in ihrer gesamtheit hat viel geforscht und analysiert über die grundbedingungen vor allem von weissen frauenleben in geschichte und gegenwart. obwohl diese forschung in ihren anfängen steckt, hat sie doch eine fülle von erkenntnissen über die verschiedensten formen der ausbeutung, unterdrückung und vernichtung von frauen auf ökonomischer, politischer, sexueller, emotionaler, kultureller, spiritueller, psychischer und physischer ebene hervorgebracht.
auf der anderen seite gibt es von hier aus viel weniger anstrengungen, die bedingungen des lebens von freuen anderer hautfarben, kulturen, aus anderen teilen der welt grundsätzlich begreifen zu lernen. die folge davon ist, dass es hier kaum eine detaillierte forschung und ein wissen um den zusammenhang der ausbeutungs-

verhältnisse von frauen weltweit gibt. und es gibt wenig bis keine schlussfolgerungen aus all dem, wie und mit welchen mitteln eine grundlegende aufhebung patriarchaler herrschaft möglich sein wird - die internationale feministische revolution.
die erkenntnisse aus der feministischen und frauenforschung werden nicht in eine klassenanalyse umgesetzt, woraus sich der gruncharakter der auseinandersetzung ergibt - ein antagonistisches verhältnis von internationalem feminismus und imperialistischen patriarchat.
es gäbe bände zu schreiben über die vorgänge des letzten jahres samt der jeweiligen erklärungen der verschiedenen seiten und beteiligten, und anhand derer wäre eine schier unermessliche fülle von falschen grundlagen, grober fehleinschätzung, eigennütziger geschichtsverdrehung, reformistischer anbiederei und einfach patriarchaler, systemtragender positionene aufzudecken.
ich beschränke mich und werde im folgenden anhand einiger grundlegender diskussionspunkte zur bedeutung und zu den auswirkungen der entscheidung der raf und der aktuellen entwicklung des kampfes der politischen gefangenen uas feministischer sicht stellung beziehen

aschenputtel und andere märchen oder: was ist die 'freilassungsdebatte"

mit der sogenannten 'freilassungsdebatte' ist seit anfang des jahres 1992 zu erleben, dass das system seinen sieg über das kapitel bewaffneter kampf in der brd feiert. die politischen gefangenen sind ein 'politische erbe' aus der zeit davor, das nun aufgeteilt wird: die guten ins töpfchen, die schlechten ins kröpfchen.
seit nunmehr rund einem jahr ist die öffentliche austragung eines zug-um-zug-'spiels' zu beobachten. der startpfiff fiel mit dem vorschleg der koordinationsgruppe terrorismusbekämpfung zur haftentlassung von 7 gefangenen. die kgt besteht aus mitgliedern der bundesanwaltschaft, des verfassungsschutzes, des bundeskriminalamtes, des bundesinnenministeriums, des bundesjustizministeriums. schon bei der aufzählung dieser mitgliedschaften wird deutlich das der kgt nichts anders ist, als die effektivierte, weil direkte verschmelzung von sogenannter offizieller regierungsebene, polizei und geheimdiensten. diese ehrenwerte gesellschaft bringt also in die diskussion, bestimmte gefangene freizulassen. teile der gefangenen schwenken darauf ein. die alte mär von gegeneinander ausspielbaren verhandlern und betonköpfen im system wird aufgewärmt. so sollen mehr linke draussen auf diese linie verpflichtet werden. der damalige bundesjustizminister kinkel und damit der offiziell-öffentliche staat steigt in die debatte ein. die raf gibt ihre gewaltverzichtserklärung ab, das allem im dienste der 'neuen politik'. die raf erklärt den staat zum verhandlungspartner und erkennt das gewaltmonopol des staates an... die letzte runde im zeitgeschehen ist, dass bestimmte gefangene 'der gewalt abschwören. zum ersten mal haben damit gefangene aus dem 'gefangenenkollektiv' offen nur für sich selbst gehandelt. parallel läuft die politische isolierung der 'unverbesserlichen', deren vernichtungshaftbedingungen damit ein weiteres mal als 'selbstgewollt' legitimiert und verschärft werden können.
die 'neuen politikerinnen und politiker' erklären den kampf für die zusammenlegung sowohl praktisch als auch als politische orientierung für überholt. sie erklären das ziel der freilassung der politischen gefangenen als einfacher, realistischer, als das ziel, bessere bedingungen im knast durchzusetzen. in den anfängen begründete die raf ihren kampf noch mit dem wissen, dass "folter kein revolutionäres kampfbegriff ist": bliebe folter, repression im weitesten sinne zentrales moment im widerstand, würde widerstand zum 'moralischen reflez' und richte sich schlussendlich gegen die politischen gefangenen, weil die inhalte, für die sie kämpfen und eingesperrt sind, negiert und bedeutungslos würden.
wer im knast nicht auf die 'neue politik' einschwenkt, darf für sich selber sorgen bzw. im knast verrotten?
für die feministische bewegung muss das bedeuten, dass sie die gefangenen, die diesen ausverkauf nicht mitmachen, unterstützt. sie wird an dem ziel der befreiung aller politischen gefangenen festhalten.
in einer situation der schwäche der linken - wie z.b. heute - führt der weg raus nur über die aufgabe der politische identität. für die individuelle suche nach wegen raus aus dem knast, gibt es immer verständliche gründe, sie sollten aber auch als solche kenntlich gemacht werden.
der charakter der diskussion der letzten monate in bezug auf den knastkampf wird verschleiert mit den pseudonymen 'realistisch', durchsetzbar'. mti diesen begriffen gibt der staat die ebene der auseinandersetzung vor. der widerstand draussen soll auf diese ebene verplichtet werden. (s. dazu die erklärung der raf zum anti-weltwirtschaftgipfel-treffen in münchen :"... wir haben gesagt, dass es für uns ein wesentlicher bestandteil in dem jetzt notwendigen aufbauprozess ist, die freiheit unserer gefangenen genossinnen zu erkämpfen. .. es muss die sache von allen sein, die ein ende der folter, die die freiheit der politischen gefangenen wollen, in diesem kampf verantwortung und initiative zu übernehmen... raf 29.6.1992)

die allgemeinpolitische diskussion kreist folgerichtig um 'das neue', 'die politische debatte', die zu führen ist, zu organisieren ist, zu 'schützen' ist (gegen wen?) und darum, dass in zeiten allgemeiner ver-gewalt-ung aller lebensbereiche es keine revolutionäre gewalt geben könne, das ist die ebene der sogenannten 'sozialpartnerschaft'.

die letzten knapp 10 jahre betrachtend: die gefangenen forderten die zusammenlegung und wurden draussen unterstützt. die sogenannte 'grussaktion an die politischen gefangenen' war 1984 der versuch, die situation im knast und die forderungen der gefangenen in weitere kreisen hineinzutragen. öffentlichkeit gegen die kriminalisierung der zusammenlegungs-

forderung zu schaffen, mit mehr leute über die bedeutung der politik, für die die gefangenen einsassen, zu diskutieren.
gerade noch vorher brachten damals sogenannte 'links-intellektuellke kreise' die 'amnestiekampagne' ins rollen, derer begründung davon ausging: 'jeder kampf, der gerechte, wie die ungerechte, ist einmahl entschieden. wenn sieger und verlierer feststehen, hört der kampf auf...dass die raf und die gesamte linke in der brd verloren hat und besiegt ist, ist ein unbezweifelbares factum.'(wolfgang pohrt, konkret-reporter)
dies hatte 3 ziele:
1. taktisch die bewegung draussen zu entsolidarisieren
2. die gefangenen zur aufgabe ihrer politischen identität aufzurufen, bzw. die bedingungen eines möglichen deals in scheinbar linke vokabeln zu fassen. und schliesslich
3. den bewaffneten kampf für beendet weil gescheitert zu erklären.
auch die zweite argumentationslinie, die heute wieder den braten schmackhaft machen soll, war damals schon formuliert und vom 'komitee für grundrechte und demokratie' vertreten. namlich die sogenannte 'einsicht, dass das harte repressionskonzept in eine sackgasse mit demokratisch-rechtsstaatlich tötliche folgen' geraten sei. heutzutage wird der sogenannten kinkelfraktion als 'verhandler' im gegensatz zu den 'betonköpfen' diese 'einsicht' zugeschrieben, um die verhandler für die linken salonfähig zu machen.

die neue rhetorik des reformimus - oder der späte anschluss ans positive denken im wassermannzeitalter.

die politische führung der kpdsu hat mitte der 80er jahre eine politisch-ideologische stilrichtung mit bürgerlich-reaktionarem inhalt entwickelt, diese sollte fortan die innen- und aussenpolitische prxis der sowjetunion begrunden, das sogenannte neue denken der perestroika stellt lediglich den höhepunkt der revisionistischen entwicklung dar und setzt somit wahrscheinlich insgesamt den endpunkt des revisionismus selbst. die zur zeit dominierende fraktion behauptet eine grundsätzliche veränderung der internationalen lage durch den entwicklunsstand der kommunikationssysteme und der waffentechnologie, durch den drohenden ökologischen kollaps sowie die 'soziale zeitbombe' der verelendung im trikont. ein fundamentales interesse am erhalt der zivilisation, der menschheit schlechthin verblinde nun die 'welgemeinschaft', jenseits politisch-ökonomischer systemunterschiede müsse sie nun gemeinsam nach lösungen suchen. voraussetzung dafür sei, selbst neue wegen zu gehen und gewohnte betrachtungsweizen zu krieg und frieden abzubauen. aufgeklärte teilen der westlichen kapitalistischen welt müssten und könnten sich angesichts der drohenden katastrophe zur friedensfähigkeit hinentwicklen. sogenannte 'regionale konflikte', die den weltfrieden gefährden, sollten um den systemwiderspruch erleichtert 'praktikablen lösungen' zugeführt werden.
das neue denken mit seiner grundprämisse der weltumspannenden interessensgleichheit der menschen als rein biologische kategorie ungeachtet ihrer klassenzugehörigkeit und damit ungeachtet sexistischer und rassistischer ausbeutung und unterdrückung ist weder neu noch emanzipativ. es gleicht immer mehr dem reformismus, den wir hier schon lange kennen.
die lediglich neue rhetorik des revisionistischen patriarchats akzeptiert und versöhnt sich mit dem kapitalistisch-imperialistischen patriarchat, sie untergräbt jede - auch patriarchale - traditionelle marxistisch-leninistische kapitalismus- und imperialismusanalyse, negiert jedes objektive klasseninteresse und setzt an die stelle der notwendigkeit des klassenkampfes 'die suche der menschen nach neuen wegen zu politischen lösungen für akute, die gesamte menschheit betreffende probleme'!
nicht die neuerdings allseits festgestellte veränderte weltlage hat diese politische ideologie hervorgebracht. die gesamte entwicklung entsteht aus der dialektik der klassenkämpfe. umgekehrt hat das neue denken erst den politischen raum eröffnet und die legitimation verschafft für die politischen ökonomischen und militärischen massnahmen der sich im umbruch befindenden realsozialistische staaten zur beteiligung am aufbau der 'neuen weltordnung'. der bürokratische sozialismus löste sich zuerst ideologisch und im nachgang praktisch auf. die ergebnisse sind im zerfall der politisch-ökonomischen systeme und in der territoriale auflösung der staaten des ehemalige ostblocks zu sehen. folge ist weiter die auflösung von wirtschafts- und handelsabkommen, die in einigen länder der drei kontinente eine teilweise wirtschaftliche entwicklung auserhalb des diktats des kapitalistischen weltmarktes und der knebelpolitik von iwf und weltbank ermöglichten. die auswirkungen dieses zerfalls sind ausserdem kriege und blutige sogenannte 'nationalitätenkonflikte' in den ehemaligen ostblockstaaten, die einstellung militärischer und wirtschaftlicher 'hilfe' (materiele abhängigkeit und somit ideologische und praktische kontrolle) für die länder in den drei kontinenten und ihrer befreiungsbewegungen. weiter die rapide ansteigende verarmung afrikas, des trikonts überhaubt. auch osteuropas, die ausweitung von flüchtlingsbewegungen, vor allem von frauen und kindern, das sprunghafte anwachsen faschistischer gewalt in den metropolen u.v.m. darin ist z.b. die 'konkrete forderung nach schuldenstreichung' langst kein thema mehr. die gläubigerseite - kapitalistisch-imperialistische staaten und internationale banken - erlassen den ruinierten volkswirtschaften aus eigenpolitisch-ökonomischen erwägungen und interessen die groteskgigantischen zins- und schuldenberge teiweise oder sogar ganz.
ergebnis der beendigung des kalten krieges ist die einsetzung der uno als eine die ganze welt beherrschende regierung unter der direkten kontrolle der stärksten kapitalfraktionen.

rufen plötzlich nicht nur 'bundesdeutsche normalbürgerinnen und normalbürger' nach einer weisen lenkenden ordnungskraft. da akzeptieren auch viele linke 'das kleine übel'.

frauen sind aufgrund ihrer sozialisation auf frieden und harmonie eingeschworen, wir beobachten dass auch viele linke frauen immer mehr vor der konfrontation mit den verhälltnissen zurückweichen, protestieren, wachen, sich zurückziehen.
feministinnen wissen, dass die herrschende realität immer beängstigender wird. aber sie wissen auch, dass sich-ducken nicht vor schlägen schützt, dass die herrschenden die unsicherheiten benutzen wollen, um die einen gefügig zu machen und zu integrieren und die anderen zu isolieren und anzugreifen.

frauen haben ein grosses selbstschutzinteresse, sowohl diesen kern faschistischer ideologie und gewaltausübing zu bekämpfen, als auch deren verkörperung in form konkreter faschisten/männer.

der deutsche staat benutzt die faschisten und die angst der menschen vor faschistischer gewalt, um seine macht zu festigen. und wer, wie die celler gefangenen, in dieser zeit feststellt, dass die brd sich gegen einen 'neuen faschismus' als bürgerliche demokratie behauptet hat, die/der handelt mit bewusster absicht, macht propaganda für das system und gibt dem staat deckung gegen links.

dia raf betont ausserdem, dass wir in einer zeit leben, in der die gewalt so weit bis in jede zwischenmenschliche beziehung vorgedrungen sei, dass das mittel der gewalt damit stumpf und entwertet und somit aufgegeben sei - und allen müssten nun "ganz neu überlegen".
dem faschismus ist ein gewisses bewusstsein über das ausmass der strukturellen und individuellen gewalt währen der letzten zwei- bis viertausend jahre von männern gegenüber frauen vorallem in 'zwischenmenschlichen beziehungen' zu verdanken.
wer so argumentiert, entwaffnet den aufstand von unten: direkt und geschichtlich, psychologisch, emotional, politisch. der feminismus beinhaltet allerdings keineswegs kommunistische konzepte wie z.b. das avantgarde-konzept einer bewaffneten stadtguerilla

'gewalt' ist ein begriff, der in der letzten monaten verstärkt in der sogenannten öffentlichen diskussion auftaucht, dahinter steht ein bewusstes und - wie es scheint - leider auch erfolgreiches system: 'gewalt' wird durch die dauernde berufung zur schlange, vor der die kaninchen erstarren. jede gesellschafftliche auseinandersetzung soll so auf die sogenannte 'demokratisch-rechtstaatliche' ebene fixiert werden.

die 'öffentliche gewaltdebatte' ist insofern ein strategischer counterzug des staates, denn - solange eine fixierung gelingt - ist dies die festschreibung der herrschenden gewaltverhältnisse. es ist notwendig, öffentlich zu unterschieden zwischen faschistischer gewalt, gewaltmonopol des staates und rebellion von unten; es ist notwendig, position zu beziehen.

wenn die raf ihre aufforderung zum gewaltverzicht gefühlsbetont zu untermauern versucht mit dem jammer :"wir haben immer nur auf den feind gestarrt, uns nie um uns gekummert", dann ist das nicht nur unpolitisch und entpolitisierend, sondern sexistisch und rassistisch, ausdruck der privilegien weisser männer (und sich daran orientierender weisser frauen). ein privatisierendes päuschen, wie die raf es vorschlägt, heist mehr vergewaltigte frauen, mehr sexuell ausgebautete mädchen, mehr diskriminierung und entwürdigung, mehr ökonomische ausbeutung für einzelne und für unser geschlecht als sozial unterdrückte klasse, heisst das fortbestehen, die festigung der herrschaft.

"ich bin nicht frei, solange noch eine einzige frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere fesseln trägt als ich. ich bin nicht frei, solange noch ein einziger farbiger mensch in ketten liegt, und solange seid ihr auch nicht frei."
(audre lorde)

in einer gesellschaft, in der weltweit frauen und mädchen aufgrund patriarchaler machtordnung unterdrückt werden, vergewaltigt werden, ihre gefühle, ihre kreativität, ihre körper, ihre phantasie, ihre lust, ihre arbeitskraft, ihre intelligentz, ihr wissen ausgebeutet werden, in der frauen eine untergestellte, eine kolonisierte soziale klasse sind, haben frauen individuell, und kollektiv die berechtigung, unterdrückung und jeden einzelnen unterdrücker vorzugehen!
die würde der frauen zu wahren, ist grund genug, sich zu weheren.
feminismus ist nicht nur selbstverteidigung mit dem rücken zur wand und dem grauen im herzen. feminismus ist mehr als die reaktion auf politische umstände oder materielle bedingungen. feminismus ist dass bewusstsein, nicht nur von ursachen der unterdrückung, sondern auch von der bedingungen, notwendigkeiten, moglichkeiten der veränderung. dieses bewusstsein ist nicht abstrakt, sondern ist die benennung von verantwortlichen, täglich, nächtlich, privat und öffentlich, hier und international!

hamburg, den 20. februar 1993

Die Situation der Lesben und Schwulen in der UdSSR seit der Oktoberrevolution bis zum Ende der Regierung Stalins (1917-1953)

Die Situation von Lesben und Schwulen ist grundsätzlich sehr eng verbunden mit der Stellung der Frauen in der jeweiligen Gesellschaft: So lässt nicht nur die Bewertung von "Frauenrechten" Rückschlüsse auf die Einschätzung von Homosexualität zu, auch umgekehrt sind die Vorurteile gegenüber Homosexualität in einer Gesellschaft größer oder geringer, je nachdem, ob in ihr die "Frauenrechte" und die Emanzipationschancen für Frauen größer oder kleiner sind.

Je grösser der Zwang zur Kleinfamilie als einzig akzeptable Lebensform ist, je grösser der Druck auf Frauen ist, ihre "natürlichen Pflichten als (Haus-)Frauen und Mütter" zu erfüllen, desto grösser ist auch die Intoleranz gegenüber Homosexualität als einer sexuellen Verhaltensweise, die ausschließlich der Lust und nicht der Fortpflanzung dient.

Dieser Zusammenhang ist natürlich kein zwingender, aber die Tendenz läßt sich dennoch klar ablesen: die gesellschaftliche Stellung der Frauen ist ein durchaus brauchbarer Indikator für die Lage der Lesben und Schwulen.

Die Unterdrückung von Homosexualität und die Diskriminierung von Lesben und Schwulen, ist untrennbar verbunden mit der Aufrechterhaltung der Norm der Heterosexualität, der Stützung der Kernfamilie und der Unterdrückung der Frauen aufgrund des Geschlechts. Lesben und Schwule verstossen gegen diese Norm und stellen die Kleinfamilie, das etablierte Geschlechtsrollensystem und damit auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in Frage. Daraus folgt, daß Lesben und Schwule ebenso wie heterosexuelle Frauen einen gemeinsamen Gegner zu bekämpfen haben: das Patriarchat.

Der folgende Artikel beschreibt die Situation von Lesben und Schwulen in der ehemaligen UdSSR, genauer in der Zeit vom Beginn der Oktoberrevolution 1917 bis zum Ende der Regierung Stalins 1953.

Es wird versucht, die Verhältnisse der damaligen Zeit, die patriarchalen Strukturen und die Kämpfe gegen sie in einer anderen Gesellschaftsform darzustellen.

Auch wenn die Sowjetunion heute nicht mehr existiert - ein revolutionäres Geschichtsbewußtsein ist Bestandteil und Grundlage auch für die heutigen Kämpfe. Schließlich begünstigt Geschichtslosigkeit nur die Herr-schenden, die wiederum ihr Wissen aus der Geschichte für ihre heutige Politik sehr wohl nutzen, und sei es durch die schlichte Negierung vergangener Prozesse.

Der Artikel soll einen Überblick verschaffen über die Anstrengungen, die während der ersten Jahre nach der bolschewistischen Revolution unternommen wurden, um die gesellschaftliche Lage der Frauen und deren volle Gleichstellung zu erreichen. Die von 1917 bis 1927 durchgeführten Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation der russischen Frauen waren, auch wenn sie von der damaligen Regierung so nicht begriffen wurden, ein direkter Angriff auf die patriarchalen und (hetero)-sexistischen Strukturen der alten Gesellschaft.

Der Versuch einer allgemeingültigen Analyse der Alltags- und Lebensbedingungen von Lesben und Schwulen ist aus verschiedenen Gründen recht schwierig: Es sind nur sehr wenig Informationen vorhanden. Doch allein schon diese Tatsache läßt Rückschlüsse zu (mal abgesehen vom grundsätzlichen Informationsdefizit, das durch das allseits bekannte Nord/Süd-bzw. West/Ost-Gefälle entsteht) - in einer Gesellschaft, in der von ca. 10% der Bevölkerung kaum Material und authentische Aussagen bekannt sind, kann es mit der sexuellen Selbstbestimmung nicht so weit hergewesen sein.

In diesem Artikel soll versucht werden, die progressiven und durchaus positiven Ansätze, die das Ziel einer generellen Gleichberechtigung in der ehemaligen Sowjetunion verfolgten, aufzuzeigen und die Ursachen für deren Scheitern zu benennen.

Dabei wird die oben vertretene These fortgeführt und untermauert: Eine Gesellschaft, die Frauen ihre Eigenständigkeit abspricht und deren Gleichberechtigung nur auf dem Papier stehen lässt, kann keine Gesellschaft sein, die ein selbstbestimmtes und verfolgungsfreies Leben von Lesben und Schwulen sicherstellt.

Die Frauenpolitik der Bolschewiki (1917 - 1927)

Wie auch in anderen europäischen Ländern, wurden während des Ersten Weltkrieges auch im zaristischen Russland verstärkt Frauen in sogenannten "Männerberufen" eingesetzt. Die Männer hatten schließlich an der Front wahlweise für Ehre und Vaterland, Republik, Kaiser, König oder Zar, zu kämpfen. Gleichzeitig mußte das reibungslose Arbeiten insbesondere der kriegswichtigen Industrie (Schwer- und Rüstungsindustrie, Energieversorgung etc), gewährleistet werden. Der Prozess, der dadurch, wenn auch von den jeweiligen

Regierungen unbeabsichtigt, eingeleitet wurde, trug wesentlich zur ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen und zur Stärkung ihres Selbstbewußtseins bei. Gleichzeitig, und bedingt durch die nun entstandene Doppelbelastung als Hausfrau und Mutter auf der einen und Arbeiterin auf der anderen Seite, wurden sich gerade die russischen Frauen ihrer politischen Bedeutung bewußt - streikende Arbeiterinnen, von Frauen getragene Protestkundgebungen und Brotunruhen waren insbesondere in den letzten Kriegsmonaten in allen größeren Städten Russlands Teil der vorrevolutionären Stimmung.

Theoretische Grundlage für die Frauen- und Sexualpolitik der Bolschewiki vor der Revolution und während der Zeit des Kriegskommunismus(1) waren die klassisch-revolutionären Analysen von Marx, Engels und Bebel, deren Kernaussagen sich in etwa so zusammenfassen lassen:

1. Die erste wichtige Voraussetzung zur Befreiung der Frauen ist deren Integration in alle Produktionsprozesse. Die Frauen müssen gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten - dadurch werden sie von den Männern unabhängig.
2. Die Eingliederung in die Produktionsprozesse hat als Voraussetzung die Änderung der Familienstruktur. Die Familie wird als ein sich änderndes und veränderbares historisches Gebilde verstanden. Die Kleinfamilie kann zwar nicht per Dekret abgeschafft werden, aber durch Funktionslosigkeit langsam verschwinden und neuen Formen des Zusammenlebens Platz machen.
3. Nicht die autonome Organisierung der Frauen, sondern ihre Eingliederung in die Organisationen der Arbeiterbewegung und ihre Mitarbeit in diesen ist unerlässlich. Erst die Befreiung der Arbeiterklasse gewährleistet die Befreiung der Frau und kann das Verhältnis zwischen den Geschlechtern umgestalten.

Gerade was die Ablehnung einer autonomen Organisierung der Frauen anbelangt, kam es schon vor der Oktoberrevolution zu massiven Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit der Bolschewiki und einigen wenigen Frauen. Während nahezu alle Männer (u.a. Lenin) und auch viele Genossinnen eine selbstständige revolutionäre Frauenorganisierung ablehnten, kämpften Alexandra Kollontai und Clara Zetkin, um hier die wohl am bekanntesten russischen Revolutionärinnen zu erwähnen, für eine autonome Frauenorganisierung. Erst durch die Ernennung Alexandra Kollontai's zur 'Volkskommissarin für staatliche Fürsorge' 1917, als die sie für alle sozialen Aufgaben zuständig wurde, setzte sich auch bei den meisten, sich bisher skeptisch äußernden, GenossInnen die Auffassung Kollontai's und Zetkin's durch.



Vorerst bestimmten aber die traditionellen marxistischen Analysen die Politik der Bolschewiki. Die Sowjetregierung unternahm schon kurz nach der Revolution, zu deren Sieg nicht zuletzt die russischen Frauen beigetragen hatten, den Versuch, die gesellschaftliche Stellung der Frauen zu verbessern und begannen eines der zentralen Fundamente der Frauenunterdrückung, die Institution der Kernfamilie, abzuschaffen. Ziel war, die sozialen und rechtlichen Fesseln, die die Befreiung der Frauen verhinderten und die damit verbundenen reaktionären Ideologien, die die Frauen in Abhängigkeit, Unwissenheit, Aberglaube und Angst halten sollten, zu beseitigen. Zwischen 1917 und 1927 beschloss die Sowjetregierung eine Reihe von Gesetzen, die die Frauen nicht nur aus ihrer bisherigen Versklavung befreien, sondern deren Gleichberechtigung mit den Männern auf allen Ebenen der Gesellschaft herbeiführen sollten. Diese Gesetze gingen wiederum maßgeblich auf den Einfluß der Revolutionärinnen zurück, insbesondere auf den Kollontai's. So wurde zum Beispiel die Eheschließung zu einem rein zivilen Registrierungsvorgang umgewandelt, ohne jegliches Mitspracherecht und Einflußnahme der Kirchen. Das war unter anderem auch Voraussetzung für die Legalisierung der Scheidung, die seitdem grundsätzlich erlaubt war und sowohl von Männern als eben auch von Frauen beantragt werden konnte. Weiterhin wurde die Abtreibung in der Sowjetunion völlig legalisiert - als erstes Land der Welt. Es wurden öffentliche Einrichtungen geschaffen, die die bisherigen häuslichen Funktionen der Frauen übernehmen sollten: Waschanstalten, Kinderkrippen und Kantinen. Die Bedeutung dieser Volksküchen erklärte Alexandra Kollontai so:"In der bürgerlichen Gesellschaft war die Frau sehr eifrig bemüht, mit Hilfe ihrer Kochkünste ihren Ehemann und Ernährer bei guter Laune zu halten.(...) Ich kann es mir einfach nicht vorstellen, daß es bei uns sehr viele Frauen geben soll, die aus reinem Zeitvertreib am häuslichen Herd stehen wollen, nur um ihren Mann zu beglücken.(...) Vor dem Hintergrund der Geschichte der Frau ist die Trennung von Küche und Ehe tatsächlich eine sehr wichtige Reform; für die Frau nicht weniger wichtig, als die Trennung von Staat und Kirche." Und an anderer Stelle:"In den Jahren 1919 und 1920 wurden fast 90% der Bevölkerung in Moskau durch unsere öffentlichen Volkskantinen versorgt.(...) Es ist einleuchtend, daß allein schon diese Veränderung den Alltag der Frauen beeinflußt. Der Küchendienst hatte, noch stärker als die Mutterschaft, die Frau in Fesseln gelegt. Heute ist die Küche nicht länger eine der Säulen, auf denen die Existenz der Familie beruht."

Eine weitere gesetzliche Veränderung war die Festschreibung des Rechts für Frauen auf freie Wahl des Berufes. In Verbindung damit stand die gesetzliche Verankerung des Prinzips des gleichen Lohns für gleiche

Arbeit, der Mutterschutzbestimmungen, des Verbots der Nacht- und Untertagearbeit für Frauen. Das Ziel war, den gesamten Reproduktionsbereich zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu machen.

In marxistischer Tradition beabsichtigten die Bolschewiki in der vorstalinistischen Zeit nicht nur die ökonomischen Bedingungen Russlands zu verändern, sondern auch die allgemeinen Lebensbedingungen, die Lebenseinstellung überhaupt und versuchten die Beziehungen zwischen den Geschlechtern sowie zwischen Eltern und Kindern zu revolutionieren - also die Gesellschaft an sich völlig umzuwälzen.

Diese Revolutionierung des Alltagslebens beschränkte sich dann auch nicht nur auf gesetzliche Maßnahmen. In den ersten Jahren der Sowjetherrschaft wurde ebenso mit verschiedenen Formen des Zusammenlebens der Geschlechter und mit verschiedenen Modellen der Kindererziehung experimentiert. Kommunen wurden auf dem Land und in den Städten gegründet, deren bekanntesten wohl die Kolonie jugendlicher Landstreicher und die Moskauer "Kinderstadt der III. Internationale" waren. Das dabei verfolgte Ziel war zum einen, die Rolle des natürlichen Umfeldes während der Kindheit herauszufinden, zum anderen das Kollektiverlebnis und die Kollektivbildung, die Entstehung von Zusammengehörigkeitsgefühl und Gruppensolidarität durch die gemeinsame Arbeit zu unterstützen bzw. herauszubilden. Die Erziehung von Kindern durch Gleichaltrige bzw. Jugendliche unter möglichst minimaler Einflußnahme der Erwachsenen wurde ausprobiert. Ein Mittel des Lernens und Begreifens unter möglichst gleichen Voraussetzungen, eben ohne die Autorität der LehrerInnen, PädagogInnen oder Eltern, waren die nach der Revolution ins Leben gerufenen Kindertheater, in denen Kinder für Kinder auf der Bühne standen. Zum erstenmal befand sich das russische Theater im Gesamtzusammenhang einer progressiven Pädagogik und konnte sich vom reaktionären Schulsystem lösen. Zum erstenmal ging die gesamte Theaterarbeit von den Erwartungen, dem Aufnahmevermögen, den Anregungen der Kinder aus und verfügte über feste Häuser und einen eigenen technischen und künstlerischen Apparat - die Erwachsenen wurden zu beratenden StatistInnen "degradiert".

Jedoch, und wie in vielen anderen Bereichen auch, wurden unter der Regierung Stalins die progressiven Ansätze gestoppt und zurückgedreht. Den Kindertheatern, die sich in ihrer Entstehungsphase sehr stark auf Gegenwartsstücke konzentrierten, um den Kindern die sie umgebende Realität (be-)greifbarer zu machen, wurden Spielpläne diktiert, die zunehmend bürgerliche Inhalte und reaktionäre Bilder (z.B das vom "Mütterchen Russland") verbreiteten.

Schließlich wurden sie sogar ganz abgeschafft, deren InitiatorInnen und AktivistInnen verfolgt und deportiert.

Die Sexualpolitik der Bolschewiki

Ein grundlegendes Prinzip der Sexualpolitik der Bolschewiki war deren Maxime, daß das Sexualleben generell die Privatsache eines jeden Menschen sei, in das sich der Staat nicht einzumischen habe, zumindest nicht in den Fällen, in denen es um einvernehmliche Handlungen der beteiligten Personen geht, und weder Zwang noch Gewalt angewandt wird. An diesem Punkt wurde in den ersten Jahren nach der russischen Revolution mit aller Heftigkeit und Leidenschaft diskutiert, wobei die wichtigsten Positionen in etwa folgende waren: Auf der einen Seite wurden mehr Freiheit und Selbstbestimmung befürwortet, das Recht auf "freie Liebe" wurde proklamiert, Sexualität galt als ein menschliches Grundbedürfnis, das genauso wie Durst und Hunger zu stillen berechtigt wäre. Auf der anderen Seite standen schon damals die Befürworter einer neuen, sozialistischen Moral, die zwar nicht in die Askese führen sollte, doch vor der Nachahmung der "bürgerlichen Ausschweifungen" und der "Überbetonung des Sexuellen" warnten. Jedoch galt auch während der progressiven Zeit im Anschluß an die Revolution, daß den meisten marxistischen Theoretikern das Thema Sexualität zu unbedeutsam erschien. Eine "offizielle", und durchdachte verbindliche Analyse der Sexualität - dazu konnte sich kein bedeutsamer marxistischer Theoretiker aufschwingen.

Dem gegenüber wieder Alexandra Kollontai, die wohl die erste Kommunistin war, die sich mit einer notwendigen neuen Sexualpolitik auseinandersetzte. In ihrem 1918 geschriebenen Buch "Die neue Moral und die Arbeiterklasse" beschrieb sie die neue, selbstständige, unabhängige Frau, die auch in der Liebe dem Mann nicht unterworfen ist:"Unsere Zeit zeichnet sich durch das Fehlen der Liebeskunst aus. Die Menschen verstehen es durchaus nicht, helle, leuchtende, beflügelte Beziehungenzu unterhalten. Sie kennen nicht den Wert der erotischen Kameradschaft.(...) Die Menschen müssen aus dieser Sackgasse herausgeführt werden, die Menschen müssen das schöne, leuchtende und nichtbelastende Erleben erlernen."(2)

Was die Umsetzung des Prinzips der Freiheit der Sexualität anbetrifft, muß jedoch kritisch angemerkt werden, daß diese neue Freiheit vor allem den Männern zugute kam, die sie auf Kosten der Frauen sehr wohl auszunutzen verstanden: das Recht auf Sexualität wurde bald zu einer Verpflichtung, deren Folgen in einer Gesellschaft, in der Verhütungsmittel und das Wissen um sie bzw. um deren Handhabung wenig verbreitet waren, buchstäblich die Frauen zu tragen hatten. Die neue Situation wurde eben auch hier nicht durch einen Prozess entwickelt, sondern per Verordnung durchgesetzt. Institutionen, die die alte bürgerliche Moral zementiert hatten, die Aristokratie und vor allem die orthodoxe russische Kirche, wurden durch die Revolution weggesprengt, das dadurch entstandene Vakuum konnte aber vorerst nur mit neuen Theorien und Perspektiven gefüllt werden. Diese waren zwar durchaus progressiv, aber eben aufgestülpt und nicht der Realität der Bevölkerung entsprechend - statisch und nicht aus einem neuen Bewußtsein heraus gewachsen.

Dennoch läßt sich im Großen und Ganzen sagen, daß mit der Oktoberrevolution auch eine Sexualrevolution einher ging.

Die -vorläufige- Abschaffung der bürgerlichen Doppelmoral

Das Handlungsprinzip -Sex ist Privatsache- war für Lesben und Schwule eine der wichtigsten Errungenschaften zur Verbesserung ihrer Situation. Es bedeutete, auch wenn schon gleich nach dem Sieg der Revolution die Hüter der neuen Moral ihre Kritik äußerten, den Beginn einer Revolutionierung ihrer Lebensbedingungen. Bereits im Dezember 1917, also knapp zwei Monate nach dem Sieg der Bolschewiki, wurde von der Sowjetregierung die Strafbarkeit der einfachen Homosexualität beseitigt. In den sowjetischen Strafgesetzbüchern von 1922 und 1926 war kein Schwulen-/Lesben-Paragraph mehr enthalten (jedoch hatte jede der 14 Sowjetrepubliken ihr eigenes Strafgesetzbuch. Die sowjetrussische Strafgesetzgebung war zwar Modell für die übrigen Republiken, aber eben nicht verpflichtend. So war die Homosexualität in einzelnen Republiken (u.a. Aserbaidschan, Georgien, Turkmenien und Usbekistan) weiterhin strafbar. Nicht zufällig handelte es sich hierbei um die islamisch geprägten Länder, in denen Frauen nochmal unter einer ganz anderen Form der Unterdrückung als in den übrigen Teilen des vorrevolutionären Russlands lebten. Auch die Bolschewiki konnten nicht auf einmal jahrhundertealte patriarchale Strukturen beseitigen).

Die Gesetzgebung der Bolschewiki war Ausdruck für deren Haltung, daß Homosexualität niemanden schaden kann. Sie wurde nicht länger als eine rechtliche,

Homosexualität ein "Produkt der Dekadenz des bourgeoisen Teils der Gesellschaft" sei, Homosexualität wurde sogar als "faschistische Perversion" dargestellt. Besonders tat sich in dieser Hetze, die sich u.a. in einer breiten Pressekampagne ausdrückte, Maksim Gorkji hervor.(6)

Während in den faschistischen Konzentrationslagern Deutschlands tausende Lesben und Schwule gefoltert und umgebracht wurden, schrieb Gorkji in einem Artikel der Zeitung "Proletarischer Humanismus": "Das Gedächtnis sträubt sich dagegen, auch nur jener Abscheulichkeiten zu gedenken, die der Faschismus erzeugt. (gemeint sind Homosexualität und Antisemitismus) (...) Während in den Ländern des Faschismus die Homosexualität, die die Jugend verdirbt, ungestraft agiert, ist sie in dem Lande, wo das Proletariat kühn und mannhaft die Staatsmacht erobert hat, als ein soziales Verbrechen erklärt und wird streng bestraft. In Deutschland ist schon das geflügelte Wort entstanden: Rottet die Homosexuellen aus und der Faschismus ist verschwunden".

Das Zitat macht deutlich, daß unter Stalin Lesben und Schwule dafür herhalten mußten, um von politischen Fehlern, die z.B. bei der Bekämpfung der Faschisten durch die kommunistischen Parteien und die Kommunistische Internationale begangen wurden, abzulenken. Prompt wurde 1933 die Strafbarkeit für homosexuelle Handlungen (zwischen Männern) wieder eingeführt und verschärft. Der Volkskommissar für Justiz, Krylenko, stellte 1936 auf einem Vortrag zur Strafbarkeit der Homosexualität fest: "Es ist Sache der Ärzte, in jedem einzelnen Fall zu entscheiden, ob der Angeklagte krank ist oder nicht. Aber wenn wir keinen Grund zur Annahme haben, er sei krank, dann sagen wir zu ihm: Guter Mann, hier ist kein Platz für dich. Unter uns Arbeitern, die an normale Beziehungen zwischen den Geschlechtern glauben und eine Gesellschaft auf gesunden Grundsätzen aufbauen, ist kein Raum für Leute dieser Sorte. Wer sind eigentlich unsere hauptsächlichen Kunden in dieser Art? Sind sie Arbeiter? Natürlich nicht - Sie sind entweder der Bodensatz der Gesellschaft oder Überreste der Ausbeuterklasse. (Beifall) Sie wissen nichts mit sich anzufangen, also neigen sie zur Päderastie. (Gelächter) Und obendrein gibt es eine weitere Betätigung in kleinen schmutzigen Räumen und Verstecken, und das ist das Werk der Konterrevolution. Das ist der Grund, weswegen wir diese Chaoten aus unserem neuen Gesellschaftsystem herausnehmen, dem System, das wir für Männer und Frauen und Arbeiter und Arbeiterinnen schaffen - wir bringen diese Ehrenmänner vor Gericht und geben ihnen Strafen bis zu fünf Jahren."

Eines konnte sich jedenfalls die stalinistische Bürokratie sicher sein: Ihre anti-lesbische/anti-schwule Politik wurde nicht nur nicht von einer Opposition in der sowjetischen Bevölkerung beantwortet, im Gegenteil: Sie konnte sich der Zustimmung zu ihren Maßnahmen weitgehend sicher sein. Homophobie war eines der Erbstücke des Feudalismus und der christlich-orthodoxen Kirche, und die Zeit des progressiven Denkens der ersten Jahre nach der Revolution war zu kurz, als daß eine tiefgreifende Veränderung in den Köpfen der Bevölkerung hätte greifen können. Die gescheiterte, besser: angehaltene und zurückgedrängte sexuelle Revolution, die sich in verstärkter Frauen und Lesben-/ Schwulenunterdrückung ausdrückte, ist auch ein Zeichen dafür, daß das Phänomen Sexualität nur unzureichend analysiert wurde. Somit konnten Utopien und Ziele (Aufhebung sexueller, insbesondere heterosexueller, Normvorstellungen und der Kategorisierung der Sexualität in hoch- und minderwertig) nur sehr oberflächlich benannt, geschweige denn angegangen werden. Anhand des Beispiels Sexualpolitik wird deutlich, daß, und das betrifft letztendlich alle Bereiche des Sowjetsystems, gravierende Fehler in der bolschewistischen Politik gemacht wurden - Verkennen der ideologischen und geokulturellen Lebensbedingungen (Stadt / Land; Kleinfamilie / familiärer Großverband; christlich-orthodox / islamisch / jüdisch dominierte Gebiete;...), Unterschätzen der gewachsenen Traditionen und Vorurteile, Klebenbleiben in Denkschemata der herkömmlichen (Sexual-)Wissenschaft, unzureichende Erziehung und Aufklärung der Bevölkerung, Bagatellisierung der Sexualität etc.

***

Festzuhalten bleibt, daß die Existenz einer bürokratischen Schicht ein Ausdruck von Unreife und Rückständigkeit eines Landes, ein Indikator für das niedrige Niveau der politisch-herrschenden Klasse ist. Daher kann korrekt die ehemalige UdSSR (und das trifft für alle Staaten des ehemaligen RGW's zu) auch nicht als kommunistische Gesellschaft begriffen werden. Sie muß als Übergangsgesellschaft verstanden werden, als eine, die sich auf dem Weg von einer Gesellschaftsform zur nächsten befand - und dann, nicht zuletzt auch aufgrund äußerer Bedingungen (Blockkonfrontation), vor allem aber wohl wegen des Fehlens eines Begriffs von "sozialer Revolution", auf halber Strecke stehenblieb. Die Macht des Bürgertums und damit der alten ausbeutenden Klasse war zwar gebrochen, das Volk hatte jedoch noch nicht die Herrschaft übernommen. Stattdessen kontrollierte eine machtversessene Gerontokratie(7), die sich mehr von objektiven Notwendigkeiten leiten ließ, als von notwendigen sozialen Prozessen, alle gesellschaftlichen Entwicklungen. Letztendlich wurde die Revolution verwaltet und anstelle gemeinsam mit dem Volk nach und nach an der Entwicklung eines neuen Bewußtseins zu arbeiten, wurde die Politik vom Mißtrauen gegenüber der Basis beherrscht.

Die Zwitterstellung zwischen siegreicher Revolution (verstanden als Übernahme der Macht) und der nicht oder nur ansatzweise stattgefundenen gesellschaftlichen Umorientierung in wesentlichen Bereichen, zeigte sich nicht nur im ökonomischen und politischen, sondern ebenso in allen anderen Komplexen der Gesellschaft - und galt natürlich auch für die Sexualität und deren staatliche und private Handhabung.

1: mit der bezeichnung "kriegskommunismus" ist die zeit von 1917 bis 1920 gemeint, in der sich das revolutionäre russland sowohl gegen die konterrevolution im innern als auch gegen die invasionstruppen von 10 staaten zur wehr setzen musste. dreiviertel des landes waren von ausländischen truppen oder gegenrevolutionären besetzt.
2: alexandra kollontai, "die neue moral und die arbeiterklasse", 1918
3: grigori batkis, "die sexualrevolution in russland", moskau, 1923
4: es darf auch nicht vergessen werden, dass die weibliche homosexualität oft genug "gar nicht existiert". wo mann sich schwertut mit der akzeptierung einer selbstbestimmten und selbstbewussten, nicht auf die befriedigung des mannes gerichteten oder nur auf die fortpflanzungsfunktion reduzierten weiblichen sexualität, wo mann kaum von lust, aber sehr viel von pflichten (vor allem von weiblichen) schreibt oder spricht, wo die existenz und die funktion der klitoris betont verschwiegen werden, dort hat die lesbische liebe keinen platz. denn auch diese nur zu benennen, würde immerhin bedeuten, den frauen zuzugestehen, eigenständige sexuelle wesen zu sein. das mangeln bzw. die nicht-existenz von aussagen lesbischer frauen zur zeit der oktoberrevolution und der sowjetunion, spricht für, besser: gegen sich.
5: leo trotzky, schriften, 1937 - 1938
6: maksim gorkji, gründer der 1. arbeiter- und bauernuniversität der udssr, gilt als begründer des sozialistischen realismus. überwarf sich mit lenin, der ihn wegen der verbreitung bürgerlicher literatur angriff. unter stalin rehabilitiert und präsident des sowjetischen schriftstellerverbandes.
7: herrschaft alter männer

Brief von Laura Whitehorn, revolutionäre anti-imperialistische Gefangene und Lesbe
Marianna, Florida

10. Januar 1993

Dieser Artikel ist der Erinnerung an Mike Riegle gewidmet; er hätte ihm vielleicht nicht zugestimmt, aber er hätte es mich bestimmt wissen lassen.

Neulich hatte ich eine wundervolle lesbische Phantasie. Im Gefängnis tendierst du dazu, viel zu phantasieren - über Essen, Sex, das Meer, Musik, alles. Aber dieses Mal war es etwas anderes. Es war über den Schwulen- und Lesbenmarsch auf Washington (im folgenden D.C.), der für dieses Frühjahr geplant wird. In meiner Phantasie saßen die OrganisatorInnen dieses Marsches zusammen und sprachen über die riesigen Demos, die in Italien, Deutschland und Frankreich als Protest gegen Faschismus, Anti-Semitismus und Rassismus gemacht werden. Sie denken, angesichts der endlosen Überschwemmung von rassistischen Angriffen im letzten Jahr, brauchen wir so etwas hier. (Erst letzte Woche brachten die 'Florida News' die Geschichte von einem Schwarzen, der in der Umgebung der Stadt Panama von drei weißen Männern angezündet wurde.) Also entschieden sie sich für den Marsch auf D.C., einen Schwulen- und Lesbenmarsch für Menschenrechte, gegen Rassismus und weiße Vorherrschaft. Sie setzten sich mit afrikanisch-amerikanischen und neu-afrikanischen Organisationen in Verbindung, um sie zur Teilnahme einzuladen; dann gaben sie einen gemeinsamen Aufruf an alle fortschrittlichen Organisationen zur Unterstützung und Teilnahme am Marsch heraus.
Während ich über diese Phantasie nachdachte, lächelte ich, fühlte ich mich leicht und freute mich. Für eine Minute. Und dann sagte ich laut: 'Träum nur, Mädel, es wird nicht passieren'.
Das ist genau das, was mir einige lesbische Freundinnen am Telefon sagten, als ich ihnen von meiner Phantasie erzählte. Tatsächlich, wenn ich magischerweise zu einem Treffen der MarschorganisatorInnen gelangen könnte, hätte ich wahrscheinlich die gleichen Argumente, mit denen ich vor 20 Jahren gegenüber den gleichen Leuten argumentiert habe, über Strategie und Ausrichtung der Frauenbefreiungsbewegung und der Lesben-/Schwulenbefreiung, über das, was ich als die entscheidende, grundlegende Bedeutung für weiße Menschen sah: die nationale Befreiung und den Kampf gegen weiße Vorherrschaft zu unterstützen.

Ich habe in verschiedenen Städten gelebt, in Städten, in denen es große Lesben-Communities gab, aber wir anti-imperialistischen Lesben waren immer eine kleine Minderheit. Viele Jahre kämpften wir nicht sehr engagiert für die Schwulen- und Lesbenbefreiung, und durch den berechtigten Ärger einiger Queers 2 verschärfte sich deshalb unsere Isolation. Und natürlich wurden in diesen Zeiten politische Differenzen wie Gefechtslinien behandelt, die nicht überschritten werden konnten. Und wir waren keine sehr guten Zuhörerinnen (um das Mindeste zu sagen).
Aber im Laufe der Jahre änderte sich unsere Politik. Als einige von uns im Washingtoner "Resistance Conspiracy Case" ihrem offen gelebten Lesbisch-sein eine politische Dimension gaben, erhielten wir eine kollosale Unterstützung, die nicht nur unsere mitangeklagten GenossInnen erreichte, sondern alle politischen und Kriegsgefangenen, Unterstützung, die lange über den D.C.-Prozess hinaus andauert. Ähnlich, und eine absolute Notwendigkeit für unsere Arbeit, ist die kraftgebende und starke Unterstützung durch die schwulen und lesbischen AIDS-AktivistInnen für diejenigen von uns, die drinnen AIDS-Hilfe und Aufklärung leisten. In den besten Momenten können wir den anderen gefangenen Frauen, mit denen wir arbeiten, ein Gefühl dieser Unterstützung, von der Community, spüren lassen. Und das macht die Arbeit, die darin besteht Leben zu ändern und Leben zu retten, effektiv.

Der militante und mutige Kampf von schwulen Männern und Lesben in der AIDS-Krise hat die schwulen und lesbischen Communities politisiert und eine Bewegung hervorgebracht. Er hat sogar auf den Ausgang der Präsidentenwahl eingewirkt. An diesem Punkt, denke ich, wäre es ein schwerwiegender Fehler, unsere Vision auf 'Akzeptanz' und Integration in das System zu begrenzen: Ich bin gegen die Diskriminierung von Schwulen im Militär, aber ich bin ebenso gegen den Kampf von Schwulen und Lesben, ins US-Militär, dem kämpfenden Arm von Imperialismus und Intervention, eintreten zu können.
Wir sind momentan an einem Punkt, an dem revolutionäre und befreiende Ziele gebraucht werden. Ich glaube, das Ziel der Befreiung muß mit der Bildung von Bündnissen mit den unterdrückten Völkern, die für Gerechtigkeit und Überleben kämpfen, beginnen - Kampf gegen Rassismus, Kolonialismus und weiße Vorherrschaft in AmeriKKKa 1993.

Warum sollten Lesben und schwule Männer das machen? Warum sollten wir uns für einen nationalen Marsch sammeln, mit der Forderung nach Gerechtigkeit für "andere"? Erstens sind einige von diesen "anderen", einige von diesen durch die weiße Vorherrschaft

unterdrückten afrikanischen AmerikanerInnen, in der Tat "wir", Lesben und schwule Männer. Wenn wir es unterlassen, den Rassismus frontal zu bekämpfen, landen wir dabei, die Schwulen- und Lesbenbefreiung als einen weiß-zentrierten, weiß-dominierten Kampf zu definieren. Ich sehe Anti-Rassismus als einen Bestandteil der Schwulen- und Lesbenbefreiung.
Die Freiheit, für die ich kämpfe, ist nicht die "Freiheit", Teil einer rassistischen Klassengesellschaft zu sein. Ich glaube, das Rassismus der Kern der Ungerechtigkeit und der moralischen Korruption ist, der unsere Gesellschaft charakterisiert. Die Unterdrückung der Neu-AfrikanerInnen, der Black Nation, seit der Sklaverei, ist fundamental für die Geschichte und die heutige Realität der usa. Ich kann mir tatsächlich nicht vorstellen, wie diese Gesellschaft ohne ein Ende des Rassismus aufhören könnte, homophob und sexistisch zu sein. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, ein bißchen Gerechtigkeit, ein bißchen Gleichheit zu haben; das ist das, was die usa jetzt haben - und das ist nichts anderes als Heuchelei.

Homophobie oder brutale Angriffe auf Queers haben Auftrieb. Wir sollten damit fortfahren, dagegen zu protestieren.
Aber es gibt Zeiten, in denen die revolutionärste Tat -also die Tat, die das System am heftigsten konfrontiert, die die größte Bedrohung für das System darstellt, nämlich die Dinge auf fundamentalster Ebene zu verändern- die ist, über uns selbst hinaus zu gehen, über unsere eigene Situation hinaus und die Macht -fight the power!- auf der allgemeinen Grundlage der Gerechtigkeit für alle unterdrückten Menschen zu bekämpfen. Und zwar jetzt - und da der Rassismus so offenkundig und vorherrschend ist, und weil weiße Progressive und Linke es nicht geschafft haben, eine effektive , dauerhafte anti-rassistische Antwort auf die Beine zu stellen, wäre ein solches Zeichen der Einheit sicher besonders kraftvoll.

Das schamlose Urteil von L.A. ist fast ein Jahr alt. Es entlarvte die anhaltende Stärke des Rassismus in jedem Bereich der us-Gesellschaft und der Gesetze. Ich stimme Barbara Smith und anderen schwarzen Leadern zu, die nach der Rebellion von Los Angeles die Position vertraten, daß weiße Progressive den Kampf gegen Rassismus als dringlichste Priorität sehen sollten. Kein 'business as usual'.
Doch seit der Zeit in L.A. hat es keinen anhaltenden, klaren anti-rassistischen Aufruf oder Aktivitäten von weißen Linken oder Progressiven gegeben. Die Schwulen- und Lesbenbewegung ist im Moment eine der organisiertesten, aktivsten radikalen Kräfte in den usa. Und da scheinen mir doch zwei Sachen nahezuliegen: Die Möglichkeit der und die Verantwortung für die Führung - das heißt, aus der bedrohlichen Notwendigkeit die anti-rassistische Aktion aufzunehmen.
Zuletzt denke ich, daß wir Anti-Rassismus als eine Hauptforderung übernehmen sollten. Eben weil die Lesben- und Schwulenbewegung die Vision, das Potential für andere Konzepte beinhaltet als die der weißen, männlichen Macht der herrschenden Klasse als Kern der us-Gesellschaft. Wie die Frauenbefreiungsbewegung kann die Schwulen- und Lesbenbewegung eine alternative Machtquelle vorantreiben, die der kollektiven Stärke und Macht der Machtlosen. Das ist zum Teil das, weshalb das Nutzbarmachen unserer Wut über AIDS mitten im Kranksein und Sterben so befreiend und lebensbejahend ist. 'Macht'ist nicht nur eine Alternative zu 'Ohnmacht'. Sie macht ebenso Entscheidungen und die Wahl von Werten erforderlich.
Meine Vision (und das ist mehr als eine Phantasie) ist, daß sich diese Bewegung nicht dafür entscheidet, in die weißen, männlich-definierten kapitalistischen Machtstrukturen aufgenommen zu werden. Wir sollten lieber unseren Blick auf das Leben von unten zu etwas Gutem nutzen und auf unsere Kritik an der us-Gesellschaft bauen, indem wir für wirkliche Gerechtigkeit und Frieden für alle unterdrückten Menschen kämpfen.

Laura Whitehorn

Gemeint ist die Demonstration, die dann im April 93 durchgeführt wurde, um den neu gewählten US-Präsidenten Clinton an seine gemachten Wahlversprechungen zu erinnern. Clinton erklärte im Wahlkampf, daß er die Reformierung der Gesetzgebung bezüglich der Homosexualität durchsetzen werde. Darunter fällt auch die Zulassung Schwuler und Lesben zum Militärdienst in der US Army. An der Demonstration beteiligten sich ca. 1.000.000 Schwuler und Lesben.
2 queer : schwul/lesbisch. Die Bezeichnung kommt aus den us-amerikanischen Communities und hat eher eine politische Bedeutung als die Bezeichnungen 'gay' bzw. 'lesbian'.
Laura gehört, zusammen mit Susan Rosenberg, Marilyn Buck, Linda Evans, Alan Berkman und Tim Blunk, zu den Gefangenen aus dem anti-imperialistischen Widerstand i.d. USA. Die Gruppe wurde nach dem "Resistance Conspiracy Case", d.h. wegen "Verschwörung zum Widerstand", verurteilt. Zur Last gelegt wurden ihnen u.a. Anschläge gegen Regierungs- und Rüstungseinrichtungen Anfang der 80er, u.a. der Anschlag auf das Capitol 1983 nach der US-Invasion von Grenada. Die sechs Gefangenen gehören zu den über 150 politischen und Kriegsgefangenen in den USA.
homophob : schwulen-/lesbenfeindlich

Text von schwulen Autonomen aus Madrid

Du kannst den Text ruhig lesen - er beißt nicht!

"Es gibt für uns überhaupt keinen Grund, zu behaupten, daß ein Homosexueller nicht auch revolutionär sein kann. Zweifellos sind es meine eigenen Vorbehalte, die mich zu der Feststellung bringen: sogar ein Homosexueller kann revolutionär sein. Dabei ist es durchaus möglich, daß sich ein Homosexueller unter den revolutionärsten Revolutionären befindet."

H. P. Newton
Black Panthers Party 5. August 1970

Es gibt viel zu tun - zu lange haben wir geschwiegen: Wir sind schwul und autonom. Obwohl wir Teil des autonomen Widerstandes sind, ist das Thema der Homosexualität bisher kaum diskutiert wor-den. Unser Leben wäre wohl einfacher, wenn wir autonome Heteros oder postmoderne Schwule wären. Aber wir sind nun mal schwul und autonom, und wir haben keine Lust, eines von beiden aufzugeben. Mit diesem Text setzen wir einen Ausgangspunkt, von dem aus wir unseren Raum einnehmen wollen. Schon immer ist die Homosexualität als etwas theoretisches und der autonomen Bewegung fern liegendes behandelt worden, zumindest in den südeuropäischen Ländern, so daß die Szene in der Praxis die sexistischen Schemata von Zurückweisung und fehlendem Engagement in Bezug auf die Bewegung zur Befreiung der Homosexuellen reproduziert hat. Auf der anderen Seite schweigen die Schwulen, die sich in den Zusammenhängen der HausbesetzerInnen, Kriegsdienstverweigerer, AntifaschistInnen etc. bewegen immer noch, verstecken ihr Schwulsein oder geben ihm keine Kampfdimension.
Dieser Text hat deshalb zwei Stoßrichtungen: gegen den Heterosexismus von autonomen Männern und Frauen und gegen die Angst der Schwulen in der autonomen Bewegung, sich als solche zu erkennen zu geben, d.h. gegen die Angst, darüber zu sprechen und dafür zu kämpfen. Daß dieser Artikel in der "Sabotaje" erscheint, und nicht als separater Text, ist Ausdruck dieser Situation: viele radikale Schwule würden sich so eine Publikation nicht kaufen, weil sie Angst hätten, als solche erkannt zu werden; und die Heteros/as würden sie nicht kaufen, weil sie denken, daß es sie nichts an-geht. Das ist natürlich eine Niederlage; aber wir kennen das aus eigener Erfahrung.(...)
Wir wollen mit Euch ins Gespräch kommen; mit der Auseinandersetzung über das beginnen, was bis jetzt gar nicht oder kaum zur Sprache kam: einige allgemeine Gedanken zur Homosexualität aus radikaler, revolutionärer Perspektive; Erfahrungen mit schwulen Be-setzungen in Deutschland, Holland, England, Österreich etc.; Homosexualität und Knast; sexistische und heterosexistische Sprache; Schwule und 500-Jahrfeier; Schwule und Kriegsdienstverweigerung; schwule Direkte Aktion. Dabei werden wir uns konstant auf andere Themen beziehen: Antifaschismus, Erziehung, Sexualität, Feminismus, Patriarchat, Familie, Strömungen der Schwulenbewegung im spanischen Staat, rechtliche und strafrechtliche Situation... Ausgehend von unserer Position als Schwule und Autonome haben wir nämlich konkrete und eigene Standpunkte zu all diesen Themen, Standpunkte, die bis jetzt vom Rest der linken Szene noch nicht einge-nommen wurden. Wir wollen dabei jedoch zwei Dinge klarstellen: in den meisten Fällen, in denen wir von/über Schwule reden, könnten wir auch von/über Lesben sprechen - zumindest denken wir das. Aber wir ziehen es vor, uns nicht zum Sprecher von anderen zu machen: sie selbst wissen am besten, wann, wie und was sie, ausgehend von ihrer Situation als autonome Lesben, sagen wollen. Und von hier aus erklären wir ihnen unsere Solidarität, auch wegen ihres doppelten Kampfes - als Lesben und als Frauen -, der viel schwieriger und revolutionärer ist als unserer.
Zweitens möchten wir klarstellen, daß wir, wenn wir von Personen mit heterosexuellen Praktiken sprechen, für gewöhnlich Männer und Frauen in einen Topf werfen, und zwar deshalb weil es heterosexistische Verhaltensweisen bei beiden gibt. Allerdings stellen wir einen großen Unterschied in unseren Verhältnissen zu Männern und zu Frauen fest. Frauen verhalten sich viel weniger repressiv und wesentlich solidarischer zu uns. Das erleben wir, auch wenn es jemand als Gemeinplatz vorkommen mag, tagtäglich, generell mit allen Frauen, und konkret mit den Frauen, die sich in autonomen Zusammenhängen bewegen. Der Heterosexismus der Frauen ist, abgesehen davon, daß er seltener vorkommt, nicht so dominant wie der der Männer. Frauen sind in ihrem antisexistischen Bewußtsein wesentlich weiter als Männer.
Wir hoffen, daß dieser Text dazu beiträgt, eine Auseinandersetzung über Homosexualität zu ermöglichen. Eine Auseinandersetzung, die - im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung - nicht nur uns Schwule angeht, sondern alle, Männer wie Frauen.

Kleiner Leitfaden zum besseren Verständnis

Bevor wir über die Situation der schwulen autonomen Gruppen reden, wollen wir zuerst darüber reden, wie wir Homosexualität begreifen. Wir denken, daß dies notwendig ist, da es in der Szene praktisch kein Wissen darüber gibt. Es ist bezeichnend, daß sich das Engagement der Leute bezüglich der Befreiung der Schwulen auf Aussagen beschränkt wie: "mir ist egal, was die Homosexuellen mit anderen Typen machen, solange sie mich in Ruhe lassen". Anscheinend betrachten sie die Forderungen der Schwulenbewegung als reine Angelegenheit der Schwulen. Das ist jedoch genauso absurd wie die Behauptung, die sandinistische Revolution sei nur die Sache des nicaraguanischen Volkes. oder daß der antirassistische Kampf die Weißen nicht zu interessieren braucht.
Die Desinformation über Schwule ist enorm: du kannst am Tresen irgendeiner Szene-Kneipe sämtliche Lügen der wissenschaftlich-faschistischen Ideologie zu hören bekommen. Und wenn Heteros/as einmal über das Thema sprechen, erzählen sie etwas von Hormonen oder daß alle Schwulen Konsumisten sind. Manche reden in diesem Zusammenhang sogar immer noch von "Krankheit". Und selbst wie sie über uns reden ("Homosexuelle") nervt uns: dieses Wort wurde von den Medizinern vor einem Jahrhundert erfunden, um die Sexualpraxis mit Personen des gleichen Geschlechts als Krankheit oder Abweichung zu klassifizieren. Wir benützen das Wort "schwul" (im Spanischen wird das aus dem englischen Wort "gay" abgeleitet, Anm. d. Ü.) - d.h. "fröhlich; stolz, so zu sein" - weil es das einzige Wort ist, das uns nicht von außen auferlegt wurde: die Mediziner nennen uns "Homosexuelle", die Pfaffen "Sodomisten", und die unterschiedlichsten Leute nennen uns "warme Brüder", "Schwuchteln", "Arschficker"...
Wir behaupten, daß es zwar die Homosexualität gibt, aber keine "Homosexuellen" (auch keine Heterosexuellen). Wir gehen davon aus, daß der Unterschied der beiden Personengruppen nicht kategorisch ist, zwischen ihnen viele Abstufungen existieren: "Bisexuelle", Schwule mit punktuell heterosexuellen Praktiken, Heteros/as mit punktuell homosexuellen Praktiken usw. Das wird auch von den am

wenigsten konservativen Strömungen der Psychologie und der Soziologie vertreten, und der erste, der das so gesagt hat war der US-Psychologe Kinsey in den 60er Jahren. Wir Schwule wissen das allerdings schon wesentlich länger.
Zusammengefaßt gehen wir davon aus , daß alle heterosexuellen Personen eine homo-Komponente besitzen und alle "homosexuellen" eine hetero-Komponente. Daß wir alle, also Männer und Frauen, sozusagen bisexuell sind. Die Gewichtung, die jedeR einzelne den beiden Facetten seiner/ihrer Sexualität geben will, ist selbstverständlich seine/ihre Sache. Wenn uns einE Hetero/a fragt "Warum bist du homosexuell?", dann antworten wir "Und du, warum bist du heterosexuell?". Mit dieser Antwort wollen wir deutlich machen, daß beide Kategorien die gleiche Betrachtungsweise verdienen und daß es absonderlich wäre, ausschließlich eines von beiden zu sein. Die Antwort auf jede der beiden Fragen ist die gleiche: von Geburt an tragen wir alle, also Männer und Frauen, sämtliche Varianten der Sexualität in uns. Wenn du dann aufwächst, fördert die heterosexistische Erziehung (durch Familie, Schule, Kirche, Massenmedien), der wir unterworfen sind, die Ausprägung der monogamen Heterosexualität, und zwar mit offensichtlich reproduktiven und gesellschaftskontrollierenden Zielen (Nachkommenschaft, Familiengründung, männlich/weibliches Rollenverhalten). Deswegen leben die meisten Menschen schließlich heterosexuell. Wir können also nicht davon sprechen, daß sie sich frei "entschieden" hätten: vielmehr wurden sie quasi dazu gezwungen (zwangsheterosexualisiert). Ein radikal-kritisches Verhalten von Seiten der Heteros/as muß dazu führen, daß sie ihre eigene verlorene Homosexualität als ein zurückzuerobemdes Terrain betrachten oder, wenn sie darauf keine Lust haben, die Einforderung der Homosexualität zumindest als politische Forderung gegen das begreifen, was ihnen durch die Erziehung gewaltsam auferlegt wurde. Auch wir Schwule müssen unsere Heterosexualität einfordern, jedoch tun wir das - unserer Erfahrung nach - bereits: es kommt viel öfter vor, daß ein Schwuler sich auf eine Frau einläßt, als eine heterosexuelle Person auf jemanden ihres eigenen Geschlechts.
Im Erwachsenenalter wird diese Trennung durch die herrschende Ideologie und die heterosexistische Propaganda aufrechterhalten. Es wird behauptet, daß die Homosexualität angeboren ist und von einem "Überschuß an weiblichen Hormonen" gesprochen. Die Hormone sind, um das mal klar zu sagen, für andere Dinge verantwortlich, wie z.B. dafür, ob mann einen stärkeren oder schwächeren Bartwuchs hat, oder ob die Stimme rauher oder sanfter ist, aber nicht für die Sexualpraktiken. Ob du eineN PartnerIn wählst oder nicht, hat wahrlich nichts mit deiner Geburt zu tun, sondern es ist deine freie Entscheidung. Deswegen sagen wir nicht, daß jemand "homosexuell ist", sondern daß er/sie "sich entschieden hat". So brechen wir den Mythos der Homosexualität als "Vorgabe" und fordern sie als Option ein.
In zahlreichen Kulturen des Trikonts (Lateinamerika, Asien, Afrika), die nicht durch den Kapitalismus jüdisch-christlicher Prägung kolonialisiert wurden, existiert die Bisexualität ein ganzes Leben lang und es ist vollkomen "normal", heute mit einem Typen zu pennen und morgen mit einer Frau. Dort ist es so natürlich, daß es weder ein Wort für "Homosexualität" gibt, noch eines für "Heterosexualität": beide Arten der Sexualität haben die gleiche Bezeichnung. Auch in verschiedenen Stämmen Ozeaniens ist das so. In der arabischen Kultur gibt es zwar die Unterscheidung zwischen Homo- und Heterosexualität, aber sie sind - obgleich in der Öffentlichkeit getrennt (vor allem wegen des Verbots durch den Koran) - im privaten Bereich vereint, und die Mehrzahl der Leute geht sexuelle Beziehungen mit dem eigenen Geschlecht ein. Der Koran verbietet auch den Wein, aber deswegen wird genauso gesoffen, auch wenn das niemand zugibt. Die prekolumbianischen Völker in Lateinamerika hatten im allgemeinen einen positiven Standpunkt zur Homosexualität: in vielen Kulturen waren Männerbeziehungen institutionalisiert, genauso wie der "Travestismus". Bestimmte Posten in der Politik, der Erziehung oder der Religion waren den Schwulen vorbehalten. Mit der Kolonialisierung Amerikas durch das kastillanische Königreich begannen nicht nur der Völkermord und die ökonomische Unterdrückung, sondern auch eine erzwungene Veränderung der sexuellen Werte. Heute ist Lateinamerika ausnahmslos ein Kontinent der Machos, und die Schwulen wurden/werden sowohl im Chile Pinochets wie im Kuba Castros ermordet, gefoltert und eingesperrt. Auch der soziale Druck ist unaushaltbar. All das verdanken sie den Kolonialherren. Die nicht-reformistische Schwulenbewegung fordert als speziellen Punkt innerhalb der 500-Jahre-Kampagne die Beendigung der sexuellen Repression und konkret ein Ende der Unterdrückung der Schwulen und Lesben. (Auch die Sexualität der Frauen wurde unterdrückt, mit der Durchsetzung der "Missionarsstellung", bei der der Typ beim Geschlechtsverkehr auf der Frau liegt. In der Mehrzahl der autochthonen Kulturen war das zuvor umgekehrt).

Selbstunterdrückung: deine Angst ist ihre Stärke

Wir Schwule und Lesben machen 10 % der Bevölkerung im Westen aus. Das bedeutet, daß jede zehnte Person, die du kennst, "sich entschieden hat". Vielleicht hast du es bloß noch nicht bemerkt: viele Leute, die "sich entschieden haben", verstecken das und so kann es gut sein, daß es in der Szene welche gibt, mit denen du täglich zusammen bist, und die dir nur noch nie gesagt haben, daß sie mit Menschen des gleichen Geschlechts ins Bett gehen. Daß sie Angst davor haben, offen schwul zu leben, liegt am Umgang der Szene mit der Homosexualität. Daß so etwas in revolutionären Bewegungen vorkommt, sollte eigentlich nachdenklich stimmen.
Noch ein paar Zahlen: ungefähr 45 % der Menschen haben im Lauf ihres Lebens wenigstens einmal einen Orgasmus mit jemandem ihres eigenen Geschlechts. Ungefähr 85 % geben an, sich schon einmal zu einem Menschen ihres Geschlechtes hingezogen gefühlt zu haben.
Daß diese Dinge im Alltag nicht gesagt werden, liegt an der Repression. Wenn von Homosexualität gesprochen wird, so geschieht das niemals in der ich-Form, d.h., es wird nie über die eigene, mehr oder minder große, homosexuelle Neigung gesprochen. Oft besteht nicht einmal ein Bewußtsein darüber und deswegen wird nichts gesagt. Wir kennen Leute, die im Erwachsenenalter mit homosexuellen Praktiken begonnen haben und die dann ihr Verhalten mit heterosexuellen Mustern interpretierten: Sie definieren ihre Empfindungen als Kameradschaftlichkeit oder reden von ästhetischer Anziehung, obwohl sie Erotik meinen, usw. Das kommt selbst bei uns Schwulen manchmal vor, so daß es nicht verwunderlich ist, daß es auch allen anderen passiert.
Für viele Schwule ist die Selbstunterdrückung immer noch etwas Alltägliches: sich nicht zu akzeptieren, sich schuldig zu fühlen, sich für krank zu halten... also sagen sie es den FreundInnen / GenossInnen nicht, führen ein Doppelleben und verwandeln sich in Schizoide, die tagsüber (in der Familie, in der Maloche, in der Kneipe) eine Rolle einnehmen und nachts (in Parks, Pißbuden oder im Kommerzghetto) eine andere. So zu leben, führt dazu, deine Sexualität als etwas "sündenhaftes" wahrzunehmen, was du nur "austoben" kannst, und worin Zärtlichkeit und Kommunikation keinen Platz haben.
Eine "lightere" Selbstunterdrückung geht von den Schwulenkneipen aus: als sich das Kommerzghetto institutionalisierte (Bars, Diskotheken, Saunas) fanden die

Schwulen einen Raum, wo sie sich treffen konnten. Der vorherrschende Kneipentyp wurde von den Yankees importiert: kaum Licht damit man sich nicht richtig zu sehen bekommt, laute Musik, damit man sich nicht zu unterhalten braucht, "Darkrooms", in denen man vögelt ohne zu wissen, mit wem. Es kann keine richtige Kommunikation stattfinden und alles läuft konsumorientiert: du hast dich auf eine ganz bestimmte Art zu kleiden; du zahlst hohe Preise für die Getränke oder überzogene Eintrittspreise. Niemand beschwert sich darüber, wie schmutzig manche dieser Lokale sind; die Nachlässigkeit ihrer Inhaber führt dazu, daß die Bullen Razzien durchführen können, ohne Durchsuchungsbefehle vorlegen zu müssen (es gibt solche Razzien nach wie vor!). Die bloße Tatsache, daß diese Lokale allesamt Kneipen sind, und keine Cafes, Buchläden oder kulturelle Zentren macht den Konsumismus deutlich, der das Ghetto dominiert. Dieser Konsumismus drückt sich auch in der Art der Kontaktaufnahme aus: du bandelst mit Körpern an und nicht mit Menschen, du suchst den schnellen und einfachen Sex, und je mehr Typen du ins Bett schleifst, umso mehr giltst du.

Auch für das Aussehen gelten die Werte der Konsumgesellschaft: Wenn du klein, dick und kahl bist, dann bist du ein Schwuler zweiter Klasse. Das Imperium der Danone-Körper schlägt wieder zu. So gibt es Ghettos innerhalb des Ghettos: Kneipen für alte Schwule, Kneipen für reiche Schwule, Kneipen für postmoderne Schwule, Kneipen für Lederschwule... Die "moderne schwule Subkultur" des muskulösen und männlichen Schwulen geht von diesen Kneipen aus, welche die dem Mittelmeerraum eigene schwule Subkultur verdrängt, die farbiger, offener und kämpferischer ist. Die kulturelle Kolonialisation durch die Yankees geht bis ins Bett. Um aus dem Kommerzghetto ausbrechen zu können, müssen wir Schwule uns alle anderen Räume erobern: wir müssen uns überall küssen und umarmen können, wir sollten uns in keinem Gespräch verstecken und in jeder Kneipe sagen können "ich bin schwul", ohne dafür von den Leuten wie Außerirdische angegafft zu werden oder gar eins übergezogen zu bekommen. Aber klar, dieser Prozeß hängt nicht nur von uns allein ab, sondern auch davon, wie sich alle anderen verhalten.

Keine Aggression ohne Antwort

Bis jetzt haben wir von (äußerer) Repression gesprochen, ohne sie zu konkretisieren. Nun gut, die Repression hat zwei verschiedene Gesichter: die Homophobie und den Heterosexismus. Beide haben eine gemeinsame Grundlage: die Stigmatisierung.

Die Homophobie (Schwulenfeindlichkeit) ist eine gewaltsame Zurückweisung der Homosexualität. Sie reicht von aggressiven Kommentaren - zu glauben, man sei etwas Besseres, weil man nicht schwul ist -, bis hin zu den zahlreichen körperlichen Angriffe von faschistischen Gruppen (und nicht nur faschistischen: einer unserer Freunde wurde von Punks zusammengeschlagen). Für den Faschismus gehören die Schwulen - neben ImmigrantInnen, Nicht-Weißen, KommunistInnen und AnarchistInnen - zu den Gruppen, die es auszurotten gilt. Die Nazis haben die Schwulen in Konzentrationslagern interniert und auf ihre Kleidung ein rosa Dreieck genäht. Im Dritten Reich wurden ca. 100.000 Schwule ermordet. Heute ist das rosarote Dreieck, im Gedenken an diese Opfer, das Symbol der politischen Schwulenbewegung. (Es ist vielsagend, daß sich bei den ersten Demonstrationen zu den Konzentrationslagern in Österreich, auf denen der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen gedacht werden sollte, die Juden/JüdInnen, Roma und Cinti, KommunistInnen und AnarchistInnen weigerten, gemeinsam mit den Schwulen zu demonstrieren; sie bewarfen sie tatsächlich mit Steinen).

Heute überfallen Neofaschisten schwule Kneipen oder gehen in die Parks, in denen sich Schwule treffen, um "Schwule zu klatschen". Solche Angriffe werden fast nie zur Anzeige gebracht, aus Angst, als Schwuler identifiziert zu werden.

Die offene Homophobie ist glücklicherweise nicht mehr die Regel, und sie beschränkt sich auf immer weniger Menschen. Und dennoch hat eine Umfrage im spanischen Staat vor ein paar Jahren folgende Daten hervorgebracht: rund 50 % der Bevölkerung betrachtete die Homosexualität als verwerflich. Nur 17 % akzeptierte sie. Der Rest fand sie kritisch.

Eine subtilere Art der Unterdrückung ist der Heterosexismus, der darin besteht, den Begriff von Sexualität auf Heterosexualität zu reduzieren. Das machen im Prinzip 100 % der Leute mit heterosexuellen Praktiken. Wenn sie zum Beispiel jemanden kennenlernen, gehen sie unbewußt davon aus, daß er/sie heterosexuell ist - Schwule und Lesben haben sich zu erklären. Oder sie lachen über ein Männerpärchen, das sich küsst, oder über einen Typen im Fummel. Oder sie verwenden Schimpfwörter wie "Schwuchtel", "Arschficker" u.v.m. Wenn sie über Sexualität, Liebe usw. sprechen, beziehen sie sich nur auf Beziehungen zwischen Männern und Frauen. Und das tagtäglich.

Der Heterosexismus kennt auch die Form der (repressiven) "Toleranz": die Gesellschaft tut uns den großen Gefallen, uns zu tolerieren, natürlich nur solange wir nicht als Schwule erkennbar sind. Deswegen sperren sie uns in Ghettokneipen ein, wo wir weder jemanden stören, noch ein schlechtes Beispiel sein können. Auch die Szene "toleriert" uns und fühlt sich dabei großzügig und liberal. Wir wollen absolut klarstellen, daß es uns am Arsch vorbeigeht, ob wir von irgend jemandem toleriert werden. Wir brauchen keine Genehmigung für das, was wir tun!

Toleranz ist Repression, denn sie geht von einer Gruppe aus, die genug Macht und Vorteile besitzt, um andere überhaupt erst tolerieren zu können. Außerdem hat Toleranz nichts mit aktivem Einsatz oder Verbindlichkeit zu tun: die Toleranten "erlauben" uns schwul zu sein, aber sie halten das Maul angesichts homophober Angriffe oder begehen selbst heterosexistische Aggressionen; sie haben keinerlei (selbst)kritisches Verhältnis; und sie (vor allem die Typen) fliehen davor, sich an unserem Kampf zu beteiligen, aus Angst vor Verwechslung. Ein Beispiel: wenn du auf eine Demo von Kriegsdienstverweigerern gehst ohne selbst einer zu sein, und irgend jemand denkt, daß du den Kriegsdienst verweigerst, weil du an der Demo teilnimmst, dann passiert überhaupt nichts. Aber wenn jemand denkt, daß du schwul bist, weil du dich an einer schwulen Aktion beteiligst, dann genierst du dich. Das bedeutet, egal wie tolerant man ist, Homosexualität bleibt etwas peinliches. Wir sind der Meinung, daß es niemandem peinlich sein sollte, schwul zu sein und dafür zu kämpfen - ganz im Gegenteil! Wenn es revolutionär ist, NicaraguanerIn, PalästinenserIn oder InternationalistIn zu sein, und du Pluspunkte bekommst, wenn du mit ihnen verwechselt wirst - warum zum Teufel ist es dir peinlich, mit einem Schwulen oder einer Lesbe verwechselt zu werden? Diese Frage vorbehaltslos zu beantworten, ist viel schwieriger als radikal zu sein.

Die Grundlage für Homophobie und Heterosexismus ist die Stigmatisierung. Mit Stigmatisierung meinen wir, daß eine bestimmte Gruppe mit gewissen Merkmalen belegt wird, unabhängig von ihrer inneren Zusammensetzung: Wenn also von "den Homosexuellen" gesprochen wird, berücksichtigt man weder die verschiedenen Nuancen der Sexualität (d.h., daß es keine "Homosexuellen" gibt, sondern allenfalls Personen, die homosexueller sind als andere), noch, daß Schwule auch nicht grundsätzlich anders sind als alle anderen.

Die Stigmatisierung (die auch bei Roma/Cinti, Schwarzen, Alten, Frauen... und generell bei allen unterdrückten Gruppen zum Tragen kommt) hat zwei Wirkungen: Einerseits markiert sie Unterschiede die, selbst wenn sie falsch sind, von den Leuten

geglaubt werden. Dadurch wird die Kommunikation zwischen den Stigmatisierten und allen anderen erschwert. Andererseits verunmöglicht sie den Wechsel von einem Gruppenstatus zu einem anderen (also heute schwul und morgen hetero zu sein, oder umgekehrt). Sehr häufig ist das Schwulsein mit allen anderen Facetten dieser Definition belegt, während niemand als heterosexuell "stigmatisiert" wird. Zudem werden allen Personen einer stigmatisierten Gruppe Charakteristika oder Legenden zugeschrieben, die als typisch angenommen werden. Zum Beispiel: alle Schwulen sind Konsumisten, konservativ, ausgeflippt und wie die Klischee-Tunten in den entsprechenden Filmen. Wenn ein Schwuler eine "unzüchtige Handlung" mit einem Minderjährigen begeht, werden alle Schwulen zu "Kinderschändern". Das ist genauso wie die Behauptung, alle Heteros seien Faschisten, weil Fraga, Thatcher und Reagan welche sind. Immer noch wird die Homosexualität von vielen Leuten mit Verweichlichung, Travestismus, Promiskuität u.a. gleichgesetzt. Das sind zwar Optionen, die tatsächlich unter den Schwulen existieren, die aber minoritär sind.

Die Stigmatisierung der Homosexualität hat auch Auswirkungen auf Menschen mit heterosexuellen Praktiken, besonders auf Typen. Wenn Männer sich genieren, sich mit Küssen oder Zärtlichkeiten zu begrüßen (offensichtlich ziehen sie es vor, sich auf den Rücken zu schlagen, und je freundschaftlicher sie sind, umso härter schlagen sie zu); wenn sie sich genieren, in der Öffentlichkeit über Homosexualität zu sprechen; wenn es ihnen peinlich ist, mit Schwulen zusammen auf der Straße zu laufen oder sich der Schwulenbewegung anzunähern; wenn sie sich verpflichtet fühlen, ihr ganzes Leben lang als Machos herumzulaufen, die keine Meinung darüber haben, ob andere Typen hübsch sind oder nicht und die glauben, ihre sensiblen Facetten verstecken zu müssen - wenn sie all das tun, dann weil sie Angst davor haben, verwechselt zu werden. Das selbe Stigma, das über den Schwulen schwebt, hindert also auch sie daran sich entsprechend zu verhalten. Die Angst vor "Mißverständnissen" führt zum Beispiel dazu, daß sich die Leute um uns herum entsetzt aus dem Staub machen, wenn wir ein schwules Transparent enthüllen; oder daß in der Szene geschwiegen wird, wenn in einer Diskussion ein homophober Ausdruck fällt, damit niemand auf den Gedanken kommt, der Kritisierende sei schwul; oder daß sich bei den "antirassistischen Tagen" in Madrid einige Typen nicht an den schwulen Infostand setzen wollten, damit die Leute "nicht abgeschreckt werden"; oder daß in der Szene, weil das Regime von Castro in Kuba verteidigt werden soll, gesagt wird, daß es richtig sei, Schwule in den Knast zu stecken. Diese Typen, die sich radikal nennen und die Lederjacke voller Anstecker haben, sind in unseren Augen Miniaturfaschisten, die besser zu Hause bleiben sollten. Und sie tun uns verdammt leid.

Im gesamtgesellschaftlichen Bereich sind die Aggressionen unzählbar: Diskriminierung in Filmen, in den Massenmedien, in der Verwaltung, in der Politik, durch das Gesetz, in der Werbung, in der Sprache, in der Musik (in der "radikalen" noch mehr als in anderen Musikformen), auf Demos, in Plenas und Versammlungen, bei Besetzungen usw. Besonders besorgniserregend finden wir die Diskriminierung durch die Erziehung, weil sie das Vehikel der vorherrschenden Ideologie ist. Wir fordern, daß die Homosexualität in der Schule genauso präsent ist wie die Heterosexualität, daß beide Praktiken als gleichwertig dargestellt werden, die sich nicht gegenseitig ausschließen. Wenn die Homosexualität überhaupt einmal im Unterricht erwähnt wird, dann immer als "marginal" oder "minoritär". Aber für gewöhnlich taucht sie gar nicht erst auf: in Fächern wie Geschichte, Literatur oder Kunst wird die Homosexualität gemieden, obwohl sie bei der Darstellung einiger Zivilisatio-nen (Griechenland, Rom, Al-Andalus) eine Hauptrolle einnehmen müßte. Desgleichen war sie eine fundamentale Erfahrung im Leben und Werk einiger Schriftsteller und Künstler (Michelangelo, Leonardo da Vinci, García Lorca, Cernuda und ein langes etc., das allein den ganzen Text hier füllen könnte). Das gilt auch für Fächer wie Philosophie oder Musik. Und dennoch nehmen die ErzieherInnen Homosexualität als peinlich wahr und beziehen sie nicht in ihren Unterricht ein. Die fast nicht existente Sexualerziehung ist, wenn sie überhaupt stattfindet, absolut heterosexistisch. So werden aus den Kids von heute entweder die heterosexistischen Homophoben von morgen, oder Schwule und Lesben, die schon in ihrer Jugend gegen die Selbstunterdrückung kämpfen müssen. Die meisten Selbstmordversuche, die in der Pubertät verübt werden, haben ihre Ursache in der eigenen Homosexualität, die entdeckt wird, ohne daß eine positive Sichtweise von ihr/über sie vermittelt wurde.

Sexuelle Revolution heißt soziale Revolution

Daß die Homosexualität in den vergangenen Jahrhunderten minoritär war, hatte wenigstens einen Vorteil: wir Schwulen sind von den herrschenden Normen weniger geprägt worden, weil wir uns außerhalb der bürgerlichen Wertvorstellungen bewegen und sie in Frage stellen. So sind die starren Konzepte von Treue, Ausschließlichkeit der monogamen Partnerschaft usw. durch eine immense Mehrzahl der Schwulen überwunden, sogar von denjenigen, die in anderen Bereichen reformistisch oder konservativ sind. Im Bett ist unsere Sexualität weniger den vorbestimmten Mustern unterworfen: in diesem Sinne sind wir weniger geschädigt als der Durchschnitt der Personen mit heterosexuellen Praktiken, und wir sind den nicht-normativen Praktiken gegenüber offen. Zum Beispiel wird die Penetration, Zentrum und Mythos der heterosexuellen Beziehung, von weniger als 50 % der Schwulen durchgeführt. Wir stehen mehr auf Zärtlichkeit, oralen Sex, gegenseitige Selbstbefriedung... Zwar ist die Penetration eine akzeptable Praxis, aber wir lehnen die männlich-heterosexistische Auffassung ab, die sie mit Sexualität im allgemeinen gleichsetzt und sie als befriedigender ansieht als andere Praktiken. Die Schwulen sind in viel größerem Maße vertraut mit "verbotenen Verhaltensweisen" wie der Bisexualität, dem Sex zwischen mehr als zwei Personen, der offenen Partnerschaft, dem Fetischismus usw. Und wir genieren uns viel weniger, offen über Sexualität zu sprechen. Tatsächlich ist das eines unserer beliebtesten Themen. Auch die männlich/weibliche Rollenteilung ist in manchen Aspekten überwunden: der Fummel z.B. ist ein Verständigungscode unter Schwulen (und nicht durch Hormone verursacht), zu dem wir freiwillig greifen (und nicht etwa angeboren), um den Heterosexismus zu verarschen. Manche Gefühle, Gedanken und Erfahrungen lassen sich nicht ohne Fummel ausdrücken lassen. Der Fummel ist, im weitesten Sinne, eine Übernahme von traditionell weiblichen Rollen, denen wir uns nicht entziehen wollen, weil wir sie o.k. finden. So gesehen sind wir der Auffassung, daß der Fummel revolutionär ist.

Aus der feministischen Bewegung kam die Kritik, daß der Fummel frauenfeindlich sei und Frauen lächerlich mache. In der Tat gibt es einen frauenfeindlichen Fummel, den wir ebenfalls ablehnen. Aber diese Kritik kann nicht verallgemeinert werden. Der Fummel kann dazu benutzt werden, Frauen anzugreifen, und dazu müssen wir uns verhalten, dabei aber zwischen den verschiedenen Formen differenzieren. Andererseits haben alle Menschen ihren "Fummel": es gibt Frauen (egal ob Lesben oder nicht), die auf eher maskuline Art reden und andere, die sich eher feminin ausdrücken; es gibt

Heteromänner mit Fummel und "männliche" Schwule. JedeR hat das Recht, zu sprechen und sich zu bewegen wie er/sie will, mit der einzigen Einschränkung, dabei nicht die Geschlechterrollen zu reproduzieren.

Als Schwuler ist man nicht automatisch revolutionär. Aber unter dem hier behandelten Aspekt ist es revolutionärer, schwul zu leben, als es nicht zu tun. Nicht nur, weil wir die herrschenden Normen in Frage stellen und ablehnen, sondern weil wir mit unserer Sexualität die fundamentalen Pfeiler der kapitalistischen Gesellschaft frontal angreifen, die auf den moralischen Prinzipien jüdisch-christlicher Prägung basieren: Familie, Heterosexualität und Monogamie als normative Modelle. Zusammen mit Lesben, anderen Frauen, Transvestiten und Kindern stehen wir gegen die Interessen des Patriarchats. Im Patriarchat steht der Feind nicht außerhalb: er befindet sich in jedem und jeder von uns, verinnerlicht und wird Tag für Tag in unseren Verhaltensweisen reproduziert. Gegen das Patriarchat hilft es im allgemeinen wenig, Steine zu werfen oder Bomben zu legen. Es muß primär von innen heraus angegriffen werden und das ist schwer. Die sexistische Erziehung, durch die wir geprägt wurden, läßt sich nicht an einem Tag niederreißen.

Die Homosexualität ist, integriert in den autonomen Widerstand, ein offenes Feld mit vielen Möglichkeiten. Wir hoffen, daß der Rest der Szene (vor allem die Typen, denn die Frauen arbeiten längst daran) unsere Forderungen aufnimmt, und zwar nicht nur als "Solidaritäts"haltung, sondern indem ihre Inhalte verinnerlicht werden, weil sie als direkter Angriff gegen die Grundlagen der kapitalistischen Organisierung verstanden werden. Der Antisexismus ist kein "Gefallen", den die HeteroTypen den Frauen und den Schwulen zu erweisen haben, sondern ein notwendiger Kampf, der global sein muß und genauso wichtig ist wie andere Kampffronten (Antirassismus, Antifaschismus...). Erst wenn das begriffen wird, und die Dringlichkeit, auch auf diesem Gebiet zu handeln, stärker ist, als die Angst vor "Verwechslung" und vor dem Verlust des Machtstatus' (männlich, macho, hart und mutig), dann wird dieser Kampf möglich sein. Solange das nicht so ist, heißt das, daß die Edukastration erfolgreich ist, daß wir die Schlacht von Innen heraus verlieren. Viele Typen aus der Szene, die immer gleich das Schlimmste annehmen, werden hinter dieser Aussage von uns die Forderung vermuten, daß sie schwul werden sollen (was durchaus nicht übel wäre). Aber das ist nicht das Wichtigste - wichtig wäre, sich selbst zu fragen, wovor und warum mann Angst hat; Verhaltensmuster abzulegen; Machtvorstellungen und -positionen aufzugeben; Diskussionsgruppen zu bilden; zur direkten Aktion gegen das Patriarchat überzugehen; und sich nicht davor zu genieren, öffentlich Position für Frauen und Schwule zu beziehen.

Das bedeutet nicht, daß wir Schwule nicht auch einen konkreten und eigenen Kampf gegen den Heterosexismus führen müßten. Er besteht u.a. im Widerstand gegen die reformistische Tendenz einiger Schwulengruppen und gegen den Heterosexismus der Szene, die sich radikal gibt. Deswegen, und das sei Euch klar gesagt, werden wir Euch nichts durchgehen lassen, was uns daran hindert, die sexuelle Freiheit zu erkämpfen, auf die wir ein Recht haben. Dabei kämpfen wir nicht nur für die Rechte der Schwulen, sondern für eine Gesellschaft, in der alle Menschen sich für jede Art von sexueller Rolle und Beziehung entscheiden können, so minoritär sie auch sein mag, ohne dafür unterdrückt zu werden. Die einzige Voraussetzung ist, daß sie dabei weder Zwang noch Gewalt auf andere Personen ausgeübt wird. Unser Kampf ist deswegen auch mitnichten sektiererisch oder einer, der nur die Schwulen betrifft. Es ist ein Kampf, der alle angeht.

Wir werden Euch in die Verantwortung nehmen, und zwar nicht nur am Christopher Street Day (Tag der Schwulenbewegung, 28.Juni), sondern jeden Tag im Jahr, in jeder Situation. Bis wir alle, Männer und Frauen, begriffen haben, daß es keine Revolution geben wird, ohne Befreiung der Schwulen und keine Befreiung der Schwulen ohne Revolution!

La Musa Araña (Madrid)
Las Nudibrankias (Nafarroa, Euskadi)

Wenn Ihr Euch mit uns in Kontakt zu setzen wollt, schreibt unseren Namen (La Musa Araña) auf einen geschlossenen Umschlag und steckt diesen in einen anderen mit folgender Anschrift:

S.B.T.J.
Apdo. 17.140
28080 Madrid

Im ehemaligen Konzentrationslager Dachau wird den Schwulen von ehemaligen Häftlingen auch heute noch eine Gedenktafel verwehrt, mit der "Begründung", daß "der Antrag der Arschficker eine Zumutung" sei (O-Tn eines KPÖ-Funktionärs); Anm. d. Ü.

Liebe Leserinnen und Leser der deutschen Ausgabe!
Wie die glückliche BesitzerInnen beide Ausgaben dieser Zeitung sicher wissen, sind die deutsche texte meist erheblich länger als die englische. Da in dieser Abschnitt der Platz eh schon hoffnungslos knap war, standen wir jetzt für die Wahl: entweder das nächste Artikel fällt raus, und es entstehen hässliche weisse Flächen (außerdem passte es in der englische Ausgabe locker), oder wir propfen es auf Englisch rein. Na ja, letzteres ist es geworden. Bei hartnäckige Nachfrage könnt ihr die deutsche Version über uns beziehen!

WHAT'S LOVE GOT TO DO WITH IT...

In this article we will try to analyze heterosexuality. We will try to view it in a materialist way. But don't worry, this is not a scientific article only meant for specialists in theoretical marxism. Viewing things in a materialist way means, simply said, only that you ask yourself questions like: who profits from certain phenomena? Who pays the price? And, following from that: how important is it in the current organisation of society, and how can the people that pay the price change it?

Before we start looking at these questions in detail, it is important to make clear what views and assumptions we make to start with. First of all, we talk about "heterosexuality". Not about "forced heterosexuality". That is because, as will be shown later, heterosexuality is a very important part of patriarchy and capitalism. Therefore, it is also an integral part of the current society, and cannot be viewed separately from the social, economical and cultural context of the current society. The way people think about sexuality is just as determined by society as is their view about art, economy, music, science, nature,... There is no such thing as "natural" or "voluntary" heterosexuality.

At this point, almost all heterosexual people and most reformist homosexual people will start to protest. They will think that this article is written by fanatical queers, who only want to convert everybody to homosexuality. Well, that's not true. The essential mistake, that is often made, is the equation "sexuality between men and women = heterosexuality". Heterosexuality is much more than that. It is a complex social and economical system, and influences ALL sexual relations. We are not against sexual relationships between men and women, but we are against heterosexuality, because we intend to fundamentally change the current society.

Therefore it is essential to analyze the influence of capitalism and patriarchy on sexuality (which has resulted in heterosexuality) and, the other way around, how this heterosexual ideology helps in continuing the current social system. (This mutual interaction is called a 'dialectical relationship' in political theory).

But first we want to make clearer the fact that the way people think about sexuality is determined by the society they live in. The easiest way to show this, is to look at other societies. A clear example is the way in which homosexuality is seen. There are (or rather have been...) societies in which there were no words for homo- or heterosexuality. The concept that these are different, and have different levels of approval and ranking was simply unknown. There are even reports about one people on the isle of Tahiti, where there were no different words for "man" and "woman". Of course they were aware of biological differences, and there were separate words for "pregnant person". But the biological differences were so unimportant for social standing or role, that there was no reason to develop separate words. This was also helped by the fact that Tahiti is very rich in natural supplies, so there was no need for the development of gender-separated activities like hunting expeditions and agriculture. This makes it a rather unique example, but nevertheless: Just think for a moment about the implications!

(We will not give all the detail of linguistic, social-historical and anthropological evidence here. There are two reasons for this: one is that this is not a scientific article, and we think the article would have less appeal if we would stuff it full of footnotes, quotations and specialists' jargon. Perhaps we would seem cleverer or more plausible if we did so, but we want to make a political point. If you don't believe us, you either have to do some research yourself or you have to write to us asking for details. The other is that this article is based mainly upon research material that is only available in languages like Dutch, Italian and Latin, thus making it very difficult for many people to get access to this material.)

The best documented example of a society where sexuality was defined differently from our society is antique Greece. The Greek economy was based entirely upon slave labour, from both female and male slaves who worked in the mines, in agriculture and on the trade/plunder ships. The ruling class consisted of the so-called "freemen". Men, indeed. The Greeks were descendants of troups of warriors that had invaded the territory, and had settled there. The original society there had been a very old one, still organised along matriarchal lines and worshipping a goddess. Most of them had been made into slaves, but the invaders also took women as their wives. The invaders were organised along patriarchal lines, and this of course clashed with the original culture. Therefore, Greek society was very much a society in "transition" from matriarchy into patriarchy. This transition was by no means peacefully. There are many reports about armed rebellions from women, and legends like the Amazones still testify to that. In response, the Greek men organised themselves extremely patriarchal and militaristic. They used all means available to them to create strong bonds between men. One of the tools that was used was institutionalized homosexuality. All men where not only encouraged, but actually required to have homosexual relations. These relations came in two forms: cross-aged and same-aged. Cross-aged relations took the form that elder men had the right to anal intercourse with young 'pupils' assigned to them. Same-aged relations were only permitted between young men who were being trained as a group, in military 'schools'. Here, the roles were not strictly defined. These same-aged relations often continued throughout the life of men, helping in the forming of business partnerships. The first form was thought to be beneficial to respect for the elder men, and to transmit their wisdom to the younger generation. The second form was believed to help build character values such as loyalty, honesty, military disciplin and valour.

All men were also expected to have heterosexual relations, if only to ensure heirs. For this reason, they 'kept' wives. Literally kept, because the fate of the Greek women was a very sorry one, after their defeat. The men both feared and hated women. Often, the women were kept locked up in the house for nearly their entire life. The men feared that otherwise the women would live out their own sexuality (the memories of matriarchy were still very strong, too strong to pretend that women don't have sexuality) and that otherwise the women would organize against them. (And, as several incidents show, with very good reason!)

And the women? Deprived of the company of other women, relatives etc. they used the only weapons still available to them: a large part of male Greek literature consists of complaints about the fearfully sharp tongue of women. A more passive response to their oppression were the wide-spread epidemics of 'hysteria'. Women would lie in bed for months, trembling and screaming and refusing sexual service to their husbands. In many aspects, this closely resembles the 'hysteria epidemics' that were very wide-spread in another historical period of extreme repression of women and their sexuality: the women of the ruling class in the Victorian period.

Of course, this picture is very generalized. As said before, Greek society was in transition and there were still many remnants of matriarchy left. Some of these are also reflected in Greek mythology. Also, not all women had yet been subdued, and there were many local differences too. (Greece wasn't a homogenous entity like modern states, but a collection of rivalling states, cities, regions etc.) From one of the pockets of female autonomy also comes the famous example of Lesbos, where a highly regarded school of female poets was situated.

Almost self-explaining is the fact that there is very little known about the sexuality of the majority of the population, the slaves. History is written by the ruling classes. What is known is that both female and male slaves were not only the economic, but also sexual property of the ruling class men. Furthermore, it is known that the slaves had very little children, so constant raids on foreign countries were made to keep the slave population constant. But this is a fact that is true of all slave populations. Whether this comes from conscious resistance by the slaves, (i.e. abortions) or that the slave women are simply being exploited so harshly that they are not able to give birth anymore, has never been resolved. It seems most probable that it is a combination of both. From this example, it is very clear that the way in which sexuality is seen and used in a society depends enormously. In Greece, male homosexuality was very important as a tool for strengthening their form of patriarchy. Heterosexuality played a less important role, and was also very influenced by the only-recent victory over women. Now we want to look at the way our modern patriarchy developed, and how heterosexuality became such a vital part of it.

The origins of patriarchy can be found in the origin of two phenomena, that developed in close interaction: private ownership and heritage along male lines (and thus fatherhood). There is still much debate about this, but based on combined research of archeology, linguistics, religions etc. feminist researchers come to the following theory:

From very early, humans had been living together in groups. These groups were the most important thing: people had a group-identity, and not so much an individual identity. Most tasks were taken care of collectively. It had been the responsibility of women to take care of children. This was quite logical, for they are the ones that give birth to them. In most cases, it was completely unknown who the father was. Some cultures weren't even aware that there was a connection between men, sexuality and children. After all, it takes nine months... Others did know this, and had translated it into complicated rules, called taboos, about (hetero-)sexual activities. The purpose of this was to make sure that there was sexual exchange with neighbouring groups, even if the normal relations with these groups were often less than friendly. Here, it was known from what group the father came, but not what individual it was (women often had sex with different men). And it did not interest anyone, too.

The women's responsibility for the children was usually also taken care of collectively. This ment that the women were less mobile than the men, and over time led to the first gender-specific division of labour: women stayed more in one place and developed agriculture, men went out

to hunt. This pattern can be seen all over the earth.

After a while, the women invented several methods to improve the results of agriculture: irrigation, selection of the best plants, domesticating animals. These inventions improved the yield of their work spectacularly, and had a dramatic impact on society. For the first time in history, there were surplus amounts of food. Thus more time could be spent on other, more pleasurable tasks. This was the beginning of the great cultures in the Middle East, the Indus valley, China and Middle America. Culture and religion (almost everywhere some form of a fertility goddess that was given tribute to at home; central temples were unknown) blossomed.

It also had another effect: hunting became more and more unimportant. The men had no absolutely vital part to play in feeding everybody, and thus had to find other ways to get prestige. Since it was obviously below their standing to help the others (the women were taking care of agriculture and most crafts and the children did the cattle-herding) they invented new terrains: warfare, politics and institutionalized religion. (And yes, we do admit we have a slight anti-men bias...)

To cut it short, in this development private ownership came into being. From the start, this was an almost exclusively male affair. The males competed with eachother, and some were very good at this and gained large pieces of land. But there was a problem: who gets the property when the owner dies? This is where male lines of inheritance become important. Then the answer is simple: the son of the owner gets it. But this is not as simple as it sounds! It is easy to identify the mother of a child. But the father? How do you identify whose sperm it was? And, more important, how can a man prove (in the legal sense) to other men that his claims as to who are 'his' children are correct?

The obvious answer lies in the suppression of the sexuality of women. If it can be enforced upon women that their heterosexual contacts are limited to one man, the male line of inheritance can be established.

And there we have the basic conditions for the creation of (early) patriarchy! Only when private ownership exists, does it become important who is the child of whom. (And more specifically, with male private ownership, only then the concept of an indivial 'father' becomes meaningful). And, in order to establish male inheritance, the heterosexual contacts of women need to be regulated, controlled and suppressed.

Of course, it took a long time to establish this system, and it did not go without opposition and resistance. And also, for a very long time, it was only restricted to the ruling classes (in the European-Middle East region, this period lasted from approx. 1500 BC - 1500 AD). The sexual control over female and male slaves, half-slave farmers and other groups was not yet developed. But we'll see later how this eventually happened. We'll now look at the developments in the ruling classes in Europe, because there the developments finally led to the integrated system of patriarchy and capitalism that proved so effective it could dominate almost the whole earth.

In the ruling classes, the legal and juridical form in which the submission of women took shape was the marriage. It reached full maturity during the Roman Empire. Under the Roman, and all later legal systems, male private property was institutionalized. Women were forbidden to have their own property, independant of their husband. Under Roman law, men even had the absolute right to decide over life and death of their wife and children. Thus, people were turned into property. The only legal way for a woman to wield economic power, was after her husband's death.

As you will expect, many women saw this too, and sometimes 'helped' their husbands to die... And also in many other ways, women sabotaged the rules and, generally, 'misbehaved'. We certainly don't intend to ignore the resistance of women (and of the lower classes), but we have to focus here on the developments in the ruling class. Otherwise we would have to write several books...

The Roman Empire eventually collapsed, mainly because their economy was highly inefficient. All systems based on slave labour have only a very slow accumulation rate, because the slaves have absolutely no motivation to work hard, invent new technologies etc. The Romans further made the crucial mistake of putting only male slaves to work in agriculture, although women were the only ones with knowledge about that. The Roman empire had also, because they were brilliant organisers and logistic managers, grown so big that it became impossible to rule it. The bonds between men were already somewhat more abstract, and were not based on tribe but on 'nationality'. Still, most military and economic operations still depended on personal bonds between men. This was not enough to control all regions of the empire.

After the collapse of the Roman Empire, a long period followed which is generally known as the 'Dark Age'. This name is, of course, fully inappropriate. It is called 'dark' because this was a period in which the economic and political power was not centralised, and in no way yet secure into the hands of men. What essentially happened was that all forms of social life were decentralised. The cities from Roman times declined, life took place in the countryside and trade almost stopped. In this agricultural society, women still had considerable influence and were able to have an independant economic existence based on their superior knowledge and skill in agriculture and in professions like healers, smiths and potters. The majority of the population had little to no private property, so inheritance did not play an important role. Marriage and sexual control were not developed, and there are many pictures of for instance bath-house scenes, where both men and women are having sex in public, with both sexes.

There were also other forces at work. The two main ones were the Catholic church and the aristocracy. The aristocracy had developed from the male warriors of the tribes that opposed the Roman empire. They were organised in a patriarchal way, and their power was based on military superiority over the rest of the population. What they didn't have, was the enormous bureaucratic support structure that the Romans had. They also did not have an organised, central command. Most of the time they also waged war against each other. This limited their power to the area they could directly and physically control, and having no large-scale plantations or industries their economic survival was based on plunder and rape of the population.

The other major force was the church. This was a new kind of organisation. At the time of the fall of the empire, it had developed itself into a hierarchical, male-dominated structure. (Although it would still take another thousand years before all women were finally banished from all leading positions, and they even had to make changes in the religion like the introduction of Maria in order to achieve this.) The unique factor of the church, the one that made it so highly effective that after two thousand years it still is powerful, was that it was based on a rational strategic alliance. All previous ruling classes had been based on family ties and personal bonds between men. The church was different. The bonds between men were abstract. The men in the church were no longer loyal to other men they were either directly related to or that had personally known or conquered them. They were loyal to the organisation. Men took orders from other men that they had never even seen. And they could rise in the hierarchy if they were good enough in the skills that were required, with little influence of limiting factors like lineage or tribal background.

This allowed the church to grow. The structure was highly efficient: it had a very rigid and strict hierarchy, yet it was flexible as to who could take a place in this hierarchy. This allowed it to maintain an amazing level of uniformity and centralism, in a time when it could take several years before an order reached all of its members. And it made it possible to accumulate, retain and pass on to capable men the most important strategic asset of the church: knowledge.

The church had a monopoly on the kind of knowledge that is absolutely necessary for the accumulation of wealth and productivity on a large scale: written communication, record-keeping, uniform and indisputable laws on property and inheritance. The church had kept that from the Romans. What the church did not have, were the military means to enforce their rulership over the population. Their military experiments were no big success. Either the hired army turned upon the

church and plundered the local cathedral, or bishops created their own kingdoms and became disloyal to the organisation. The obvious thing to do was to create an alliance with the local aristocracies.
This alliance was very profitable for both sides. The local leaders could rule much more effectively with the help of clerks etc. And the influence of the church growed, because they required all rulers who they helped to convert to christianity, and to impose it also on the local population. More and more communication and coordination took place between the different local rulers. They continued to plot against each other, but when one of them had won the victory was now made official. The losers had to pay a tribute to the victors, but remained semi-independant in lots of local affairs. The technical and burocratic structures were not there to create a really centralized state. Thus, over time a very complex system was built up of interdependancies, treaties etc. This system was called feudalism. The oppression of the lower classes also was based on a complex system of organized robbery. The farmers (female and male) for instance had to give a certain percentage of their harvest to the local lord. Also they often had to work two or three days a week on the land of the lord. But, since there were so many local lords, they often had different obligations to different lords. So it could be that they were forced to use the mill of one lord (of course at a price), give half of the flower to another lord and work the fields of a third. And on top of that came the law that one tenth of everything had to go to the church.
The social oppression was not so much developed as the economic oppression. Of course, the forced transition to christianity had a large impact. But there was no really effective system of controlling the lower classes, to see if they actually lived according to the christian morality. The aristocracy and the church hierarchy believed themselves to be of a different, better race. They kept a very big distance to lower class people.
As a result, in rural areas (which for a long time meant almost everywhere) the sexual morale was rather loose, and homosexual acts were considered natural. (In some rural european areas, this view was kept amazingly long: there are reliable reports about Bavarian farmers in the beginning of this century. When asked if they would have same-sex sexuality, some said yes and other no. None, however, were shocked or upset.)
Meanwhile, for the ruling classes, sexual morale was only restrictive for women, and for women this lasted until they were married and had born an heir. After that, they could also choose lovers of both sexes. Marriage had absolutely nothing to do with romantic love; it was strictly business. It was used to create alliances between families, and to bring together the most capable persons. This was necessary because the local rulers had enormous households, that had to be managed by very capable persons: the wives! (Our modern word 'manager' comes from 'menagere', the woman in charge of the household...) The men were usually away, waging war.
But slowly, over the centuries, the structure of european life changed. One reason was the accumulation of wealth by the aristocracy. To show it off, and to show that they belonged to a different race as the common people, they were willing to pay enormous prices for luxury clothes, food and jewelry. This made it profitable again to undertake long, dangerous trading journeys to far-away countries. Centres of trade started to appear, and to grow rapidly: cities. But these were rather different from the cities of ancient history. In some ways they were the same: they were still miserable places to live in, and a lot more people died than there were born. This has been true of all cities, and is overcompensated for by a constant flux of people who come to the city from the countryside. But in one respect they were different: they were not fully under the control of the ruling forces of the time. In it, a new class developed: the bourgeoisie (as they later became known).
The aristocracy and the church were not at all pleased about this development, which was a direct threat to their economic and ideological rulership. So one of the largest military and ideological campaigns in european history was started: the Inquisition. When this started, it (also) targeted the new bourgeoisie and their dangerous new ideas. But soon both sides realized that a lot more could be gained if it was focussed on a common enemy: women (and to some extent the men of the lower classes). The current idea of the Inquisition as a 'witchhunt' is a gross understatement. It was an all-out military campaign aimed at systematically destroying the economical and social position of all women. In it, millions of women were murdered. Even more were terrified into obedience, and were robbed of their property, of their skills, of their professions, of their sexual freedom and of the social standing and respect they had. It was gruesome, it took a few centuries and, in the end, was successful.

Now we come to the time that led directly to our modern society, a time that is often described as "500 years". This is not correct. The developments took place at different times in different parts of Europe. At first, major developments were seen in Italy. Later the modernisations concentrated mostly in parts of England and Flanders. Large parts of Eastern Europe, and almost all of the Russian Empire were left untouched by it, until far into the 20th century. So, in order to stay as accurate as possible in a short text, without giving false information, we will briefly describe the important aspects and concepts, without stating the exact geographical and chronological data.
One of the most important innovations were banks and venture capital. This allowed the economical networks between men to become even more abstract: now you didn't even have to know rich men who could take part in your company. The ownership, the risks and the profits could be spread out amongst anonymous shareholders. This made it possible to invest a lot more than in the traditional way, where you had to lend money from personal acquiantances. Thus, the immense funds needed to invest in industrialisation and colonialisation could be raised.
The bank- and loansystem was so effective that it soon became the only way to do business. This was the final blow to women's economic independance, because they were simply forbidden to take part in this system.
Another highly important change was the lessening influence of the church. The new bourgeoisie was not dependant on the church any longer for their own internal contacts; they could afford to ignore and displease the church hierarchy. The suffocating ban on new thoughts and techniques, imposed by the church, was lifted and in the centuries afterwards production could be rapidly modernized.
Although the ruling classes thus took away the direct ruling power of the Catholic church, there was however still an area where religious control was extremely useful to the new bourgeoisie: in controlling the behaviour of the lower class women and men. Here it proved extremely productive to use a revised version of the Christian religion: protestantism with it's emphasis on personal responsability and guilt.
For, of course, the transition from feudalism to capitalism was by no means easy. It created enormous changes in the lives of everybody. The start of the mass-production coincided with the taking away of the ancient common land of the people living in the countryside. As a further stimulating factor, the Inquisition and the following "witch-hunt" had thoroughly wiped out both the knowledge and the decision-making power of women to control their rate of birth. A population explosion was the result. Deprived of enough land to grow food upon, millions and millions of people were left with no other choice than to roam around and to offer the only thing left to them: their workpower. Or, the other logical choice, to riot and plunder. Which both women and men did on a large scale.
In order to control the vast majority of the people (which we would now describe as pre-proletariate), and to turn them into obedient workers for their growing factories the bourgeoisie had to fight on an ideological level. Indeed, they had to take an influence on the daily life and even on the thoughts and feelings of the lower classes.

(Continued on page 51)

Faschismus in Frankreich

Der Aufstieg der extremen Rechten in Frankreich wurde in den letzten zehn Jahren vom dramatischen Aufstieg der Front National markiert, die von Jean Marie Le Pen geführt wird. Le Pen hat sich in Europa einen Namen als der Mann verschafft, der wagt auszusprechen, was andere Faschisten nur denken. Er hat sich den Ruf als die „vernünftige Stimme" der extremen Rechten verschafft, indem er sich selbst als einen nationalistischen Populisten presentiert, der für das Volk spricht. Das macht ihn zur Zeit zum möglicherweise gefährlichsten Mann Europas und sein Stil hat jeden anderen seriösen faschistischen Führer Europas beeinflußt - von Deutschland's Schönhuber bis zu Belgien's Filip de Winter.

Aber die Front National ist nicht die einzige faschistische Partei in Frankreich. Es gibt noch einige andere zu erwähnen, und die Nazi-Skin-Bewegung unterzieht sich gerade so etwas wie einem Revival. In diesem Artikel werden wir einen allgemeinen Überblick über die gegenwärtigen Hauptkräfte des französischen Faschismus geben, dem sich eine Analyse der antifaschistischen Opposition anschließt.

Le Pen ist immer noch hier

In den nationalen Wahlen im April 1993 plazierte sich die Font National mit 12,9% der Stimmen an dritter Stelle. Während sie entgegen aller Erwartungen ihren einzigen Sitz im Parlament verloren, war dies ihr jemals bestes Wahlergebnis. Es ist hart vorherzusagen, ob sich ihre Stimmanteile noch weiterhin steigern werden, aber eins ist sicher - die FN wird weiterhin bleiben.

Auf der regionalen Ebene ist die FN sicherer etabliert - sie haben jetzt 239 Representanten in den regionalen Parlamenten (verglichen zu 137 Sitzen im Jahr 1986). Selbst wenn die gesamten Stimmen für die FN weniger sind als Jean Marie Le Pen 1988 während der Präsidentschaftswahlen (14,4%) sammelte, zeigen diese Wahlen, daß die FN in allen Regionen völlig etabliert ist. In einigen Departements wie im 'Alsace' (17%), 'Provence Alpes Cotes d'Azur' (23%) und 'Paris region' (16%) sind sie die zweitstärkste Partei, und schlagen die sozialistische Partei. In einigen Städten wie Nizza, Perpignan, Vaux en Velin (Vorort von Lyon) und Mantes-la-Jolie (Vorort von Paris) bekam die FN mehr als 30% der Stimmen, die sie in eine Position versetzt die Rathäuser in den nächsten Gemeindewahlen von 1995 zu übernehmen.

Die FN erhält allgemein ihre besten Wahlergebnisse in den Arbeiterklassestädten und -vierteln und in den Mittelklassestädten. Die Stimmanteile sind hoch bei den Arbeitern und den unteren Mittelschichtangestellten (19% von ihnen wählten FN) und Bauern und Geschäftsleuten (16% wählten FN). Diese Zahlen zeigen die unterschiedlichen sozialen Klassen, die von der FN angezogen werden.

-ein Elektorat der Arbeiterklasse, geformt von den Unterschichten und denen, die hauptsächlich in großen Siedlungen leben, die früher für die Linke gestimmt hatten. Es ist bemerkenswert, daß jetzt mehr Arbeiter für die FN stimmen als entweder für die sozialistische oder die kommunistische Partei (11% der Arbeiter wählen die Kommunisten, 19% die FN)

-ein Elektorat der Mittelklasse, Reaktionäre, die hauptsächlich in den Zentren der Stadt leben oder in Distrikten in der Nähe von den Siedlungen. Diese Klassen stimmten früher für die traditionellen rechten Parteien (Konservative etc).

So wie die FN beinahe 13% während der letzten Wahlen bekommen hat, so ist dies auch ihr augenblicklicher Bedeutungszustand - Sie haben schätzungsweise 30.000 Militante, die aktive Parteimitglieder sind, von denen viele einen Hintergrund in gewaltätigeren faschistischen Gruppen der Vergangenheit besitzen. Sie haben 237 regionale und über 600 lokale Representanten in den Stadtparlamenten sitzen. Sie besitzen ein dickes Stück der Medien: Die Tageszeitung „Present", zwei Wochenzeitungen „National Hebdo" und „Minute", und noch eine Pariser Radiostation „Radio Le Pen". Zusätzlich gibt es über 50 Randgruppen - Berufszirkel, Clubs und Assoziationen - die direkt oder eng mit der FN verbunden sind. Auf diese Art können wir sehen, daß die FN wirklich eine starke Kraft in der französischen Gesellschaft ist, die in jedem Bereich verwurzelt ist.

Ein interessanter Aspekt des „LePen-Phänomens" ist seine Fähigkeit die Parteifaschisten beinahe jeder möglichen Überzeugung einzubeziehen und sie unter einem Banner zu vereinen - Atheisten, katholische Fundamentalisten, Nationale Sozialisten, alte und neue Nazis, Kollaborateure der Kriegszeit, streng Konservative, Nationale Bolschewisten, Neue Rechte und sogar Ultra-Liberale. Die Auswirkung dessen hat die restlichen extremen Rechten in Frankreich ernsthaft geschwächt.

Der Zustand der restlichen französischen extremen Rechten

„Nouvelle Resistance" (Neuer Widerstand): Sie orientieren sich am terroristischen Strasserismus/National Bolshevik. Diese Gruppe wurde von einer Spaltung der traditionalistischeren Dritten Weges gegründet. Der Dritte Weg ist jetzt nicht mehr besonders wichtig, seit der Führer Jean Gilles Malliarakis die Zusammenarbeit mit der FN aufgekündigt hat, trotzdem er erst vor kurzem aufhörte bei ihnen mitzumachen. Nouvelle Resistance gewinnt an Einfluß in Ost Europa, trotzdem er klein bleibt.

PNFE (Französische und europäische, nationalistische Partei): Eine Neonazigruppe, die 1988 eine Bombenkampagne in Süd-Frankreich durchführte. Die gruppe infiltrierte und übernahm erfolgreich eine der obersten Gewerkschaften der Polizei, die FPIP. Sie haben enge Verbindungen zur FN, aber sie befanden sich bis vor kurzem in einer Phase des Niedergangs.

FANE (Nationalistische Europäische Faschisten): Ein bloßer Schatten seiner selbst, ist diese Naziterroristenorganisation jetzt nixht mehr als 10 Mitglieder stark, und bringt regelmäßig einen Newsletter heraus. Eine kürzliche Entwicklung hat sie und die PNFE sich gemeinsam treffen gesehen, und eine Ankündigung eines Zusammenschlusses wird demnächst erwartet.

Andere Gruppen: Die meisten der ande-

ren französischen faschistischen Gruppen bleiben sehr klein oder sie befinden sich im Zerfall, während sie aber immer noch in der Lage sind terroristische Angriffe auszuführen oder Propaganda herauszubringen. Fast alle von ihnen haben irgendeine Art der Verbindung mit der FN.

Skinheads

Die Naziskinheadbewegung erreichte Ende der 80er einen Höhepunkt, als sie schätzungsweise um die 2.000 Anhänger hatte. Danach gab es eine rückgehende Phase und wir glauben, es sind nur noch um die 500 Skinheads übrig. Ein Grund diese Rückgangs war der Haß der Polizei auf die Skinheads, die jede Gelegenheit wahrnahm sie aufzureiben. Außerdem war Skinhead zu sein für viele nur ein Stil, den sie für einige Jahre anlegten, und diese Leute haben die Bewegung verlassen.
Der bekannteste Faschoskinhead ist *Serge Ayoub*, bekannt als Batskin. er war für viele Jahre eine führende Schlüsselfigur gewesen und ist neulich an dem versuchten Revival der hiesigen Skinheadszene beteiligt gewesen. Zur Zeit gibt es sich entwikkelnde Verbindungen u.a. mit „Blood and Honour"(GB), „Deutsche Alternative"(BRD) und „Veneto Fronte Skinhead"(I). Im September 1992 eröffnete er in Paris einen Laden mit dem Namen Darkside, wo er Skinheadkleidung, Schallplatten und illegale Naziembleme verkaufte. Im Juni 1993 wurde dieser Laden von unbekannten Leuten zerbombt und ist zur Zeit außer Betrieb. Ayoub bringt auch mehrere Skinzines heraus und hat auch seine eigene politische Partei, die *„Nationalistische Revolutionäre Jugend"*.
Das Wort Skinhead bezieht sich in Frankreich nur auf Naziskins, weil über 95% der französischen Skins mit dem Faschismus zu tun haben. Die französische Sektion der SHARP-Skins brach vor einigen Jahren zusammen und die Zahl der Redskins (linke Skinheads) bleibt winzig klein.

Schlußfolgerungen

Nach mehr als 12 Jahren Präsidentschaft von Francois Mitterand, müssen wir nicht betonen, daß die politische Situation sich verschlechtert hat. durch die Unfähigkeit die Bedürfnisse der ärmsten Franzosen und Französinnen zu befriedigen, die Probleme der 3 Millionen Arbeitslosen zu lösen, die Aufgabe der Basisarbeit und der lokalen Arbeit zugunsten des Profits der großen Institutionen, der Regierung und der sozialistische Partei, mit „liberaler" ökonomischer Politik, erlaubte der FN sich selbst fest zu etablieren. Sogar noch mehr als das, die FN ist zu einer gefährlichen Kraft für die französische Gesellschaft geworden; die sozialistische Regierung versuchte die FN zu gebrauchen um die Rechte zu spalten. Zum Beispiel durch die Wiedereinrichtung der proportionalen Stichwahlen. Diese Startegie ist in diesem Moment gescheitert - wenn die FN Stimmen von den konservativen Parteien wegzieht, zieht sie auch Stimmen von den Linken ab. Die sozialistische Regierung zog eine Politik der restriktiven Immigrationspolitik auf, stärkte die Polizei und die Behörden der Ausgrenzungspolitik, was die Unterstützung für die FN bloß wiedererstärkte anstatt sie zu reduzieren. Der Ausbruch und die Etablierung einer rassistischen, authoritären, politischen Partei hat der ganzen französischen Gesellschaft einen Rechtsruck gebracht, und sie hat einen kompletten Konsens aller französischen poöitischen Parteien geschaffen, die Immigration zu stoppen und die Polizei auszubilden.
Der kürzliche Sieg der Rechten bei den nationalen Wahlen im April 1993 hat die Situation verschlechtert. Neue Gesetze sind schnell eingeführt, die die Immigration und die Nationalitätsrechte einschränken und die die Macht der Polizei ansteigen lassen. Der neue Innenminister Charles Pasqua ist ein Hardliner, der den Faschisten nahekommt, obwohl er die FN haßt. Seine neueste Idee ist es illegale Migranten in speziell angeforderten Zügen zu deportieren, bemerkenswert erinnernd an die 1940er als die französische Kollaborationsregierung Juden und Jüdinnen nach Nazideutschland deportierte und an die Todeslager mit dem Zug. Die Opposition zu dieser Bewegung ist jedoch stark, besonders unter Eisenbahnarbeitern und es wird schwierig für die Regierung sein das durchzusetzen.

Antifaschismus in Frankreich

Nach einer langen Abwesenheit von der antifaschistischen Arbeit begannen die Leute 1992 nach der regionalen Wahlkampagne zu helfen gegen die faschisten zu mobilisieren. Wir haben 3 Typen von Leuten herausgedeutet, die an der antifaschistischen Bewegung beteiligt sind:
-die „Wählerströmung", verbunden mit der sozialitischen Partei, wie die „Demonstriere gegen die FN-Kampagne" des sozialistischen MP Cambadelis. Das Ziel war eine republikanische Front gegen die FN zu bilden. Diese Gruppe lehnte es ab, die ehemalige sozialitische Regierung zu kritisieren und aht wenig ernsthaften Einfliuß.
eine humanistische Strömung, representiert von verschiedenen Gesellschaften und Gruppierungen wie SOS Racisme (verbunden zur Linken der sozialistischen Partei), oder dem Appeal of 250 (verbunden mit der extremen Linken), die nicht zögert die Regierung zu kritisieren. Aber diese Organisationen suchen um jeden Preis die Einheit mit der maximalen Anzahl von Organisationen auch mit dem Risiko ihre Politik zu verwässern. Die Opposition zur FN wird dem Humanismus zufolge bezogen und nicht aus sozialen Gründen.
-die radikale antifaschistische Strömung enstand 1984 aus SCALP und anderen Kollektiven, von denen wir ein Teil sind, und welches die kleinste aber vielleicht die wichtigste ist. Unsere Opposition zur FN konzentriert sich auf Aktivitäten auf der Straße, Demos gegen FN-Treffen und Veranstaltungen in verschiedenen Städten zu organisieren. Für uns ist der Kampf gegen die FN begleitet vom Kampf gegen die soziale Ausgrenzung, für die Gleichberechtigung von FranzösInnen und MigrantInnen - die einzigst mögliche Antwort um dem Fortschritt der FN unter den Leuten zu zügeln. Das ist deutlich durch die Denunziation der Regierungspolitik, weil für uns die gefahr nicht nur darin besteht, daß Le Pen's Macht wächst, aber daß so viele seiner Ideen schon hier sind.

REFLEX

Reflex (Netzwerk für Studien, Information und Aktion gegen die extreme Rechte und Fremdenangst) wurde im Juni 1986 gegründet, als verschiedene Kollektive, die an Fragen der Extremen Rechten und der Immigration arbeiteten, sich vernetzten um Mittel und Informationen gemeinsam einzusetzen. In 7 Jahren haben wir 39 Ausgaben unseres Magazines Reflexes herausgebracht, welches über die extreme Rechte, Immigration und Europa informiert. Wir haben auch einige Demos organisiert, von denen eine zu Europa war, zwei zu Polizeimorden und drei 1.Mai Demos gegen die FN. Wir nehmen auch teil am nationalen Antifa Netzwek von militanten Gruppen, die ein monatliches Infobulletin mit dem Namen „No Pasaran" herausbringen. Unsere Verbindungen zu anderen militanten Antifagruppen in Europa sind gut und wir fahren fort, auf diese Grundlagen zu bauen, indem wir eine Europa-Komission gebildet haben, deren Aufgabe es ist, sich mit anderen Gruppen rundherum zu verbinden, um über Faschismus in anderen Ländern in unserem Magazin zu berichten und Informationen über die Situation in Frankreich zu verbreiten. Wir begrüßen den Kontakt mit anderen Gruppen und können SprecherInnen für öffentliche Treffen stellen.

Reflex: 14 Rue de Nanteuil, 75015 Paris, France
Tel: (Paris) 42 50 99 43 Fax: (Paris) 45 31 64 37

Dateline: Schweden

Die faschistische Arena in Schweden kann in die parlamentarischen und die revolutionären Faschisten unterteilt werden. Verglichen mit den Jahrzehnten nach 1930 sind die militanten Faschisten eine neue Entwicklung der 1990er. Die meisten Faschisten jedoch sind keine militanten Aktivisten, sie sind jedoch in der Partei-Politik engagiert, versuchen Leute mit der Einwanderungsfrage zu mobilisieren. Die bedeutenste parlamentarische politische Partei sind die „Sverigedemokraterna" (die schwedischen Demokraten), die 1988 gegründet wurde. Viele ihrer Mitglieder haben eine lange faschistische Geschichte in zahlreichen verschiedenen Organisationen, die bis in die 70er zurück gehen. „Sveridedemokraterna" versuchte lokale Verbände in ganz Schweden einzurichten um Erfolge in den Wahlen 1991 zu erzielen. Sie erlangten nur zwei Sitze und weniger als 5.000 Stimmen bei den nationalen wahlen. danach hattte sich die Partei darauf konzentriert Propaganda zu verteilen and jährlich 3 Demonstrationen in stockholm zu organisieren. Sie haben sich auch auf den aufbau ihrer Organisation konzentriert, mit der Front National aus frankreich als Vorbild, aber sie hatten Probleme mit der inneren Einheit in verschiedenen lokalen Verbänden..

Ein Grund für diese Uneinigkeit ist das Verhältnis zu dem revolutionären „Storm-Nätverket" (Sturm Netzwerk). „Stormnätverket" wird von einem ehemaligen Fanzine organisiert, das in den letzten drei Jahren angefangen hatte eine „weiße Revolution ohne Gnade"und die Formierung von „Sturmtruppen" auszurufen. Ihr politisches Image ist größtenteils aus Groß-Britannien und den USA importiert. „Sturm Netzwerk" besteht aus einem härteren Kern von ungefähr 50 Personen mit zusammen 300-800 Leuten in ihrer Umgebung. Zur Zeit gibt es keine direkten anzeichen darüber, ob es anwächst oder nicht. In den letzten 2 Jahren hatte „Sturm Netzwerk" drei nationale Demonstrationen in Gothenburg organisiert, mit einer Teilnahme von ungefähr 100 Einzelpersonen bei jeder demonstration. Die Untergruppe „Vitt ariskt modstand" (weißer arischer Widerstand) ist auf einen „Rassenkrieg" vorbereitet, sie stehlen Waffen, überfallen Banken und werden von der Polizei festgenommen. Bei einigen wenigen Gelegenheiten haben sie Bombenanschläge auf politische Gegner ausgeführt.

Ein anderes neues Phänomen in der Landschaft der schwedischen Rechten ist das Auftreten einer authoritären populistischen Partei, „Ny Demokrati" (Neue Demokratie). Sie wurde 1991 gegründet und erhielt sofort 7% in den natioanlen wahlen in diesem jahr. Die ideologische Basis der NeuenDemokratie stammt vom Neo-Liberalismus von Thatcher und dem reaganismus. Wie auch immer, sie schrecken nicht davor zurück, einen ökologisch motivierten Rassismus in der Einwanderungsfrage als einen populären Anziehungspunkt zu verwenden.

Es gibt eine starke latente rassistische Grundströmung in der schwedischen Bevölkerung, die sich meistens auf „Svensson Rassist" bezieht (Svensson ist der bekannteste Nachname - so wie Herr Müller). Das ist dem tief verankerten strukturellen Rassismuns zu verdanken, der die westlichen Gesellschaften und das ökologische Make-up durchdringt. In Schweden haben die historisch starke Arbeiterbewegung und die bis vor kurzem langwährende sozialdemokratische Regierung geholfen, einige der lärmenden, äußeren Ausdrücke dieses Symptoms zu zügeln. Aber in der heutigen ökonomischen Krise werden ImmigrantInnen und Flüchtlinge als Sündenböcke benutzt, während radikalen Vorurteilen mehr Raum zum Ausdruck gegeben wird.

1989 änderten die Sozialdemokraten ihr Parteiprogramm, indem sie der Inflation den Arbeitsplätzen Vorrang gaben. Das setzte eine Restrukturierung der Gesellschaft in Bewegung, die die jetzige konservative Koalitionsregierung nur zu glücklich fortsetzt. „Ny Demokrati" ist an der ideologischen Vorderfront in diesem Prozess. - Der Abbau des Wohlstandsstaates und der intensivierten ökonomischen Ausbeutung am Arbeitsplatz. Glücklicherweise hat die Partei interne Konflikte erlitten, die ihre Popularität geschwächt haben. Die faschistischen Parteien spielen keine zentrale Rolle in diesem Restrukturierungsprozess, aber sie haben eine besondere Rolle, indem sie sich fast ausschließlich auf die Immigration richten.

Schweden ist noch kein formales EG-Mitglied und der größere Teil der Bevölkerung verhält sich entweder negativ oder unentschlossen gegenüber der Mitgliedschaft. Nichtsdestotrotz stimmt Schweden, geführt vom Staat und den herrschenden ökonomischen Kräften, den Einigungsprozessen fest zu und ist tief darin verwickelt. Die Vereinheitlichung läuft auf allen Ebenen und in allen Gebieten, nicht zuletzt in der Asylpolitik. Trotzdem die Faschisten das Schließen der Grenzen für Flüchtlinge begrüßen, nehmen sie einen negativen Standpunkt zur EG aus nationalen Gründen ein. „Sverigedemokraterna" macht Anti-EG Propaganda.

Im Frühling 1990 stiegen die Angriffe gegen Flüchtlinge dramatisch an. Übereinstimmend mit den Statistiken der Polizei, gab es zwischen 1990 und 1992 117 Angriffe, 59 davon mit Brandstiftung oder Sprengstoff. Im Winter 1990-1991 trat „Strurm Netzwerk" in die politische Arena; Militante stahlen waffen, griffen ImmigrantInnen und homosexuelle an und tauchten in den Medien auf, wo sie verkündeten „der rassenkrieg har gerade angefangen!". Die Welle der

rassistischen Gewalt erreichte einen Höhepunkt als ein unorganisierter Nazi im letzten 'Herbst und Winter von 1991-1992 in Stockholm auf 10 ImmigrantInnen geschossen hatte (1 toter und 9 Verletzte). 6 Monate später wurde der Verbrecher verhaftet. Riesige Demonstrationen gegen rassistische Gewalt in Stockholm und anderen Teilen Schwedens waren die sofortige Antwort. Das führte zu einem Anstieg der polarisierung der Meinungen und am 30. November 1991 (einem traditionellen Demonstrationstag der schwedischen Faschisten) stoppten AntifaschistInnen erfolgreich faschistische Märsche in Lund und in Stockholm. Diese erfolgreiche Blokkade führte zu einem steigenden Selbstbewußtsein unter AntifaschistInnen.

1992 erreichte die polizeiliche Repression der führung von „Stormnätverket" und einige Schlüsselfigutren wurden in Haft genommen. Das ist aus vielen Gründen geschehen, einer davon ist der öffentluiche Druck - „stormnätverket" ist politisch isoliert - ein anderer ist die bloße Plumpheit ihrer Aktionen. Gegen milita'nte AntifaschistInnen hat diese Ebene die Repression nicht erreicht, aber auf der Straße versucht die Polizei die Faschisten zu schützen, indem sie ihnen die Durchführung von Demonstrationen, öffentlichen Treffen und Rock-konzerten ermöglicht - alles im Namen der meinungsfreiheit- Übereinstimmend mit dem Jetzt vorherrschenden Standpunkt, daß die politische Gewalt von links genauso Demokratie gefährdend ist wie die politische Gewalt von rechts.

Die Linke in Schweden umfaßt ein breites Spektrum von parlamentarischen, politischen Parteien (und ihren etwas radikaleren Jugendorganisationen), reformistischen Gewerkschaften, „Graswurzel"Stadtteilaktionsgruppen sowie einer relativ großen syndikalistischen Gewerkschaft und autonomen anarchistischen Gruppen in ihrer Umgebung.

Die parlamentarischen, gewerksachaftlichen und Stadtteilorganisationen neigen dazu mit einer antirassistischen Perspektive zu arbeiten, indem sie gewaltfreie Methoden anwenden wie Kundgebungen, Medienkontakte, und reformistische politische und kritische Politik. Diese Herangehensweise versucht (erstens) die offenen Ausdrücke der „Svensson-Rassist"-Haltung zu bekämpfen und (zweitens) negative Einstellungen gegenüber Immigrabtinnen, Flüchtlingen und fremden Kulturen zu verändern. Ganz klar, das ist notwendige Propaganda. In den meisten Fällen jedoch hat diese Propaganda einen begrenzten Wirkungsradius wegen ihres Blickwinkels auf den Rassiusmus als ein unabhängiges Phänomen ohne strukturelle Verbuíndungen zum gesellschftlichen hierarchischen und patriarchalen Makeup. Es spielt sich einfach auf den allgemeinen Ängsten der Bevölkerung ab als rückschrittlich dazustehen, wenn sie rassistische Ansichten ausdrücken.

Die anarchistischen/autonomen Gruppen neigen dazu mit einer antifaschistischen Perspektive zu arbeiten und wenden sowohl gewaltfreie als auch militante Methoden an. Diese Herangehensweise erkennt sowohl die unmittelbare Drohung der schwedischen rechten und faschistischen politischen Partien und Organisationen als auch die Notwendigkeit sie zu zerschlagen an. Unter der Parole „ Keine Faschisten auf unserer Straße" haben kleinere Gruppen eine Serie mehr oder weniger erfolgreicher offensiver und defensiver antifaschistischer Operationen in den vergangenen letzten Jahren organisiert. Es war das unmittelbare Ziel gewesen die Faschisten zu konfronztieren und einzuschüchtern, wo immer sie auftauchten oder auch nicht. diese gruppen haben die Wichtigkeit von antirassistischer Arbeit nicht ignoriert, aber sie hoffen, daß die Arbeit innerhalb der Premisse ihres Gesamtzieles ,das ganze gesellschaftliche System zu verändern , das umfaßt.

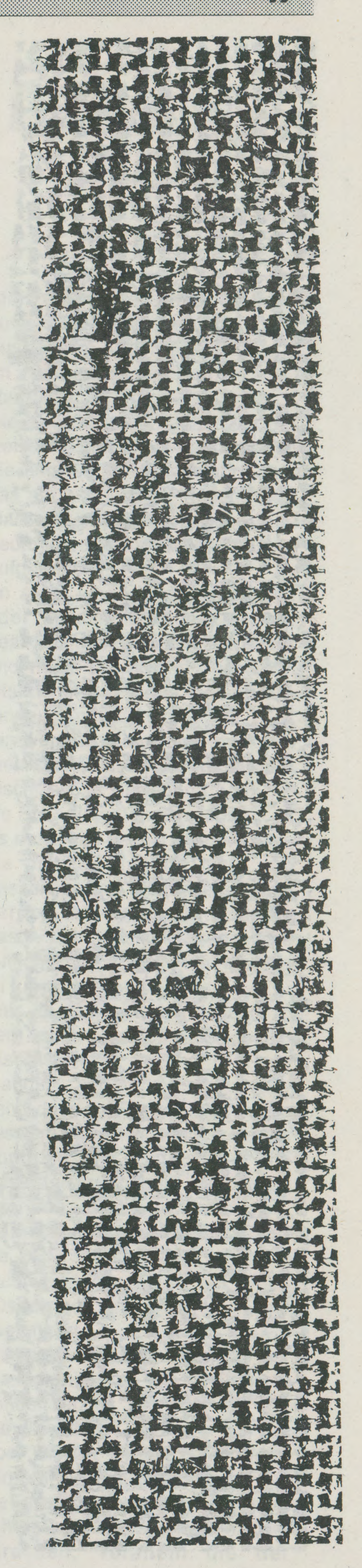
Diese Gegensätze zwischen den gewaltfreien und militanten Methoden in der weiteren Bereich der antirassistischen/antifaschistischen Arbeit haben dazu geführt, zum Ziehen von klaren Trennungslinien in der schwedischen Linken geführt. In den letzten jahren konnte eine gewisse Bedeutung an Zusammenarbeit unter größeren „spezielen Interessensgruppen" oder in den ereignissen größerer faschistischer Mobilisierungen erzielt werden. Aber Spannunbgen entstanden in dieser begrenzten zusammen arbeit und erreichten am 30. November 19992 einen Höhepunkt. Die polarisierung der parlamentarischen/ autonomen, gewaltfreien/militanten Gruppen brachte nicht nur die Konfrontation mit Faschisten und Polizei, sondern auch unter den linken ruppen selber.

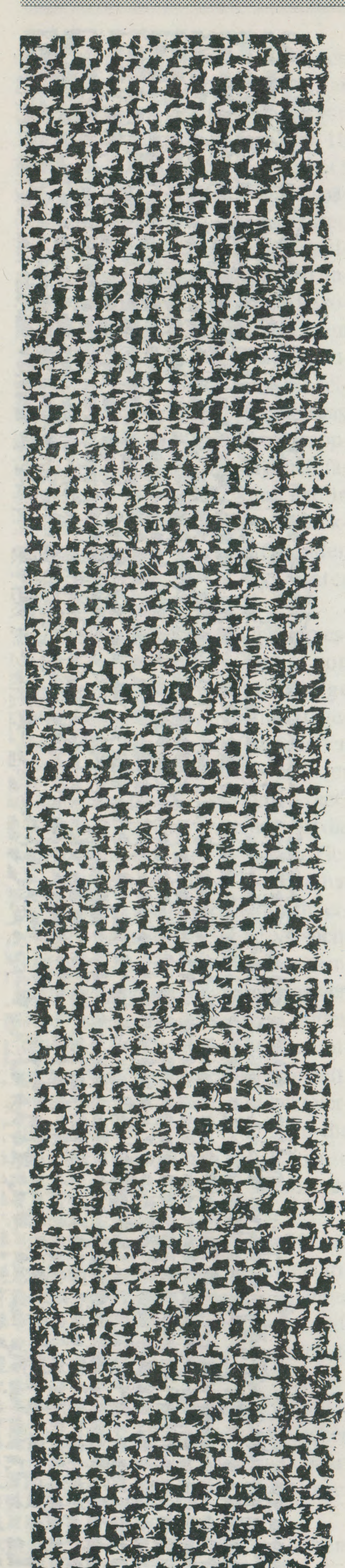
Einige AntifaschistInnen in Stockholm



Zürich: Drogenprohibition und rassistische Kommunalpolitik

Zürich ist die größte Stadt in der Schweiz; und ist trotzdem eine miefige Kleinstadt; und ist trotzdem eine zentrale imperialistische Drehscheibe. Das Grobe machen die anderen - hier wird kassiert und verzinst, bevorschußt und honoriert, hier wird finanziert und umgelagert und auch gern ein bißchen gewaschen. Der wichtigste Rohstoff ist hier der soziale Friede. Fassaden und Strassen sind sauber und sollen es bleiben. Das darf dann auch immer einiges kosten. Investiert wird, je nach politischer Wetterlage, manchmal mehr ins Zuckerbrot, dann wieder mehr in die Peitsche.
Es wird immer noch viel gebaut, wenn auch bereits eine Millionen Quadratmeter Büronutzfläche zur Vermietung ausgeschrieben sind, die niemand braucht. Zürich kultiviert das Understatement: es schickt sich nicht herzuzeigen, wie reich man ist. Eine Skyline á la Frankfurt wird es hier nie geben. Die Banken ziehen ihre Verwaltungskathedralen nicht protzig in die Höhe, sie graben sie viel lieber tief in die Erde ein. Das verheißt Sicherheit - Störfaktoren wie Erdbeben,abstürzende Flugzeuge, Gangsterangriffe aus dem Kanalisationssystem, Anschläge und Revolutionen können diesen Katakomben nichts anhaben. Häuser werden oft nicht einfach abgerissen, sondern total ausgehöhlt. Innen glitzert es postmodern, bleibt nichts wie es war, außen sieht alles aus wie eh und je. In bestimmten Stadtteilen (z.B. Höngg) ist außer perfekten Fassaden nichts mehr echt.
Flachgelegt werden konsequent Häuser, die eine Widerstansgeschichte haben, wie zuletzt die besetzten Häuser in der Bäckerstraße, wo seit einem Jahr nur noch eine Baulücke ist. Oder wie vor gut zehn Jahren das Autonome Jugendzentrum AJZ, das sich die „Bewegung" von 1980/81 erkämpft hatte.
Die „Bewegung" hatte damals den Hebel an einem empfindlichen Punkt angesetzt: wo schöne Fassaden, Sauberkeit und Ordnung so wichtig sind, bleiben die Kunden allmählich aus, wenn Woche für Woche in den Geschäftsstraßen Randale ist, Abfall zu brennenden Barrikaden gehäuft wird, die Schaufenster von Banekn, Versicherungsgesellschaften, Supermärkten und Hotels krachend bersten.
arauf waren die städtischen Behörden nicht vorbereitet gewesen. Erst nach und nach arbeiteten sie eine Gegenstrategie aus, die dann allmählich zum Tragen kam. Auf der einen Seite wurde der Bullenapparat ganz massiv aufgerüstet und ausgebaut. Neue Distanzwaffen wurden erprobt, zivile Greifertrupps erstmals eingesetzt, die verdeckte Spitzeltätigkeit verallgemeinert; zu keiner Zeit konnten die Bullen so systematisch den Aufbau eines flächendeckenden Kontrollnetzes vorantreiben wie in jenen Jahren. Andererseits wurde über den Umweg von gemeinnützigen Institutionen und der sozialdemokratischen Partei versucht, die „Bewegung" zu kaufen, Teile von ihr herauszubrechen und zu korrumpieren. Schließlich konnte die städtische Spaltungsstrategie in die Offensive gehen. Sie bedienten sich dabei eines Tricks, den die Polizei in den 70er Jahren fleissig geprobt hatte: der Steuerung des illegalen Drogenmarktes durch gezielte Repressalien.
Hatte die Polizei möglicherweise in den ersten Jahren des illegalen Drogenmarktes (kurz nach 68) tatsächlich noch gemeint, die Prohibition durchsetzen zu können, so wurde sie in wenigen Jahren eines besseren belehrt: der Markt existiert. Die Bullen können bloß versuchen, ihn zu behindern, zu kontrollieren, in den Griff zu kriegen - ihn zu beseitigen, ist erstens nicht möglich, zweitens ist es auch gar nicht im Interesse des Polizeiapparates. Welche bessere Legitimation für dessen großzügigen Ausbau könnten die sich denn wünschen, als den ununterbrochen erfolglosen Kleinkrieg gegen Junkies und Kleindealer? Nie unterblieb dabei der Hinweis, daß der Zugriff auf die Hintermänner leider wegen zu geringen Beständen und zu laschen Gesetzen nicht möglich sei.
So hatte sich die Bullentaktik in den 70ern darauf beschränkt, den Markt periodisch von einem Ort zum nächsten zu treiben. Dies ermöglichete, die Junkies von den wichtigen Geschäftsstraßen fernzuhalten, sowie die Preise für das Dope hochzuhalten - beides sehr im Interesse der Banken.
Die „Bewegung" ihrerseits hatte versucht, im AJZ eine Hinwendung der linksradikalen und autonomen Szene und der Dopeszene zueinander zu bewirken, die sich - nach einer kurzen Zeit der Überschneidung 1968 - vollkommen ignoriert hatten. Dieses Vorhaben war richtig, seine Umsetzung in die Praxis aber viel zu zaghaft und passiv. Im AJZ wurde ein Raum zum Spritzen eingerichtet und eine Sanität organisiert. Es war dies ein guter Ansatz für Selbsthilfestrukturen - in diesem Augenblick trieben die Bullen große Teile der Marktes auf das AJZ-Gelände; rivalisierende Dealerbanden begannen prompt, sich im repressionsarmen AJZ-Gelände breitzumachen, die Leute zu terrorisieren, sich schwerbewaffnet um Marktanteile zu balgen. In ihrem Windsachatten hatten Spitzel und Provokateure nun ein viel leichteres Spiel, die Anasätze zur Selbsthilfe brachen unter dem Druck der zusammengetriebenen Junkieszene schnell zusammen. 1982 stürmten die Bullen das Gelände, die Bauten wurden sofort plattgemacht, um auch diese Geschichte auszuradieren.
Ab 1984 rückten die Bullen von der Taktik, den illegalen Markt in der Stadt herumzutreiben ab. Dieser konnte sich in einem Park gleich neben dem Hauptbahnhof, dem Platzspitz, später international bekannt als „Needle Park", etablieren: Ghettoisierung war nun angesagt; mächtige Bäume schirmten die Junkies ab, Zürichs Straßen waren wieder sauber und nett. die Bullen beschränkten sich darauf, das Kommen und Gehen zu überwachen, einzelne Leute festzunehmen und die Zusammenarbeit mit dem Fürsorgeamt bzw. dessen Sozialarbeiterkolonnen zu perfektionieren; in diesem mehr oder weniger permissiven Klima beruhigte sich der Deal anfänglich etwas: die Junkies hatten weniger Streß, es gelang erneut bescheidene Anfänge der Selbstorganisation und Selbsthilfe zu verwirklichen (der Kleinstdeal der „Filterlifixer", die bald auch für den Nachschub von sauberen Spritzen sorgten, Kleinhandel mit Lebensmitteln und Getränken). Viele GassenarbeiterInnen distanzierten sich von ihrer sozialtechnokratischen Mission und erklärten sich mit den Betroffenen solidarisch. Es wurden Projekte wie die Gassenküche verwirklicht, wo alle DrogenbenutzerInnen sich für wenig Geld eine warme Mahlzeit täglich beschaffen konnten. Zu Beginn der 90er Jahre wurde der Markt wieder sehr viel härter, die Verelendung der Junkeis nahm rapide zu, verschiedene Gruppen von Dealern drängten neu auf den Markt, Schießereien waren auf dem Platzspitz an der Tagesordnung.
Im Frühjahr 1990 wurde in Zürich eine neue Stadtregierung gewählt: die Sozialdemokraten gewannen





dabei die Mehrheit. Die großen rechtsbürgerlichen und liberalen Parteien machten sogleich das Thema der „Züricher Drogenhölle“ zu deren Prüfstein; sie wollten die Zeit in der Opposition nutzen, um den Sozialdemokraten die Drecksarbeit zuzuschanzen. Das gelang ihnen in beeindruckend kurzer Zeit. Anfänglich machten die noch etwas Wind (10 drogenpolitische Grundsätze des Stadtrates von Zürich), doch zugleich begannen sie mit einer nicht mehr abreißenden Kette sozialtechnokratischer Maßnahmen die Ghettoisierung des Platzspites voranzutreiben, die Selbsthilfe-Infrastruktur niederzuwalzen, den Junkies das Leben so schwer wie möglich zu machen; nach einem neuerlichen taktischen Schachzug der Rechten war es dann im Februar 1992 so weit: der Platzspitz wurde dichtgemacht, die Junkies vertrieben. In wenigen Monaten, so verkündete der Polizeichef, habe sein Apparat die Lage im Griff, der offene zntrale Markt werde dann in versteckte dezentrale Kleinmaäkte aufgesplittert sein.
Seither grenzt der angrenzende Stadtteil 5, das „Industriequartier“, einem besetzten Gebiet. Bullen und Wannen an jeder Ecke, damit beschäftigt, jede Ansammlung von Drogenverbraucherinnen zu zerstreuen. Inzwischen hat sich gar wieder ein neuer offener, seßhafter Markt zu etablieren vermocht: auf einem stillgelegten Bahngleise; von oben, von der Kornhausbrücke hinunter, glotzen die BürgerInnen wie im Zoo. Das Elend, die Niederhaltung der Entrechtung der Szene sind so krass wie nie zuvor. Immerhin kommt es jetzt gelegentlich vor, daß schikanierende Greifer auch mal angegriffen und verjagt werden. Die sozialdemokratische Offensive gegen den illegalen Markt ist kläglich gescheitert. dutzende von DrogenverbraucherInnen haben aber dafür mit dem Leben bezahlt, ihre organisatorischen Strukturen sind zerschlagen, es werden wieder viel öfter unsaubere Spritzen benutzt.
Im Umfeld dieser Offensive hat die Stadt aber doch ein Score erzielt:
Seit dem Regierungswechsel 1990 ist das Thema „Drogenhölle Zürich“ ein Dauerbrenner in den Medien geworden, Tag für Tag läßt man es auf beliebig einstellbarer Flamme köcheln. So hat es die Stadt z. B. geschafft einen seit Jahrzehnten für seine Unbotmäßigkeit bekannten Stadtteil weichzuklopfen. Das Ziel dabei ist, die völlige Aufhöhlung und „Fassadisierung“ des Industriequartiers zu beschleunigen, was nicht ohne umfassende Bevölkerungsumschichtung realisiert werden kann. Verdrängt werden sollen die heutigen, nicht eben kaufkräftigen Bevölkerungsgruppen (ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlinge, RentnerInnen, IndustriearbeiterInnen, JobberInnen und Studierende), angelockt werden soll die steuerstarke Mittelklasse und die karrierebewußten Beschäftigen aus dem tertiären Sektor.
Der Stadtteil ist von Großprojekten wie dem Technopark (bereits gebaut) und dem Milliardenprojekt einer Business City über dem Bahnhof eingekreist. In deren Sog kaufen Makler in den bisherigen Wohngebieten ganze Straßenzüge auf und vertreiben die traditionellen MieterInnen. In einem derart gesäuberten Gebiet hat sich seit zwei Jahren die Autonome Kulturfabrik Wohlgroth festgesetzt, die in den umliegenden Wohnhäusern inzwischen 120 BesetzerInnen Wohnraum bietet (Sie ist inzwischen leider geräumt worden d. T.in). Solcher Widerstand ist wichtig, kann aber die Stadtteilzerstörung auf die Dauer nicht aufhalten.
Die meisten Hinterhöfe sind inzwischen vergittert und verrammelt, damit die Junkies sie nicht benützen können, vor Supermärkten machen paramilitärische Söldner Gesichtskontrollen, nicht nur die Bullen machen sich im Stadtteil breit, sondern auch zahlreiche Privatpolizeien - die eine von einer rechtsextremen Bürgerinitiative finanziert, andere von Vereinigungen der Geschäftleute. Die Stadt sekundiert mit einer Vielfalt von Maßnahmen zur Zerstörung der Infrastruktur, bis hin zum Umbau von Parkbänken, damit darauf nicht mehr gepennt werden kann.
Im Stadtteil macht sich Rassismus breit, Eltern ziehen um, damit ihre Kinder nicht mit so vielen „ausländischen“ Kindern zur Schule gehen müssen. Fahrscheinkontrollen in den öffentlichen Verkehrsmitteln steuern nicht mehr - wie früher -die jungen, sondern die „ausländischen“ Leute zuerst an. Einst linksliberale Intellktuelle verfassen rassistische Pamphlete.
Die sozialdemokratisch dominierten Behörden gießen unermüdlich Öl ins Feuer. Der Staat bedient sich der Probleme rund um den illegalen Drogenmarkt, um die Durchsetzung der seit je rassistischen AusländerInnen- und Flüchtlingspolitik dieses Landes abzusichern. Der illegale Markt ist international; insbesondere auf der untersten Stufe des Deals sind organisierte Gruppen (meist nicht zufällig aus Staaten in denen Krieg herrscht) augenfällig beteiligt, z.B. in der letzten Zeit solche aus Palästina und Kosovo. Das hängt nicht zuletzt mit den Lebensbedingungen zusammen, die Trikontflüchtlinge in diesem Land erwarten: Kasernierung, Arbeitsverbot, Leben ohne alle Rechte. Bei jeder Verhaftung listen die Bullen nun säuberlich auf, wieviele Leute welcher Nationalität betroffen waren, zusätzlich wieviele davon Asylbewerber waren. So haben es die Rassisten immer leichter, die Flüchtlinge insgesamt als Drogenhändler hinzustellen. Immer schwieriger wird es umgekehrt die Menschen zu mobilisieren, um bedrohte Flüchtlinge dem staatlichen Zugriff zu entziehen, ganz zu schweigen davon, die rassistische Politik gegen Ausländer und Flüchtlinge von seiten des Staates und der Stadt überhaupt.
Die letzte sozialdemokratisch-rassistische Offensive, nämlich die Internierung von Ausländern, die bloß verdächtig zu werden brauchen gedealt zu haben, hat denn auch nur noch eine Handvoll Leute zu mobilisieren vermocht. Mit der Internierung ohne Gerichtsurteil wird nun, nachdem dies bei den BürgerInnenrechten seit je der Fall war, auch im Strafrecht zweierlei Maß eingeführt. Dieses beginnt schon zu greifen - freilich vorläufig noch nicht gegen ausländische Militante von politischen Organisationen.
Der inländische Teil des autonomen und linksradikalen Widerstandes hat es bisher nicht geschafft, dagegen auf einer konsequent internationalistischen Position anzugehen. Dies hängt mit dem alten Versäumnis zusammen, den Link zwischen Drogenprohibition und Rassismus zu untersuchen und zu thematisieren. Solange dies nicht geschieht, kann der Staat sowohl die Benutzerinnen illegaler Drogen wie die Flüchtlinge zum Spielball kapitalistischer Stadtzerstörung und chauvinistischer Politik machen.
Drüben auf der anderen Seite des Bahnhofs sind Ausländer durchaus willkommen: Herren in dunklen Anzügen mit Aktenköfferchen in der Hand geben sich die Klinken der Banktüren in die Hand. In deren Katakomben der Banken wird nicht gefragt, ob die abgelieferte Knete aus dem Drogen- oder Waffendeal stammt, oder bloß aus legaler Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern.

Antifa-organisierung in Hackney, London, UK

Im Zuge des wachsenden Rassismus und Faschismus in Gross-Brittanien, werden mit immer grösseren werdener regelmässigkeit rassistische Angriffe und Morde verübt. Im April diese Jahres wurde der 18-jährige Stephen Lawrence von einer Gruppe weisser Jugendlicher an einer Bushaltestelle in Eltham in Süd-Ost London erstochen. In dieser Gegend wurden 3 weitere Morde im laufe der letzten 2 Jahre verübt,- im gleichem Zeitraum eröffnete die Britisch National Party (BNP) ihr Hauptquartier (ein sogenannter Buchladen) im nahebeigelegenen Welling.

Während die Brittische Wirtschaft - wie jede kapitalistische Wirtschaft - in eine Krise nach der andere gerät, gehen die konservative Regierung und die Unternehmer in Angriff auf die sowohl aus Weissen und Schwarzen bestehende Arbeiterklasse.

* Drasische Kürzungen im Gesundheitswesen durch Schließungen oder Privatisierungen von Krankenhäusern.
* Schliessung oder Zusammenlegung von Schulen: Eltern sind gezwungen für Bücher und andere Grundmaterialien zu bezahlen.
* Sozialgeldern, schon eh den niedrigsten in West-Europa gehörend, Medienhetze gegen 'Arbeitsscheue', teils sogar gegen alleinstehende Mütter.
* Massenentlassungen - über 20.000 in den letzten 3 Monaten - von Bergarbeitern, als versuche, die stärste Sektion der Britischen Arbeiterklasse zu zerstören.
* Entlassungen von Tausenden,- firmen versuchen die Profitraten zu steigern indem sie weniger Leute härter arbeiten lassen - und sie zudem offenbar noch schlechter bezahlen!

Keine dieser Massnahmen ist populär, auch gibt es dagegen Widerstand. Jedoch hat das Vertrauen der Arbeiter in die Gewerkschaftsführung und die Labour Partei, anstatt in ihre eigene kraft, dazu geführt, dass, wo es zu Widerstandshandlungen (wie von seiten der Bergarbeiter im letzten Jahr) kam, wurden diese eher in gewaltfreie Volksproteste gelenkt als in militante, offensive gewerkschaftunabhängige Arbeiterkämpfe. Das Resultat ist eine demoralisierte und unenthusiastische Arbeiterklasse, die zwar das hasst was passiert, aber nicht weiss was sie gegen die allgemeinen Angriffe auf sie tun kan.

Dennoch hat die herrschende Klasse in Gross-Brittanien Angst vor dem was eines Tages auf sie zukommen könnte; und versucht - wie immer - von ihrer eigenen Verantwortlichkeit abzulenken und die Arbeiterklasse zu spalten. Hierbei spielt der Rassismus als Spaltungselement eine Schlüsselrolle in der Taktik der herrschenden Klasse, die sich zunehmend Sorgen um die absteigende wirtschaftliche stärke Gross-Brittaniens macht.

Durch die Kontrolle der Massenmedien haben sich viele weisse Arbeiter dazu verleiten lassen, zu glauben dass Gross-Brittanien massenhaft von illegalen Immigranten überschwemmt (ihre Worte, nicht meine) werde, dass Schwarze bessere Jobs und Wohnungen kriegen würden, um schwarzen einen höheren Lebensstandard zu sichern. Nichts davon ist natürlich wahr:

* Gross-Brittanien hat eines der schärfsten Ausländergesetze der Welt. Beispielsweise bekamen im Zeitraum November letzten Jahres bis zum 10. Juli nur 600 Flüchtlinge aus Ex-Jugoslavien eine Einreiseerlaubnis.
* Aus Statistiken über das Gebiet Tower Hamlet's in London kann man entnehmen, dass doppelt soviele Asiaten und dreimahl soviel aus der Afro-Karibik arbeitslos sind im vergleich zu Weissen.

Rassistische Argumente finden - wie auch immer - Gehör bei der weissen Brittischen Bevölkerung, die aufgewachsen ist in einen Land, das auf jahrhundertelangen Kolonialismus/Imperialismus und Ausbeutung von schwarzen Arbeitern aufgebaut ist.

Im alltag wird diese Propaganda oder Missinformation zu einer beängstigenden Realität für mehr und mehr schwarzen Menschen: Diskriminierungen, Beschimpfungen, Angriffe und Morde. Dies wird verstärkt durch eine mehr und mehr selbstsichere und organisierte faschistische Bewegung, von der die BNP die gefährlichste ist.

Es muss hier gesagt werden, dass die meisten Angriffe nicht von Faschisten mit Mitgliederausweis verübt werden: und dass die Faschisten von sich weisen, etwas mit jeglichen Angriffe und Morden zu tun zu haben.

Dies ist einerseits beruhigend, in dem es demonstriert, dass es den faschisten an realen Einfluss mangelt, andererseits beunruhigend, da es die Frage aufwirft, wass passiert, wenn sie anfangen wirklich Kontrolle und Einfluss auf die Rassisten zu haben, welche zu Angriffen auf Schwarze bereit sind.

Es muss zugegeben werden, dass die BNP in einigen Gebieten die Sichtweise der Leute auf einen Ausweg aus ihren Problemen real beeinflusst.

Beispielsweise stimmten bei der Bezirkswahlen in Isle of Dogs in Londen letztes Jahr 21% auf den Kandidaten der BNP.

Aber wie wir wissen, sind Wahlkämpfe nicht die Methode, in der die Faschisten ihren 'weg zur macht; sehen; und das Ziel der BNP ist, die Strassen, vorallem die der

Arbeiterviertel, zu kontrollieren und eine Partei von potentiele Schlägern und Aktivisten aufzubauen. Um diesem Prozess beizuhelfen, bildeten einige Mitglieder der BNP 1992 eine klanhafte, paramilitärische Gruppe namens C18 (Column Adolf Hitler). Diese ist bekanntlich für eine Anzahl von Angrifen auf Schwarze und in steigenden Masse auf aktive schwarze und weisse Anti-FaschistInnen.

Im Mai und Juni machte die C18 Anschläge auf den anarchistischen Buch- und druckladen 'Freedom Books' in Tower Hamlets. Die Fascisten haben auch angefangen, eine Zeitschrift namens 'Target' auszugeben, in welcher sie versuchen, Anti-FaschistInnen einzuschüchtern, in dem sie deren Fotos und Adressen abdrucken. Viele dieser Informationen sind glücklicherweise verkehrt, aber einige Leute sind als Ergebnis dieser Arbeit angegriffen worden.

Den Faschisten der BNP und der National Front (NF), gelang es dieses Jahr 800 Leute gegen den bloody-Sunday-Marsch (zum Gedenken an die 14 Iren die 1972 in Derry von der brittischen Armee ermordet wurden) zu mobilisieren, und eine grössere Konfrontation wurden nur dadurch verhindert, dass 350 von ihnen verhaftet wurden. (über die Gründe warum die Polizei den Angriff der Faschisten stoppte, kann hier nicht näher eingegangen werden.)

Es wäre schön, Berichten geben zu können, dass in einer von wachsenden Faschismus und Rassismus geprägten Zeit in Gross-Brittannien es vereinte Reaktionen und Widerstand von seiten der Kräfte , die sich als Anti-Faschistisch und Anti-Rassistisch bezeichnen, gebe. Dies ist jedoch nicht der Fall, da die Bewegung von pazifismus und sektiererei geplagt ist.

Die gewerkschaften und die Labour-Partei tuen absolut nichts, die Führungen beider sind nicht bereit ihre unterstützer gegen Rassismus und Faschismus zu mobilisieren.

In der anti-rassistischen und anti-faschistischen Bewegung sieht die Situation ein enig besser aus. Zur Zeit gibt es 4 verschiedene landesweite Organisationen mit angeblich ähnlichen Zielen. Wie schlecht es mit der Zusammenarbeit aussieht, zeigt sich daran, dass es nach den Mord an Stephan Lawrence im April drei Demonstrationen im gleichen Gebiet gab, alle von verschiedenen Organisationen ausgerufen und an verschiedenen Tagen. Somit spalteten die Leiter der YRE (Youth against Racism in Europe), ANL (Anti-Nazi-League) und ARA (Anti-Racist Alliance) die Bewegung zu einer Zeit wo Einheit Priorität hätte haben müssen.

Die RYE hatte sich durch 'Militant Tendancy' gegründet und ihre Demonstration zum Tod von Stephen Lawrence war mit einer Teilnahme von 6000 die erfolgreichste. Was wichtiger ist, ist dass Teile der Demonstration das BNP-Hauptquartier anzugreifen versuchten und es kämpfe mit der Polizei gab. Auch nahmen viele Schwarze an der Demonstration teil. Die YRE versuchten sich, mit anderen Gruppen zu vereinigen und boykottierten die nachfolgenden Demonstrationen.

Die grösste Organisation, die ANL, weigert sich die parole 'Keine Platform den faschisten' in die Tat umzusetzen und sie bezeichnen aktiven Anti-Faschismus als 'Bandenkrieg'. Die ANL entstand über die SWP (Socialist Workers Party), die grösste linke Organisation in Gross-Brittannien. Abgesehen davon, dass einige Parlementsmitglieder der Labour Partei dahinter stehen, fungiert die ANL als eine Art Front für die SWP. Die ANL hat an den Polizeichef appeliert, die Mitglieder der C18 zu verhaften, anstatt Arbeiter und Arbeitslose dagegen zu organisieren.

Die ARA wird von Leute geleitet, die sich als Radikale in Malcolm X traditions ausgeben. In Wirklichkeit misbrauchen sie seinen nahmen indem sie nicht einmahl die Worte 'Keine Platform den Faschisten' in die Tat Umsetzen. Die ARA ist in der Labour Partei und Gewerkschaftbürokratie verfangen. Nach der YRE-Demo verurteilte ihr Leiter, Marc Wadsworth, ein schwarzer Journalist, die Linke, anstatt die Leute zu verteidigen, die Polizeiübergriffen ausgesetzt waren.

Als weitere landesweite Organisation gibt es die AFA (Anti-Fascist Action). Weder riefen sie zu einer Demonstration nach Stephen Lawrence's Tod auf, noch beteiligten sie sich an einer der 3 Demonstrationen. In de Vergangenheit hatte AFA einige bemerkenswerte Erfolge, darunter Mobilisierung gegen ein Konzert der Musikorganisation 'Blood and Honour' im September letztes Jahres. Faschisten, die an der Waterloo station ankamen, wurden angegriffen und weggejagt. Nur ein massiver Polizeieinsatz verhinderte einen echten sieg über die faschisten, jedoch wurden auch Polizisten, die die Faschisten verteidigten, angegriffen.

Seit dem Auftauchen der ANL, YRE und ARA, hat sich die Londener AFA - der Kern der Organisation - zunehmend sektiererisch entwickelt und weigert sich, an breiteren anti-faschistischen Aktivitäten teilzunehmen. Jungeren Leuten bleibt so nur die Möglichkeit, sich diesen Aktivitäten anzuschliessen und von den anderen Gruppen pazifiziert zu werden.

Das Hackney Anti-Fascist Collective wurde letztes Jahr gegründet. Viele von uns hatten schlechte Erfahrungen mit den soeben geschilderten Organisationen, speziell AFA. Wir wollen den Faschismus sowohl ideologisch als auch physisch bekämpfen. Wir versuchen die Worte 'Keine Platform den Faschisten' in Praxis umzusetzen, ihnen die Möglichkeiten zu nehmen, sich zu sammeln, ihre Zeitungen zu verkaufen, zu demonstrieren oder Angriffe auf ihre Gegner zu organisieren.

Wir drucken und verteilen unsere eigenen Flugblätter, nehmen an (gewaltfreien und weniger gewaltfreien) Blockaden und Demonstrationen teil. und versuchen mit anderen anti-faschistischen und anti-rassistischen Organisationen und Einzelpersonen zusammenzuarbeiten. Zusammen mit anderen Bürgerinitiativen in London

produzieren und verteilen wir regelmässig ein Flugblatt ('Working For Anti-Fascist Unity).
Unsere Argumente sind einfach:
* Die absolute Wichtigkeit von der Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen Faschismus.
* Wir brauchen eine demokratische anti-faschistische Bewegung in der Leute zusammenarbeiten.
In Hackney ist es uns gelungen, Dass sich verschiedene Gruppen treffen, darunter die RYE, ANF, eine Anzahl von Stadtteilorganisationen wie uns, oder Repräsentanten der hier stark vertretenen Kurdischen und Türkischen Gesellschaft. Momentan ist diese Arbeit noch am Anfang aber es sieht aus, als könnte es erfolgreich werden.
Das Ziel muss sein, eine demokratische, vereinte Front von verschiedenen Organisationen aufzubauen: mit Gewerkschaftsrepräsentanten, Arbeitern, Flüchtlingegruppen, Organisationen von Schwarzen so wie anti-faschistische und anti-rassistische Organisationen.
Das Hackney-Anti-Fascist-Collective würde sich über Informationen von Personen und vor allem Organisationen in anderen Länder freuen, um im Kampf gegen den Faschismus und Rassismus zusammenzuarbeiten zu können.

Schreibt 'HAFC', Box 24, 136 Kingsland High Street, London E8



(Continued from page 42)

Now imagine for a moment that you are a ruling class bastard (just for the sake of argument...) and that you are confronted with an angry, unruly enemy that is vastly superior in numbers. But you hold the power over all means of production. What would you do?
The age-old trick is of course to rule and divide. Suppose you could split the opposition into two groups of about equal size, Group A and Group B. Further suppose that you can then assign to each member of Group A the complete power over one member of Group B. Each A would then be able to become sort of an 'under-boss', using a B as a small, private 'means of production'. Thus, Group A would actually profit from that arrangement, and be much less inclined to turn against you, the real boss. If all goes well they will even help control and dominate Group B. Sounds brilliant, doesn't it? It's called heterosexuality.

Now before you all start screaming, of course we know that it wasn't a clean-cut, well-thought out plan by a few men to install heterosexuality. His(her)storical developments are never that simple. But think on for a moment. These are facts: by the time a fully developed proletariat had come into being, the social form that had grown dominant was the nuclear family. In it, the women and children were used as the private 'means of production' of the men. At the time Marx wrote "Das Kapital" he observed correctly, that the proletariat in the factories consisted of over 90 % women and children. (Why he then only wrote about and organized among male 'workers', is one of the Great Male Mysteries...) You can probably guess who received the wages... Then think about the enormous amounts of money, time and effort that were spent in the 19th century to 'educate' the lower classes into the correct family values. And still immense efforts (and money) are used to advocate, promote and stimulate heterosexuality. Do you really believe that capitalism would do all that just for a 'good cause', for the sake of all humans and without the slightest selfish interests?

Since the 19th century capitalism, and the specific form that patriarchy assumes in it have changed. With the further rationalisation of production, less workers were needed and the labour became less physically taxing. At the same time the labour became even more alienating and frustrating. During the same time, imperialism came into full development and a lot of profits were robbed from the colonies. Thus in the imperialist countries it became economically possible to sustain a new family organization: the men went into the factories, and the women had to do everything else. (Organising the household, cooking, working at underpaid (home-)jobs to make ends meet, 'revitalizing' their husbands, raising the children, ..., ...) In order to pacify them even further, a complete ideology was developed as to how children should be raised (separate for boys and girls, of course) which on it's own was/is already a fulltime job.
But enough on this. We have already written too long an article, and especially about this century you should be able to find loads of other good (mainly feminist) articles.

What can we learn from this? First, of course, that the current form of patriarchy and women's oppression is fundamentally linked with heterosexuality. But you probably knew that already, at least theoretically... Second, that the organization of capitalism is also highly dependant on heterosexuality - ergo, if you want to attack capitalism, you have to tackle heterosexuality as well, for it is one of the pillars it rests upon.
As to how to attack heterosexuality, we want to draw different conclusions:
- for gays: it is obvious that being homosexual is no guarantee for liberation. Think about Greece: this society was highly patriarchal and based on homosexuality. In our society we have a rather unique point of view, however, and we should fully use that. This implies that in no way should we try to become accepted in this hetero-dominated world: no marriage, no military service! While developing solidarity with other oppressed groups, we should try to subvert and pervert the heterosexual majority...
- for lesbians: about the same, except of course that it isn't up to us to tell you anything. You are both women and lesbians, therefore we will have to learn more from you than the other way around.
- for heterosexuals: think and decide for yourself! (Ouch...)

A gay support group, which has in the mean time rather sadly stopped to exist... But the people live, think and struggle on, so you'll be hearing more!

MARC RUDIN / JIHAD MANSOUR

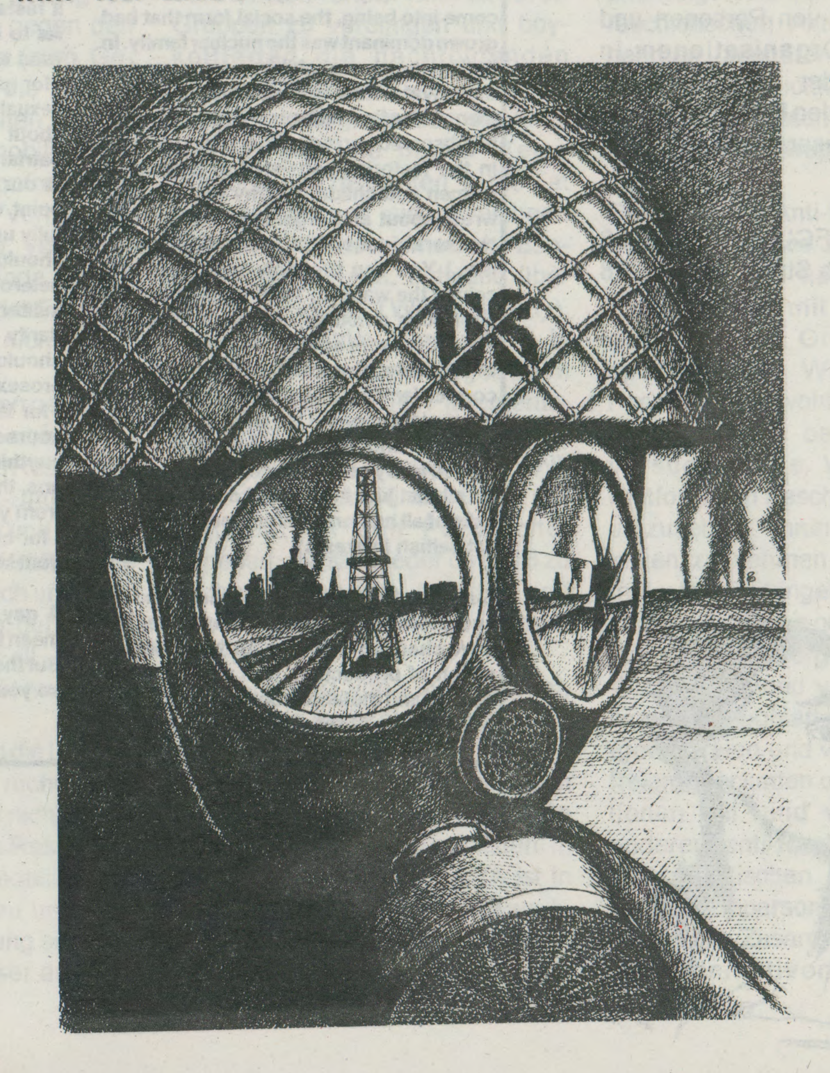
Das Bild auf der Titelseite, und das auf diese Seite, ist von Marc Rudin. Er ist ein Genosse aus der Schweiz, der seit den 60er politisch aktiv ist. In 1979 ist es ihm gelungen den Armen der Schweizerischer Justiz zu entfliehen, und er hat nachdem ins Exil gelebt. Im gegensatz zu vielen Flüchtlinge die aus dem Trikont in die Metropolen fliehen aber, wurde er mit wärme empfangen durch ein Volk mit eine lange und bittere Exilerfahrung: das Palestinensische Volk. Viele Jahre lang arbeitete Marc Rudin (inzwischen bekannt als Jihad Mansour) als grafischer Künstler. Viele unter euch werden schon mal einige Werke von ihm gesehen haben, die meist publiziert wurden durch den PFLP und die Zeitung Democratic Palestine.

Ende 1991 wurde er gefangengenommen in der Turkei. In 1993 wurde er nach Dänemark ausgeliefert, weil man ihm da verurteilen wollte wegen dass er nicht nur mit Bleistift und Farbe für internationale Solidarität kämpfen wollte. Es gab ein Prozess mit sehr schwache Indizien-'beweise', worin offen wurde dass Marc's politische überzeugung angeklagt wurde. Er wurde darin zu acht Jahren verurteilt, wegen Banküberfall. (Normalerweise ist in Dänemark vier Jahre dafür schon viel.) Inzwischen sitzt er im Hochsicherheitsknast.

Eine Ausstellung mit seine Werke reist im Moment durch Deutschland, und wird hoffentlich danach nach andere Länder gehen. Wenn die in deine Nähe ist, unbedingt hingehen!

Marc Rudin's Leben ist ein bemerkenswertes Beispiel und Konsequenz aus praktischer internationaler Solidarität.

Wir wünschen ihm viel Liebe und Kraft.



(Fortsetzung von Seite 5)

Dass heisst auch das Länder im Tri-Kont wirtschafftliche Anpassungsprogramme, von IWG und Weltbank,hinnehmen sollen. Wenn sie mitmachen dann werden sie durch die wirtschafftliche structurelle Anpassungsprogramme völlig abhängig gemacht von einer kapitalistischen Produktionsweise. Und das heisst, dass ihre natürliche Rohstoffe weggeraubt werden und dass ihre Arbeit extrem billig im Ausverkauf ist. In wieweit werden in wirtschaftliche Theorien auch die Länder im Tri-Kont einbezogen? Oder sind wir oft nur euro-zentrisch und chauvinistisch? Welche internationalistische Perspektiven werden heutzutage entwickelt und kritisiert?

über beide Themen wollen wir mehr Informationen. Eure Mitarbeit ist notwendig. Die Ergänzungen sollen als richtungsdeutend für die weitere Diskussion betrachtet werden. Wir sind erwartungsvoll über Analysen die die Themen mit einander verbinden.

4 K.H. Roth

Die erwähnte Themen können auch als Ergänzung oder Kritik zum Artikel von K.H.Roth gesehen werden. Ursprünglich war seine Text gemeint als eine Introduktion zu dem Schwerpunkt. Das ist noch immer so, aber nach lange Diskussionen waren wir unterschiedlicher Meinung. Einige von uns halten den Text für eine ziemlich richtige Analyse der kapitalistische Entwicklung. Es ist ein mutiger Versuch um praktische Perspektiven für eine desorientierte Linke darzustellen.Besonders wegen seiner Klassen-analyse, die,im algemeinem, von den Linken, sehr wenig diskutiert (oder genutzt) wird, verdienen manche provozierende Textabschnitte es diskutiert und untersucht zu werden.
Manche anderen sagten dass ihnen die Text zu schwierig ist, aber auch zu ökonomistisch und Eurozentristisch. Es wurde sogar vorgeschlagen den Text nicht zu veröffentlichen, in diese Patriarchats-nummer. Der Text hat den Anspruch eine Welt-umfassende Idee zu geben über wirtschafftliche Entwicklungen. Aber sie nimmt fast kein Bezug auf die besondere Position von Frauen in der Wirtschaft. Wenn du einen Text schreibst mit die Intention, das Wachsen von ein 'neues Proletariat' zu beschreiben, dann kannst du die besondere Position der Frauen in dieser Entwicklung nicht 'vergessen'. Und wenn du so einen Text schreibst worin du eine algemeine Perspektive geben willst für die Linke, dan kannst du die Situation (und Perspektieven) von Menschen im Tri-Kont auch nich rauslassen.
Wir haben uns entschlossen das Papier doch zu veröffentlichen, aber nochmals wollen wir unterstreichen dass es als **ein Teil** der Schwerpunktvorstellung zur 'Kapitalistische Krise' zu verstehen ist.

Schwerpunkt CLASH Nr. 11: Kapitalistische Krise



Der folgende Text von Karl Heinz Roth wurde als Referat auf dem Konkret-Kongreß am 12.6.1993 in Hamburg/BRD gehalten und war u.a. abgedruckt in der Zeitschrift „ak" und „interim".
Die von uns abgedruckte Fassung ist nochmals gekürzt und überarbeitet worden.

Im Anhang sind einige Begriffe aufgeführt, deren Kenntnis im Text vorrausgesetzt werden. Es wurde versucht, diese kurz zu erklären. Dies kann nur angerissen werden und soll ggf. den Einstieg in den Text erleichtern. Im Text selber sind zusätzlich Zwischenüberschriften und Anmerkungen hinzugefügt worden.

Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken:

Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert

von Karl Heinz Roth

Seit einigen Monaten berichten Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler aller Couleur über eine für sie überraschende Entdeckung. Die von ihnen seit längerem beschriebene Auseinanderentwicklung der Bevölkerung in ein marginalisiertes Drittel der unterbeschäftigt Verarmten und eine weiterhin an den Wohlstandssegnungen der Leistungsgesellschaft teilhabende Mehrheit gehe mit Riesenschritten in eine polarisierte Klassengesellschaft über, in der ein immer breiter werdendes Proletariat mit einer sich immer aggressiver bereichernden Schicht der Vermögensrentiers und Kapitaleigner konfrontiert sei. Diese Entwicklung werde zusätzlich dadurch verstärkt, daß sich auch der Staat mehr und mehr aus seinen bisherigen sozialen Umverteilungsfunktionen zurückziehe.

Bei der Beschreibung dieser Tendenzen bilden sich zwei unterschiedliche Deutungsmuster heraus. Die einen sprechen von einer „Wiederkehr" von Klassenlagen, die seit der nach-nazistischen Soziologie als überwunden galten: die integrierte „Arbeiterschaft" schmelze wie Schnee in der Sonne und werde zunehmend durch die klassische „Proletarität" und den Pauperismus (*Verarmung*) des 19. Jahrhunderts überlagert. Ihnen stehen Analysen gegenüber, die den neuartigen Charakter dieser Entwicklung hervorheben. Sie betonen die in der aktuellen Weltwirtschaftsdepression*(*)* angelegte Grundtendenz zu sozialen Polarisierungen, die direkt aus dem Umbruch der bisherigen fordistischen Arbeits- und Produktionsverhältnisse zu einem post-fordistischen bzw. „toyotisierten" Akkumulationsmodell hervorgingen.*(*)* Vor allem von den Spitzenmanagern der transnationalen Konzerne werde seit neuestem eine weltweite Anpassung an die Strukturen der japanischen Klassengesellschaft erzwungen. Die bisherigen Arbeitsmarktregulierungen sowie die kollektiven Tarifsysteme würden aufgesprengt und die sozialstaatlichen Verteilungsmechanismen tendenziell gegen Null gefahren, um der inzwischen sogar vom Daimler-Benz-Vorstand proklamierten „Revolution in den Fabriken" ein sprunghaft verbilligtes Arbeitskräftepotential zur Verfügung zu stellen.

.. Beide Deutungsmuster haben eine Menge für sich. Wer beispielsweise die herrschende Sozialgeschichtsschreibung kennt, der wird rasch bemerken, daß die neuesten gesellschaftlichen Entwicklungen den von ihr behaupteten Determinismus *(durch Ursachen eindeutig bestimmt, zurückführbar)* des hundertfünfzigjährigen Aufstiegs des einkommens und landlosen „Pöbels" zur Proletarität der Lohnarbeiter und von dort zur integrierten „Arbeiterschaft" mit Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Rentengarantie drastisch Lügen strafen. Insoweit haben wir eine echte Wiederkehr von „Proletarität" vor uns, denn hinter diesem verächtlich-zynischen Kampfbegriff mehrerer Generationen von reaktionärer Sozialpolitik steckt alles das, was die Verkäuferinnen und Verkäufer von Arbeitskraft inzwischen wieder massenhaft erleben: unsichere Arbeitsplätze, wegbrechende „Normalarbeitszeiten", plötzliche Lohnsenkungen, wackelig werdende Garantien für die Risiken von Krankheit, Invalidität und Alter. Zugleich ist diese neu heraufziehende Proletarität aber durch sehr spezifische Merkmale charakterisiert, die den Erfahrungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts schon deshalb widersprechen, weil sie sich nicht zu Beginn der kapitalistischen Industrialisierung, sondern in einer späten und wesentlich durch Deindustrialisierungsphänomene geprägten Phase der Reorganisation des kapitalistischen Weltsystems ereignen. Es handelt sich also ganz offensichtlich um zwei Seiten einer Medallle.

Wenn inzwischen sogar schon die sozialwissenschaftlichen Berater der kapitalistischen Machtzentren aus der Deregulierung der „Zweidrittel-Gesellschaft" ein neues Proletariat hervorgehen sehen, dann sollten wir als Linke diese Entwicklungstendenzen eigentlich sehr viel früher analysiert und diskutiert haben. Das aber war in den vergangenen Jahren immer weniger der Fall. Da ich „Linkssein" noch immer als ein Verhalten definiere, das sich auf die ausgebeuteten Gesellschaftsklassen bezieht und von daher handlungsorientierte Strategien zur generellen Überwindung von Ausbeutungsverhältnissen ableitet, sehe ich in dieser zunehmenden Trennung von linker Diskussion und realer Klassenentwicklung eine große Gefahr. Darüber sollte nicht zuletzt auch deshalb gesprochen werden, weil sich inzwischen viele Linke aufgrund der neuesten Proletarisierungstendenzen selber in den unteren und „prekär" gewordenen Segmenten *(Abschnitte, Teile)* der deregulierten Arbeitsmärkte wiederfinden. Ich halte das für ein paradoxes Phänomen, das möglicherweise die zunehmende Fremdheit der Linken gegenüber einer in die Reproletarisierung hineingetriebenen Arbeiterklasse erklärt. Wir sind selbst zunehmend Objekt dieses Prozesses und flüchten uns vielleicht gerade deshalb auf metaphorische *(bildlich vergleichende)* Ersatzebenen, um die eigene reale Verelendung zu verdrängen. Gerade weil sie immer häufiger den eigenen Alltag beherrschen, können die unreflektiert hingenommenen neuen Proletarisierungsprozesse dann bei vielen von uns nur noch mit Hilfe von Angstmechanismen beantwortet werden. Im folgenden Beitrag will ich den Nachweis versuchen, daß die Klassenanalyse noch immer das beste Instrumentarium liefert, um die sich verändernden proletarischen Lebenslagen zum Ausgangspunkt für neue Handlungsbezüge zu machen, die eine Alternative zu der um sich greifenden Angst und Selbstbezichtigungskultur einer vom Untergang bedrohten Linken anbieten. (...)

> **Da ich „Linkssein" noch immer als ein Verhalten definiere, das sich auf die ausgebeuteten Gesellschaftsklassen bezieht und von daher handlungsorientierte Strategien zur generellen Überwindung von Ausbeutungsverhältnissen ableitet, sehe ich in dieser zunehmenden Trennung von linker Diskussion und realer Klassenentwicklung eine große Gefahr**

(Depression: Das Volkswirtschaftliche Gesamteinkommen hat negative Wachstumsraten (verringert sich). Aus Depression entsteht Krise.*

** Akkumulation: Die Vermehrung von Kapital während des Produktionsprozesses.)*

Das Aufkommen der offenen Klassen-gesellschaft seit den achtziger Jahren

1. Der Fall Italien

Nach den Werksferien des Sommers 1980 entließ das Management des Automobilkonzerns Fiat in Turin 24.000 Beschäftigte in eine eigens dafür geschaffene staatliche „Integrationskasse“ (Cassa Integrazione) mit zunächst 18monatiger Befristung und staatlichem Lohnausgleich. Die Fiat-Arbeiter reagierten darauf mit einem erbitterten Streik, der von den Metallgewerkschaften zunächst mitgetragen wurde. Während der 35 Streiktage kam es zur Polarisierung der Konzernbelegschaft. Nachdem die Fiat-Angestellten am 14. Oktober eine Antistreikdemonstration durchgeführt hatten, stimmte auch die stärkste Metallarbeitergewerkschaft, die FIOM, noch am gleichen Abend der Entlassung ihrer eigenen Mitgliederbasis zu. Diese Niederlage wuchs sich rasch zur Katastrophe aus. Bis Mitte der achtziger Jahre war die Fiat-Belegschaft halbiert, die Integrationskassen verwandelten sich in repressive Dauereinrichtungen. Der Gewaltstreich Agnellis *(Fiat-Chef)* erwies sich als Startschuß für die Entmachtung der in den Betriebskommissionen der „Massenarbeiter“ verankerten Gewerkschaften und zur Zerstörung der seit Ende der sechziger Jahre gefestigten Arbeitermilitanz in ganz Italien. Versuche, die nun nach dem Vorbild Fiats einsetzende Dezentralisierung aller Großunternehmen und die damit verbundene Zersplitterung der Arbeiterbelegschaften mit Hilfe „proletarischer Runden“ in den Industriegürteln zu blockieren, wurden durch eine brutale politische Repressionskampagne zerschlagen.

Ein Jahrzehnt bitterster politischer und sozialer Unterdrückung zog in Italien herauf. Die Konsequenzen für die Arbeiterklasse, die Initiativen der „Arbeiterautonomie“ und nicht zuletzt auch die Gewerkschaften wurden im Ausland kaum wahrgenommen. Der fordistische Betriebsdespotismus *(Willkürherrschaft)* wurde durch technologische Neuerungen gefestigt und mit einer großangelegten Dezentralisierung des gesamten Produktionsapparats bis hinunter zu den traditionellen Handwerksbetrieben verbunden. Die Folge war ein dramatischer Funktionswandel des italienischen Arbeitsmarkts. Aus allen Sektoren der dreigeteilten Arbeitsmarktpyramide (öffentlicher Sektor, privater Sektor mit formalisierten Arbeitsbeziehungen in den Mittel- und Großbetrieben einerseits und kleine Familien- bzw. Handwerksbetriebe andererseits, Sektor der Unterbeschäftigung) wurden Lohnabhängige entfernt, die wegen ihrer Militanz oder aufgrund verminderter Leistungsfähigkeit diskriminiert waren. Die sozialen Sicherungsnetze wurden durchlässig gemacht und mit neuen staatlichen wie unternehmensspezifischen „Parkplätzen“ für Unterbeschäftigte ausgestattet. Die Gewerkschaftsverbände schwenkten auf den Sozialabbau ein. Es entstand eine neue Struktur von Kleinstunternehmen mit „selbständigen Arbeitern“ („lavoro autonomo“ in der Analyse Sergio Bolognas), die bis Ende der achtziger Jahre auf sechs bis sieben Millionen anwuchsen, die gesamte Arbeitsmarkthierarchie durchdrangen und nach allen Richtungen hin „verflüssigten“. Und wieder war es Anfang der neunziger Jahre das Fiat-Management, das nach einem Jahrzehnt dramatischer Umstrukturierungen eine neue Initiative startete, um sich die Ergebnisse unter Anlehnung an das Vorbild des japanischen Modells der vertikalen Ausbeutungsbeziehungen zwischen Konzernzentralen, Zulieferern und Kleinstproduzenten („schlanke Produktion“ des Toyotismus) systematisch zunutze zu machen.

2. Mexiko

Zwischen 1980 und 1982 geriet das gemischte Wirtschaftssystem Mexikos in eine nicht mehr beherrschbare Schuldenkrise. Die Regierung verkündete im Anschluß an eine alle Steuerungsversuche durchkreuzende Kapitalflucht 1982 den Staatsbankrott. Die neoliberale Internationale der Finanzmärkte (IWF und Weltbank) erzwang den ersten „big bang“ der Deregulierung einer gesamten Volkswirtschaft. Eine restriktive Haushaltspolitik *(Einsparungen, Ausgabenverringerung etc.)* wurde durchgesetzt, die Privatisierung der Staatsunternehmen eingeleitet. Um die Sanierung der Außenschulden zu sichern, wurden negative Wachstumsraten in Kauf genommen. Die Binnenmärkte wurden dem Auslandskapital unbeschränkt zugänglich gemacht. Als einziger subventionierter Sektor blieb nur noch die exportorientierte Privatwirtschaft übrig. Aus diesen Einzelmaßnahmen kristallisierte sich bis Mitte der achtziger Jahre eine systematische Politik der „komparativen *(im Vergleich)* Kosten- und Standortvorteile“ heraus, wobei sich die Mobilisierung möglichst billiger Arbeitskräfte als wichtigster Faktor für die Anziehung neuer Auslandsinvestitionen erwies. Der staatliche Mindestlohn und die Tariflöhne fielen zwischen 1980 und 1991 preisbereinigt um jeweils 56 Prozent. Massenarbeitslosigkeit kombinierte sich mit einem umfassenden staatlichen Sozialabbau, der schließlich auch die Gesundheitseinrichtungen und das Bildungswesen zur Privatisierung freigab. Heute leben 41 von 90 Millionen Mexikanerinnen und Mexikanern unter dem offiziellen Existenzminimum, davon 17 Millionen in extremer Armut.

Als einziger Wachstumssektor blieben zuletzt die „maquiladoras“, die freien Produktionszonen, übrig. Sie konsolidierten *(festigten)* sich vor allem an der Grenze zu den USA, befinden sich zu 90 Prozent in der Hand von US-Konzerntöchtern und erbringen 80 Prozent der mexikanischen Exporterlöse. Dieser neue Niedriglohngürtel für arbeitsintensive und umweltschädliche Zwischenprodukte der US-Unternehmen kennt kein Arbeitsrecht mehr für die Beschäftigten, deren Löhne bei etwa 16 Prozent der durchschnittlichen US-Lohneinkommen stagnieren. Es gibt keinerlei Sicherheits und Umweltschutzauflagen. Durch die terroristischen Arbeits- und Produktionsverhältnisse werden die ArbeiterInnen (70 Prozent Frauen, das Durchschnittsalter liegt weit unter dem der Arbeiterklasse im untergegangenen staatlichen Industriesektor) genauso ruiniert wie die Gesamtbevölkerung, deren Kinder und Alte zunehmend dem verseuchten Grundwasser zum Opfer fallen. (...)

Globalisierung des kapitalistischen Weltsystems und globale Proletarisierung

Wie die Fallbeispiele zeigen, erfolgte die Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse im Verlauf der achtziger Jahre unter unterschiedlichen Voraussetzungen. In Italien zerstörte der für die dortigen Klassenbeziehungen seit der Jahrhundertwende „signalgebende“ Konzern die Ergebnisse eines zwölfjährigen Zyklus von militanten Arbeiterkämpfen. In Mexiko wurde von den internationalen Finanzinstitutionen ein korporatistischer Industrialisierungsweg zunichte gemacht, der mit Hilfe eines starken staatlichen Sektors Importabhängigkeiten und zu starke Bindungen an die internationalen Rohstoffmärkte überwinden sollte. In Frankreich wurde der postkeynesianistische Stabilisierungsversuch einer gerade an die Macht gekommenen sozialistischen Regierung, die ihren Handlungsspielraum gegen die sich konsolidierende Deregulierungsstrategie der internationalen Finanz- und Devisenmärkte sichern wollte, schon im ersten Ansatz vereitelt. In allen Fällen waren aber die arbeits- und sozialpolitischen Folgen völlig identisch: Die Öffnung und Entkopplung der Arbeitsmärkte von ihren bisherigen Regulierungsmechanismen leitete eine dramatische Umstrukturierung und Reproletarisierung der Arbeiterklasse ein, und im Ergebnis wurden alle Instrumente des bisherigen klassenpolitischen Status quo: korporatistische*(*)* (Mexiko), basisdemokratisch-militante (Italien) und sozialstaatliche (Frankreich)

marginalisiert. In immer mehr Sektoren mußten die Lohnabhängigen einschneidende Eingriffe in jene sozialen Existenzgarantien hinnehmen, die sie sich seit den vierziger und vor allem den sechziger Jahren wieder erkämpft hatten: Normalarbeitstag, Vierzigstundenwoche, Lohnstabilität, staatlich garantierte Lohnersatzleistungen für Krankheit und Alter. Der überakkumulierte Kapitalismus der globalisierten Finanzmärkte*(*)* „öffnete" an immer neuen Angriffspunkten die Arbeitsmärkte und wischte mit den Kollektivverträgen und Sozialtransfers auch die sozialpartnerschaftlichen Integrationsleistungen von Hochlohnpolitik und Sozialstaatlichkeit beiseite. Da sich Investitionen im vergangenen Zyklus immer weniger rentiert hatten, suchte er schließlich weltweit in seiner aggressivsten Geld-Form nach verbesserten Verwertungsbedingungen (*). In immer neuen Sektoren wurde Lohnarbeit flexibilisiert, freigesetzt und fortschreitend verbilligt. Die skizzierten Länderbeispiele sind Teil eines flächendeckenden Umstrukturierungsversuchs, der auch dort, wo er bis Ende der achtziger Jahre keine gravierenden Umbrüche zustandegebracht hatte, deutliche Spuren hinterlassen hat.

(korporatistischer Industrialisierungsweg: der Staat fociert das Industrialisierungstempo durch Körperschaften, die die Interessen des Staates, des Privateigentums und der Gewerkschaftsbürokratie zu vereinigen vorgibt*

** Der überakkumulierte Kapitalismus der globalen Finanzmärkte: Der Kapitalismus hat inzwischen mehr Kapital angehäuft, als produktiv wieder eingesetzt werden kann. (Die Investition im Produktionssektor bringt nicht mehr die erforderliche, durchschnittliche Mehrwertrate.) Das Kapital wird auf dem internationalen Geldmarkt angelegt (z.B. Devisen, Kredite).*

** Verwertung: Kapital drängt ständig nach seiner Vermehrung durch gewinnbringende Investitionenen: Es gewinnt zusätzlichen Wert über die Beherrschung des Arbeitsprozesses indem unbezahlte Arbeitszeit abgeschöpft wird, und dieser Mehrwert über den Verkauf der Waren verwiklicht wird.)*

Die Folge ist tendenziell ein neues Proletariat in einer kapitalistischen Welt. Die bisherigen strukturellen Klassenunterschiede der ersten, zweiten und dritten Welt werden zunehmend nivelliert, miteinander verflochten und aneinander angepaßt

Zusammenbruch des verstaatlichten Sozialismus

Diese Entwicklungen gerieten im Gefolge des Zusammenbruchs des verstaatlichten Sozialismus in Osteuropa 1990/91 in einen weiteren Radikalisierungsschub. Die neoliberale Deregulierung avancierte zur Handlungsmaxime aller politischen Eliten, die der Umbruch in Ost- und Südosteuropa an die Macht spülte. Sie mauserte sich in ihren Händen und unter der diskreten Steuerung durch die internationalen Finanzinstitutionen zu einer Philosophie der vollständigen und möglichst raschen Zerstörung aller staatlichen Wirtschaftsstrukturen. Industriepolitische Reorganisationsprogramme waren damit nicht verbunden. (...) Der globalisierte Kapitalismus wird die aus den Staatsunternehmen herausfallenden hochqualifizierten Arbeitskräfte des Ostens zynisch in die unteren Ränge seiner inzwischen weltweit funktionsfähig werdenden Niedriglohnketten einbauen. Und er wird im Interesse einer möglichst unbeschränkt verfügbaren industriellen Reservearmee die um ihre Marktexistenz kämpfenden „neuen Selbständigen" wie inzwischen überall auf der Welt in ihrer überwiegenden Mehrheit so weitgehend wie möglich auf den Status von „selbständigen *Arbeitern*"festnageln. Die selbständigen Arbeiter stellen seit den Entwicklungen in Osteuropa eine weltweit vorhandene neue Form von überdurchschnittlich qualifizierten Arbeitskräften dar, die riesige Arbeitspensen übernehmen, aber für immer größere Teile davon nicht mehr entlohnt werden. (...)

Bis zu den osteuropäischen Umwälzungen von 1990/91 war es durchaus noch strittig, inwieweit die Angebotstheorie des neoliberalen Monetarismus*(*)* nicht doch mehr zu bieten hat als eine wirtschaftspolitische Legitimationsgrundlage für die globale Reorganisation und Radikalisierung der Ausbeutungsverhältnisse. Diese Frage ist inzwischen entschieden, denn die osteuropäische Praxis zeigt nachdrücklich, daß der Neoliberalismus disparate *(unvereinbare)* ökonomische Strukturen grundsätzlich nur zerstört, um die als selbstgesetzlich definierten und keiner weiteren ökonomischen Steuerung mehr bedürftigen Verwertungsstrategien des kapitalistischen Weltsystems zu optimieren. Die Folge ist tendenziell *ein* neues Proletariat in *einer* kapitalistischen Welt. Die bisherigen strukturellen Klassenunterschiede der ersten, zweiten und dritten Welt werden zunehmend nivelliert, miteinander verflochten und aneinander angepaßt. Die gleichzeitig zu beobachtende vertikale Hierarchisierung der horizontal miteinander vernetzten Arbeitsmärkte durch die „Triade" Japan-Südostasien, Nordamerika und Westeuropa strukturiert sie zusätzlich ausgehend von drei territorialen Zentren. Es gibt jedoch auch an diesen neuen Schnittstellen tendenziell keine nationalen oder blockgebundenen Handlungsspielräume für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen mehr, denn der (nationale oder supranationale) Staat kommt ihnen als „Intermediär" *(zwischen verschiedenen sozialen Klassen vermittelnd)* für sozialpartnerschaftliche Status-quo-Vermittlungen zunehmend abhanden. (...)

(neoliberaler Monetarismus: Theorie, daß die Wirtschaft zu einem Gleichgewicht tendiert, solange der Staat die Geldmenge und die Staatsausgaben eng unter Kontrolle hält. Die Idee dabei ist, daß die Warenmenge und die Dienstleistungen (Angebot) in Übereinstimmung mit der Geldmenge (Nachfrage) gebracht wird, um dadurch Inflation zu vermeiden. Der M. wurde zu einer Ideologie der Angebots-orientierten Politik. D.h. Deregulierung der Wirtschaft, Abschaffung von Mindestlöhnen und -sozialleistungen, Steuernachlässen für das Kapital um die Verwertungsbedingungen zu verbessern, ... Dies steht der Politik Nachfrage-Orientierung) entgegen, die von Gewerkschaften und der Sozialdemokratie traditionell unterstützt wird.)*

Neues Akkumulationsmodell

Von diesen neuen Machtverhältnissen ausgehend etabliert das Kapital inzwischen weltweit ein neues Akkumulationsmodell. Seine Vordenker denunzieren die bisherige fordistische Produktionsweise als starr, etatistisch*(*)* und hochlohnfixiert. Seit Beginn der neunziger Jahre dominiert nicht mehr Ford, sondern die „postfordistische" Rentabilitätsphilosophie Toyotas, die sich in Japan seit der blutigen Niederwerfung der SANYO-Gewerkschaften in den fünfziger Jahren durchgesetzt hatte, die strategischen Investitionsentscheidungen der transnationalen Konzerne. Die bisherigen flächendeckenden Hochlohngebiete werden auf die terroristisch-sozialpolitisch integrierten „Betriebsgemeinschaften" der Entwicklungs- und Fertigungszentren der 600 transnationalen Konzerne begrenzt, höchstens 15-20 Prozent der lohnabhängig Beschäftigten. Von diesen technologischen Zentren ausgehend werden abhängige Zulieferpyramiden aufgebaut, wobei entsprechend abgestufte Ausbeutungs-

verhältnisse bis hin zu den Schwitzbuden und zur Zwangsarbeit ethnischer oder kriminalisierter Randgruppen etabliert werden. Als stille Reserve und Leistungsressource für alle Stadien „schlanker Produktion" gelten drittens die „selbständigen Arbeiter" der sogenannten Schattenökonomien, die nach oben den Transfer von billigem technischen Wissen und nach unten den Kontakt zu einem sich ausweitenden Szenario von Unterbeschäftigung und struktureller Arbeitslosigkeit herstellen. Kommt es innerhalb dieser neuen Ausbeutungspyramiden der Transnationalen dennoch einmal zu Reibungsverlusten und Widersetzlichkeiten, dann kann mit Hilfe der neuen Kommunikationstechnologien und Produktionsverfahren (vor allem CIM - *Computer integrierte Fertigung)* die horizontale, inzwischen alle Kontinente umspannende Niedriglohnkette ins Spiel gebracht werden. Swissair hat gerade seine bislang in der Region Zürich domizilierte *(ansässige)* Buchhaltung nach Indien verlagert. Die Hardware-Multis der USA legen inzwischen in Silicon Valley ganze Entwicklungsabteilungen still, weil sie sich die fünfzigmal billigere kombinierte Arbeitskraft von Moskauer physikalischen Forschungsinstituten gekauft haben. Noch nicht einmal mehr die hochqualifizierten Sektoren der Arbeitspyramide bleiben von der Deregulierung und Neuzusammensetzung der Arbeitsmärkte ausgespart.

Die Wiederkehr und Neuschöpfung der Proletarität erfolgt also unter den Bedingungen eines strukturellen Umbruchs des gesamten Weltsystems. Ihre Voraussetzung ist die Transformation *(Umwandlung)* und Nivellierung *(Angleichung)* unterschiedlicher Entwicklungsstadien der kapitalistischen Entwicklung. Scheitert diese Transformation, dann wird die Deindustrialisierung und Pauperisierung ganzer Subkontinente die Folge sein und die schon im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre geschrumpften Zonen relativer ökonomischer Stabilität noch weiter verkleinern. Trotzdem ist der Postfordismus kein Deindustrialisierungsmodell, sondern ein weltweit radikalisiertes Kapitalverhältnis. Er hat im Ergebnis der bisherigen Deregulierungen und Strukturbrüche die weltweite Jagd nach verbilligten Arbeitskräften in bisher ungekannter Intensität verallgemeinert. Der Postfordismus/Toyotismus stellt den aktuellen Versuch der Weltfinanzmärkte dar, die einzige Form, in der Kapital sich im Gegensatz zur Geld- und zur Warenform letztlich real vermehrt, nämlich die Produktionsphase, wieder auszudehnen. Die dafür erforderliche Profitabilität soll überall auf der Welt vor allem durch die Vermehrung unbezahlt angeeigneter Arbeitsverausgabung erzwungen werden.

(etatistisch: stärkere staatliche „Verantwortung" für die Ökonomie (Keynes), im Gegensatz zum Monetarismus.)*

Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland vor und nach dem Anschluß der DDR

Auch die Bundesrepublik nahm in den achtziger Jahren an den globalen Umstrukturierungen teil, einen radikalen Umbruch hat es dabei aber zunächst nicht gegeben. Ausgangspunkt der Veränderungen war die strukturelle Massenarbeitslosigkeit, die trotz des Booms seit 1983/84 auf relativ hohem Sockel bestehen blieb. Unter dem Mantel scheinbar unveränderter kollektiver Tarifverträge entkoppelten die Unternehmen die Fertigung zunehmend von der Normalarbeitszeit und verlagerten arbeitsintensive Teilbereiche noch stärker als bisher zur „Lohnveredelung" ins Ausland. Der Normalarbeitstag wurde als Modell des arbeits- und sozialpolitischen Status quo weitgehend brüchig. Zusätzlich beseitigte die Mitte der achtziger Jahre einsetzende Privatisierung der Staatsunternehmen viele privilegierten Formen der „öffentlichen Arbeit". Von großer Bedeutung war des weiteren die Umgestaltung der Arbeitsmarktpolitik, die die Bruchlinien zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zunehmend verwischte und neue Parkplätze für Unterbeschäftigte (ABM *-staatlich finanzierte ArbeitsBeschaffungsMaßnahmen*, Umschulungsfirmen usw.) einrichtete. Schließlich wurde der staatliche Transfer der indirekten Lohnanteile mehr und mehr ausgehöhlt: Die Sozialleistungsquote (das Verhältnis zwischen Sozialleistungen und Sozialprodukt) unterschritt Ende 1992 wieder die Dreißigprozentgrenze, während die komplementären Lohnabzüge*(*)* in die Höhe schnellten. Im Gesamtergebnis „fransten" die Arbeitsbeziehungen auf allen Strukturebenen allmählich „aus", blieben aber formell unangetastet. Den Gewerkschaften gelang es 1984/85 sogar, die Arbeitgeberverbände bei der Umstrukturierung der High-tech- und Hochlohnsektoren mit ausgeklügelten Partizipationsmodellen (*Beteiligungs-, Mitsprachemodelle*; „Humanisierung der Arbeit") zeitweilig auszubremsen. Während die Tarifparteien den Mantel der Sozialpartnerschaft über den schleichenden Transformationsprozeß breiteten, wurde seit Mitte der achtziger Jahre eine „Deregulierungskommission" der Bundesregierung aktiv, um die Vorarbeiten zur Anpassung des westdeutschen Arbeitsmarkts an den globalen Deregulierungstrend zu beschleunigen.

(komplementäre Lohnabzüge: zusätzliche Steuern und Sozialabgaben (zB. neue Pflegeversicherung in der BRD)*

Ein gravierender und irreversibler *(nicht mehr rückgängig zu machender)* Einbruch erfolgte erst durch den Anschluß der DDR, deren volkswirtschaftliche Substanz im Herbst 1990 mit Hilfe monetärer *(Geld-politischer)* Instrumente schlagartig zerstört wurde. Parallel dazu wurden die bislang eher zögerlich gehandhabten Deregulierungsmodelle in Gestalt der Treuhandanstalt mit voller Wucht auf die „neuen Bundesländer" übertragen. In der untergehenden DDR wurde ein neoliberaler Privatisierungsexzeß in Gang gebracht, dem unzweideutig experimentelle Funktion für den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland zukommt. Dabei wurde, um sozialen Revolten unkontrollierbaren Ausmaßes vorzubeugen, der nun auf breiter Front in Gang gebrachte Deindustrialisierungsprozeß mit ausgedehnten arbeitsmarktpolitischen Steuerungsinstrumenten gekoppelt. Wie im Fall der „Reagonomics" der achtziger Jahre, die die Deregulierung der USWirtschaft mit einem defizit-finanzierten *(durch Verschuldung des Staatshaushaltes - deficit spending)* Rüstungsboom gekoppelt hatten, kombinierte die konservative BRD-Regierung ihr neoliberales Zerstörungsprojekt mit einer arbeitsmarktpolitisch begrenzten Kreditschöpfung. Diese inzwischen an ihre Grenzen geratene Verbindung einer geographisch begrenzten Deregulierung mit keynesianistischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen möchte ich als „Kohlonomics" bezeichnen. (...)

Von ehemals knapp zehn Millionen DDR-Beschäftigten ist fast die Hälfte arbeitslos, vier Millionen von ihnen leben inzwischen teilweise oder vollständig vom arbeitsmarktpolitischen Budgettransfer aus dem bundesdeutschen Westen. Offiziell hat die in Gang gebrachte arbeitsmarktpolitische Pumpstation eine „Brückenfunktion". Das gewerblich qualifizierte Arbeitskräftepotential soll in Reserve gehalten werden, bis der aus der Privatisierungspolitik erwartete selbsttragende Wirtschaftsaufschwung anspringt. Schon Anfang 1992 befanden sich zwei Millionen ehemalige DDR-Bürger in Kurzarbeit, Fortbildung und Umschulung, in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder waren in den Vorruhestand geschickt. Inzwischen hat sich ihre Gesamtzahl verdoppelt, die mittelfristigen Instrumente zur Herausbildung von Sonderparkplätzen des Arbeitsmarkts (Fortbildung und Umschulung, ABM-Gesellschaften usw.) wurden weiter ausgebaut.

(...)

In den privatisierten bzw. zur Privatisierung anstehenden Unternehmen wurde ein hochselektiver Personalabbau betrieben. Frauen, Ältere, unqualifizierte Jugendliche und Fremdarbeiter sind besonders betroffen. Es bildete sich ein flexibilisierter Reservearbeitsmarkt heraus mit einem im Vergleich zum Westen halbierten Einkommensprofil.

(...)

Im Ergebnis des DDR-Anschlusses haben wir nun auch in Deutschland Gettos der Deindustrialisierung (wie in Frankreich), kombiniert mit Zonen einer diffusen Massenverarmung (wie in Italien und Mexiko), und das alles vor dem Hintergrund eines aufgeblähten Reservearbeitsmarkts der Unterbeschäftigten, dessen Steuerungsmechanismen aufgrund der sich weiter östlich etablierenden Niedriglohngebiete zusätzlich unter Druck geraten. Im Jahr der „Vereinigung" hat sich das größer werdende Deutschland schlagartig und zugleich auf spezifische Weise in die Deregulierungsperspektive des kapitalistischen Weltsystems hineinkatapultiert. Schon jetzt beherbergt es vier Millionen Sozialhilfeempfänger, 3,5 Millionen registrierte Arbeitslose (2,3 Millionen in West, 1,2 Millionen in Ostdeutschland) und 3,7 Millionen Unterbeschäftigte, die in Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen „geparkt" werden.

(...)

Aufgrund einer derart dramatischen Entwicklung in den angeschlossenen Gebieten konnten die Rückwirkungen auf den nationalen Gesamtarbeitsmarkt nicht ausbleiben. Die in den Zentren der Hochtechnologie beschäftigten ArbeiterInnnen geraten zunehmend unter Druck. Entlassungswellen verflechten sich mit gezielten Säuberungsaktionen in den Zuliefersektoren und umfassenden Angriffen auf das Normalarbeitsverhältnis. Prekäre und irreguläre Arbeitsbedingungen werden in immer mehr Sektoren zur vorherrschenden Norm. Im Postdienst sind inzwischen 70 Prozent aller Beschäftigten Teilzeitarbeitskräfte. Es gibt mittlerweile 2,3 Millionen geringfügig Beschäftigte ohne Ansprüche auf die Transferleistungen der Sozialversicherung. 20 Prozent aller Studierenden sind hauptsächlich abhängig erwerbstätig. In den Zeitungsbetrieben verfügen inzwischen mehr als 60 Prozent der Beschäftigten nur noch über individuelle Werkverträge. In der Landwirtschaft und im Baugewerbe stabilisieren sich unterentlohnte Saison- und Wanderarbeitsverhältnisse. Subunternehmen und Zeitleihfirmen haben sich überall darauf spezialisiert, die personalpolitischen Bruchstellen bei der Umstrukturierung von immer mehr Wirtschaftssektoren abzufedern und zur Senkung der Lohnquoten beizutragen. Über das Ausmaß des Booms in den sogenannten Jobbersegmenten erfahren wir aus der offiziellen Sozialstatistik fast nichts. Ein noch größerer Schleier der Nichtinformation ist über die selbständigen ArbeiterInnen gebreitet, die als neueste Form der Erwerbsabhängigkeit überhaupt nicht registriert werden. Ihre Wurzeln reichen in Westdeutschland bis in die frühen achtziger Jahre zurück, als sich immer mehr arbeitslos und prekär Gewordene vom offiziellen Arbeitsmarkt verabschiedeten und als „neue Selbständige" reussierten *(Erfolg hatten)*. Mehr als fünfzig Prozent dieser sogenannten Existenzgründungen gingen innerhalb von fünf Jahren gesellschaftsrechtlich wieder ein und verstärkten das Spektrum ökonomisch abhängiger Minibetriebe mit „grauen" Durchschnittseinkommen an der Grenze des offiziellen Existenzminimums. Sie erhielten seit dem Anschluß der DDR schlagartig Zuwachs.

(...)

Die Wiederkehr und Neuschöpfung der Proletarität erfolgt also unter den Bedingungen eines strukturellen Umbruchs des gesamten Weltsystems. Ihre Voraussetzung ist die Transformation und Nivellierung unterschiedlicher Entwicklungsstadien der kapitalistischen Entwicklung. Scheitert diese Transformation, dann wird die Deindustrialisierung und Pauperisierung ganzer Subkontinente die Folge sein und die schon im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre geschrumpften Zonen relativer ökonomischer Stabilität noch weiter verkleinern

Zusammen mit den JobberInnen durchdringen inzwischen auch in West und Ostdeutschland die selbständigen Arbeiter die gesamte Pyramide des zunehmend segmentierten Arbeitsmarkts. Objektiv bringen sie die Tendenz des Postfordismus zum Ausdruck, den Lohncharakter der selbständigen Arbeit so weit wie möglich abzustreifen und die mit ihr verknüpften sozialen Risiken aus dem Beschäftigungsverhältnis auszulagern. Die selbständige Arbeit wird tendenziell auch in Deutschland zur vorherrschenden Arbeitsform in den nachgeordneten Schwitzbuden-Bereichen des postfordistischen Produktionsverhältnisses. Dabei wird zugleich ein wichtiges subjektives Moment der sich wandelnden Arbeitskultur ausgebeutet: das Bedürfnis nach individueller Autonomie, nach selbstbestimmten Arbeitsinhalten und Arbeitszeiten. Die aus den etablierten Arbeitsmarktstrukturen ausgestiegenen oder verdrängten selbständigen Arbeiter sind überdurchschnittlich qualifiziert und verfügen über vielfältige Verbindungen zu den Arbeitsmarktparkplätzen in Bildung und Wissenschaft. Sie befinden sich trotzdem in einer permanenten Auseinandersetzung mit der Armutsfalle. Ein Produktionssystem, dem es als sozialem Herrschaftsverhältnis gelingt, diese neuen Arbeitsformen langfristig am Rand des Existenzminimums zu fixieren, kann sich in der Tat auf indirekte Weise ein hochmotiviertes subjektives Arbeitsverhalten subsumieren, das trotzdem von der Einkommensdynamik und den sozialen Sicherheitsgarantien der Gruppenarbeit in den Konzernzentralen und den privilegierten Zulieferbetrieben abgekoppelt bleibt. (...)

Der Postfordismus/Toyotismus als nationalstaatliches Segment der globalisierten Klassenverhältnisse

1. Die Kapitalstrategie

Das Modell Japan ist inzwischen auch in den Leitungsetagen der deutschen Groß und Mittelunternehmen angekommen. Zunächst hatten nur einzelne Großkonzerne, vor allem VW, Opel, Krupp und einige EDV-Unternehmen, mit der „Gruppenarbeit" experimentiert. Seit einigen Monaten hat sich die Anwendungsebene rapide verbreitert, und die Anverwandlung des „Toyotismus" im Ergebnis von Studienreisen, internationaler Kongresse, der Auseinandersetzung mit der berühmten MIT-Studie *(Massachusetts Institute of Technology)* von 1991 und den Kopien bei Fiat und den angelsächsischen „transplants" der japanischen Automobilindustrie beherrscht nun auch die gesamte deutsche Unternehmerkultur. Zunächst standen dabei die produktivitätsfördernden Verheißungen der „Partizipation" einer in „Betriebsgemeinschaften" zusammengeschmiedeten Elite von hochentlohnten Gruppenarbeitern im Vordergrund. Fertigung und Qualitätskontrolle wurden wieder zusammengelegt, die Fertigungstiefen abgeflacht, die despotischen Stab-Linie-Strukturen des Verwaltungsapparats zugunsten einer „schlanken Pro-

duktion" aufgebrochen. Im Zeichen der Rezession gehen die Managementspitzen inzwischen dazu über, die gesamte Zuliefersphäre zu reorganisieren und als Ausbeutungskette neu zu hierarchisieren. Drei Viertel der gesamten Produktionskapazität werden inzwischen „nach unten" ausgelagert und an die Kette der „just-in-time"-Zulieferungen nachgeordneter Produzenten und Lagerhalter gelegt. Wo sich Widerstand gegen das Diktat regt, kommt die inzwischen international gewordene Niedriglohnkette ins Spiel.

In den Entwicklungs und Fertigungszentren der neuen Konzernkonglomerate wird das informelle Produktionswissen der Arbeitsgruppen zunehmend abgeschöpft, und zwar durch gezielte Kompetenzerweiterungen. Qualitätszirkel sorgen im Kampf mit steigenden Fertigungsvorgaben für „Quantensprünge" der Produktivität. Der bisherige Betriebsdespotismus fordistisch zerlegter Arbeitsverrichtungen wird feierlich zu Grabe getragen, um zu einer sprunghaften Potenzierung des Leistungsprofils der Gruppen übergehen zu können. Der bisherige Zeit- und Materialaufwand für ein neues Produkt soll halbiert werden, ebenso die Investitionsquote in Vorrichtungen und Werkzeuge. Drastisch reduzierte Lagerbestände sollen zusammen mit fortlaufenden Freisetzungen beim Verwaltungs- und Fertigungspersonal das bisherige Leistungspotential verdoppeln. Das alles ist nur möglich, wenn sich die Belegschaften in einem bisher nicht gekannten Ausmaß mit dem Betriebsziel identifizieren. Bis hinunter zu den Gruppen an den Taktstraßen sollen nun alle „unternehmerisch denken", „selbstreguliert" handeln und Firmentarife, firmeninterne Ausschüsse und Schlichtungseinrichtungen als ausschließliche Vermittlungsform zur Konfliktsteuerung akzeptieren. Wie in Japan soll es zu einer klaglos verinnerlichten Rundum-Abschöpfung aller körperlichen, mentalen *(geistigen, physischen)* und kognitiven *(erkenntnismäßigen, rationalen)* Komponenten der Leistung kommen.

Der Postfordismus/Toyotismus stellt den aktuellen Versuch der Weltfinanzmärkte dar, die einzige Form, in der Kapital sich im Gegensatz zur Geld- und zur Warenform letztlich real vermehrt, nämlich die Produktionsphase, wieder auszudehnen. Die dafür erforderliche Profitabilität soll überall auf der Welt vor allem durch die Vermehrung unbezahlt angeeigneter Arbeitsverausgabung erzwungen werden.

Auch die neue Hierarchie der den Konzernkonglomeraten zugeordneten Zuliefer-Segmente gewinnt deutliche Konturen. Es wird zwischen Systemlieferern, Serienlieferern und Sublieferanten unterschieden. Bei den Systemlieferern wird im allgemeinen versucht, das betriebsgemeinschaftliche Integrationsmodell der Zentralen mit relativ stabilen Lohn- und Beschäftigungsgarantien zu kopieren. In den nachgeordneten Segmenten kann das Preis und „just-in-time"-Diktat der Konzernspitzen dagegen nur noch durch überwiegend „ungeschützte" Arbeitsverhältnisse realisiert werden: Wochenendarbeit, unterbezahlte Teilzeitverträge für Saisonspitzen, Doppel- und Dreifachschichten ohne Zulagen, Ausgrenzung der indirekten Lohnanteile durch Abkopplung immer größerer Belegschaftsteile von der Sozialversicherung, völlig rechtlose Niedriglohnarbeiter der jüngsten Migrationswellen. Auch die Transportsektoren werden als Zeit- und Lagermedien in die flexibilisierten Produktionsketten einbezogen. In den kleinen und mittleren Speditionsunternehmen herrschen inzwischen barbarische Arbeitsbedingungen.

Am Beispiel von Daimler-Benz möchte ich kurz zeigen, wie die Umstrukturierungen konkret durchgesetzt werden. Es gab mehrere Kongresse, auf denen die Führungskräfte auf die neue „Leitlinie" der Toyotisierung eingeschworen wurden, zuletzt eine Tagung mit 1.900 Teilnehmern in Berlin (Motto: „Der Konzern denkt nach"). Parallel dazu wurden Belegschaftsversammlungen zum „neuen Leitbild" abgehalten, um die zusammen mit externen „Moderatoren" erarbeiteten Konzepte der jeweiligen Konzernbetriebe propagandistisch abzusegnen. Daß es dabei keineswegs nur den Beschäftigten in den Zulieferbetrieben an den Kragen geht, zeigt die kürzlich bekanntgewordene Betriebsvereinbarung für das LKW-Werk von Mercedes-Benz in Wörth. Der Betriebsrat und die IG Metall wurden dabei mit der Drohung erpreßt, im Fall der Weigerung das gesamte Werk zu schließen und als joint-venture-Unternehmen in der Tschechischen Republik neu zu eröffnen. Alle Vorgabe- und Richtzeiten wurden um 20 Prozent gekürzt. Die Gruppenarbeit wurde als vorherrschende Produktionsform durchgesetzt. Im Rahmen eines „Kontinuierlichen Verbesserungsprozesses" (KVP) mußten sich die jeweiligen Gruppen zu einer jährlichen Produktivitätssteigerung von 7 Prozent verpflichten und dem Dreischichtbetrieb sowie der kostenneutralen Nacharbeit bei schlechter Qualität zustimmen. Das alles ist mit einem kontinuierlichen Personalabbau bis ins mittlere Management verbunden, und es kommt schon auf dieser Spitzenebene zu einer drastischen Ausweitung von Teilzeitarbeit. Umfragen in linken Gewerkschaftsgruppen und die Berichterstattung in den noch vorhandenen linken Betriebszeitungen machen deutlich, daß Wörth längst kein Einzelfall mehr ist. Hinter dem partizipatorischen Schein der „Toyotisierung" wird eine radikale Sanierungsstrategie sichtbar, die auf die weitere Steigerung der Kapitalintensität verzichtet und eine sprunghafte Erhöhung der Ausbeutungsraten auf die Tagesordnung setzt. Was hier in den Konzernbetrieben geschieht, wird in den Zulieferbereichen mit noch größerer Härte und Kompromißlosigkeit durchgesetzt werden. Zusätzlich zeigt sich, daß die Gewerkschaften mit ihrer oft durch die Konzernbetriebsräte erzwungenen Zustimmung zu dieser Reorganisation der sozialen Produktionsverhältnisse sehenden Auges ihre Selbstzerstörung in Gang bringen.

2. Die Strategie der Regierung

Die konservative Regierung steht unmittelbar vor dem Scheitern ihres monetärneoliberalen Transformationsexperiments in der ehemaligen DDR. Die arbeitsmarktpolitische „Brücke" zwischen industriepolitischer Zerstörung und dereguliertem Neuanfang ist inzwischen hoffnungslos überspannt. Gleichzeitig hat eine internationale Devisenspekulation die Axt an die Fundamente der „harten D-Mark" und damit an die europäische D-Mark-Blockstrategie zu legen begonnen, um nun auch in der BRD einen irreversiblen Strukturbruch zu erzwingen. Dabei ist jedoch unklar, ob die nun manifest werdende Krise der „Kohlonomics" nicht auch von der Bonner Ministerialbürokratie bewußt gewollt wird, denn nur unter den Bedingungen eines deutlichen Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts und spektakulärer Devisenabflüsse kann das inzwischen in der Ex-DDR erprobte Experiment der Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und des Umbaus der sozialen Transfersysteme als gesamtdeutsche Norm durchgesetzt werden. Die Pläne, mit denen die Deregulierungskommission der Bundesregierung seit Ende der achtziger Jahre hausieren geht, mausern sich inzwischen zu entschiedenen Handlungsstrategien. Das gesamte Spektrum der Arbeitsvermittlung soll kommerzialisiert werden. Es wird nach geeigneten Bruchpunkten gesucht, um das kollektive Tarifvertragssystem aus den Angeln zu heben. Die Option zur Privatisierung des gesamten Sozialtransfers im Sinn einer Einbindung in die private Kreditwirtschaft gewinnt deutlich an Boden. Vor diesem Hintergrund erscheinen die neuerlichen Initiati-

ven zur Überschreitung der gerade beschlossenen „föderalen Konsolidierung" (Solidarpakt) durch die weitere Demontage der Sozialleistungen als die nächste taktische Etappe in die Richtung einer noch nie dagewesenen arbeits- und sozialpolitischen Destabilisierung: stufenweise Einschränkung der Parkplätze der Unterbeschäftigung (ABM, Fortbildung und Umschulung), Kontraktion *(Zusammenschrumpfen)* des Gesundheitswesens, Einschränkung der Lohnersatzleistungen für Arbeitslose, Kranke und Invalide auf allen Ebenen, Demontage der Sozialhilferichtsätze. Die Regierung ist gewillt, noch in diesem Jahr vom überwiegenden deficit spending zugunsten der arbeitsmarktpolitischen Brückenfunktionen in der ExDDR zur direkten Umverteilung der lohnabhängigen Einkommen überzugehen. Insgesamt schließen die beschleunigten Etappenschritte des Sozialabbaus immer deutlicher zu einem strategischen Szenario auf, das nun die gesamte bundesdeutsche Sozialverfassung weitgehend „entschlackt" und im „Standort Deutschland" selbst abgestufte Lohnskalen bereithält, die das bisherige soziale Existenzminimum in Ost und West gleichermaßen auflösen. Dem arbeitspolitischen Wildwest der toyotisierten Ausbeutungspyramide soll durch die völlige Öffnung der Arbeitsmarktstrukturen und die weitgehende Austrocknung der Sozialtransfers ein Wertschöpfungsmodell *(Akkumulation)* zur Verfügung gestellt werden, in dem schließlich mehr als zwei Drittel des Sozialprodukts auf prekäre Ausbeutungsverhältnisse zurückgehen.

3. Der Anpassungskurs der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Grünen

Unter Berufung auf ihre Partizipationsmodelle der achtziger Jahre („Humanisierung der Arbeit") sind die Gewerkschaften dazu übergegangen, sich den Unternehmensleitungen und Wirtschaftsverbänden als „Intermediär" für den neuen betriebsgemeinschaftlichen Toyotismus anzudienen. Sie verweisen darauf, daß sie für den propagierten produktivistischen Konsens zwischen Belegschaften und Management unverzichtbar seien, denn nur ihre Einschaltung in die neuen betrieblichen wie überbetrieblichen Kooperationsbeziehungen garantiere auch weiterhin den von ihnen bis jetzt behüteten sozialen Frieden. Gleichzeitig versuchen sie, dieses Modell einer „gemäßigten" Toyotisierung auf EG-Ebene durch die Institutionalisierung von Europa-Betriebsräten und europäischen Partizipationsgremien abzusichern. (...)

Ausgerechnet aus dem gewerkschaftlich-sozialdemokratisch-grünen Spektrum kommen Initiativen zur Re-Regulierung des entfesselten Kapitalismus durch - Zwangsarbeit

(Es) sollen bis Ende der neunziger Jahre insgesamt fünf Millionen Menschen in infrastrukturorientierten ABM- und Fortbildungsgesellschaften geparkt und unter den Voraussetzungen eines deutlichen Lohnunterschieds als industrielle Reservearmee des „ersten" Hochlohn- und Stammarbeitermarkts zur Verfügung gehalten werden. Darunter soll ein weiterer, nämlich ein „dritter Arbeitsmarkt" aufgezogen werden, der unter Zusammenfassung der bisherigen Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe usw. die Langzeitarbeitslosen, Behinderten und Anbrüchigen in einen „Öko-Sozial-Kulturellen Dienst" (ÖSK-Dienst) einbringt. Nur wer die dort angebotenen Arbeiten verrichtet, soll einer aus Steuerumverteilungen gespeisten „Grundsicherung" teilhaftig werden. Der damit verbundene Einkommensanspruch soll wiederum „angemessen" unter den Durchschnittsbezügen der ABM- und UmschulungsarbeiterInnen liegen. Die Hauptaufgabe des dritten Arbeitsmarkts wird darin gesehen, die soziale Destabilisierung des Gesamtsystems zu verhindern und die notorischen Arbeitsverweigerer zur Räson zu bringen. Während die Vordenker des ruinierten und sich selbst zerstörenden Reformismus an eine effizient administrierte Ausweitung der Verwaltung prekärer Arbeitsverhältnisse - und damit an einkommenssichere Nischenfunktionen für sich selbst - denken, halten sie für das Proletariat des heraufziehenden Postfordismus neuartige Gewaltmechanismen bereit, die so neuartig nicht sind, wenn wir in die Geschichte dieses Jahrhunderts zurückblicken und die Versuche zur Regulierung von Massenarbeitslosigkeit und Pauperisierung während der Depression der dreißiger Jahre Revue passieren lassen. Ausgerechnet aus dem gewerkschaftlich-sozialdemokratisch-grünen Spektrum kommen Initiativen zur Re-Regulierung des entfesselten Kapitalismus durch - Zwangsarbeit. Wenn nicht alles trügt und wenn die Linke sich diesem Phänomen nicht schleunigst zuwendet, werden wir in Bälde nur noch zwischen Teufel und Beelzebub zu wählen haben. Die konservativen Eliten des Staubeckens Deutschland proben unter dem Druck der Wirtschaftskapitäne und des internationalen Finanzkapitals den freien Fall von Arbeitsmärkten und Sozialtransfers mit allgemeiner Prekarisierung, Massenverarmung und Gettoisierung. Der ehrbare Ex-Reformismus kämpft um sein institutionelles Überleben, indem er alternativ dazu Subsysteme der Zwangslenkung und abgestufter Zwangsarbeitsverhältnisse andient.

Möglichkeiten und Grenzen einer erneuerten sozialistischen Klassenorientierung

Aus den Perspektiven des offensichtlich irreversibel werdenden Strukturbruchs lassen sich optimistische Erwartungen wahrlich nicht ableiten. Dies gilt in ganz besonderer Weise für die bundesdeutschen Verhältnisse, denn hier vollziehen sich ausgehend vom DDR-Anschluß in extremer zeitlicher Verdichtung gesellschaftliche Umwälzungen, die sich in der übrigen kapitalistischen Welt seit Anfang der achtziger Jahre weitaus stetiger entwickelten. Der von den „neuen Bundesländern" ausgehende dramatische Pauperisierungsprozeß führt mehr und mehr zu gewalttätigen Protestformen, die sich überwiegend innerhalb der zerklüfteten neuen Massenverarmung entladen. Eine neue rassistische Jugendbewegung hat sich etabliert, die auf den Konsens mit dem regierungsoffiziellen Rassismus zielt und innerhalb der pauperisierten Gettos die Ellbogenmoral der postfordistischen Gesellschaft gewalttätig zu reproduzieren beginnt. Das Bündnis zwischen Baseballschläger und Staatssekretärssuite hat inzwischen gefährliche Ventile geöffnet, um den Verlust an sozialer Sicherheit und Zukunftsperspektive auf Kosten der neuesten Migrationswellen und der nach wie vor ausgegrenzten ausländischen Bevölkerung zu kompensieren. Angesichts dieser bis vor kurzem noch für unmöglich gehaltenen Aktualisierung des Rassismus als Verkehrs- und Vermittlungsform von Klassenherrschaft wird es immer schwerer, die in aller Häßlichkeit heraufziehende neue Proletarität in ihrer Gesamtheit - also unter bewußtem Einschluß auch der gegenwärtig „nach noch weiter unten tretenden" Segmente - als den nach wie vor primären Bezugspunkt von sozialistischer Politik anzunehmen. Dessenungeachtet bleibt aber jede antirassistische Initiative, die die „soziale Frage" ausklammert und damit auf die strategische Fähigkeit verzichtet, sich grundsätzlich auf alle Schichten des neuen Proletariats zu beziehen, auf Sand gebaut.

(Es folgt ein längerer Absatz, in dem Karl Heinz Roth seinen praktischen Vorschlag - Proletarische Zirkel - entwickelt)

Die Toyotisierung der Weltgesellschaft läuft und wird uns nicht verschonen. Sie setzt eine globale Reproletarisierung der Arbeitsbeziehungen auf die Tagesordnung. Wir sollten uns als Linke auf das daraus hervorgehende neue Klassensubjekt beziehen und unsere Erfahrungen einbringen, ohne es hegemonisieren zu wollen. Statt uns weiter in engstirnigen Teilaktivitäten zu erschöpfen oder uns gegenseitig mit unseren Angstprojektionen lahmzulegen, sollten wir die Chancen des neuen Klassenverhältnisses nutzen und uns an der Profilierung kreativer Experimentierfelder für sozialistisch-egalitäre Praxis beteiligen.

Anhang

Fordismus

Hiermit wird eine bestimmte Weise der Industrieproduktion bezeichnet. Beim Automobilkonzern Henry FORD wurde Anfang dieses Jahrhunderts die Fließbandarbeit eingeführt. Notwendig hierfür war die Aufteilung der Produktion (eines Autos) in viele unabhängige Fertigungsabschnitte, die dann der Reihe nach (eben am Fließband) und voneinander unabhängig durchgeführt werden konnten. Die dadurch ermöglichte Arbeitsteilung führte für den jeweiligen Abschnitt zu einer größeren Produktivität. Da die ArbeiterInnen nur jeweils einzelne Handgriffe beherrschen mußten, konnten angelernte Hilfskräfte in großer Zahl eingesetzt werden. Zusammen ermöglichte dies eine Serienfertigung und Massenproduktion.
Es wurden viele ArbeiterInnen an einem Ort und unter gleichen Bedingungen konzentriert, welches subjektiv und objektiv die Bedingungen der Organisierung der Arbeiterklasse verbesserte. Leider erkannten die Kapitalisten hierin die Gefahr für sie früher wie die Arbeiterklasse.

Um das Auto zu einem Massenprodukt werden zu lassen, mußte die Kaufkraft eben dieser Massen erhöht werden, und allgemein die Konsum- und Freizeitgewohnheiten verändert werden. Vollbeschäftigung und relativ hohe Löhne in den Industriestaaten sollten dies gewährleisten.Dies stellt auch die eigentliche Veränderung dar. Das Auto konnte zu einem Massenkonsumartikel werden und rückte damit in das Zentrum der Industrieproduktion. In den Industriestaaten ist inzwischen jeder 6. - 8. Arbeitsplatz mit der Automobilindustrie verbunden.

Das Prinzip des Fordismus reicht bis in die Stadtentwicklung. Die Trennung von Wohnen, Einkaufen und Arbeiten mit ihren jeweiligen Ghettos und Silos ist ein Resultat des Gesamtkonzeptes. Der Verlust eines Klassenbewußtseins der ArbeiterInnen in den Industriestaaten läßt sich ebenfalls mit darauf zurückführen. Der Fordismus entwickelte ein ganzes System („Human Relations"), welches Klassenbewußtsein zerstören und die ArbeiterInnen einbinden sollte: Sozialdienste, Industriepfarrer, Betriebssport, etc.

Taylorismus

Der Fordismus muß in Zusammenhang gesehen werden mit der Theorie von **Fredrik W. Taylor**. Er entwickelte die „Grundsätze der wissenschaftlichen Betriebsführung", die zu einer Loslösung des Arbeitsprozesses von dem Wissen und den Fertigkeiten der ArbeiterInnen führen sollte. Nicht mehr sie haben das Wissen darüber, wie eine Arbeit gemacht wird, sondern die Betriebsleitung, die wiederum den Arbeitsprozeß gliedert, organisiert und deligiert. Das Vorstellungsvermögen und Wissen über die Inhalte der eigenen Arbeit -das Ergebnis und der Weg dorthin- wird zerstört und die Arbeit damit weiter entfremdet. Hinzu kommen Kontrollmechanismen und Betriebsstrukturen, die die Kollektivität der ArbeiterInnen brechen sollen um sie an festgesetzte Vorgaben (Akkord, Sollwerte) zu orientiern. Dies sind Vorraussetzung für die Strukturen des Fordismus.

Postfordismus und Toyotismus

Der auf dem Fordismus beruhende Massenkonsum an Industriegütern ist seit den 70ern in eine Krise geraten. Seit dem wird von dem Post- (Nach-) Fordismus gesprochen. Einer der Versuche, die Kapitalistische Krise zu lösen besteht in einer veränderten Produktion, die sich an japanischen Entwicklungen orientiert. Hieraus entstand der Begriff Toyotaismus oder Toyotismus.
Toyota ist einer der größten japanischen Konzerne, der nicht auf die Produktion von Autos beschränkt ist. Toyota hat Banken, Handelsgesellschaften und Kaufhäuser. Der Konzern läßt von Autos bis zu Nahrungsmittel so ziemlich alles produzieren. Dies ist in Japan keine Besonderheit von Toyota. Im Text wird sich in erster Linie auf eine Veränderung der Industrieproduktion bezogen, wobei v.a. die Arbeitsteilung und die Komponente des Massenkonsums des Fordismus in den westlichen Industriestaaten wieder aufgehoben wird (in Japan hat der Fordismus so nicht existiert). Mit Hilfe von Hochtechnologie und einem Kern von spezialisierten (gutbezahlten) FacharbeiterInnen wird die Produktion in Gruppenarbeit geleistet. Vor Jahren hat Volvo in Schweden hiermit schon in einem Werk experimentiert, ist aber gescheitert, weil diese Strategie nur als Gesamtkonzept kapitalistischer Produktion „lohnend" ist. Notwendig ist ein deregulierter (s.u.) Unterbau mit abgestufte Formen von Zulieferbetrieben und Dienstleistungen.

Um die Anwendung dieses Gesamtkonzeptes zur Aufhebung der weltweiten kapitalistischen Krise geht es in dem Text. Das in Japan entwickelte Prinzip wird in dem Karl Heinz Roth Text in den Kapiteln „Neues Akkumulationsmodell" und „Postfordismus/Toyotismus ..." näher erklärt.

Keynes (-ianismus)

Der englische Ökonom **John M. Keynes** war Berater der britischen Regierung und veröffentlichte in den 20er und 30er Jahren Schriften zur finanzpolitischen Regulierung der Wirtschaft. Mit Hilfe staatlicher Finanz- und Zinspolitik sollte in Zeiten kapitalistischer Krisen über Kredite, Nachfrageerhöhung oder öffentliche Unterstützung die Wirtschaft angekurbelt werden. Neben einer Nachfrageerhöhung durch die Steigerung der Kaufkraft, kann auch z.B. im Bereich von staatlich gesteuerter Rüstungsproduktion reguliert werden.
Gerne bezieht sich die Sozialdemokratie auf den Keynesiaismus. Die Erhöhung der Kaufkraft durch staatliche Ausgaben im „sozialen Bereich" oder gewerkschaftliche „Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft" federn die kapitalistischen Krisen für die ArbeiterInnen ab. Die Klientel wird gesichert und der Kapitalismus muß nicht in Frage gestellt werden.
Der Keynesiaismus war unabhängig von politischen und ideologischen Unterschieden das Lösungsmodell, mit dem versucht wurde die Weltwirtschaftskrise in den 20ern/30ern in den Griff zu bekommen. Im Faschismus über Arbeitsprogramme (Arbeitsdienst, Autobahnbau durch massenhaften Einsatz von Arbeitern anstelle moderner Technologie, etc.), oder der „New Deal" in den USA (Das Prinzip Fords gesammtökonomisch und gesammtgesellschaftlich angewandt, „Human Relations").

Umstrukturierung der Ausbeutungsverhältnisse

Seit den 70ern ist sich von der Vorstellung der Vollbeschäftigung in den Industriestaaten verabschiedet worden. Es war eh' nur ein Märchen. Geändert haben sich aber die Formen der „Arbeitsverhältnisse". Zu Zeiten des Fordismus befanden sich die (männlichen) Arbeiter in den Industriestaaten meist in einem „normalen Beschäftigungsverhältnis". Das hieß mit einem Arbeitsvertrag eingestellt, unter gesicherten sozialen Verhältnissen und der nicht aussichtslosen Perspektive dort bis zur Rente zu malochen. Natürlich gab schon immer Rationalisierungen und Arbeitslosigkeit.
Verbunden mit dem Begriff Umstrukturierung sind **prekäre / irreguläre / ungesicherte / entgarantierte** Arbeitsverhältnisse, d.h. Anstellungen mit Zeitarbeitsverträgen; über Firmen, die ArbeiterInnen einstellen um diese an andere Firmen zu verleihen oder Anstellungen ohne festem bzw. variierendem Lohn etc. Der Arbeitsplatz bietet immer weniger Garantien der sozialen Sicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter etc. Weiter damit verbunden ist die **Dezentralisierung** der Produktion, d.h. einzelne Produktionsabschnitte werden in den Trikont ausgelagert, oder als Auftragsarbeiten an kleinere Firmen gegeben. Diesen Sub- und Zulieferbetrieben werden bis auf die Stunde und sogar Minute genaue Termine vorgegeben (**just-in-time**) zu denen sie liefern müssen, egal wie. Zur Kosteneinsparung werden die Lagerbestände verringert (Festlegung von Finanzkapital in konstanten Kapital, Kosten der Lagerhaltung, Risikoverlagerung). Soziale Absicherungen durch das Arbeitsverhältnis oder staatliche Sozialleistungen werden **dereguliert** und verstärkt der Eigenverantwortung der Arbeiterinnen aufgezwungen. Soziale Sicherheit des überwiegenden Teils der Gesellschaft wird immer weniger durch staatliche Regulierungen gewährleistet.

"RAF-Debatte"

In diesem Text wird versucht einiges auf die Reihe zu kriegen über die Ereignissen innerhalb der Gefangenengruppe der RAF und Guerilla, die zu einer Spaltung geführt haben.
Vonwegen des Ausmasses der Diskussion und auch teilweise vonwegen Unklarheiten dadrinnen, ist dass keine einfache Aufgabe.
Wir halten es aber trotzdem für wichtig jetzt mehr Klarheit zu schaffen. Entweder findet (und dies gilt vor allem vor der situation in der BRD) - die aktuelle diskussion statt und wird durch so vielen Leute wie möglich getragen, die das Bedürfniss haben die verschiedenen Positionen aufzuklären und selber auch fundierte Standpunkte einnehmen. Oder - die Kontroverse wird unproduktiv, und bleibt im Luftleeren hangen, mit all den Folgen wie Spaltung und Zersetzung.
Diese Diskussion müsste auch in einem europäische Kontext wichtig sein, speziell da wo es um die perspektive für revolutionäre (bewaffnete) Kämpfe geht.
Es ist also klar dass diese Zusammenstellung keineswegs ein komplettes Bild, von die Situation wie sie entstanden ist, geben kann. Wir sind aber nicht in der Lage, eine komplette Serie von Artikeln zu veröffentlichen die diese Diskussion in seine gesamt Kontext klar machen wurde. Wir werden deswegen versuchen, in der Zukunft, nur die Artikeln zu veröffentlichen, die authentische und diskutierbare politische Grundlagen und Vorstellungen in sich haben und die im algemeinem Sinne eine kritische ausarbeitung von Linke erfahrugen und geschichte zusammenstellen.
Dass ist auch ein Grund für die aufnahme von dem Artikel "eine feministische kritik", worüber in diesem Ausgabe im Vorwort dazu mehr zu lesen ist.

Die Diskussion

"Der letzte kollektive Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand Anfang 1989 war durch eine Umorientierung weg vom linksradikalen Ghetto und hin auf liberale Kreise in dieser Gesellschaft gekennzeichnet." (...)
"Das Resümee dieses Kampfes war, dass es einerseits die bisher grösste Unterstützung für die Forderungen der Hungerstreikenden gab; anderseits der Druck nicht ausreichte, um substantielle Zugeständnisse vom Staat durchzusetzen." (..)
"Die oben beschriebene Schwäche des antiimperialistischen Spectrums führte dazu, dass die humanistische Kräfte nicht - wie geplant - Unterstützerinnen der Kampagne waren, sondern diese inhaltlich fast völlig bestimmten." (...) In diese Schwächephase fiel die oft fälschlich nach dem damaligen Justizminister Kinkel benannte Initiative, die in Wirklichkeit von der "Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung" (KGT) ausgearbeitet wurde, einem gremium, dem der der Verfassungsschutz, das BKA, die Bundesanwaltschaft und Bundes- sowie *landesministerien zugehören. Die KGT-initative, im januar 1992 verkündet, bestand in der Ankündigung, die (vermeintlich) vorzeitige Freilassung bestimmter gefangener aus RAF und Widerstand zu prüfen." (...)*
"Es hatte den Anschein, dass sich selbst die RAF an dieser Initiatieve orientierte. Jedenfalls ging ihre berühmte Gewaltverzichtserklärung von April 1992 von zwei Fraktionen im Staatsapparaat aus, von denen eine Moderater sei. Diese gilt es zu stützen, wenn es sein muss mit Druck von Wirtschaftskreisen, die es leid sind, jährlich mindestens einen Führungskader durch RAF-Attentate zu verlieren. Die verknüpfung der Perspektieve der RAF mit der Lösung der Gefangenenfrage war unübersehbar."(...) "Diese Erklärung vervollständigte die Verwirrung in der Restlinken. Allerdings zeigte sich auch, das die Initiative der RAF unter den Gefangenen selber auch umstritten war. Dass Irmgard Möller, die seid 21 Jahren inhaftiert ist und als einzige die Stammheimer Todesnacht schwerverletzt überlebt hat, wenige Tage nach der Veröffentlichung der RAF-Erklärung, diese Initiative in namen aller Gefangener aus RAF und Widerstand vorbehaltslos unterstützte, änderte an der Umstrittenheit nichts." (aus: 'kampf zweier linien' AK nr. 358)
Es gab aber auch direkte Kritiken zu der RAF-Erklärung von 4-10-92, z.b. durch drei jeweilige Gefangenen aus dem Widerstand, Bernard Rosenkötter, Ali Jansen und Michael Dietiker : *"dieser text ist sowas wie der logische und auch beinah zwangsläufige endpunkt einer langjährigen fehlentwicklung; einer sehr oft problematisierten und auch ausführlich kritisierten fehlentwicklung. und offensichlich wird jetzt nur noch ein weiteres mal, dass die verfasser/innen des briefes sich mit der kritik an ihnen, an ihrer analyse und praxis nie ernsthaft auseinandergesetzt haben."*
(....)
"(so) *erkennen die illegalen (in der Kinkel-Initiative -anm. s.)...darin eine entwicklung, in der sich politische lösungen nicht nur fur uns politische gefangene abzeichnen, sondern gleich für alle, "die für ein selbstbestimmtes leben kämpfen, die sich nicht der macht des geldes beugen, die eigenen interessen und ziele entgegen den profitinteressen formulieren und umsetzen" und das kapital macht gleich auch noch dahingehend druck...sag mal, wo leben wir denn?"*

zwei linien

In ihre August '92 Erklärung bestätigte die RAF ihr Verbindung von Perspektiven, wobei sie einerseits nach einer Lösung der Gefangenenfrage suchte _ und das Aufgeben oder Weitermachen ihres kampfes als einsatz golt. Und anderseits versuchte sie eine inhaltliche Beitrage zu leisten für eine neue politische Basis für die Linke, zugleich, durch die gabe einer Zäsur, dafür den benötigten politische Raum zu schaffen.
Eine der ersten Äusserungen von RAF-Gefangenen die diese Politik kritisierten, war von Christian Klar der sagte : *"...politik in deutschland? (...) diese entwicklungen bringen mich zu der meinung, dass die neu aufbrechende und sich neu orientierend linke hier im land ihre strategie entwicklen sollte, ganz ohne sich von den drohungen des apparats beein-*

drucken zu lassen, dass er ja gefangene in der hand hat.'' (aus der erklärung von Christian Klar zu sein Stammheimer prozess 7-9-92)
Auch rief der Schritt der RAF eine sehr scharfe Kritik von eine Frauen- und Lesbengruppe hervor (in dem papier: 'eine feministische kritik' formuliert). Sie sagten u.a. :''*die 'neuen politikerinnen und politiker' erklären den kampf für die zusammenlegung sowohl praktisch als auch als politisch als überholt. (...)in den anfängen begründete die RAF ihren kampf noch mit dem wissen, dass 'folter kein revolutionarar kampfbegriff ist': bliebe folter, repression im weitesten sinne zentrales moment im widerstand, würde widerstand zum 'moralischen reflex'' und richte sich schlussendlich gegen die politische gefangenen, weil die inhalte, für die sie kämpfen und eingesperrt sind, negiert und bedeutungslos würden.*
wer in die knast nicht auf die 'neue politik' einschwenkt darf für sich selber sorgen bzw. im knast verrotten?'' (der text ist in diese Nummer zu finden).
Dieser Brief von den Frauen wurde 'beantwortet' durch Karl-Heinz Dellwo, einer der Drei in Celle zusammengelegten RAF-Gefangenen. Er schrieb die Frauen ''inszenieren eine irrenhausatmosphäre'' und u.a. deswegen wurde es kein einzigen Zweck haben einhaltlich zu reagieren.
Und auch die RAF hat ihr Schreiben mit einem Seitenhieb geschmückt (Es sei sogar behauptet worden, :''die RAF sei mit der zurückstellung des bewaffneten kampfes verantwortlich für die steigende zahl von vergewaltigungen'' - aus den erklärung von 2-11-93) ''Es dürfte klar sein dass es hier nicht sosehr um die blosse Wortwahl geht aber einerseits einfach um dass Abwürgen von Kritik, anderseits um die Reproduktion patriarchaler Gewalt- und Herrschaftsstrukturen in der linken Diskussion und ein fehlen von Selbstreflexion (aus der Stellungname der ''Tübinger Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen - jetzt''. Interim 263).
Immer öffentlicher kamen die Gegensätze ans licht.
''Die scharfe Kontroverse zwischen der ''Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen'', aus Tübingen und dem Gefangenen aus der RAF Lutz Taufer, die Ende 1991/ Anfang 1992 über diverse autonome Publikationen geführt wurde, war der Beginn einer öffentlichen Debatte dieser Widersprüche.
Ausgangspunkt der Kontroverse war die Erklärung der drei Celler Gefangenen Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts zu ihrem begrenzten und befristeten Hungerstreik. Die Tübinger Genossinnen ausserten in ihren Fragen an die drei Irritationen über diese Erklärung sowie über das Gespräch zwischen den Gefangenen und niedersächsischen Politikerinnen, das zum Abbruch des Hungerstreiks führte. Die Tübinger schrieben :''*Euer gespräch mit Vertreterinnen des staates und die art und Weise, wie ihr darüber schreibt (das Gespräch war gut, es ging fast immer um eine Pol. lösung...') hatte auch der diskussion zur Folge, ob Reformismus bzw. individueller Kampf um persönliche Situationsverbesserungen nun an die stelle politisch-revolutionären Kampfes zur Veränderung der gesellschaftlichen Realität getreten ist.''*
''Diese provokanten Äuserungen konterte Lutz Taufer wenig solidarisch gleig in der Einleitung folgendermassen :''*euer brief ist hier... eingegangen. das zentrale problem dabei ist, dass es bei uns etwas gibt, wovon wir abschwören könnten, bei euch nicht...*'' (aus: kampf zweier linken. AK 358)

Am 30-3-'93 wurde mit dem RAF-kommando katharina hammerschmidt die Knast im Weiterstat gesprengt (sehe clash nr. 8). Dazu sagten sie u.a. :''*wir wollen mit dieser aktion zu dem politischen druck beitragen, der die harte haltung gegen unsere gefangenen genossinnen aufbrechen und den staat an dieser frage zurückdrängen kann*''.
Nach dem Bruch innerhalb der Gefangenen der RAF und die Guerilla gab es verschiedene heftige Denunziationen dieser Aktion. Zum Beispiel von die RAF-Gefangene Heidie Schulz in einem Brief an Birgit Hogefeld (1-11-'93).
''*und wie das immer ist, ohne offen zu sagen, dass es so ist, ohne dazu zu stehen..*
deswegen die 1000 verklausulierten sätze und umdrehungen, die ideologie vom sozialen und gesellschaftlichen in euren texten, um diesen schnitt und den politischen verrat ''politisch zu begründen''. während eben das ende revolutionärer politik ''als phase'' abgeschlossen werden soll. alle antagonistischen inhalte, erfahrungen und ziel zu opfern und sie als ''ghetto'' zu denunzieren.
selbst praxis und aktionen dafür zu verkaufen, damit sie druck schaffen sollen, dass der staat euren angebot, der liquidation bewaffneter politik zu euren konditionen annehmen soll - und das ist die denunziation der ganzen zwanzig jahre geschichte, eurerseits.
das also war der verlogene zweck von der aktion in weiterstadt, ''druck zu schaffen'', damit der staat auf euren anvisierten deal eingehen soll. in dieser schärfe konnte das allerdings sonst niemand ausser euch durchschauen.''
Brigitte Mohnhaupt sagte folgendes dazu in ihrer Erklärung von ende oktober 1993 folgendes :''*wir versinken nicht in bitterkeit, die bitterkeit war im letzten jahr, als sichtbar wurde, daß die 'zäsur' für die RAF nicht die öffnung zur neubestimmung radikaler und revolutionärer politik war, suche und kampf um die eigenen vorstellungen, sondern der schritt in die anpassung und blanke entpolitisierung*''.
In dem November '93 Text von der 'Tübinger Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen - jetzt', wird auch eingegangen auf die Politik der RAF. ''*Wir meinen, dass hier euer konflikt liegt: als **guerilla** eine neue bestimmung zu suchen, gleichzeitig aber in den kampf um der befreiung der politischen gefangenen praktisch eingreifen zu wollen. Das führt dazu, dass der staatsapparat bei anhaltenden angriffen der guerilla und der schwäche der linken insgesamt die gefangenen als geiseln gegen euch bzw. eine gesamte politische entwicklung benutzt. (...)*
In dem widerspruch ist es unmöglich, sich zu bewegen. Entweder ihr löst euch von der geiselfunktion der gefangenen gegen euch (wie von einigen gefangenen gefordert) oder ihr werdet auf eine organisation zur befreiung 'ihrer' gefangenen reduziert''

Bad Kleinen

Am 27. Juni 1993 wurde in Bad Kleinen/BRD Wolfgang Grams von den bullen erschossen und Birgit Hogeveld verhaftet, beide Genossinnen aus der RAF. Sie wurden verraten durch einen Verfassungsschutz-Spitzel, Klaus Steinmetz, der seit ca. 9 Jahren in der linken Scene "arbeitete". (siehe: Clash nr. 9)

Im august kam die Erklärung von Helmut Pohl, der auch im namen von Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Rolf Heissler, Eva Haule, Heidi Schultz und Rolf Wagner unterzeichnet wurde. Zentral ist dadrin :"*es wird mit uns keine neuauflage von so etwas wie der "kinkel-initiative" geben, in welcher heutigen variante auch immer. wenn, dann deutlich gegen uns.*"

Und :"*konnte sich die kampagne um die 'kinkel-initiative' noch auf einige wenige gefangene stützen, die darauf eingestiegen sind, und drausen auf die "neue" politik der RAF mit der 'steinmetzschen' einheit, kommen sie inzwischen ganz ohne aus.*"

Auch hier wurde Kritik auf die sogenannte "Steinmetzschen Einheit" und implizit auf die Gefangenen aus Celle, auf eine platte und unausgearbeitete Weise formuliert. Birgit Hogefeld reagierte in ihrem Brief von 6-9-'93 mit der Aufmerkung :"..*wenn wir uns dran machen, an den tatsächlich verschiedenene sichtweisen und unterschiedlichen vorstellungen zu diskutieren, können wir dadurch alle was gewinnen. nicht den konsens, daran glaube ich nicht, und darum geht's mir auch nicht - ich finde, das wir auf der basis der erkenntnis und akzeptanz von unterschieden viel zusammen machen können.* In einem Brief den Manuela Happe an Birgit Hogefeld am 1-11-'93 reagierte sie folgendermassen :"*konsens ist was praktisches, wie wir jeweils an einen schritt rangehen. aber für uns hat das zur bedingung, ist nur so möglich: auf einer gemeinsamen basis.*

es ist also dann eine einigung für einen konkreten politischen schritt, der möglich ist, weil es die gemeinsamen grundlagen und ziele gibt.

von gemeinsamen grundlagen und zielsetzungen redest du schon gar nicht mehr. nicht mehr von inhalten. das aber ist das eigentlich zentrale."

Geheime verhandlungen

Am 28-10-'93 schrieb Brigitte Mohnhaupt in Namen von Gefangenen aus Lübeck, Köln, Frankfurt, Schwalmstadt, Frankental, Bruchsal und Aichach :"*Der inhalt der beziehungen ist zerstört, eine andere entscheidung als die trennung ist nicht mehr möglich. Wir haben den endpunkt der entwicklung in die politische agonie erreicht, die 1992 damit anfing, dass die grundlagen unserer politik weggekippt wurden, und heute damit aufhört, dass unser leben und unser kampf hinter unserem rücken abgewickelt werden sollen. Seit mai haben die gefangenen in Celle die abwicklung von RAF und gefangenen in gang gesetzt, mit einverständnis der illegalen.*" In diesem Brief wird speziell darauf eingegangen dass die Gefangenen aus Celle, mit dem Einverständnis der Guerilla, verhandlungen geführt hatten mit Reuter (als führende Vertreter von Mercedes Benz, also der Wirtschaft) und I.Bubis, (der vorsitzende des "Zentralrats der Juden". Er war auch gespräch als Bundespräsidentschaftskandidat) Dies machten sie ohne Kontakt mit den anderen Gefangenen gesucht zu haben, weil es ihnen bewust war dass einige der übrigen Gefangenen, nie mit auf den selben Weg gehen würden. Weil manche Fakten über den genauen Verlauf der Geschichte unbekannt sind (z.b. war Staatschuttz-Mann "Benz" miteinbezogen?) wollen wir da nicht tiefer auf eingehen.

Der bruch inneralb der Gefangenengruppe der RAF war vollzogen und wurde durch die Guerilla in ihre 'Abrechnungstext' von 2-11-'93 *bestätigt.* "*Eure erklärung vom 28-10 ist (...) ausdruck eines dumpfen machtkampfes. Sie drückt ein festhalten an überholten strukturen aus, in denen es für euch legitim ist, bei inhaltlichen widersprüchen genossinnen der kollaberation mit dem system zu beschuldigen und ihre moralische integrität in den dreck zu ziehen*".

Die TübingerInnen schrieben folgendes an die Gefangenen, für die Brigitte Mohnhaupt gesprochen hat :"*So wenig transparent und politisch nachvollziehbar eure auseinandersetzungen um widersprüche zu den Cellern und der guerilla waren, so glatt habt ihr jetzt den politischen bruch formuliert.*" (...)

"*Wir finden es legitim und richtig, wenn ihr euch gegen positionen und herangehensweisen abgrenzt, die ihr für falsch haltet. Aber abgrenzungen allein könnens auch nicht sein. Uns fehlt einfach die öffentlich zur diskussion gestellte aufarbeitung eurer eigenen geschichte, die bewertung eurer erfahrungen, die selbstkritik aufgrund der sicht, die heute auf vorhergehende kampfabschnitte möglich ist. Beiträge in diese richtung sind uns nur von den gefangenen in Celle und gefangenen aus dem widerstand wie z.b. Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter und Michi Dietiker bekannt.*"

Viele Gegensätze sind letzer Zeit an die Öffentlichkeit getreten. Es ist zu hoffen, dass die Auseinandersetzung in der Zukunft auf minder emotional/verbitterte und politisch/konstruktivere Weise geführt wird. Auserdem sollen die Streitpunkte in ihren Ursachen durchsichtig gemacht werden. Was wir noch sagen wollen ist, dass es ein solidarisches Verhältnis geben soll gegenüber alle Gefangenen wenn's um ihre haftbedingungen geht. Es ist ja wohl das allerletzte, den Staat sein Vernichtungsprogramm durchziehen zu lassen.





Campagne pour un jour combat international Liberté pour tous les prisonières politicques dans le monde

Campana por un dia internacional de la lucha para la Libertad de todos los presos politicos en el mundo

campaign for an international actionday Free all political prisoners in the world

Libertad!

Kampagne für einen internationalen Kampftag

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit

Aufruf des deutschen Initiativkreis Libertad!

In eigener Sache:

Der folgende Aufruf vom deutschen „Initiativkreis Libertad!" ist eine Initiative, deren Idee während des Kongresses gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München entstanden ist. Sie hat das anspruchsvolle und wertvolle Ziel eine internationale Bewegung zu initieren, die ihre Solidarität mit allen politischen Gefangenen an einem internationalen Kampftag manifestiert und weltweit für deren Freiheit eintritt. Diese Initiative nimmt jetzt in der BRD seit Herbst 1993 ihren öffentlichen Anfang und ihre Umsetzung.

Wir haben uns entschieden an der Initiative „Libertad!" teilzunehmen, indem wir ihr ein internationales, öffentliches Forum geben. Es fällt zusammen mit unseren konzeptionellen Ideen unseren gefangenen GenossInnen internatuional mit Diskussionen und Berichten in unserem Projekt ein Forum zu stellen.

Unsere Idee, mit der Veröffentlichung des Aufrufs eine Rubrik zu eröffnen, die über die Situation der Gefangenen international berichtet und sich der Diskussion um den Aufbau einer internationalen Bewegung für die Freiheit der Gefangenen widmet, traf auf die Zustimmung des Initiativkreises.

So wird es sein, daß zwischen dem Initiativkreis und uns ein Austausch darüber bestehen wird, was sich an Anregungen, Diskussionen und Kontakten über diese Rubrik (die wir „Libertad!" nennen werden) ergibt. Dies bedeutet nicht, daß alle Berichte von oder über Gefangene nur vom „Initiativkreis Libertad!" kommen sollen. Nach wie vor fordern wir andere Gruppen und Projekte auf, diese Rubrik mit zu gestalten. Wenn daraus eine gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit - vielleicht sogar die Bildung von Initiativkreisen in anderen Ländern - entsteht, dann ist dies auch in unserem Sinne und wünschenswert.

Für die direkte Kontaktaufnahme, wendet euch bitte direkt an die Kontaktadresse. Wir werden allerdings Post für den Initiativkreis auch weiterleiten

Liebe und Kraft den kämpfenden Gefangenen — die Redaktion

"Wir, die internationalen Organisationen, die sich in München getroffen haben, um am Kongreß '500 Jahre Kolonialismus und Widerstand' teilzunehmen, haben beschlossen, daß es notwendig ist, mit allen politischen, religiösen, humanitären, demokratischen, sozialen usw. Organisationen einen Dialog zu initiieren, mit dem Ziel, den 'Internationalen Tag der politischen Gefangenen' festzulegen und die Freiheit derselben zu fordern. Wir haben die Hoffnung, daß dieser Dialog schnell und wirkungsvoll geführt wird, und das wir kurzfristig zu definitiven Übereinkünften über diese Initiative kommen können."

München, 6.7.92 (Moviemento Liberation Nacional/Puerto Rico, National Democratic Front/Philippinen, FMLN/El Salvador, MLN-Tupamaros/Uruguay)

Die Idee, die Solidarität mit den Gefangenen weltweit an einem Tag zu manifestieren, ist nicht neu. Schon lange lebt sie in den Herzen und Hoffnungen von vielen - der Gefangenen selber, bei den Menschen aus Solidaritätsgruppen und immer wieder in Gesprächen der verschiedensten Bewegungen

aller Kontinente. Die Hoffnung, in internationaler Verbundenheit und gemeinsamen Kämpfen die Freiheit der Gefangenen zu erstreiten, wurde nie aufgegeben.

Unsere Initiative für eine internationale Kampagne entstand auf dem Kongreß gegen den Weltwirtschaftgipfel 1992 in München. Dort faßten die Vertreterinnen und Vertreter der genannten Organisationen unsere gemeinsame Diskussion zusammen. Mit Genossinnen und Genossen aus Befreiungsbewegungen und Basisgruppen verschiedenster Länder nahmen wir uns vor diesen Versuch zu wagen. Damit fangen wir jetzt an und geben die Gründung von Libertad!, dem deutschen Initiativkreis bekannt.

Die Menschenrechte werden nur revolutionär erkämpft. Keine Regierung, kein Staat, keine internationale Institution schenken sie uns. Wer da noch Illusionen hatte, wer vielleicht glaubte nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Staatssozialismus würden die imperialistischen Eliten zur Einsicht kommen, wird täglich eines Besseren belehrt. Im Namen der Menschenrechte werden Kriege zur Durchsetzung der alten "neuen Weltordnung" geführt. Hunger, Elend und Vertreibung sind der Alltag von immer mehr Menschen. Die Wahrzeichen des nunmehr weltweit herrschenden Kapitalismus sind Rassismus und sexuelle Unterdrückung, Entmündigung und Ausbeutung. Die UNO schwingt sich auf zur zentralen Institution imperialistischer Politik und begeht täglich Verbrechen an den Menschen und Völkern.

Westeuropa, der alte Kontinent der Conquistadoren, erfährt seine historische Wiedergeburt als Zentrum kapitalistischer Macht und imperialer Größe. Was der Ost-West-Gegensatz 40 Jahre in Schach hielt, kann jetzt wieder ungehemmt schalten und walten. Großdeutschland ist Brandstifter - hier und immer öfter in der Welt. Deutsches Geld und Vernichtungstechniken - von den Isolationstrakten bis zum Giftgas in Halabja - haben seit Jahrzehnten einen guten Ruf bei allen Diktatoren und Militärregimes. Jetzt geht die Bundeswehr selbst zur Sache: "Germans to the front".

Die Internationale erkämpft des Menschen Recht



1917 löste in allen Winkeln der Erde bei den Unterdrückten eine Welle der Hoffnungen aus. Die Oktoberrevolution siegte. Ein neuer Anfang in der Geschichte der Menschheit schien gemacht. Diese Hoffnung begleitete alle Befreiungskämpfe bis in die jüngste Vergangenheit. Nicht erst heute, aber heute erst recht müssen wir nach den vielen verschiedenen beschrittenen Wegen und ihren Sackgassen von einer grundsätzlichen Krise dieser Zuversicht sprechen. Die Niederlagen, die emanzipatorische Politik in vielen Ländern erlitten hat, sind unsere gemeinsamen Niederlagen und nur zusammen können wir sie bewältigen. Wir haben historische Erfahrungen. Aber auch erst jetzt, wo die ganze Welt faktisch kapitalistisch ist, kann sich emanzipatorische Politik wieder freier entfalten: Das Ende des staatlichen Sozialismus hat nicht das "Ende der Geschichte" eingeläutet, sondern nur das Ende des Kapitalismus.

Wir gehören zu denen, die auf der Suche sind. Wir können nicht behaupten, daß uns sehr viel deutlich vor Augen ist; aber grundsätzlich sind wir uns einig: nichts darf so weitergehen wie bisher. Die von den Herrschenden und Profiteuren dieses Systems großangelegte, umfassende Zerstörung muß beendet werden. Dazu bedarf es unserer Auffassung nach eines gesellschaftlichen Widerstands und einer revolutionären Kraft.
Das ist unser Ausgangspunkt.

Das internationale Machthaberkartell ist auf dem Vormarsch. Das Prinzip der Profitmaximierung gilt scheinbar grenzenlos und ungehemmt. Allein in diesem Land wurden in den letzten Jahren Tatsachen geschaffen, vor denen wir nicht die Augen verschließen können. Die Armut ist nicht nur die tv-gerechte Aufbereitung der Probleme anderer Länder. Der Kapitalismus bleibt eine funkelnde Glitzerwelt, und doch wird der Verlust sozialer Vorzüge schonungslos im breitem Ausmaß sichtbar. Verschärfen wird sich faschistische, rassistische und sexistische Gewalt - verschärfen wird sich der Existenzkampf.

Für Frauen wird es jeden Tag dringender, sich in dieser explosiven Gesellschaft mit allen Mitteln ihrer Haut zu erwehren. Und über zwanzig von Faschisten ermordete Menschen allein in diesem Jahr. Die alltäglichen rassistischen Übergriffe, denen ausländische und behinderte Menschen ausgesetzt sind, lassen sich nicht mehr zählen.

Auch diese Entwicklung macht es zwingender nach gemeinsamen Wegen zu suchen. Ein neues Projekt der Befreiung muß erst geschaffen werden. Aus diesen Zuständen und gegen sie!

Viele Ideen und Vorstellungen, aber auch Diskussionen an Widersprüchen, anderen Sichtweisen und Erfahrungen werden dafür die Grundlage bilden. Noch ist kein Wendepunkt in Sicht - während die Irrfahrt der Weltpolitik der Herrschenden andauert, und wir ihnen Schläge versetzen müssen.

Der internationale Kampftag



Die Initiative für einen internationalen Kampftag weist alle Hoffnungen auf "Lösungen von oben" zurück. Gerade auch in unserem Land ist das Vertrauen auf die eigene Kraft viel zu oft der Hoffnung auf staatliche Vernunft gewichen. Das hat die letzten Jahre geprägt - und das längst nicht nur in der Frage der Gefangenen. Wir müssen die Sache selber in die Hand nehmen, wie die Menschen ihre Angelegenheiten immer und überall selber in die Hand nehmen müssen. Sonst wird es etwas gegen uns und nicht für uns. Dazu müssen wir dieses Verhältnis, da wo es verloren gegangen ist, zurückerobern. Darum geht es dieser Initiative. Sie wäre sonst nicht Teil eines Emanzipations- und Widerstandsprozesses. Sie wäre bloß ein Aufguß ausgelaugter Konzepte und politischer Schliche, mit denen die Hoffnungen auf Verbesserung unserer Lage betrogen werden.

Die Initiative kann aber eine internationale Bewegung werden, eine aus den Kämpfen für menschenwürdige Bedingungen und Solidarität mit den Gefangenen in allen Ländern gewachsene Einheit. Weltweit werden Menschen verfolgt, getötet, gefoltert und eingesperrt, die um gesellschaftliche Befreiung kämpfen. Nicht selten konnte ihr Widerstand in den Knästen auch die Bewegungen "draußen" ermutigen. Und nur im Kampf stark gewordene Widerstandsbewegungen konnten und können ihre Gefangenen befreien!

Einen internationalen Kampftag kann man nicht einfach ausrufen. Das ist kein Plan, im Hinterzimmer ausbaldowert, sondern eine Bewegung, die entstehen muß. Sie kann nur wachsen im Bewußtsein von vielen Menschen rings um die Welt. Einen Tag - und dann welchen? - festzulegen, können wir nur denken, in der gemeinsamen Anstrengung vieler Menschen und Gruppen, vieler Aktionen, Vorstöße und Anläufe. In diesem Land und mit den Komitees für den Internationalen Tag, die sich in anderen Ländern bilden werden. Die Illusion schneller Erfolge und kurzfristiger Kampagnen haben wir nicht.

Und natürlich geht es nicht nur um einen Tag, sondern um alle Tage des Streites, des Protestes, des Widerstands und der Solidarität mit den eingeknasteten Genossinnen und Genossen. Egal wo, egal aus welchen Kämpfen und Organisationen. Es soll ein Kampftag sein, an dem die Forderung so breit und offensiv wie möglich weltweit öffentlich präsent ist. Die Protest- und Kampfformen sollen so vielfältig und unterschiedlich sein wie die Menschen, die ihn gestalten. Das wird letztlich den Charakter dieses Tages bestimmen - fern ab aller Unterschiede über den Weg, wie die Freiheit der Gefangenen oder eine andere Gesellschaft zu erkämpfen ist. An einem Tag wird sich das sowieso nicht entscheiden - auch wenn er jährlich begangen wird.

"Es gibt keine politischen Gefangenen in Deutschland"

LIBERTAD!

Das war und ist Regierungsdirektive seit 20 Jahren gegen die Gefangenen aus Guerilla und Widerstandsgruppen. Die Kriminalisierung und Entpolitisierung von Fundamental-opposition ist für die Bundesrepublik konstitutiv. Gegen diese Leugnung des politischen Charakters der revolutionären Kämpfe seit 1968 war es notwendig den Begriff 'politische Gefangene' durchzusetzen.

Der Begriff des politischen Gefangenen ist problematisch. Er ist Definitionssache und abhängig von Interessen und Zielen. Für die einen schließt er Gefangene, die aus sozialer Not stehlen aus; für die anderen schließt er gefangene Nazis und Kriegsverbrecher ein, während wieder andere die im Kampf eingesetzten Mittel zum Kriterium nehmen.

Wir verstehen uns mit dieser Initiative als Teil einer weltweiten Befreiungsbewegung. Die in ihren Kämpfen, Mobilisierungen und Aktionen gefangen genommenen Genossinnen und Genossen, die von den Machthabern in allen Ländern drangsalierten Menschen definieren unseren Begriff des politischen Gefangenen selbst: Es sind die Gefangenen aus den Widerstands-, Befreiungs- und Basisprozessen in aller Welt, es sind die Gefangenen aus den Klassenkämpfen für die Abschaffung der Klassengesellschaft. Und natürlich kann eine internationale Kampagne für die Freiheit der Gefangenen nur greifen, wenn sie auch das Ziel hat, das Unterdrückungs- und Knastsystem insgesamt zu brechen.

Die Basis internationalistischer Solidarität ist der eigene Kampf. Ohne ihn wird alles zur Proklamation. Wir kennen das Argument, daß erst die eigene Sache auf die Beine gestellt werden muß, bevor man in die Welt geht. Da ist was dran. Und natürlich dann, wenn es schlecht steht um unseren Kampf. Wir wissen das auch: Die Probleme überwiegen. Die Linke ist schwach und unsere Gefangenen sind noch nicht einmal zusammengelegt. Und natürlich stellt sich die Frage, ob nicht versucht wird der eigenen Realität auszuweichen, anstatt das Nächstliegende im eigenen Land zu tun. Aber was ist das Nächstliegende?

Unser Freiheitskampf richtet sich gegen die herrschenden Verhältnisse. Und die sind international, wenn auch in den verschiedenen Ländern und Kontinenten unterschiedlich ausgeprägt. Gemeinsam gegen diese Zustände zu kämpfen ist kein Umweg oder Ersatz für den Kampf im eigenen Land. Das gilt auch in Bezug auf die Gefangenen. Mehr denn je erpreßt in diesem Land der Staat die gesamte radikale Linke mit den Gefangenen. Auf die Jahrzehnte der Isolation aufbauend ist die Maxime: Anpassung an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, Akzeptanz des Staates und Individualisierung - oder Knast auf ewig. Das stellt alle vor schwerwiegende Entscheidungen, drinnen wie draußen.

Und gerade weil es eine Veränderung der Situation der Gefangenen nur um den Preis völliger politischer Selbstaufgabe zu geben scheint, müssen wir die nationale Enge durchbrechen und neue Kraft schöpfen. Für uns ist das kein Widerspruch. Das Eine bedingt für uns das Andere. Und weil es so ist, braucht es den Zusammenschluß aller, die diese weltweite kapitalistische Zwangsgesellschaft zum Teufel jagen wollen.

Libertad!, die Initiative für eine weltweiten Kampftag kann, wenn sie zu einer Bewegung wird, auch neue Kräfte und frischen Wind im Kampf um das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen in Deutschland freisetzen. Aber dieser Freiheitskampf hat keine Maßeinheit in Wochen oder Monaten.

Gründung des Initiativkreises und die ersten Schritte

Seit dem Gegenkongreß in München ist ein Jahr vergangen. Wir haben diese Zeit gebraucht, um uns zueinander sicher zu werden und sicher zu gehen, daß der Initiativkreis !Libertad! den ersten Aufruf überlebt.

Wir gehen jetzt an die Öffentlichkeit, um diese Idee des Internationalen Tages vorzustellen und zu verbreiten. Die Initiative ist offen. Wir werden mit interessierten Gruppen gerne Informationsgespräche führen und Infoabende veranstalten, um die konkreten Überlegungen zur Weiterentwicklung und gemeinsamen Arbeit zu vermitteln. Längerfristig soll eine Struktur lokaler Komitees und bundesweiter Arbeitsgruppen von Libertad! entstehen. Für die erste Hälfte des nächsten Jahres planen wir eine öffentliche Arbeitskonferenz, um gemeinsam die weiteren Vorhaben zu besprechen und anzugehen.

Unser Ziel ist es, daß viele Menschen, Gruppen und Organisationen die Kampagne zu ihrer Sache machen - daß dieser Internationale Kampftag für die Freiheit mithilft das gesellschaftliche Klima zu verändern.

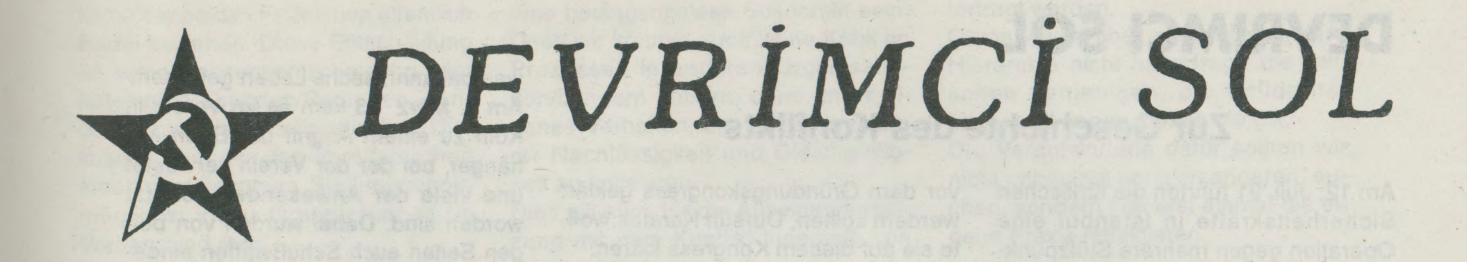
Wir wollen gemeinsam die Initiative ergreifen: gegen die Vernichtung unserer Geschichte, gegen die Vernichtung der Gefangenen, gegen die Zerstörung der Perspektive gesellschaftlicher Befreiung.

Für die Würde der Menschen, für die Freiheit, für die Einheit der Kämpfe!

Kontakt:
Libertad! c/o "3. Welt"-Haus, Westerbachstr. 40, 60489 Frankfurt/M

Spenden:
Libertad! KNr.: 10 215 811, Ökobank FFM (BLZ 500 901 00)

Konflikt innerhalb



Stellungnahmen zur Auseinandersetzung innerhalb Devrimci Sol

Auf dem letzten Internationalen Infoladentreffen (IIM) in Zürich wurde die unten dokumentierte Stellungnahme zu dem Konflikt innerhalb Devrimci Sol diskutiert.

Aus einem uns zugesandten Potokoll geht hervor, daß viele GenossInnen von dem Konflikt noch nicht viel gehört hatten und sich die Diskussion sehr an der Oberfläche bewegte.
Zumindest wurde der Konflikt für einige GenossInnen überhaupt bekannt, für andere kam er von der Gerüchteebene weg. Es konnte vermittelt werden, daß es sich nicht um einen unpolitischen Machtkampf innerhalb einer türkischen ML-Partei, sondern um einen Kampf von zwei politischen Linien innerhalb der Organisation handelt.
Um die politischen Differenzen und Hintergründe, die sich in dem Konflikt ausdrücken, wurde die Diskussion nicht geführt. Dies lag zum einen an der fehlenden Zeit, aber bestimmt auch an der politisch heterogenen Zusammensetzung des IIM.

In der IIM-Stellungnahme wird gefordert, auf gewalttätige Mittel zu verzichten und die Auseinandersetzung in der politischen Diskussion zu suchen. Von einer Erklärung in diese Richtung würden Bündnisaktivitäten abhängig gemacht, aber es sollte auch die Auseinandersetzung mit den beiden Fraktionen gesucht werden. Von verschiedener Seite wird kritisiert, daß es sich hier um einen faktischen Boykott handelt. Inwieweit die IIM-Stellungnahme einen Boykott oder eine Auseinandersetzung fördert, ist aber abhängig von der Ernsthaftigkeit des Umgangs mit der Stellungnahme und dem Konflikt überhaupt. Eine völlige Abkehr und auch Ablehnung einer Auseinandersetzung wird oftmals mit dem Kommentar: "...die ganzen ML-Gruppen sind doch alle gleich..." begründet, was weniger über ML-Organisationen, als vielmehr über die politische Qualität der Auseinandersetzung in großen Teilen der Linken aussagt. Wer so argumentiert, braucht nicht erst zu einem Boykott aufgefordert zu werden.
Daß die IIM-Stellungnahme eine solche Haltung fördern kann, weil sie an diesem Punkt nicht eindeutig ist, ist einer ihrer größten Fehler. Trotzdem führte sie dazu, daß eine Auseinandersetzung begann. Aufgrund dieser und anderer Stellungnahmen sahen sich Gruppen gefordert, die sich schon länger und intensiver mit Devrimci Sol und damit auch dem Konflikt auseinandersetzten, sich öffentlich zu dem Konflikt zu äußern.

Das "Komitee gegen den imperialistischen Krieg" Hamburg/BRD verfasste eine Stellungnahme zu dem Konflikt und der Haltung der BRD-Linken dazu. Darin kritisieren sie scharf die IIM-Stellungnahme (und weitere, die wir unberücksichtigt lassen), in der sie eine pazifistische und entpolitisierende Haltung sehen. Die Forderungen der IIM-Erklärung lehnen sie ab, da dies faktisch einem Boykott der Bedri-Anhänger gleichkommt. Wir dokumentieren Auszüge der Komitee-Erklärung im Anschluss. Im ersten Teil ihrer Erklärung beschreiben sie die Hintergründe und Entwicklung des Konflikts. Dies geschieht wesentlich genauer wie bei der IIM-Erklärung und wir haben ergänzende Auszüge hieraus genommen. In diesem Zusammenhang wollen wir die Gruppen kritisieren, die sich schon länger und genauer mit dem Konflikt auseinandergesetzt haben ohne dies öffentlich und transparent zu machen. Der zweite Teil der Erklärung gibt ihre politische Position zu dem Konflikt und ihre Kritik an der IIM-Erklärung wieder.

Wir begreifen die beiden Stellungnahmen zum Konflikt innerhalb Devrimci Sol trotz unterschiedlicher politischer Positionen als Beiträge, um eine Diskussion zu fördern. Wir erwarten Artikel, Stellungnahmen, Kritiken etc. - **auch von Devrimci Sol** - die sich konstruktiv mit dem Konflikt auseinandersetzen. Da uns die Stellungnahmen erst sehr kurzfristig erreichten, ist es uns nicht möglich gewesen, noch mehr Hintergrundinformationen zu erarbeiten, wie wir es z.B. bei dem Hintergrund zu PCP-Sendero Luminoso in der letzten Ausgabe versucht haben.
Wir möchten aber nochmals darauf hinweisen, daß uns Texte möglichst frühzeitig erreichen. Aus dem deutschsprachigen Raum erwarten wir auch englische Übersetzungen.

(IIM-)STELLUNGNAHME ZUR AUSEINANDERSETZUNG INNERHALB VON DEVRIMCI SÒL

Zur Geschichte des Konflikts

Am 12. Juli '91 führten die türkischen Sicherheitskräfte in Istanbul eine Operation gegen mehrere Stützpunkte von Devrimci Sol durch, bei der sie 13 Militante ermordeten. Mit diesem Schlag verlor die Organisation das gesammte ZK mit Ausnahme von Dursun Karatas. Er wurde nach diesem Massaker zu seiner Sicherheit ins Ausland gebracht. Der Geheimdienst dieses westeuropäischen Staates hatte die Ankunft von Dursum Karatas mitbekommen, ihn kurz festgenommen und dann in ein anderes westeuropäisches Land „abgeschoben".

Einige Monate später, in der Nacht vom 16. auf den 17. April '92 führten die türkischen Sicherheitskräfte ein weiteres Massaker in Istanbul durch, bei dem sie 11 Menschen, führende Kader, Mitglieder der Organisation und eine Sympatisantin ermordeten. Drei der Ermordeten - Sabahath Karatas, Sinan Kukul und Fazil Ercüment - hatten die Aufgabe, das im Juli '91 zerschlagene ZK der Organisation wieder aufzubauen.

Im August '92 folgte eine Verhaftungswelle, bei der viele Kader der nächsten Ebene festgenommen wurden.

Schon nach dem Massaker im Juli '91 konnte nicht geklärt werden, wie die Spezialeinheiten auf die Spur der Militanten kommen konnten. Nach dem Massaker von 16./17. April haben führende Kader der Organisation unter Bedri Yagan, bis dahin der Verantwortliche von Devrimci Sol für den Nahen Osten, versucht, die Ursachen für die Massaker und Festnahmen herauszufinden.

Im Laufe dieser Untersuchungen stießen sie darauf, daß die Organisation seit dem Massaker vom Juli '91 über keine kollektive Führungsstruktur mehr verfügte. Stattdessen wurde sie von Dursun Karatas alleine von Europa aus geleitet, der sich dazu v.a. Telefonen und Fax-Geräten bediente. Dies warfen Bedri Yagan und andere Karatas vor.

Zu dieser Zeit befand sich die Organisation im Prozeß der Parteibildung. Bedri Yagan forderte, daß die Fragen vor dem Gründungskongress geklärt werdem sollten, Dursun Karatas wollte sie auf diesem Kongress klären.

Es war nicht möglich, sich über die Vorgehensweise zu einigen und über die Frage der kollektiven Führung sowie des Militarismus und der Verantwortung Dursun Karatas' für die Schläge gegen die Organisation zu diskutieren. Stattdessen enthob Karatas Yagan seiner Aufgaben und Funktionen. Am 13. September '92 nahmen Yagan und weitere Kader Karatas fest.

Während der 45 Tage, die Karatas festgesetzt worden ist, wurde ein Dokument von beiden Seiten unterzeichnet, wonach ein Treffen führender Kader der Organisation die Vorfälle und die Vorwürfe gegen Karatas untersuchen sollte. Bis zum Abschluß dieser Untersuchung sollten die Vorgänge auch innerhalb der Organisation nicht öffentlich gemacht werden. Es dauerte zwei Monate, bis die ersten Kader in Europa eintreffen konnten. Doch auch in diesem erweiterten Kreis kam es zu keiner Einigung. Daraufhin wandte sich Karatas an die legalen Strukturen (Vereine, Komitees, Zeitungen etc.) der Organisation mit dem Vorwurf, gegen ihn würde geputscht. Seitdem ist die Organisation in zwei Flügel gespalten und die Auseinandersetzung wird gewalttätig ausgetragen. Der im o.g. Dokument geforderten Untersuchung durch führende Kader ist damit der Boden entzogen.

Dem Bedri-Flügel wird von den Anhängern Karatas' vorgeworfen, sie seien Karrieristen, die lediglich ein warmes Nest in Europa wollten. Mit einem Ultimatum, das Anfang Juni d.J. ausgelaufen ist, forderten sie von den „Putschisten" Geld, Waffen und das Archiv der Organisation, die sie mitgenommen haben.

Bedri Yagan ging Ende '92/Anfang '93 zurück in die Türkei. Er wurde zusammen mit vier weiteren Militanten der Organisation am 6. März in Istanbul von Sicherheitskräften beim Sturm ihrer Wohnung ermordet.

In dieser Auseinandersetzung greifen beide Seiten in der Türkei und in Europa zu Gewalt, sie hat bis heute, soweit bekannt, sechs Leben gefordert.

Am 3. März '93 kam es im Verein in Köln zu einem Angriff der Bedri-Anhänger, bei der der Verein verwüstet und viele der Anwesenden verletzt worden sind. Dabei wurden von beiden Seiten auch Schußwaffen eingesetzt.

Am 22. April ermordeten Anhänger Karatas in Istanbul Ercan Temelli und Muammer Aydin, Militante der „PutschistInnen", wie die KritikerInnen Karatas' mittlerweile genannt werden. Anhänger Bedris ermordeten einen Anhänger Karatas', dem sie die Beteiligung am dem Mord am 22.4. vorwerfen. Am 1. Mai wurde in Berlin Ercan Sakar während einer Auseinandersetzung vor dem dortigen Verein von Karatas-Anhängern erschossen, nachdem es vorher auf der 1.-Mai-Demo in Köln schon zu Angriffen durch den Karatas-Flügel gekommen war. Auf der Demonstration am 5. Juni in Solingen griff der Karatas-Flügel erneut an. Am 18. Juli wurde Erdogan Eliuygen im Gefängnis von Karatas-Anhängern ermordet. Am 1. Oktober ermordeten Karatas-Anhänger ein Mitglied der Organisation in der Schweiz. Ende Juni griffen Anhänger Karatas' die Redaktionsräume der neuen Zeitung der „Putschisten" mit Maschinenpistolen an, Ende Juli verübten sie einen Brandanschlag auf eine Druckerei, in der neben diversen Publikationen anderer linker und patriotischer Organisationen auch die Zeitschrift der „Putschisten" gedruckt wird. Die gewaltätige Auseinandersetzung wird in der Türkei und auch hier auf allen Ebenen ausgetragen.

Zusammenfassung unserer Diskussion

Zu der oben skizzierten Auseinandersetzung innerhalb der Organisation Devrimci Sol, die mittlerweile über ein Jahr andauert und seit Anfang des Jahres 93 auch öffentlich ausgetragen wird, sehen wir uns gezwungen, eine Stellungnahme abzugeben und diese öffentlich zu machen.

Auch wenn die unterzeichnenden politischen Initiativen und Gruppen unterschiedlich intensiv zu Türkei/Kurdistan arbeiten, ist diese Stellungnah-

me aus einem gemeinsamen internationalistischen Verhältnis, auch bezüglich dieses Konflikts, entstanden. Grundsätzlich werden wir zur Zeit für keine der beiden Fraktionen öffentlich Partei beziehen. Diese Entscheidung ist keine Konsensentscheidung aller beteiligten Gruppen/Personen, sondern Ergebnis einer politischen Diskussion, bei der das Veröffentlichen einer gemeinsamen Stellungnahme möglichst vieler Gruppierungen im Vordergrund steht.

Für die meisten von uns ist es schwierig, sich eine Meinung über den Konflikt innerhalb von Devrimci Sol zu bilden, da schon über seine Entstehung unterschiedliche Versionen verbreitet werden genauso wie zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Die Papiere und die mündlichen Darstellungen des Konflikts durch GenossInnen beider Seiten ließen Widersprüche und Fragen unbeantwortet.

Die Möglichkeit der Auseinandersetzung wird stark durch die Polemik der türkischen GenossInnen beeinträchtigt, die voller Wut und Enttäuschung gegeneinander angehen. Diese Art der Konfliktbewältigung wird, egal, wer sie für sich entscheidet, nicht zu einer fruchtbaren Weiterentwicklung der Organisation und einer revolutionären Perspektive beitragen.

Wir mußten oft feststellen, daß da, wo bisher zusammengearbeitet wurde, nicht das politische und persönliche Vertrauen entwickelt worden war, um sich offen und genauer über den Konflikt auseinanderzusetzen. Wir denken also, daß es für uns InternationlistInnen aus der BRD letzlich nicht möglich sein wird, viele Detailfragen zu klären.

Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß das Verhältnis der radikalen Linken in den Metropolen zu kämpfenden Organisationen aus anderen Ländern oftmals nur sehr schlecht entwikkelt ist. Zu oft blendet zunächst der Erfolg, eigene Wünsche und Perspektiven werden auf erfolgreiche Kämpfe in anderen Teilen der Erde projeziert. Daraus erklärt sich auch das fast schon gesetzmäßige Abbröckeln jeder starken Solidaritätsbewegung, sobald innerhalb kämpfender revolutionärer Organisation interne Konflikte auftauchen oder sie z. B. tatsächlich die Macht übernehmen. Das bedeutet mit der schwierigen Realität konfrontiert zu sein, die Revolution im Alltag fortzuentwickeln. Dies gilt auch für Entwicklungen, wo Organisationen nicht die Stärke haben, die Macht zu übernehmen, aber bspw. an der Macht beteiligt werden (müssen), am Verhandlungstisch Platz nehmen und der bewaffnete Kampf zurück- bzw. eingestellt wird.

Die Alternative kann natürlich nicht eine bedingungslose Solidarität sein. Doch wir können auch keine Kritik an Prozessen in anderen Organisationen/Ländern äußern, ohne unser eigenes Verhalten, uns selbst in unserer Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit zu kritisieren.

Dies gilt auch für die Auseinandersetzung mit dem Konflikt innerhalb von Devrimci Sol.

Grundlage für ein solches Verhältnis ist die grundsätzliche Anerkennung der Diskussionsfreiheit innerhalb und zwischen fortschrittlichen, linken Organisationen/Gruppierungen.

Wir halten Diskussionsfreiheit für eine wesentliche Fähigkeit revolutionärer und emanzipatorischer Strukturen, die von jeder Ebene einer Organisation/Struktur eingefordert und praktiziert werden muß. Nur so lassen sich die Strukturen permanent hinterfragen, läßt sich Machtkonzentration vermeiden, wird der/die Einzelne/r an den politischen und strukturellen Prozessen wirklich beteiligt.

Diskussionsfreiheit bedeutet natürlich auch, daß wir das Recht haben, uns zu diesem Konflikt zu äußern.

Uns ist klar, daß nicht jede Diskussion offen geführt werden kann, die illegale Struktur muß geschützt werden. Und dennoch taucht die Frage bei uns auf, ob die öffentlich nicht diskutierte „Verhaftung" Karatas' und die öffentlich nicht erklärte Übernahme der Organisationsleitung nicht die selben Fehler in sich bergen, die Karatas zum Vorwurf gemacht werden.

Grundsätzlich stellen sich in jedem revolutionären Prozeß Fragen nach Organisationsstruktur, Hierarchie und Machtverhältissen; Fragen, die wir Devrimci Sol stellen, die aber auch wir uns immer wieder stellen müssen.

Wir müssen Kriterien entwickeln, an denen wir Organisationsformen und Machtoptionen überprüfen können. Diese Fragen verlangen zwangsläufig eine Diskussion um innerorganisatorische Demokratie, das Verhältnis von Kader - Basis, formelle und informelle Hierarchien etc. Hier ist ein Prozeß in unseren Reihen noch nicht entwickelt und die mangelnde Auseinandersetzung führt immer wieder zu Widersprüchen in unserer eigenen politischen Arbeit:

auf der einen Seite wird Solidarität mit Befreiungsbewegungen eingefordert und praktiziert, die aufgrund objektiver Bedingungen und politisch/ideologischer Prinzipien vertikal organisiert sind. Gleichzeitig wird von vielen der Anspruch erhoben, Hierarchien aller Art abzulehnen, wobei die eigenen, v.a. informellen Hierarchien kaum hinterfragt werden.

Oftmals wird aber auch eine andere Hierarchie nicht hinterfragt: die zwischen denjenigen, die Solidarität üben, und denen, denen sie gilt.

Die Verantwortung dafür sollten wir nicht unbedingt bei „den anderen" suchen, sondern hier erst einmal die eigene Praxis reflektieren.

Unsere Forderungen

Eine interne Konfliktaustragung, wie sie zur Zeit bei Devrimci Sol praktiziert wird, ist jedoch nicht zu akzeptieren.

Die Auseinandersetzung hat in Europa begonnen und spielt sich zum Teil auch hier ab. Jahre wurde dafür gearbeitet, daß sich die Aktivitäten und Haltung der Organisation auch hier vermitteln lassen, daß es zu einer Zusammenarbeit kommt. 1992 war vieles erreicht worden. Doch heute sind wir bei Veranstaltungen, Demonstrationen und anderen Bündnisaktivitäten unausweichlich mit diesem Konflikt konfrontiert, der z.T. gewalttätig ausgetragen wird.

Beide Fraktionen sollten sich bewußt sein, daß sie politische Verantwortung nicht nur für ihre eigenen Mitglieder und Sympathisanten haben.

Gerade auch die Form, wie sie den Konflikt austragen, schadet zudem der Glaubwürdigkeit der Linken insgesamt.

Wir akzeptieren das nicht und stellen konkrete Forderungen:

- Wir lehnen die gewalttätige Auseinandersetzung mit Maßnahmen wie Festnahmen, Prügel, Folter und Mord entschieden ab. Beide Seiten wenden, unterschiedlich stark, gewalttätige Mittel an.
- Wir fordern eine Erklärung von beiden Fraktionen, diese Mittel nicht anzuwenden und die Auseinandersetzung mit der jeweils anderen Fraktion in der politischen Diskussion auszutragen.
- Bündnisaktivitäten werden von uns von einer solchen Erklärung abhängig gemacht. Solange diese nicht vorliegt, wird es keine politische Zusammenarbeit bei Demonstrationen, Veranstal-

tungen usw. geben. Für die unterzeichnenden Infoläden heißt dies, daß sie solange außer dem Zurverfügungstellen von Leseexemplaren für Interessierte kein Material vertreiben oder verbreiten werden.
- Wir fordern die Gruppen und Organisationen , die Verbindungen zur Auslandsorganisation von Devrimci Sol/Gücler haben, auf, sich dieser Stellungnahme oder zumindestens den Forderungen anzuschließen. Wenigstens sollten sie bei ihren Kontakten diese Kritik berücksichtigen und entsprechende Forderungen formulieren.
- Nach wie vor sollte die direkte Diskussion mit beiden Fraktionen gesucht werden.
- Wir richten uns mit dieser Stellungnahme nicht gegen die Aktivitäten und den Kampf der türkischen Massen. Wir werden uns weiterhin um direkte Kontakte nach dort bemühen und darüber hier berichten.
- Selbstverständlich nutzt auch der Staatsschutz, in der Türkei und natürlich auch in den anderen Ländern, die Auseinandersetzung. So hat es mittlerweile diverse Vorladungen und Festnahmen gegeben, zuletzt durchsuchten Beamte am 7. Oktober Räumlichkeiten. Ungeachtet aller Widersprüche protestieren wir gegen die Staatsschutzangriffe.

ERSTUNTERZEICHNERINNEN:
Diese Stellungnahme wurde u.a. auf dem internationalen Infoladentreffen vom 13.-18.10.93 in Zürich diskutiert. Sie wird unterstützt von den dort anwesenden TeilnehmerInnen aus folgenden Ländern (Städten):
Dänemark (Kopenhagen); Schweden (Stockholm); England (London); Niederlande (Rotterdam); BRD (Berlin, Bonn, Bielefeld, Dortmund, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Köln); Schweiz (Basel, Bern, Zürich); Italien (Palermo)

Darüberhinaus wird die Stellungnahme von folgenden Gruppen, Initiativen, Organisationen, Infoläden etc. bisher unterstützt:
Bundestreffen der El Salvador Solidaritätsgruppen; Infoladen Dortmund; Infoladen Schwarzmarkt, Hamburg; Frauen/Lesben-Tag im Schwarzmarkt, Hamburg; Infoladen Köln; Infoladen Kasama, Zürich; Juzi Göttingen; Reithalle, Bern; Sozialistische Selbsthilfe Köln-Ehrenfeld (SSK);
Die am Ende der Stellungnahme aufgelisteten Forderungen werden unterstützt von :
Agitare Bene, Zeitung aus Köln; Antifa Südstadt, Köln;

Komitee gegen den imperialistischen Krieg, Hamburg/BRD

Zur Spaltung in Devrimci Sol

...und zur Haltung der bundesdeutschen Linken

Seit dem Beginn des imperialistischen Krieges gegen den Irak arbeiten wir im Komitee gegen den imperialistischen Krieg mit Devrici Sol Güder zusammen. Devrimci Sol hat damals in der Türkei in politischen Kampagnen eine antiimperialistische Position eingenommen. Gleiches gilt für die Position Devrimci Sol Güders in der BRD.
In den vergangenen Jahren der Zusammenarbeit haben wir oftmals die Gelegenheit gehabt und genutzt, mit den türkischen Genossinnen und Genossen eine kritische, informative und auch produktive Diskussion zu führen, über die Situation in der Türkei, aber auch über die Perspektiven des Internationalismus und der revolutionären Befreiungsbewegungen.

(...)

Die Auseinandersetzung ist hochpolitisch:

Anlaß waren organisatorische und politische Fehler, die den Zugriff auf die Revolutionärinnen und Revolutionäre und ihre Ermordung in den Jahren 1991-1992 ermöglicht hatten. Es geht aber auch um eine Form der Organisierung, die eine kollektive Struktur, Kritik und Selbstkritik in sich vereinigt. In diesem Sinne ist die Auseinandersetzung keine „innerorganisatorische Diskussion" mehr, sondern geht weltweit die etwas an, die sich Gedanken um die notwendige Organisierung gegen den Imperialismus machen.

(...)

Kurzer Abriß zur Geschichte Devrimci Sols

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) ist eine revolutionäre Organisation in der Türkei. Seit 1978 führt sie, ausgehend von der Strategie der THKP-C (Volksbefreiungspartei/front der Türkei), einen bewaffneten Kampf gegen die türkische Republik. Die THKP-C führte von 1970-72 einen bewaffneten Kampf in der Türkei, in ihren Kämpfen bezieht sie sich auf die internationalen Befreiungsbewegungen (Vietnam, Cuba,...). 1972 werden die führenden Kader der THKP-C ermordet und die Organisation zerschlagen.
1974 organiert sich die Jugendbewegung in der Türkei unter dem Namen Devrimci Yol (Revolutionärer Weg). Auch sie bezieht sich auf die Strategie der THKP-C. 1978 kommt es in Devrimci Yol an der Frage des Kampfes gegen die Zivilfaschisten in der Türkei zu einer Spaltung, aus der Devrimci Sol hervorgeght. Der Devrimci Sol-Flügel drängt darauf, den Kampf gegen die Faschisten verstärkt militärisch zu führen und sich primär um die Ausbildung von Kadern zu kümmern.

(...)

1980 putschte das Militär in der Türkei. Die Linke wurde von dem Putsch überrascht. Es gab Massenverhaftungen unter den Linken, viele der Nicht-Verhafteten gingen ins europäische Exil. Viele linke Organisationen in der Türkei wurden zerschlagen.

Die „Führungsdiskussion" innerhalb Devrimci Sols

1980 wurde auch der Großteil der Mitglieder Devrimci Sols verhaftet, unter ihnen fast das gesammte Zentralkomitee. Der Schlag traf die Organisation stark, sie befand sich gerade in der Aufbauphase Bewaffneter Einheiten. Die wenigen in Freiheit gebliebenen Kader versuchten die Organisation zu reorganisieren. Vorübergehend konzentrierte sich der Kampf jedoch innerhalb der Gefängnisse, viele Hungerstreiks zusammen mit anderen Organisationen stärkten die Moral und das Ansehen Devrimci Sols und setzten bessere Bedingungen für die Gefangenen durch. In dieser Zeit wurde die Organisation vom Zentralkomitee aus dem Gefängis heraus geführt.
1983 begann eine Diskussion über die Führung. Verantwortliche der Oranisation draußen, aber auch Stimmen der Gefangenen forderten eine unabhängigere Entscheidungsstruktur für die Politik und Aktionen draußen. Nicht jede Entscheidung sollte vom Zentralkomitee drinnen bestätigt werden müssen.
Dursun Karatas vertrat die entgegengesetzte Meinung. 1984 setzte das Todesfasten, das alle Energien der Gefangenen in Anspruch nahm und den Mut und die Einheit stärkte, der Diskussion ein vorläufiges Ende. 1985 wurde Niyazi Aydin aus dem Gefängnis entlassen. Er übernahm eine leitende Funktion und bildete ein dreiköpfiges Führungskomitee, das nicht in allen Fragen von der Entscheidung des Zentralkomitees abhing. In dieser Zeit gab es eine Diskussion über Fehler im Zentralkomitee der Organisation, über den Widerstand in den Gefängnissen, die Beurteilung der Kader und die Methode, sie bei Fehlern zu bestrafen. Auch die Gründe, warum viele Genossinnen und Genossen in den Gefängnissen die Organisation verließen, wurde diskutiert.
Diese Diskussion wurde hauptsächlich zwischen Dursun Karatas, Sinan Kukul und Bedri Yagan geführt. Die Verantwortlichen für die Organisation draußen waren an der Diskussion nicht beteiligt.

Dursun Karatas als Gründungsmitglied und langjähriger

„Führer" der Organisation setzte in diesen Fragen seine alleinige Meinung durch, Sinan Kukul und Bedri Yagan versuchten von Zeit zu Zeit kollektive Führungsstrukturen einzufordern, hatten jedoch kaum Erfolg damit.
1989 konnten alle höheren Kader aus dem Gefängnis fliehen, unter ihnen auch Dursun Karatas, Sinan Kukul und Bedri Yagan. Dursun Karatas wollte sich gleich nach seiner Flucht wieder an die Spitze der Organisation setzen und löste das dreiköpfige Führungskomitee auf, nur Niyazi Aydin blieb. Sinan Kukul und Bedri Yagan kritisierten dieses Vorgehen und sprachen sich dafür aus, die Leitung zunächst denjenigen zu überlassen, die die aktuelle Situation draußen kennen. Trotzdem blieb Dursun Karatas bei seiner Entscheidung.
Dieser Schritt von ihm bedeutete, daß es seitdem kein Zentralkomitee, sondern nur noch eine Ein-Mann-Führung gab. In dieser Position schaffte er sich ein Informationsmonopol. Karatas verlangte schriftliche Treuerklärungen aller Kader, die ihm auch gewährt wurden. S. Kukul und B. Yagan mußten schriftliche Selbstkritiken verfassen, B. Yagan wurde daraufhin in den Nahen Osten versetzt und S. Kukul wurden vorrübergehend alle Funktionen entzogen.

Die Massaker gegen Devrimci Sol 1991-92

(...)

Die Intervention am 13.9.1992

(...)

(Anm.: In der IIM-Stellungnahme sind die Vorwürfe gegen Dursun Karatas, die zu der Intervention/seiner Festsetzung führten, nicht im Einzelnen genannt...)

... Es waren folgende:
1.) die unklare Rolle, die Karatas bei den Rückschlägen gespielt hat;
2.) die in der Organisation aufgetretene Ein-Mann-Führung;
3.) die persönliche Disziplinlosigkeit von Karatas und seine Art, sich jeder Kontrolle der eigenen Person zu entziehen;
4.) der Zerfall der Kaderstrukitur;
5.) das allgemeine Mißtrauen in der Organisation.

(...)

Die Geschehnisse seit dem 3.März 1993

Am 3.März 1993 veröffentlichte D. Karatas Ultimaten: Er setzte die von ihm sogenannten Putschisten auf Todeslisten und forderte den Kontakt zu ihnen abzubrechen und alle anzugreifen, die die Intervention vertreten. In der Zeitung Mücadele wurde ein Diskussionsverbot über die Auseinandersetzung erlassen.
(...)

Anfang Juli wurde Reza Güneser, der für den Überfall auf das Dev. Cösüm-Büro verantwortlich war, von Interventionisten in Istanbul erschossen. *(Anm.: In der IIM-Stellungnahme ist R. Güneser als Beteiligter und nicht als Verantwortlicher genannt)*
(...)

Es ist kein Ende der Angriffe des Karatas-Flügels gegen die Interventionistinnen und Interventionisten und somit kein Ende der Auseinandersetzung abzusehen.
Die Karatas-Fraktion hat keine Argumente. **Deshalb** ist die Antwort Gewalt und Denunziation. Sie antwortet auf die politische Forderung nach kollektiven Strukturen mit „Es lebe unser Führer DK!" und denunziert die andere Seite als „kleinbürgerliche Karrieristen", ohne diese Vorwürfe in irgendeiner Weise zu untermauern. Sie haben bisher keinerlei **politische** Stellung zu den Vorwürfen der InterventionistInnen genommen. Auch in ihrer eigenen Reihen nicht, daher müssen sie auch dort jede kritische Stimme abwürgen. Auch dazu dienen die Morde an den „ehemaligen Genossen"!

In dieser Situation forder viele Linke in der BRD weiterhin einen „demokratischen Umgang" mit dem Konflikt.
Schön und gut, wenn die Hintergründe - wie in der ersten Zeit - unbekannt sind. Völlig daneben ist die Position aber, wenn konstant ignoriert wird, daß der Kern des Konflikts eben die undemokratische Haltung und die alleinige Führungsposition ist, die jahrelang trotz vieler (wenn auch wenig konsequenter) Versuche eben nicht demokratisch zu lösen war! Deshalb die Intervention!
„Die Intervention ist der falsche Weg", sagen welche. Wenn sie meinen beurteilen zu können, das sei der falsche Weg gewesen, dann müßten sie ja auch in der Lage sein, etwas besseres vorzuschlagen, was die GenossInnen hätten tun sollen.

Sich lautstark immer verbal gegen Führerkult und Hierarchien in den Befreiungsbewegungen aufregen, aber **konkret** nichts dagegen tun **und** keine Verantwortung übernehmen wollen, das kennt frau von den Szenemacks hier.

Stattdessen wird ausschließlich Stellung zur **Form** der Auseinandersetzung bezogen. Gewalt ist aber nie nur an sich zu beurteilen, sondern immer inhaltlich: wer gegen wen und warum?
Ist die Gewalt der Truppe von Karatas, die rumreist und bestimmte Leute sucht, um sie zu liquidieren, genauso zu bewerten wie die (Gegen-) Gewalt der Gesuchten in ihrem Recht auf Selbstverteidigung?
(...)

Angesichts dieser Oberflächlichkeit und des Versteckens hinter der angeblichen „Undurchschaubarkeit und Widersprüchlichkeit" der Auseinandersetzung ist die Rigidität, mit der dann der Boykottbeschluß durchgezogen wird, eine metropolenchauvinistische Anmaßung!

Die Diskussion um den Ablauf und die Hintergründe dieses Konfliktes enthält unserer Ansicht nach viele Fragen, denen sich nicht nur Mitglieder der Organisation Devrimci Sols im Sinne einer Selbstkritik und Aufarbeitung stellen müssen, sondern die sehr wohl weltweite Relevanz für die Rekonstruktion revolutionärer Politik haben. Notwendige Diskussionen, was Fragen der Führung und der Kollektivität betrifft (um nur diesen einen Komplex zu nennen), die immer wieder an einzelnen Konfliktpunkten im Raum standen, sind auch hier von uns nicht oder nur unzureichen mit der Organisation geführt oder von ihr eingefordert worden.

Zum Beispiel ist eine Frage, wie und warum die Kritik an der Führungsstruktur - und damit letztlich die Debatte um den revolutionären Aufbau überhaupt - immer wieder aufgrund von „wichtigeren" Fragen wie 'Einheit der Organisation bewahren' oder Schutz vor Repression zurückgestellt worden ist. (Diese Frage stellt sich nicht nur für Devrimci Sol, sie taucht permanent in politischer Arbeit auf.) Viele der heute von den InterventionistInnen als fatal erkannten Strukturen sind ja lange Zeit mitgetragen worden. Die politische Verantwortung für die Zustände in der Organisation liegen daher **auch** bei denen, die am 13.9.1992 intervenierten. Ihre Verantwortung erfüllt sich somit nicht allein durch den Akt der Intervention: Dadurch ist das Struktur- und Organisationsproblem nicht gelöst; aber er eröffnet die Möglichkeit dazu. Die neu zu schaffende Struktur wird sich weiter diesen Problemen stellen müssen. Um diese immensen Schwierigkeiten zu bewältigen, braucht es sehr viel Mut und Überzeugung.
Wir wissen von einigen GenossInnen, daß sie diesen Weg gehen, daß sie versuchen, sich den notwendigen und sicher auch bitteren Fragen zu stellen. Die InterventionistInnen sprechen in diesem Zusammenhang von einer notwendigen „inneren Revolution".

Von daher ist unser Verhältnis zu ihnen das einer kritischen Solidarität, verbunden mit Unterstützung, Diskussion und Auseinandersetzung.

Die Boykott-Forderung ausgerechnet von den Infoläden, das Material der beiden Fraktionen nicht allen zugänglich zu machen (und daran ändert ein auserlesenes Lese-Exemplar in irgendeiner Ecke auch nichts), verhindert die Diskussion ebenso! Jede und jeder wird sich mit entsprechendem Hintergrundwissen und politischem Verständnis selbst eine Meinung bilden können!

Dadurch daß wir und viele andere Gruppen schon seit längerem jede politische Zusammenarbeit mit der Karatas-Fraktion aufgekündigt haben - und dies nach wie vor für richtig halten - zielt die Boykottforderung objektiv nur gegen die InterventionistInnen.
Als Reaktion auf die Liquidierung von Muamar Aydin und Ercan Temelli im April 93 hatten wir als Gruppe den politischen Kontakt zur Karatas-Fraktion abgebrochen. (Das bedeutet nicht, sich nicht trotzdem mit einzelnen Personen dieses Flügels auseinanderzusetzen.)

Wir fordern die internationalen Infoläden auf, den Boykott zurückzunehmen!

Wir fordern von allen eine **inhaltliche** Auseinadersetzung, statt sich bequem hinter einer solchen Forderung zu verstekken.

Komitee gegen den imperialistischen Krieg,
Hamburg, November 1993

Letze Meldung:
Der Infoladen Schwarzmarkt (Hamburg/BRD) zieht die Unterschrift unter die IIM-Stellungnahme zurück. Wir hoffen, daß wir die Erklärung von ihnen in der nächsten Ausgabe veröffentlichen können (wenn wir eine Übersetzung bekommen...).

El Salvador
Perspektiven des Friedens

El Salvador ist mit seinen 5 Millionen EinwohnerInnen das kleinste Land Lateinamerikas. Trotzdem ist es nicht zuletzt wegen der starken Solidaritätsbewegung in Westeuropa sehr bekannt.
Wir möchten mit diesem Artikel einen Beitrag leisten zur Diskussion über die aktuellen Entwicklungen in El Salvador sowie über die Perspektiven revolutionärer Bewegungen. Das Beispiel el Salvador erscheint uns hierfür interessant, da es

- eine 12-jährige bewaffnete Auseinandersetzung zwischen revolutionärer Bewegung und Staat gab
- starke und effektive Basisorganisationen entstanden bzw gestärkt wurden
- der bewaffnete Kampf durch eine Verhandlungslösung beendet wurde (die Regierungsseite ist jedoch mittels Todesschwadrone weiter aktiv) und im März 1994 die Befreiungsbewegung FMLN an den Wahlen teilnehmen wird.

Nachdem die Befreiungsbewegung FMLN einen 12-jährigen bewaffneten Kampf gegen die Regierung geführt hat, wurde die bewaffnete Auseinandersetzung im Januar 1992 beendet. Beide Seiten unterzeichneten nach langen verhandlungen einen Friedensvertrag. Der revolutionären Bewegung war es mit dem bewaffneten Kampf nicht gelungen, die Macht zu übernehmen. Die Offensive gegen die Hauptstadt San Salvador 1989 offenbarte die Unmöglichkeit eines militärischen Sieges über die Armee, verdeutlichte aber gleichzeitig die militärische Stärke der Guerilla und zwang die regierung an den verhandlungstisch.
Die Beendigung des bewaffneten Kampfes und die Verhandlungslösung in El Salvador wirft viele Fragen auf und ist von vielen Seiten kritisiert worden.

- Kann dies ein neuer weg sein ?
- Ist erreicht wofür Tausende ihr Leben opferten ?
-Ist diese Lösung eine Möglichkeit, Veränderungen ohne weitere Gewalt herbeizuführen oder wurde die Revolution verraten ?

Wir wollen in diesem Artikel keine fertigen Antworten präsentieren, sondern nur einige Aspekte beleuchten und Informationen darstellen. Bei all unseren Überlegungen sollte aber klar sein, daß die Entscheidung über den einzuschlagenden Weg, über die Inhalte, Ziele und Formen des Kampfes nur dem salvadoreanischen Volk zusteht. Es steht uns, als westeuropäischer Linken nicht zu, unsere Auffassung als DIE richtige anzusehen und alles andere als reformistisch/ wenig konsequent ...etc abzutun. Wirkliche und solidarische Auseinandersetzung mit revolutionären Bewegungen anderer Länder können wir uns nur als ein Teil der Entwicklung einer eigenen revolutionären Perspektive vorstellen. (Und dabei können wir uns nicht außen vor lassen).
Revolution ist ein Prozess, der unterschiedliche Aspekte umfaßt. Revolution bedeutet auch die Umsetzung einer Idee über die Art zu leben. Sie beinhaltet deshalb nicht nur den militärischen Sieg, sondern auch neue Strukturen, in denen sich die neue Art zu leben wiederspiegelt. Eine zentrale Rolle spielten bei unseren Überlegungen die Volksorganisationen und zwei der folgenden Interviews beschäftigen sich mit Basisbewegungen im Bereich Bildung und Gesundheit. Die Volksorganisationen in El Salvador haben schon während des Krieges versucht, alternative Formen zu finden, um das Leben der Campesinos zu organisieren. In den 'befreiten Gebieten' wurden Strukturen der Selbstorganisation geschaffen und die Menschen nahmen ihre Belange selbst in die Hand.
Die FMLN und die Volksorganisationen waren eng verknüpft und wechselseitig verbunden - der bewaffnete Kampf schuf die Möglichkeit für die Bevölkerung sich in den befreiten Gebieten zu organisieren, andererseits war die FMLN in ihrem Kampf auf die organisierte Bevölkerung angewiesen.
Die Frage nach der Zukunft der revolutionären Bewegung in El Salvador läßt sich deshalb nicht allein anhand der Weiterführung bzw Beendigung des bewaffneten kampfes diskutieren, sondern muß stets die Volksbewegung im Auge behalten. Auch auf dieser Ebene muß die Frage nach den erreichten Zielen geführt werden.
Als Ergänzung zu den nachfolgenden Interviews stellen wir einen kurzen Abriß über die Geschichte El Salvadors, die aktuelle Situation sowie die 5 Parteien der FMLN voran. (Der Teil über die 5 Parteien ist dem Widerstandsinfo Nr 34, das in der Schweiz erscheint, entnommen und wurde von uns nur übersetzt). Die Interviews haben wir nicht selbst geführt, sondern sie sind an uns herangetragen worden und wir haben sie überarbeitet. Von uns kommt die Idee der Zusammenstellung der Artikelsammlung. Alle Teile sind sehr kurz gefaßt und sollen nur einen ersten Überblick ermöglichen. Da uns die Interviews wichtiger waren und möglichst ungekürzt abgedruckt werden sollten, haben wir eine gewisse Unvollständigkeit in Kauf genommen.

Geschichte El Salvadors

1539-1821 war das Gebiet des heutigen El Salvadors spanische Kolonie, gehörte anschließend zur Zentralamerikanischen Republik und erst nach deren Auseinandersetzungen 1841 entstand der Staat El Salvador.
Unter Spanien wurde in El Salvador hauptsächlich Indigo angebaut, seit 1880 wurde jedoch der Kaffeeanbau forciert und bis 1931 waren alle Präsidenten des Landes Kaffeepflanzer.
Die weltwirtschaftskrise 1929 wurde auch in El salvador spürbar, die Kaffeepreise brachen ein, die Löhne wurden auf ein Viertel gekürzt. Infolge der Krise kommt es 1931 zu den ersten freien Wahlen, aus denen A.Aranjo der durch die Gewerkschaft unterstützt wurde als Sieger hervorging. Die Bewegung der ArbeiterInnen, StudentInnen und Bauern wird immer größer. Ende des Jahres putscht das Militär.
Als bei den folgenden Kommunalwahlen die von Farabundo Marti geführte kommunistische Partei zu gewinnen droht, kommt es zu massiven Wahlfälschungen. Ein landesweiter Aufstand im Januar 1932 wird blutig niedergeschlagen. Die Gesamtzahl der Getöteten beträgt ca. 30.000, unter ihnen Farabundo Marti. El Salvador bleibt bis 1979 mit nur kurzen Unterbrechungen unter Militärherrschaft.
Erst Anfang der 60er jahre entsteht erneut eine zivile Opposition (Sozialisten, Kommunisten, Christdemokraten). Bei den Wahlen von 1972 und 1977 treten breite Koalitionen von Sozial-, Christdemokraten und Kommunisten an, verlieren jedoch aufgrund massiver Wahlfälschungen. Jeglicher Protest wird brutal niedergeschlagen.

Seit den 70er Jahren wird auch die katholische Kirche in El Salvador zunehmend von Gedanken der Befreiungs-theologie und der Basisgemeinden beeinflußt und stellt sich vermehrt auf die Seite der armen Bevölkerung. Ebenfalls seit Anfang der 70er bilden sich die ersten Guerillagruppen. Der Sturz Somozas in Nicaragua 1979 hat einen großen Einfluß auf El Salvador, die Volksbewegungen werden stärker und die Situation spitzt sich zu. Im Oktober putscht erneut das Militär, die Regierung setzt sich aus zivilen Mitgliedern und Militärs zusammen. Es kommt erneut zu starken Repressionen gegen die Protestbewegung. Bereits im Januar 1980 treten die zivilen Mitglieder zurück. Sie werden ersetzt durch Christdemokraten unter Duarte. Die Repressionen steigern sich. In den folgenden Jahren bis 1982 kommt es zu mehreren Massakern an der Landbevölkerung (5/1980 Rio Sumpul, 12/1981 Mozote, 8/1992 El Cabazo) insgesamt werden 30.000 ermordet, darunter Erzbischof Romero (März 1980), vier US-amerikanische Nonnen, Mitglieder von Basisgemeinden, Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften und Journalisten. Im Dezember 1980 schließen sich verschiedene bewaffnete Gruppen zur Befreiungsbewegung FMLN zusammen und nehmen den bewaffneten Kampf gegen die Regierung auf. Sie erringen militärische Erfolge und seit 1981 gibt es 'befreite Gebiete'.
Die US-amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe wächst von 13 Mio US$ (1980) auf 551,3 Mio !989. Das sind über 1,5 Mio US$ täglich! Die USA entwickeln für El Salvador die Strategie der Kriegsführung „niedriger Intensität" (low intensity warfare). Durch die Unterstützung der USA wächst die Macht der Militärs, die Armee vergrößert sich von 10.000 auf 60.000 Soldaten.
1988 verlieren die Christdemokraten die Parlamentswahlen und die rechtsextreme ARENA-Partei gewinnt die Mehrheit im Parlament. 1989 wirst Cristiani zum Präsidenten gewählt. Am 11.November startet die FMLN eine Offensive gegen die Hauptstadt San Salvador, die KämpferInnen dringen bis in die äußeren Stadtviertel vor und werden von der Bevölkerung unterstützt. Die Offensive wird beendet, da die regierung wahllos die Stadt mit Hubschrauber bombadiert und viele Zivilisten getötet werden. Im Verlauf des Angriffs läßt das Militär am 16.11.1989 sechs Jesuitenpriester ermorden.
Die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen FMLN und Regierung ging weiter, bis nach langen Verhandlungen am 16.1.1992 der Friedensvertrag unterzeichnet wurde. Am 14.12.1992 wiurde die letzte Einheit der FMLN entwaffnet und sie wurde in der Folge als legale politische Partei zugelassen. Am 20.März 1994 sollen die ersten Wahlen nach dem Krieg mit der Beteiligung der FMLN stattfinden.

Zur aktuellen Situation

Im Friedensvertrag wurden u. a. folgende Punkte festgelegt:
-Reduzierung der armee auf 30.000 Soldaten
-Auflösung der Eliteeinheiten
-Aufhebung der Straffreiheit der Militärs und Entlassung von Beteiligten an Menschenrechtsverletzungen
-Einsetzung einer zivilen Polizei unter Beteiligung der Ex-KämpferInnen der FMLN
-Unterstellung von Militär und Polizei unter zivile Kontrolle
-Landreform (Zuteilung von Land an ehemalige KämpferInnen der FMLN und Soldaten, und Unterstützung der BäuerInnen beim Kauf von Land)

Die politische Situation in El Salvador seit Unterbrechung des Friedensabkommens ist gekennzeichnet von einer Verzögerungstaktik der Regierung. So wurden bis heute die wenigsten Vereinbarungen, zu denen sich die Regierung verpflichtete, umgesetzt. Von einer Halbierung der Armee kann nicht die Rede sein, strafrechtliche Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen durch Armeeangehörige wurde durch eine Generalamnestie verhindert. Zwar wurden alle Eliteeinheiten offiziell aufgelöst, doch es ist ein offenes Geheimnis, daß viele dieser Offiziere und Soldaten anderen Einheiten der regulären armee zugeteilt wurden und dort teilweise in hohen Rängen tätig sind. Todesschwadronen sind nach wie vor aktiv und seit Beendigung des Krieges wurden bereits über 50 Mitglieder der FMLN (viele aus dem Bereich Logistik) sowie der Basisorganisationen ermordet. Obwohl aus CIA-Dokumenten die Verknüpfung von CIA, US-Regierung, salvadorenischen Staat und Militärapparat mit den Todesschwadronen während des Krieges hervorgeht, und auch jetzt noch besteht, bestreitet Cristiani die Existenz dieser Kommandos.
Keine Vereinbarungen bezüglich der Landfrage wurde von Seiten der Regierung bis heute erfüllt. Die BäuerInnen werden u.a. durch bürokratische Hindernisse am Erwerb des Landes gehindert. Die Landverteilung an ehemalige KämpferInnen der FMLN und Soldaten geht nicht voran
Die FMLN wurde nach der entwaffnung aller Guerillaeinheiten als legale politische Partei zugelassen. Bereits bald nach Ende des Krieges machten sich Differenzen innerhalb der FMLN bemerkbar, die sich u. a. an der frage entzündeten, wie der verzögerungstaktik der regierung begegnet werden sollte. Ein geschlossenes, entschiedenes Vorgehen war dadurch nicht immer möglich und scheiterte an internen Diskussionen und Widersprüchen.
Ein Auseinanderbrechen der FMLN - wie es vereinzelt befürchtet wurde - fand aber nicht statt.
Am 20.März 1994 sollen Wahlen des Parlaments des Präsidenten sowie der Gemeinderäte stattfinden. Die FMLN hat sich mit der Demokratischen Konvergenz (CD) auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten - Ruben Zamora - geeinigt.
Abgesehen von den ungleichen Möglichkeiten Wahlpropaganda zu betreiben und Wähler zu gewinnen, setzt auch hier die Taktik der Regierung an, einen Sieg der FMLN unwahrscheinlicher zu machen. So wurde die Ausstellung von Wahlausweisen, die Voraussetzung für die Aufnahme ins Wahlregister ist, verzögert. Dies betrifft hauptsächlich Gruppen in der Bevölkerung, die potentielle Wähler der Opposition darstellen. Ende Dezember wurde das Wahlregister geschlossen und erst jetzt wird sich zeigen, wieviele Menschen tatsächlich wählen können.
Es ist damit zu rechnen, daß je näher der Wahltermin rückt, die Aktivität der Todesschwadrone zunimmt. Trotz zahlreicher internationaler Wahlbeobachter ist davon auszugehen, daß es zu Wahlfälschungen kommen wird, falls sich ein gutes Ergebnis für die FMLN abzeichnet.
Unklar bleibt auch die Reaktion von Armee und Militärs für den Fall eines Sieges der FMLN.

Die fünf Organisationen

Die kommunistische Partei El Savadors (PCS) entstand im März 1930 und beteiligte sich, 1932 unter Farabundo Marti, am Volksaufstand gegen die Diktatur. Aber mit dessen Niederschlagung und dem Massaker an etwa 30.000 Bauern, aufständischen Arbeitern und -Soldaten wurde auch die PCS zerstört, die sich erst Ende der 40er Jahre reorganisierte und in der Gewerkschaftsbewegung Einfluss errang. Auf dem Papier hielt sie am bewafneten Kampf fest und formierte nach der kubanischen Revolution auch einige militärische Kampftruppen. Das änderte aber nichts an ihrer reformistischen Praxis. Als die PCS 1969 den Krieg gegen Honduras unterstützte, kam es zum Bruch. Eine linke Minderheit verließ die PCS und gründete die Volksbefreiungskräfte (FPL). Schafik aHandal wurde zum neuen Generalsekretär der PCS gewählt. 1972 und 1977 unterstützte sie die Wahlen und setzte auf die zusammenarbeit mit den Christ- und Sozialdemokraten. Der Legalismus und ihre Wahlpolitik wurde von den übrigen Teilen der Linken heftig kritisiert. Die PCS beteiligte sich auch mit Ministern an der zivil-militärischen Junta nach dem Militärputsch im Oktober 1979, schwankte dann aber zwischen der Vorbereitung des bewaffneten Kampfes und der Unterstützung einer möglichen reformistischen Lösung. Im Frühjahr 1980 entschied sich die PCS endgültig für den bewaffneten kampf, ging jedoch im Unterschied zu anderen davon aus,daß nicht der Kampf um den Sozialismus im Vordergrund stehe, sondern eine demokratische Vorstufe davon.
Die **Volksbefreiungskräfte (FPL)** entstanden 1970 als Abspaltung der PCS. Der Generalsekretär Caripio (Pseudonym:Marcial) und weitere PCS Leute kritisierten die reformistische haltung und die Unterstützung des, als Fußballkrieges bekanntgewordenen Krieg zwischen Honduras und El Salvador. Sie hatten sich von Anfang an als politisch-militärische Organisation konzipiert und sich den „verlängerten Volkskrieg zur Aufgabe gemacht. Anfänglich arbeiteten sie vor allem inh der Stadt. In den 70ern bauten sie hochdisziplinierte Zellen auf, die vereinzelt bombenanschläge auf genau ausgewählte Ziele, sowie spektakuläre Hinrichtungen gegen bekannte Leute der Repressionskräfte unternahmen. Die FPL wollten ohne Einfluß der PCS eine rervolutionäre Volksregierung errichten unter der Hegemonie der Arbeiterklasse. Sie forderten systematisch die Massenmilitanz und bauten zuerst die Stadt- und später die Landguerillaeinheiten auf. Zu Beginn der 80er galten sie als wenig bündnisfreundlich, wirkten aber bei Konflikten zwischen den anderen Organisationen oft als Schlichtungsstelle. Seit 1982 unterhalten die FPL den Radiosender Farabundo Marti.
Eine andere Organisation entsteht 1971 aus radikalen ChristdemokratInnen und StudentInnen, das Revolutionäre Volksheer (ERP). Das ERP ging davon aus, daß es sich bei dem politischen System in El Salvador um einen faschismus im engeren Sinn handle, der mit Waffengewalt bekämpft werden müsse. Es verübte schon kurz nach der Gründung Bombenanschläge, aber bereits Ende 72 traten Teile des ERP aus Kritik an der militaristischen Linie aus dem Volksheer aus. Der Dichter Roque Dalton war der Kopf einer ERP-Tendenz, welche den rein militaristischen Kurs ablehnte und für die Massenarbeit eintrat. Er vertrat die Notwendigkeit, einen breitverankerten, nationalen Widerstand aufzubauen. Im April 75 wurde Dalton von der ERP Führung gefangengenommen und nach mehrwöchigem Hin und Her schließlich als CIA-Agent beschuldigt und am 10.Mai hingerichtet. Dies war der Anlaß, der zur Spaltung des ERP führte. Es ´war danach isoliert und bei der Linken diskreditiert. Nach einer Selbstkritik schloss das ERP Vertreter der rein militaristischen Linie aus. Im Unterschied zu den anderen bewaffneten Kämpfen, die

von länger andauernden Kämpfen ausgingen, verfocht das ERP ein eher kurzfristig angelegtes Aufstandskonzept. Seit 1981 unterhält das ERP das Radio Venceremos.

Der **Nationale Widerstand (RN)** entstand im Mai 1975 nach dem Mord an Roque Dalton, als Abspaltung des ERP. er verfügte als erste politisch-militärische Organisation über eine Massenbewegung. Der RN erzielte mit Entführungen führender Mitglieder der Oligarchie und Vertreter multinationaler Unternehmer ziehmliche Propagandaerfolge. Die Lösegelder sicherten die Finanzierung der Arbeit. Im Gegensatz zum ERP lehnte der RN eine Aufstandskonzeption ab und verfocht ebenfalls den verlängerten Volkskrieg.

Die fünfte und kleinste Organisation der heutigen FMLN ist die **Revolutionäre Partei der Arbeiter Zentralamerikas (PRTC)** und entstand 1979 in El Salvador. Sie wurde bereits 1976 in Costa Rica unter dem Einfluß der Trotzkisten gegründet. Sie verstand sich als Zentralamerikanische Partei, die in allen Ländern Sektionen mit einer einheitlichen politischen Linie aufbauen wollte. die wurde aber vor allem in Costa Rica und in Honduras von der Repression aufgrieben. Die Gründungsmitglieder der PRTC El Salvadors waren 1972 im ERP aktiv, formierten dann aber zwei Jahre lang die Revolutionäre Arbeiterorganisation und gaben nach vierjähriger Untergrundtätogkeit im Jahr 79 die Gründung der PRTC bekannt. Auch sie vertrat die strategie des verlängerten Volkskrieges, lehnte aber den linken Hegemonieanspruch ab. Sie trat als letzte der fünf Organisationen der FMLN bei.

Interview mit Krista

über das Gesundheitswesen in El Salvador am 19.Dezember 1992 in San Salvador

Du hast während des Krieges bei der FMLN Frente Farabundo Marti para la Liberacion Nacional) gearbeitet. Worin bestand die Hauptaufgabe der Ärzte in der Frente?

Ich hatte die Hoffnung nicht nur als Ärztin zu arbeiten. Jedoch bei chirurgischen Geschichten war es dann doch meine vordringliche Aufgabe, die Verwundeten zu versorgen. Und da man nicht mit einem ausgebildeten Operationsteam rechnen konnte, mußte ich erst ein Operationsteam ausbilden.

Warst du für die Guerilleros zuständig oder auch für die Zivilbevölkerung ?

Unterschiedlich. Das hing damit zusammen,wo man sich befand, und auch von der Zeit des Krieges. Am Anfang gab es ja noch Zivilbevölkerung, d.h.die organisierte Bevölkerung in den kontrollierten Gebieten bis die Regierung eben die Strategie verfolgte, dem Fisch das Wasser abzuziehen. Weil es der Regierung nicht gelang die Guerilla zu bekämpfen, versuchten sie es mit anderen Methoden, die Bevölkerung zu verfolgen, umzubringen oder zu verjagen aus dem Gebiet. Und damit eben die Grundlage der Existenz - so meinte es der Feind - der Guerilla zu entziehen.

Was waren die hauptsächlichen Krankheiten bei der Deportation ?

Wenn die Regierung Deportationen durchgeführt hat, wenn die Leute umgesiedelt wurden oder frieren mußten, dann gab es bestimmte Krankheiten durch die Flucht, durch die schlechten Zustände.

Erstaunlicherweise gab es kaum allgemeine Erkrankungen, im Unterschied zu jetzt, jetzt gibt es viel mehr allgemeine Erkrankungen. Der Überlebenswille gab weder Zeit noch Raum, um dem Krankheitsgefühl nachzugeben. Durchfallerkrankungen, Amöben und Malaria waren wohl die hauptsächlichsten Erkrankungen dieser Zeit. Ein großer Teil der Bevölkerung litt an Asthma. Aber ansonsten kann ich mich nicht erinnern, daß es andere Krankheiten gab. Obwohl wir zeitweise nur von Früchten gelebt haben, die wir gesammelt haben, haben wir nur ganz wenige schwere Infektionskrankheiten gehabt. Was häufiger vorkam, aber wesentlich weniger in der Zeit des Krieges, Aborte zum Beispiel oder Totgeburten, eigentlich erstaunlich wenige, obwohl unter schwierigsten Bedingungen, auf der Flucht oder während der Flucht, eben Kinder geboren wurden, daß die Kinder überlebt haben, die Frauen überlebt haben, das war für mich ein Phänomen.

Wie sieht deine Arbeit jetzt aus ? Was hat sich verändert, seit der Krieg zuende ist ?

Während des Krieges war unsere Hauptaufgabe die kurative Medizin, die Versorgung der Patienten, und die Ausbildung von Promotoren, auch die Notfallbehandlung und die Nachfolgebehandlung von Verwundeten. Unsere Aufgabe heute, bzw jetzt in der Übergangsphase, besteht hauptsächlich im Organisieren, im Koordinieren, in der Ausbildung von Promotoren unter den ´neuen Bedungungen, d.h.daß es die Promotoren jetzt unter einem neuen Gesundheitssystem gibt.

Abgesehen von den körperlichen Krankheiten: Was sind die wichtigsten Probleme im psychischen Gesundheitsbereich ?

Es ist erschreckend, die psychischen Probleme sind stärker als wir eigentlich erwartet hatten, und ich glaube Ausdruck davon ist die Zunahme der Krankheiten. Krankheiten, die wir vorher im Krieg nie, nie gesehen haben. Wir haben schon von einer Autodemobilisierung der Compas gesprochen. Ein Großteil der Compas ist krank geworden die, die unter Streß, Hunger und fürchterlichen klimatischen Bedingungen nicht krank geworden sind. Und jetzt, wo keine militärischen Kampfhandlungen mehr da sind, wo sie sich eigentlich ausruhen können, haben die Infektionskrankheiten zugenommen und wir haben sogar Todesfälle.

Du meinst, es könnte möglich sein, daß´der ganze Druck jetzt endlich rauskommt ?

Ja, das vermute ich. Ich glaube, die eine Sache ist, daß während des Krieges gar keine Zeit dafür da war, Konflikte, Streßsituationen, Spannungen zu lösen. Das hängt auch damit zusammen, dem Tod täglich zu begenen und immer wieder dem Tod von der Schippe zu springen. Ich glaube, wenn diese Spannung jetzt wegfällt, kommen dadurch viele psychische Konfliktsituationen jetzt raus. Es spielen da mehrere Faktoren mit rein. Ich glaube auch, daß die Compas vorher keine Familie gehabt haben, bzw eine Ersatzfamilie gehabt haben, die eine ziehmliche Bereicherung dargestellt haben, und dieses Gemeinschaftsgefühl, das man nur in kleinen Gruppen, in abgeschlossenen gruppen erleben kann. Das fällt jetzt weg. Und jetzt kommt wieder die natürliche Kleinfamilie und die Verantwortung, die sie für ihre Familie tragen müssen, was ihnen vorher alles abgenommen wurde. Vorher hatten sie doch keine Verantwortung, auch nicht für die Familie, in der sie gelebt haben. Man setzt das Leben ein, aber es ist eine andere Verantwortung. Und das andere Problem ist, man hatte immer einen Verantwortlichen und der eigene Verantwortungsbereich war klein und übersichtlich. Und man hatte ein Ziel, auf das man hinlebte, und das füllte einen total aus. Und dieses Ziel, ja, das ist nicht mehr genau definiert und jetzt wird von dem Einzelnen Eigeninitiative erwartet. Das Ziel ist klar, aber es ist viel weiter weg.

Du meinst die einzelnen Schritte sind nicht klar ?

Die einzelnen Schitte und wo ich bin in diesem Prozess. Das war mir vorher vorgegeben. Ich wußte ganz genau, wo ich bin und was ich zu tun habe, ob schlecht oder gut oder nicht. Und die Aufgaben waren begrenzt und ich war voll drin. Und jetzt muß ich's selbst definieren.

Worin besteht der Unterschied zwischen dem Gesundheitswesen, das ihr aufbauen wollt und dem nationalen staatlichen Gesundheitssystem ?

Das staatliche Gesundheitssystem ist zentralistisch organisiert, es ist hauptsächlich auf die urbane Bevölkerung zugeschnitten. Es ist ein elitäres System, wo eben die, die höhere Einkommen haben, versorgt werden auf Kosten der armen Bevölkerung, die teilweise überhaupt nicht einbezogen wird in dieses System. Wir wollen, daß der Staatsapparat das Erreichte in das staatliche Gesundheitssystem einbezieht und die Selbstorganisierung anerkennt. Unsere Promotoren, die die Versorgung der Bevölkerung in der Dorfgemeinschaft bewerkstelligen, sollen anerkannt werden und auch bezahlt werden. Wir wollen die Professionalisierung der Promotoren. Wir wollen, daß der Arzt eine völlig andere Rolle einnimmt, daß er die Erstversorgung durch die Promotoren respektiert und die Promotoren unterstützt und daß der Arzt z.Bsp. nur diese Fälle behandelt, die an ihn überwiesen werden.

Es besteht auch die Gefahr, daß die ganze Schulmedizin eine urbane Medizin ist, und der Arzt gar nicht in der Lage ist, richtig zu behandeln. Außerdem impliziert die Schulmedizin auch, daß der Arzt eine Haufen Medikamente verschreibt, die der Patient gar nicht bezahlen kann und die zum großen Teil auch schädlich sind. Der Arzt interessiert sich auch gar nicht für die Gesundung des armen Patienten, der die Medizin und die Behandlung gar nicht bezahlen kann.

Das andere Problem ist, daß die Ärzte gar nicht erst auf's Land kommen. Zum Beipiel haben wir aus der Furcht heraus daß das Ministerium in unsere Zone einbricht, gesagt, wir wollen nicht, daß das Ministerium überhaupt reinkommt. Unter dem Druck, daß wir Geld brauchen, sind wir in Dialog mit dem Ministerium getreten. Sie haben unser

System kennengelernt und gesehen, daß es funktioniert. sie waren wirklich überrascht und inoffiziell haben sie es anerkannt. Und sie sind froh darüber, denn es spart ihnen Geld. Das setzten wir ein und verlangten Ärzte. Zuerst sagten sie, sie würden 16 Ärzte nach Chalatenango schicken. Doch als wir sagten, "Fein, schickt sie uns und wir bestimmen, wo sie hinkommen und wir werden sie auf ihre Aufgabe vorbereiten" gaben sie zur Antwort, daß sie gar keine Ärzte haben.

In der Übergangsphase haben wir versucht Gelder zu bekommen, um die salvadoreanischen Ärzte zu bezahlen. Wir hatten auch Ärzte gefunden, die sind dann auch gekommen, aber nach einer Woche wieder abgehauen, obwohl wir einen wesentlich höheren Fonds bekommen haben, der für sie ein wesentlich höheres Gehalt bedeutet hätte. Und obwohl sie von den Leuten dort begeistert waren, ließ der Mangel an Komfort sie wieder abhauen - nach einer Woche!

Worin besteht genau die Ausbildung der Promotores (de salud)?

Das ist jetzt die Problematik. Obwohl sie keine höhere Schulbildung hatten, und zum Teil auch erst während des Krieges schreiben oder lesen gelernt haben, haben sie sogar einige Operationen ausgeführt, wie z.Bsp. Amputationen, Grundversorgung und Nähte. Sie waren zu Anaestesisten ausgebildet worden und zum Instrumentieren. Wir waren ja nicht genügend Ärzte, so daß z.T. die Promotoren die Funktion der Ärzte übernommen haben. Ohne den theoretiuschen Hintergrund, aber in der Praxis haben sie die Patienten behandelt, und sehr vorsichtig, viel vorsichtiger zum Teil als manche Ärzte, die vielleicht eine schlechte Ausbildung hatten oder keine Praxis. Die Frage ist, was weiß der Promotor jetzt, was soll er wissen, was hat sich geändert in der Ausbildung der Promotoren.

Da haben wir ein Problem: Jetzt brauchen wir Promotoren, die fähig sind, Erziehungsarbeit in der Bevölkerung zu leisten. Da geht es in erster Linie um die präventive Medizin, das bedeutet, die Lebendbedingungen zu verändern. Und zwar nicht nur, daß sie sich jetzt die Hände waschen und die Küche sauber halten sollen und so weiter. Wir haben ein integrales Konzept - deshalb machen wir auch so viele Versammlungen. Wir versuchen alles zu koordinieren, sowohl mit der Erziehung als auch mit dem produktiven Sektor, alles was es an sozialem, produktiven und ökonomischen Leben in der 'comunidad' gibt. Wir wollen da eine Verbindung herstellen, um integrale Dorfentwicklungen zu fördern. Dabei übernimmt der Promotor eine ganz wichtige Aufgabe, damit die Bedingungen sich ändern.

In vielen Gemeinden sind die Lebensbedingungen aufgrund des Krieges sehr viel schlechter als vor dem Krieg, weil die ganze Ökologie völlig zerstört ist. Wasser war vorher reichlich da, es gab Leitungen, das gibt es alles nicht mehr, das ist kaputtgemacht worden. Flüsse, die vorher reich Wasser geführt haben, sind nur noch Rinnsale: Jetzt ist das Hauptproblem das Trinkwasser, dann die Abwassergeschichten, der Latrinenbau. Wir brauchen jetzt wegen des Ungeziefers helle, lichte und saubere Häuser anstelle der Häuser, die provisorisch aufgebaut worden sind. jetzt wo wir nicht mehr mit Zelten unterwegs sind oder auf dem nackten Boden schlafen, wird diese ganze Hygiene doch zum Problem.

Und es ist die Aufgabe der Promotoren, die Hygieneregeln durchzusetzen?

Nein, nicht allein. Deswegen gibt es eine Struktur. Es gibt im Dorf einen Promotor oder die Promotoren, die bilden zusammen mit einem Mitglied aus dem Lehrerverband, einem aus der Produktion, einem von der Dorfleitung, ein Kommitee, wir nennen das OLSI, das heißt Lokale Organisation von integraler Gesundheit. Auf Bezirksebene finden sich dann die Vertreter der Dorfpromotoren in einem Gremium zusammen.

Ich habe gesehen, daß ihr eine Kampagne gemacht habt, um die Tiere in den Zäunen zu halten. Warum?

Wir haben nicht nur wegen der vagabundierenden Tiere eine Kampagne gemacht. Seit einem halben Jahr machen wir eine Kampagne wegen des Trinkwassers, der Toiletten, des Abwassersystems und der Hygiene, also familiäre und individuelle Hygiene und der Müllbeseitigung. Jetzt muß ich kurz was erklären: der Unterschied der Situation zu der Zeit vor dem Krieg ist folgender, es gab damals sehr viel mehr einzelne Höfe mit viel Umland. Es war nicht notwendig so sehr auf die hygienischen Bedingungen zu achten. doch jetzt während der 'repopulacion' schließen sich die Menschen wegen der höheren Sicherheit und der liebgewonnenen Kollektivität in Dörfern zusammen. Außerdem hält sich jede Familie ein Tier wie Schweine um überleben zu können.

Welche Lösungen wurden bisher für das Hygieneproblem gefunden?

Auf Bezirksebene werden Programme ausgearbeitet, dann geht der Promotor zurück in sein dorf, setzt sich mit den verschiedenen Mitgliedern der einzelnen Bereiche zusammen und sie arbeiten einen Aktionsplan aus. Das Ziel ist, daß die Tiere eingesperrt werden. Dann wird eine Volksversammlung einberufen. Da wird die ganze Dorfbevölkerung informiert, wie wichtig es ist, daß die Tiere eingesperrt werden. Das wissen sie aber schon, weil die Tiere während der Saatzeit die Ernte in Gefahr bringen. Sie wissen auch, daß die Tiere auch stark Krankheiten verursachen. Aber jetzt wird nochmal auf der Versammlung darauf hingewiesen, daß die Tiere sich nicht auf Kosten der Gemeinschaft ernähren können und auf Kosten der Kinder, die am ehesten erkranken. Dann werden in der Versammlung die Maßnahmen beschlossen. Es wird vorgeschlagen, was man alles machen kann, und die Versammlung entscheidet dann, daß diese Maßnahmen jetzt gelten. Also die Dorfgemeinschaft entscheidet, so daß sich niemand mehr zurückziehen kann. Oder in einigen Dörfern entscheidet man, daß ein gefängnis für die Schweine gebaut wird. und dann geht man wenn der Termin abgelaufen ist, auf Schweinejagd und sperrt die ein, die frei rumlaufen. Der Besitzer muß dann das Schwein auslösen und der Beitrag wird genommen um Milch für die unterernährten Kinder zu kaufen. Andre haben gesagt sie machen kein Gefängnis, sie machen ein Fest, oder andere sagen, sie vergiften die Schweine. Es gibt verschiedene Methoden.

Gibt es auch Promotoren, die in den Kliniken kurativ arbeiten ?

Es gibt verschiedene Arbeitsbereiche. Im Moment sind wir noch nicht soweit, um eine Spezialisierung durchzuführen. Unsere Mittel reichen auch nicht aus und wir haben nicht genug Leute und genug Räumlichkeiten, um diese Kurse durchzuführen Die 'Promotoren' sind sowohl in der Klinik als auch auf der Gesundheitsstation und halten dort Sprechstunden ab. Sie führen Programme durch wie z.bsp. Schwangerenfürsorge, Kinderbetreuung (Wiegen und Ernährungsberatung) und Vorbeugung gegen Cholera und Fieber. Außerdem haben wir einen Heilpflanzengarten angelegt und die 'Promotoren' führen Gesundheitserziehung in den einzelnen Gruppen durch: Frauengruppen, Schülergruppen und Kindergärten.

Was ist der Unterschied zwischen euren Promotoren und denen, die die Regierung ausbildet?

Das ist ein himmelweiter Unterschied. Unsere 'Promotoren' sind die Basis für die gesamte medizinische Versorgung der Bevölkerung, für die Gesundheitserziehung der Bevölkerung, während die ganzen Techniker - wir nennen sie hier Techniker - wie Psychologen, Ärzte, die haben ausbildende, beratende und unterstützende Funktion für die Promotoren. Immer davon ausgehend, daß man einen Arzt zwar kriegen könnte, aber wenn der arzt dann wieder weggeht, dann bricht das ganze System zusammen. Und damit bricht auch die ganze Organisation zusammen. Das nationals Gesundheitswesen ist auf den Arzt abgestimmt.

Nach unserem Konzept ist der Promotor die basis des gesundheitssystems auf dem Lande. Das Konzept vom Ministerium hat im Grunde nur einen epidemologischen und propagandistischen Charakter oder einen statistischen Wert. Der Promotor wird ausgebildet, bestimmte Dorfumfragen zu machen, zu statistischen Zwecken. Also festzustellen, welche Erkrankungen gibt es, wieviele Schwangere gibt es, wie viele Kinder in welchem Alter, wieviele Latrinen, ob es wasser gibt. Also er hat eigentlich nur statistische Aufgaben.

Wie sollte die Ausbildung der Promotoren durchgeführt werden?

Unser Ziel ist eine permanente integrale Schule, oder Ausbildungszentren in den einzelnen departamientos, z.bsp. in Chalatenango. Die Zentren sollten nicht nur für die Promotores aber hauptsächlich für sie sein. Wobei der Promotor eine intensive Schulbildung bekommt und eine fachliche Ausbildung mit Spezialisierung in die verschiedenen Richtungen, entweder Gesundheitserziehung, kurative Medizin, psychosomatische Behandlungen oder auch Akkupunktur.

Wie wird die Zukunft der Promotores aussehen?

Das hängt sehr davon ab, ob wir es erreichen, ob wir soviel Gewicht haben, um es durchzusetzen, daß unser Promotorensystem anerkannt wird. wir sind da ziehmlich optimistisch. wir haben in den letzten Monaten verschiedenen Regionen besucht mit den Promotoren, wir wollen auch im nächsten Jahr einen Promotorentausch zwischen den verschiedenen departamientos organisieren.

Die Promotoren sind ausgebildet worden, ohne daß die Regierung einen Pfennig dafür ausgibt. Was für ein Ziel verfogt die Regierung damit, daß sie diese Promotoren nicht anerkennt?

Das ist eine interessante Frage. Die Regierung hat natürlich kein Interesse, die Volksorganisationen, die aus dem bewaffneten Kampf entstanden sind, zu belassen. Die Regierung hat Interesse daran, jegliche mögliche Volksorganisation, die wieder in einen direkten, offenen Befreiungskamüf umschlagen kann, nicht nur mit politischen Mitteln zu zerstören. Auch der politische Kampf ist gefährlich für die Regierung. Die Regierung fürchtet natürlich auch die Wahlen 1994, und die Basis der FMLN sind natürlich diese Volksorganisationen, deshalb muß die Regierung diese Volksorganisationen kaputtmachen. Der andere Punkt ist, daß wir ja nicht nur die Anerkennung der Promotoren wollen, sondern auch ihre Bezahlung

Eine Anerkennung durch die Regierung bedeutet,

daß die Regierung die Promotoren bezahlen muß?
Eben: Im Moment haben wir das dicke Problem. Wir haben von der OPS (Zweigstelle der WHO für Zentralamerika) ein Sonderprogramm bekommen. Die waren derartig fasziniert und beeindruckt. Das war ein Sonderprogramm für die Kämpfer von der FMLN, wenn sie demobilisiert wurden, sollten sie eine Sonderbehandlung bekommen, sie sollten notwendige Operationen kriegen, und auch eine vollständige Zahnbehandlung, dafür waren Fonds zur Verfügung gestellt. Doch es gab nicht soviele Zahnärzte. Also haben unsere odontologischen Promotoren, die haben in den Laboratorien, die in diesen Campamientos (Alle Compas der FMLN sind in zentralen Lagern zusammengezogen gewesen. Sie hatten eine gewisse Autonomie; die Compas waren immer noch unter Waffen, aber diese Campamientos waren von der UNO kontrolliert) eingerichtet worden sind, mit einem vorrübergehenden Gehalt von der OPS gearbeitet. Zahnärzte von der Universität waren von ihrer Arbeit unter diesen bedingungen mit diesen weinigen Mitteln beeindruckt.Doch ihre Hochachtung war eine erschrockene Hochachtung, weil wenn das wirklich anerkannt werden würde, dann würde das ja eine fatale Konsequenz für diese Zahnärzte bedeuten, Das würde ja das ganze Gesungheitssystem in Frage stellen. Und deshalb wollen sie das natürlich nicht anerkennen. das bedeutet wir müssen einerseits gegen die Professionellen kämpfen und andererseits gegen das Gesundheitsministerium. Die Universität muß unsere Promotoren anerkennen. Und das ist eine Hürde, die sehr hoch ist. Ich glaube auf friedlichem weg werden wir das wohl nicht erreichen. wir müssen uns da noch Methoden überlegen.

Denkst du, daß es Möglichkeiten vom Ausland gibt, bei der Bewältigung dieser Aufgaben zu helfen?
Ich glaube schon. Uns sind sehr viele Gelder versprochen worden. Einige Gelder sind auch gegeben worden. Aber jetzt nachdem die Übergangsphase fast vorbei ist, wo jetzt auch die letzten Waffen abgegeben worden sind, flaut das Interesse ab. Und von daher ist es ganz wichtig, diesen im Grunde einmaligen Prozess auf der Welt weiter zu unterstützen. Man muß sich immer vorstellen, daß diese Leute gekämpft haben, einfach aus dem Nichts heraus, Überlebenskampf, und sie haben bewiesen, was sie für eine Stärke haben und auch was sie für Kenntnisse erworben haben im Krieg.Und aufgrund welcher Tatsache war das möglich? Es war die Solidaritätsarbeit, die diesen Kampf mit ermöglicht hat. Und ich denke, daß dieser Prozess, wenn nicht mehr, dann mindestens genauso unterstützt werden muß. Das hat doch Modellcharakter, was wir hier jetzt versuchen. Und von daher finde ich das ganz wichtig, daß man sehr viel Publizität herstellt und auch versucht, uns direkt zu unterstützen mit Material und mit Geldern, um die Ausbildung weiterführen zu können. Hauptsächlich in Bezug auf Ausbildung und Organisationsarbeit. Das ist ganz wichtig.

Vor einigen Tagen ist das Friedensfest auf den Straßen San Salvadors mit den roten Fahnen der FMLN gefeiert worden. Was waren deine Gefühle dort? Nach so langer zeit fühlst du dich sicher auch als Salvadorianerin, und als ein Teil der FMLN.
Gemischt. Auf der einen Seite, wenn ich die roten Fahnen sehe und „solidaridad internacional" und die ganzen uralten Parolen höre, dann fühle ich mich immer noch heimisch, das würde wahrscheinlich jetzt niemand in Europa verstehen können. Ich glaube, das ist wohl auch das einzige Land auf der Welt, wo man noch von Kommunismus, Sozialismus und den roten Fahnen redet. Wobei die Worte mit andren Inhalten besetzt werden. Aber so wie ich gehört habe, daß man in Europa sich überhaupt nicht mehr traut, das Wort in den Mund zu nehmen. Da muß ich dann immer grinsen, weil das rote Fahnenmeer, also irgendwie freut mich das, daß man nicht von heute auf morgen alles über Bord wirft, was einmal gut war, diese Radikalität. Klar, man muß sich immer ändern, aber diese 180 Grad-Wendung, die kommt mir doch sehr verdächtig vor.
Auf der anderen Seite so ein bißchen wehmütig. Es ist schwer zu erklären, weil niemand das verstehen wird. Es sind so viele Compas gefallen, um so ein Gewehr zu erobern. Und mit diesem Gewehr haben wir das erreicht, wo wir heute sind. Das ist zwar nicht glorreich, aber immerhin



haben wir dem Mitär einen ganz starken Schlag versetzt. Einfach aufgrund der neuen Tendenz in Latein-Amerika, dieser Pazifismus und Neoliberalismus, die sagt, daß der Militarismus keine Chance mehr hat, hätten wir ohne diese Waffen überhaupt keine Veränderung erreichen können. Im Moment ist es obsolet überhaupt an Waffen zu denken. Und wir müssen neue Methoden finden und wir sind auch dabei. Aber es tut weh. Es aht soviel gekostet, das zu erreichen. Soviele Compas, die ihr Leben für ein Gewehr aufs Spiel gesetzt haben und es auch verloren. Wo das Gewehr viel, viel wichtiger war als alles andere. Aber wer nie im Krieg gewesen ist, in diesem Krieg, der kann das wahrscheinlich nicht verstehen. Der kann nur sagen, das ist Gefühlsduselei.

Am Tag der Demobilisierung der FPL war in Guarjila folgendes zu beobachten: Einen Tag vor dem Termin der Demobilisierung haben die Leute ständig ihre Munition in die Luft verschossen. Als sie zur UN gehen mußten, um ihre Waffen abzugeben, sie zu verschrotten, haben unterwegs viele ihre Waffen kaputtgemacht. Sie haben das so begründet: den Genossen ist es lieber, ihre Munition zu verschiessen, als sie der Un abzugeben. Ja, aber was denken sie denn über die UN, was ist für sie die UN?
Die UN ist ein notwendiges Übel Aber die Compas haben ganz viele Erfahrungen gemacht. Wenn man die Zusammensetzung der UN sieht, wenn man sich überlegt, wer die UN finanziert mit welchen Motiven die UN kommt und wenn man die Praxis sieht, die militärische Leitung, das sind die kriminellsten, die repressivsten Militärs aus ihrem Lande. Eine große Anzahl der Offiziere sind Spanier, und die sind derart zynisch und stehen ganz offen auf der Seite der Armee und behandeln die Compas mit einer Herablassung und Arroganz. Ich glaube, das ist genug gesagt. Und erstaunlicherweise: die lateinamerikanischen Offiziere versuchen am Anfang ebenfalls die typische, militärische hofmäßige Tour: was sind das schon für Halunken, die da sind, diese Subversiven. Aber nach kurzer Zeit kippen die einfach um und stehen dann auf unserer Seite. Erstaunlicherweise. Gerade lateinamerikanische Militärs, die ja auch teilweise kriminellen Militärdiktaturen angehört haben, kippen eher um als die Spanier.
Aber hier waren auch Ecuadorianer und Kolumbianer, die wurden abgesetzt, weil die zu parteiisch für die FMLN waren. Die wurden nach ein paar Monaten schon abgesetzt. Aber um das noch zu sagen, diese paar Leute, die können das Image der UNO nicht derartig aufbessern, das sind Ausnahmen. Das merken auch die Kompas. Zum Beispiel die Kommission der derechos humanos (Menschenrechte) der UNO, das sind tolle Leute. Aber ich weiß auch nicht, woher die Compas so schnell feststellten, welchen charakter die UNO hat. Aber das ist ganz eindeutig, die Ablehnung, oder zumindest so ein Verhältnis: wir brauchen die UNO, aber Vertrauen sollte man auf gar keinen Fall haben.

Viele Leute hier, besonders Genossen der Partei bezeichnen diesen Frieden als einen Sieg gegenüber dem Militär. Sie setzen sehr viel dran, daß sie nach der wahl von 1994 eine starke Opposition im Parlament werden. Glaubst du, daß die FMLN eine große Mehrheit haben wird oder ein starkes Gewicht im Parlament werden kann?
Also ganz ehrlich gesagt: ich glaube, um wirkliche, grundlegende veränderungen durchführen zu können, brauchen wir einen Wahlsieg oder zumindest eine starke Vetretung im Parlament. Also fast die Mehrheit müssen wir haben. Aber ganz persönlich glaube ich, wir sind noch nicht dazu in der Lage, die Macht zu übernehmen. Du fragst nach den Chancen. Das weiß man immer nicht. Das wechselt von heute auf morgen, wie das Volk wirklich entscheidet. Ich glaube es gibt eine große Überzeugung im Volk, wenn man die Propaganda von Arena hört und Christiani insbesiondere, der zieht sich natürlich die Weste an, daß aufgrund seiner Politik der Frieden erreicht wor-

den ist. Und macht eine Riesenpropaganda. Mit dieser Propaganda können wir einfach nicht konkurrieren, das ist unmöglich. Wir haben ja die Medien gar nicht. Außer zwei kleine Radios haben wir eigentlich gar nichts. „Latino", eine Zeitung, aber auch nicht so,wie wir uns das vorstellen, die gehört uns ja nicht. Da propagandistisch etwas entgegenzusetzen, das erreichen wir nicht. und die praxis um eine wirklich effektive Basisarbeit zu machen, miot der dann die Partei Stimmen fangen kann, dafür ist die Zeit zu kurz und außerdem stecken wir noch in einem derartigen Durcheinander; daß wir wirklich noch nicht an den ganz großen Erfolgen zeigen können, was unsere Politik ist. Wir haben da noch nicht so viele Resultate. Also: Auf der anderen Seite ist die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt davon, daß der Wahlsieg, die acuerdos, auf Kosten der FMLN gehen. Das zeigt sich auch, daß sich die Situation zum großen Teil geändert hat. Es gibt zwar immer noch Tote und Verletzte, aber diese offene Repression und die Willkür der Armee ist jetzt verschwunden und die Polizei hat aucg Angst. In einigen Regionen gibt es schon die neue Polizei. Und da machen die Leute die Erfahrung, daß nicht mehr die Willkür der rechten und der Reichen verteidigt wird: und das sind sachen , die sich viel schneller verbreiten als so eine Radiopropaganda.

Falls die FMLN die wahl gewinnt, glaubst du, daß die USA ruhig zusieht,oder glaubst du, daß sie das macht, was sie mit den Sandinisten in Nicaragua gemacht hat?

Also soll die FMLN sagen: wählt uns lieber nicht. Es tut uns leid, wir kommen hier nicht an die Macht, deshalb können wir auch weiter nichts erreichen, mit der Agrarreform, mit der Bodenreform, und der Entprivatisierung der Banken, aus der Angst heraus, es geht nicht? Was einmal in Bewegung ist, das kann man nicht mehr aufhalten. und es hängt auch gar nicht so sehr von der Partei ab, sondern von dem Movimiento Popular (Volksbewegung). Die Volksbewegungen sind wieder am Erstarken. Und die Partei hängt eben immer von diesen Bewegungen ab, ob sie wirklich die Kurve kriegt und immer revolutionär bleibt oder nicht.

Du meinst die Garantie der FMLN sind die Volksbewegungen.

Ja. Eindeutig.

Was denkst du, wie würde die außenpolitische Situation sich verändern, wenn die FMLN tatsächlich eine Mehrheit bekommt?

Das bleibt abzuwarten. DIe Entwicklung in den letzten Jahren geht so schnell. Wer . Ich glaube aber auch nicht, daß wir alleine dastehen werden. Diese Jahre sind Jahre des Umbruches. Ich glaube ich buin kein großer Analytiker oder Historiker, aber vieles was in den letzten Jahren passiert ist, war so unerwartet, daß ich glaube, daß auch in den nächsten Jahren viel Unerwartetes passieren wird. Und ich hoffe es auch, wenn man die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten hört. Es ist so erstaunlich, daß in den Vereinigten Staaten Volksbewegungen entstehen, das habe ich nicht für möglich gehalten.

Vielen Dank für das Gespräch!

DAS SYSTEM DER MAESTROS POPULARES IN EL SALVADOR

Interview mit Christoph Österle am 21.2. 93 in Guarjila/E.S.

Seit sieben Jahren lebt Christoph Österle in Zentralamerika. Er ist mit einer Salvadorenierin verheiratet und hat eine dreieinhalbjährige Tochter. Der 35jährige hat in Deutschland Mathematik und Kunst studiert für Sekundarstufe Eins, Realschule. Er hat die Entstehung des Schulwesens in den von der FMLN kontrollierten Gebieten El Salvadors von Anfang an begleitet.

Wie ist das System der „maestros populares" überhaupt entstanden?

Das geht sehr weit zurück. In der Mitte der siebziger Jahre gab's über die Landarbeiterbewegung und die christliche Katechistenbewegung schon Kurse. Schon damals nahmen die Leute die Fortbildung für Erwachsene und Jugendliche selbst in die Hand.

Als dann Anfang der achziger Jahre oder Ende '79 die Leute auf die Flucht gehen mußten, da konnten sie die Leute nicht jahrelang ohne Schulbildung lassen. Da mußten die anfangen, sich um ihre Kinder zu kümmern. Und so gab's hier in Chalatenango überall von Anfang an Unterricht. Die Leute haben selbst unterrichtet, formlos, Stückchen Sand glattgestrichen und dann geschrieben, Materialien gab's zu jener Zeit nicht.

Es ging drum den Kindern ein bißchen was zu vermitteln, und die Kinder auch zu kontrollieren, damit die nicht rumstreunern und möglicherweise auf Minen stoßen. Es war für die Kinder unter so unsteten Verhältnissen für die Erziehung sehr wichtig, eine formale Schulbildung zu haben.

Und diese ersten Schritte wurden dann von der Guerilla aufgenommen und institutionalisiert, schon während des Kriegs, da gab's die „poderes populares locales" (PPL)[1], das war die Selbstverwaltung der „masas clandestinas". Die „masas clandestinas"[2] waren die Zivilisten, die zwischen 1980 und '86 in den ganzen Konfliktgebieten immer auf der Flucht vor den Operativos hin und herzogen. Das waren hier in Chalate über 10.000 Personen.

Die Schule wurde von den PPL, der zivilen Selbstverwaltung der Fliehenden organisiert, da wurde sogar ne Lernfibel erstellt und gedruckt, und zwar hier in den Bergen. Und teilweise wurde hier selbst gedruckt mit einfachsten Mitteln. Diese Erfahrung, Schule zu machen war der Anlaß, daß dann in den Flüchtlingslagern in Honduras, in Mesa Grande und in Colomoncagua, San Antonio auch so Schule geahlten wurde - selbstorganisiert. Nicht, weil jemand sparen wollte, sondern weil die Flüchtlinge selbst darauf bestanden, die Erziehung ihrer Kinder in die Hand zu nehmen, um eben das zu unterrichten was wirklich notwendig ist, und so, wie sie es für richtig halten.

Die „población clandestina" entstand so: Anfang der achziger Jahre hat das Militär hier alle Leute vertrieben. Und jeder, der 200 Meter weiter von Chalatenango/Stadt weg lebte, der war schon ein Illegaler und ein Guerillero, weil es da keine Zivilbevölkerung mehr gab. Und deshalb wurden auch Kinder und Erwachsene, wenn die hier angetroffen wurden, niedergemacht als Guerilleros. 10.000 Personen waren da als illegale Bevölkerung, aus der Sicht der Regierung.

Ab 1986 gab es dann die Bewegung zur Legalisierung der Bevölkerung. Das fing damit an, daß Anfang 1986 eine große Gruppe Leute von Militärs umzingelt wurde, gefangen genommen wurde und deportiert wurde nach Refugio Calle Real, aber nach zwei Monaten haben die soviel Kraft gefaßt, daß sie zurück sind und ganz legal, mit Hilfe der Kirche, San Jose las Flores wiederbesiedelten. Und sofort auch wieder einstiegen in den Unterricht.

Nun, die Wiederbesiedlung von Las Flores ermöglichte vielen Leuten, sich wieder richtige Papiere zu besorgen, die Grenze zwischen Regierungsgebiet und Guerillagebiet wurde durchlässiger. Las Flores war das Pilotprojektes kamen viele Wiederbesiedlungen dazu Dann gab's die anderen Repopulaciónes[3], und so wurde legalisiert, über diese Repopulaciónbewegung. Von Anfang an war auch der Gedanke da, Erziehung zu machen. Und das war nichts Aufgesetztes, sondern wirklich ein Bedürfnis der Leute selbst. Klar, daß das die ganze Zeit eigentlich nur für Kinder funktioniert hat. Wir haben immer wieder versucht, Erwachsenenbildung zu machen, aber die Erwachsenen hatten soviele Aufgaben im Rahmen des Krieges, im Rahmen des ökonomischen Boykotts. Wir konnten ja nicht einmal Nägel hierher bringen, kein Wellblech, Nichts. Und alles mußte geschmuggelt werden, oder erfunden werden, wie man die Sachen ersetzen kann, so daß für Erwachsenenbildung sehr wenig Zeit war. Wir hoffen jetzt, dies in der neuen Etappe zu verändern.

Wieviel Prozent der Kinder kommen in die Schule?

Also ich glaube, wir haben 99% aufgeschrieben, das heißt hier matrikuliert, also eingeschrieben in die Schulbücher. Und die Anwesenheit der Schüler täglich ist, ja mit den Krankheiten und allem, 85% vielleicht. Es ist ja so, daß die älteren Kinder die kleineren Kinder hüten. Und da haben wir immer noch Schwierigkeiten mit den Eltern. Oder daß der Vater in den Erntezeiten, den Hauptarbeitszeiten, die Jungens mit auf die Felder nimmt usw. Von daher gibt's immer noch Schwierigkeiten. Aber im beschränkten Rahmen. Ich wag's natürlich nicht zu sagen, wir haben 100% der Schüler, irgendwelche sind immer dazwischen, die wir nicht kriegen. Aber unsre Lehrer haben die Sache ganz gut im Griff, sie wohnen im Ort, kennen die Kinder und die Eltern.

Ich glaub, unsere Kinder kommen ganz gern zur Schule, aber es geht darum, die Eltern zu überzeugen und zu drängen, daß sie die Kinder in die Schule gehen lassen. Die Eltern mit den ganzen Existenznöten wollen, daß die Kinder Pferdefutter holen, daß sie die Kühe versorgen, daß sie die Ziegen hüten. Dann lassen die die Kinder nicht in die Schule und dann verlieren die den Anschluß und dann wird das schwierig.

Was bedeutet „maestro popular"?

Das ist eigentlich ein Movimiento, eine Bewegung, die aus der Notwendigkeit der Bevölkerung entstanden ist, dafür zu sorgen, daß die Kinder ein bißchen Schulbildung bekommen.
Die Maestro popular bekommt die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Kinder in ihrem eigenen Ort unterrichtet werden.
Die Educación popular, die Volkserziehung, die wir hier machen, darf man nicht in den gleichen Topf werfen, wie die educación popular im allgemeinen Sinne. Die Educación popular, wie man's herkömmlich sieht, die von dem Brasilianier Paolo Freire ausgeht, soll die Leute über das Mittel des Unterrichts politisch bewußt machen. Bei uns steht das natürlich auch im Zentrum, aber es geht darum, die Leute über den Unterricht zu befreien, oder denen zumindest eine Lebenschance in der Gesellschaft hier zu bieten, dafür zu sorgen, daß sie die Benachteiligung, daß sie auf dem Land leben, überwinden können.
Bei uns geht es in erster Linie darum, daß die Bevölkerung selbst die Sache in die Hand nimmt. Es geht also um die Selbstverwaltung - Autogestión sagt man hier.
Hier in El Salvador haben wir das Problem, wie in ganz Lateinamerika, daß die Lehrerausbildung nur in den großen Städten stattfindet und die Lehrer immer Städter sind. Falls sie überhaupt bereit sind, auf dem Land zu arbeiten, kommen sie höchstens für zwei, drei Monate, im äußersten Fall für 3 Jahre. Hier in El Salvador ist es z.B. so: die Lehrer kommen Dienstag nachmittags an und fahren Donnerstag nachmittag oder Freitag früh wieder zurück in die Hauptstadt. Ihr ganzes Denken ist städtisch, bürgerlich und darum ist die Beziehung zu den Schülern extrem schlecht, weil es eine tiefe soziale Kluft zwischen beiden gibt. Ein wirkliches Lernen ist nicht möglich, weil es da immer eine „sentimiento de inferioridad"4, einen Minderwertigkeitskomplex, bei den Schülern und Hochmut bei den Lehrern gibt.
Die Sprache und das ganze Denken sind unterschiedlich zwischen Stadt und Land. In der Stadt funktioniert das Lernen in erster Linie über Beispiele, über Symbolik. Hier auf dem Lande ist Lernen, daß das Kind von Anfang an imitiert: Geht mit dem Vater aufs Feld. Das Mädchen hilft beim Waschen mit (Es ist ne ganz klare Rollenverteilung hier, da ist gar nicht soviel Unterdrückung dabei, sondern einfach Aufgabenverteilung.)
Die Bedingung, daß die Lehrer aus dem gleichen Ort sein sollen, wo sie auch unterrichten, mindert die Problematik von Minderwertigkeitsgefühlen in der Schüler-Lehrer-Beziehung. Das ist ganz wichtig für unsere maestros populares.
Der nächste Bereich ist das Bewußtsein, kein Profi zu sein. Das bedeutet, der Lehrer ist sich ganz bewußt, daß er Defizite hat und die will er überwinden. Und dadurch ist er viel offener für neue Möglichkeiten. Und es geht ihm eben auch nicht nur darum, das Gehalt einzustreichen. Wir haben jetzt im Moment umgerechnet 25 Mark pro Monat für den Lehrer, davon kann er nicht leben, aber trotzdem schafft er es mehr oder weniger. Er muß dann noch aufs Feld gehen, was gleichzeitig den Lehrer noch mehr in den Ort integriert.
Wir haben eine ständige Ausbildung. Die Lehrer treffen sich ständig, einmal ist es Fortbildung, dann ist es Austausch, Selbstausbildung, und drittens ist da der ganze gewerkschaftliche Horizont nicht zu vergessen: daß die Lehrer ständig in Kontakt miteinander sind, ständig über sich als Gruppe nachdenken, und ständig Verbesserungen für sich fordern, aber auch didaktisch-pädagogische Verbesserungen ausarbeiten.
Das Arbeiten der Lehrer selbst in Gruppen produziert natürlich auch ein Denk- und Lernmodell in den Lehrern, das sie auf den Unterricht übertragen, so daß das Lernen der Schüler, auch wenn's auf den ersten Blick tafelorientiert erscheint, doch sehr stark gruppenorientiert ist und auf Austausch beruht.
Es ist da ein weiterer Effekt; die Schüler wissen, der Lehrer ist ja nur der Nachbar, ist ja nur der große Bruder. Und deshalb hinterfragen sie die Lehrer ständig. Und dieses Hinterfragen hat auch wieder Projektcharakter, die Schüler fühlen sich selbst verantwortlich für die Schule und für ihren Unterricht, was den Lernprozeß ungemein fördert.

Wie bewertet Ihr jetzt die Entwicklung des Bildungssystems während des Krieges? Was gibt es zu kritisieren?

Wir haben ein ganz klares System von einer Evaluierung, von den kleinsten Gruppen, die müssen sich einmal pro Woche eine Stunde zusammensetzen, unsre Schüler sitzen untereinander und mit den Lehrern jede Woche 20 Minuten zusammen, und kritisieren, was sie letzte Woche gemacht haben. Und das geht auf allen Ebenen weiter. Auf der lokalen Ebene - die Lehrer setzen sich zusammen und reden, die regionale Verwaltung von unseren Schulen, hier zum Beispiel in der Zone von Las Flores bis Los Ranchos, sind 5 Schulen, da saßen alle Lehrer zusammen, und auch die Coordinadores5, da wird Punkt für Punkt abgecheckt, was gut war, was schlecht war, was besser gemacht werden muß.
Im Rahmen des Friedensprozesses haben wir eine Bewertung dessen gemacht, was wir getan haben, um zu sehen, was lohnt sich, in den Frieden hinüber zu retten, was lohnt sich nicht. Was erhalten werden soll, ist, daß die Bevölkerung selbst die Schule in die Hand nimmt. Daß sie das Recht hat, über die Lehrer zu bestimmen. Klar, daß das den Lehrergewerkschaften zuwiderläuft, aber das Ziel ist, daß die Lehrer voll in die Ortschaften integriert sind, und nicht als Fremdkörper und Herrschaftsstruktur dort sind.
Im Moment können wir in allen Ortschaften höchstens von Kinderkrippe über Kindergarten bis zur 6. Klasse unterrichten. Wir haben jetzt vom Erziehungsministerium Lehrer für die 7., 8., und 9. Klassen gefordert.
Wir wollen aber, daß Leute, die politisch den Leuten hier nahestehen, unterrichten. Deshalb versuchen wir, daß unsere Lehrer jetzt eine sehr gute Ausbildung bekommen, arbeitsbegleitend, langfristig, und daß sie auf die Gehaltslisten des Erziehungsministeriums kommen. Das gibt uns eine Sicherheit, daß der ganze Krieg, zumindest im Erziehungsbereich, aber auch im sozialpolitischen Bereich, Früchte tragen wird.

Was ist der Unterschied zwischen den Erziehungsmethoden der „maestros populares" und denen der Lehrer, die das Erziehungsministerium ausbildet?

Die Methoden sind leider sehr ähnlich. Aber die Motivation der Lehrer ist ganz verschieden.
Ein Lehrer, der hier aufs Land geschickt wird vom Erziehungsministerium, der macht das, um Geld zu verdienen. Wir hier dagegen suchen eine Person, die wirklich die Fähigkeit hat, Lehrer zu sein. Und manchmal kristallisieren sich Leute raus, wo man gar nicht dachte, daß die gute Lehrer sind und es sind phantastische Leute. Manchmal fällt's ihnen sehr schwer, selber zu lernen, aber sie unterrichten phantastisch. Und das können wir nur mit diesem Prinzip von Versuch und Irrtum, weil der Lehrer von ersten Tag an unterrichtet und dann ständig fortgebildet wird. Wir haben Lehrer, die jetzt 7 Jahre unterrichten, und mehr, und jeden Monat 3-4 Tage Fortbildung haben. Und die täglich den Selbstunterricht haben, in der Gruppe, das „seguimiento"6. Das bringt uns viel weiter als ein Lehrer, der kommt, unter der Tür überlegt, „was werd ich unterrichten?", dann das Buch aufschlägt und das Buch abschreiben läßt.
Wir haben deshalb, obwohl wir inzwischen auch finanziell die Möglichkeit hätten, Bücher für die Schüler zu haben, die Menge der Bücher reduziert, um den Lehrer zu zwingen, selbst den Unterricht zu entwickeln. Sonst kommt in die Bücher die ganz städtische Denkweise, Bushaltestelle, Bus, Straßen, Ampeln, Unfall .... Hier brauchen wir andere Sachen. Es ist eine ganz andere Art und Weise, die Umwelt hier wahrzunehmen, weil's ganz andere Probleme sind, was kein Buch bisher in El Salvador wiederspiegelt. Und von daher müssen wir das anders machen.

Was ist jetzt Eure größte Auseinandersetzung mit der Regierung?

Die Auseinandersetzung mit der Regierung muß man sehr differenziert interpretieren. Eigentlich schätzen die uns hoch ein, weil wir genau das erreicht haben, was sie wollen. Privatisierung der Schulen - was wir eigentlich nicht wollen, aber in gewissem Sinne sind wir leider Privatschulen. Die nehmen uns jetzt schon voll in ihre Statistik auf. Hier in Chalatenango haben sie unsere 4000 Schüler in der Statistik drin und auch unsere Lehrer. Und da der Regierung ja alles nur um die Propaganda geht, ist unsere Auseinandersetzung deshalb: wie können wir weiterarbeiten, ohne denen Vorarbeit zu leisten in ihrer Propaganda. Und wir können ja keine Fernsehminuten kaufen und Werbung für uns machen. Das ist also einer der schwierigsten Bereiche der Auseinandersetzung. Es geht also darum, alles, was nach Privatisierung riecht, früh genug zu erkennen und zurückzubiegen.
Der Staat ist verpflichtet, für die Beschulung der Kinder zu sorgen, also für die Educación basica, die Grundschulausbildung von der 1. bis zur 9. Klasse.
Der Staat mit seinem neoliberalistischen Prinzip ist aber zur Zeit dabei, alles zu privatisieren. Da haben die also mehrere Schulprogramme (Sabes und Educo)7 - wo die ganz bewußt unser Prinzip nachgemacht haben, aber im Hinblick darauf, Gewerkschaften zu verhindern. Jeder Lehrer ist von seinem Ort angestellt. Eine Gemeinde hat dann vielleicht zwei Lehrer, und da gibt's noch keine Möglichkeiten, sich als Gewerkschaft zu organisieren.
Die versuchen - was jetzt beinahe schon abgebogen ist - hier das ganze Schulsystem so zu machen, wie das nordamerikanische Universitätssystem.
Wer Schule machen will, der sucht sich einen Sponsor, hat eine gute Schule, und wenn er einen schlechten Sponsor hat, dann hat er eben Pech. Das könnte vielleicht in den gutbürgerlichen und reichen Ortsteilen von San Salvador klappen, aber hier auf dem Lande? Alle unsere Schulen sind eigentlich dort, wo's vorher nie Schulen gab. Das gefällt natürlich dem Staat auch, er hat jetzt viel mehr Schulen und nimmt die als die seinen. Und gleichzeitig kämpft er gegen uns. Letzte Woche erst hat der Vizeminister einen unserer Lehrer im Fernsehen erwähnt und gesagt, dieser würde verhindern, daß der Staat den Canasta basica (das ist das Notwendigste, was ein Lehrer und Schüler brauchen) übergebe. Der Staat behauptet, das allen Schulen zu übergeben. Und die wollten das also in jedem Ort überge-

ben, mit Fernsehkameras usw, und das ist lächerlich. Der Canasta básica[8] umfaßt hier z.B. pro Schüler ein Heft und einen Bleistift. Und für den Lehrer 5 große Papierbögen, 1 dicken Filzschreiber, ein ganz kleines dünnes Lexikon, ein Rechtschreibewörterbuch eigentlich eher, und nochmal ein Buch über den menschlichen Körper und für 3 Lehrer jeweils 1 Hefter, 1 Besenstiel - den Besen kann man ja selber machen - , ach, und ein Wasserbehälter, damit die Schüler Wasser trinken können. Das ist also der Canasta basica. Wobei wir ausgerechnet haben, daß die für die Werbung jetzt schon doppelt so viel ausgegeben haben wie für die Sache selbst.

Und da geht der Vizeminister also dann hin und sagt in der wichtigsten Fernsehnachrichtensendung im Canal 6, daß Amadeu L. der Regierung nicht erlaubt, an ungefähr 70 Schulen diesen Canasta basica zu übergeben. Obendrein verhindere er den Zuzug der Lehrer. Wir sind am Tag drauf zur Zweigstelle des Erziehungsministeriums in Chalatenango gegangen und haben gefordert, die sollen uns sofort die Lehrer schicken, wir brauchten die für die 6. und 7. Klassen. Die Antwort war: „Ne, ne, es gibt noch keinen einzigen Lehrer für diese Gegend, wenn, dann kommen die bis Juni, wenn die überhaupt kommen. Und dann müßte das ja erstmal für die erste Klasse sein. ..."

Also es geht hier in ganz Salvador der „Arena"-Partei[9] nicht um die Sache, sondern nur um den Schein. Um den Schein, und um Geldmittel reinzukriegen, Finanzhilfen, vor allem von ausländischen Geldgebern, wie AID[10] usw. Das ging soweit, daß die mit unseren Schülern am Schuljahresende im November die Educo- Schulabschlußprüfung machen wollten, um so alle unsere Schüler als Educo zu tarnen und so nochmal 4000 Schüler mehr zu haben. Es geht da wirklich nur drum, Finanzhilfen abschöpfen zu können.

Es gibt jetzt ein neues AID-Projekt, das heißt „Sabes". Das geht über 8 Jahre und soll die ganze Grundschule von der 1. bis zur 9. Klasse revolutionieren. Da geht es auch nur: große Propaganda, große Werbung, alle Lehrer werden fortgebildet. Was ist die Fortbildung? Pro Region kriegen die am Schuljahresanfang 2 Tage was in den Kopf reingebleut und dann ist die Sache vorbei. Und obendrein sind diese neuen Lehrpläne von nordamerikanischen Fachleuten ausgearbeitet, die noch nie hier auf dem Land waren.

Warum weigert sich eigentlich die Regierung, Eure Lehrer, also die „maestros populares", endlich anzuerkennen?

Die Regierung hier hat keinen Pfennig Geld, das wissen wir. Das Steueraufkommen ist so gering, daß sie es ja nicht einmal schaffen, die eigenen Lehrer zu bezahlen, daß die da jetzt monatelang im Hintertreffen sind mit der Bezahlung. Schon allein hier in Chalate haben wir beinahe 300 Lehrer, mit den Kindergärtnerinnen, Erzieherinnen. Das wollen die sich nicht aufhalsen, deshalb pochen die eben auf die Privatisierung. Unser Gebiet produziert im Moment außer über die Mehrwertsteuer keinerlei Einnahmen für den Staat. Und deshalb will er hier nicht investieren.

Aber Ihr versucht trotzdem, anerkannt zu werden von der Regierung, warum?

Uns steht finanziell das Wasser bis zum Hals. Wir haben keinerlei Möglichkeit, uns selbst zu finanzieren. Und politisch hat das auch keinen Sinn. Wir müssen fertigbringen, daß der Staat seine Verpflichtung, für die Schulen zu sorgen, übernimmt. Dafür nimmt er Steuern ein, das ist seine Aufgabe. Wir können nicht zulassen, daß ein Staat die Erziehung privatisiert.

Außerdem wollen wir einen landesweiten Beitrag bringen zum Erziehungssystem. Und wenn wir nur als privates System hier leben, dann ist das wie ein Blümchen auf irgendnem Feld. Irgendwann wird's niedergemacht. Deshalb ist unser Interesse, jetzt anerkannt zu werden und unseren Beitrag landesweit zu bringen.

Meine Vorstellungen sind, daß man auf dem Land den Lehrern, bzw. den ausscheidenden Schülern aus der 9. Klasse ermöglicht zu unterrichten, und so einen Beitrag zum Einkommen der Familie zu leisten und sie gleichzeitig dazu verpflichtet, in eine Ausbildung einzusteigen. Drei bis vier Tage im Monat müßten dann die Schülerlehrer zusammenkommen und dann erst mal Abitur machen, und dann können sie weitermachen, um wirklich nen Lehrerabschluß zu haben

Im Moment kann ein Kind von einem Campesino[11] nicht bis zum Abitur studieren, weil er kein Einkommen hat, er muß ab 12, 13 Jahre mithelfen in der Familie, er kann nicht nur essen. Die Armut ist hier so groß...

Da haben wir einen großen Kampf mit der Lehrergewerkschaft. Die Lehrergewerkschaft ANDES[12] schlägt vor, einen Maestro Rural[13], also einen Landlehrer-Job zu haben, der minder bezahlt wird. Und wenn wir das akzeptieren, was ANDES da vorschlägt, dann gehen wir ins Verderben. Solange der Lehrer auf dem Land unterbewertet ist, solange gibt's keine Gleichberechtigung zwischen Land und Stadt. Im Gegenteil. Die Lehrer auf'm Land müßten mehr bekommen. Die Lehrer, die in Armutsvierteln unterrichten, müßten mehr bekommen als die, die die Edelpinkel da in den Nobelvierteln der Hauptstadt unterrichten.

Befürchtest Du nicht, daß Eure Arbeit stark zunimmt, wenn Ihr staatlich anerkannt werdet?

Das ist schwer zu sagen. Unser Ziel ist, das, was wir erreicht haben, aufrecht zu erhalten. Erweitern, das hängt von den Leuten ab, ob sie das wirklich anerkennen. Unsere Grundbedingung ist Autogestión, daß die Leute es selbst machen. Alle unsere Schulen sind gewachsen, weil die Bevölkerung sagte: „Wir brauchen das.". Aber klar, wenn man ein richtig gutes Beispiel hat, dann kann es schon sein, daß andere Ortschaften auch sagen: „ja, wir wollen das mal versuchen, wir wollen auch mal 'nen eigenen Lehrer haben." In die Richtung haben wir schon sehr viele Anfragen, aber die meinen alle, wir könnten jetzt mal einen Lehrer schicken von den Unsrigen.

Wir haben hier in Chalatenango 32 Schulen. Davon waren vorher nur 4 wirkliche Schulen. Alles andere haben wir selber aufgebaut.

Hat die Frente als Partei oder auch als Frente ein Konzeptv für Eure Arbeit oder überläßt sie Euch alles selbst?

Die Frente[14] ist so mit sich selbst beschäftigt und mit der Politik, daß wir im Moment dabei sind, die Frente zu zwingen, sich mit uns zu beschäftigen. So traurig es ist, das Bodenproblem ist so gravierend, daß die Frente überhaupt keine Zeit hat, sich um uns zu kümmern. Wir haben es inzwischen geschafft nicht auf der Ebene der Frente, sondern über den Servicio Jesuita, beinahe alle Escuelas populares zu organisieren. In der Hinsicht, daß sich die coordinadores sich einmal im Monat treffen und die Zukunft planen. Wir haben jetzt geschafft, daß wir von der Frente grünes Licht haben, daß wir mit allen zusammenarbeiten, die uns über den Weg laufen, auch wenn's politische Gegner sind. Das war ne Weile etwas unklar, ob das möglich ist. Jetzt sind wir dabei, von der Frente Hilfe zu erbitten, daß wir im Rahmen von der FPL auch eine spezialisierte Institution haben. Gut, hier in Chalatenango sind wir 3 Ausländer, die 'ne fachspezifische Berufsausbildung haben, alles andere sind Leute, die haben 2., 3., 4. Klasse. Im Rahmen der Ausbildung für die Guerilleros haben sie vielleicht grade noch geschafft, die 9. Klasse zu machen, die Abschlußprüfung, die Schulfremdenprüfung. Und von daher brauchen wir, wenn wir wirklich als System weiterfunktionieren wollen, Unterstützung. Eine Institution, die uns hilft, Materialien auszuarbeiten, die uns hilft, uns selber, unsere Lehrer auszubilden, fortzubilden, und die uns hilft, Finanzquellen anzuzapfen. Für alles braucht man Geld, und wenn wir kein Geld kriegen, können wir auch unsere Lehrer nicht weiterbilden, ohne die Lehrerfortbildung werden wir es nicht schaffen, anerkannt zu werden.

Zum politischen Bereich: Wir haben jetzt z.B. gerade zwei Tage die „Interregional" gehabt, da sind alle Gebiete El Salvadors vertreten, alle 5 Parteien und außerparteilichen Gruppen waren da versammelt, alle, die irgendwelche Gremien[15]-Arbeit haben. Das ist sehr stark getrennt zwischen Gremien und Institutionen. Gremien sind wir Basisbewegungen. Wir schaffen es, uns zu versammeln. Aber sobald es dann zur Institution geht, gibt's den furchtbaren Projektkampf und dann geht alles viel schlechter. Keiner will einen Vertrag mit einer anderen Institution machen, also FEDECOPADES[16], CORDES[17], CIDEP[18] und CREFAC[19], alle wollen sie Erziehung machen und kämpfen gegeneinander - das ist ein Trauerspiel. Weil es um Geld geht, um die Existenz der Institution, und Mittel, die abgezweigt werden können für die Wahlpropaganda. Was ja auch dringend nötig ist, die Propaganda, und wenn man ein gutes Projekt hat, dann seh ich das auch als sehr wichtig an.

Glaubst Du nicht, daß das an der allgemeinen Perspektivlosigkeit der Partei liegt?

Es ist nicht Perspektivlosigkeit, sondern einfach Umorientierung. Bis vor zwei Jahren war die Idee die Revolution und die Macht in die Hände zu bekommen. Und jetzt geht es drum, eine Revolution von innen zu machen, das ist ne totale Umorientierung, auch in den ganzen Institutionen. Ich glaub, da liegt das Hauptproblem. Aber ich glaub auch, wir als Erziehung bieten einen Weg an. Alles in Selbstverwaltung zu machen, in kleinen Zellen arbeiten und den Leuten eine Alternative für's Leben zu bieten.

Welche Probleme siehst Du jetzt aktuell für den Schulbereich?

Schiefgelaufen ist es eigentlich bis jetzt nirgends. Es gibt Problembereiche, z.B. Quipuron. Das Problem ist, daß das ein Bereich ist, der von 2 Parteien, von der RN und der FPL bearbeitet wird. Und da kommt jetzt die RN mit einem ganz anderen Konzept, das einfacher ist: „ wir werden von der Regierung Lehrer fordern, die müssen die Schule bauen, die Straße bauen ...". Klar, das ist gemütlicher, ist angenehmer.

Ist das machbar?

Ob's machbar ist - ich glaube, die können das jetzt sogar kriegen, weil die Regierung jetzt, um die Bevölkerung zu kriegen, was machen muß. Und ich glaube, die schaffen das, die werden auch irgendwann mal ne Schule haben und ne Straße. Vielleicht schneller als wir, die wir immer nur aufmüpfig sind.

Das ist eben die Schwierigkeit, es gibt einfach 2 Konzepte. Aber das Traurige ist, die Leute, die sind eingeschlafen, lassen sich einlullen mit Geld, soziale Aktivität wird ver-

hindert und da läuft nichts mehr, das ist ein toter Ort, wo die RN regiert. Die warten nur noch auf die Dollars, die von den Familienangehörigen aus den USA geschickt werden, und auf die Wiederaufbaudollars, die von der Regierung reingepumpt werden, vom Bürgermeister und von der Partei. Während des Krieges gab es keine andere Möglichkeit als einfach eine Schule selbst aufzubauen. Die Leute waren dazu verpflichtet, hier zu sein, die hatten keine andere Möglichkeit. Und jetzt kommt der Bürgermeister, bietet eine neue Schule an, wenn er Lehrer schikken darf. Das ist schon schwierig, was auszuhandeln, wenn man das Butterbrot schon geschmiert in den Mund gesteckt bekommt. Aber gleichzeitig erinnern sich die Leute an das, was es vor dem Krieg gab, und sehen die Schwierigkeiten, die es gab und von daher mißtrauen sie den Versprechen.

Und deshalb haben wir weiterhin sehr viel Unterstützung, aber jetzt z.B. ein neues Projekt anzufangen ist schwer. Ja, wir fangen neue Projekte an, in Las Calles, in Jicaro, aber mit Leuten, die auch wiederbesiedeln, mit Leuten, die auch schon mit uns zusammengearbeitet hatten und die wissen, wenn sie auf eine Schule warten, dann warten sie nochmal zehn Jahre. Es ist schwieriger, weil heute eben die Zukunft offener ist. Wir müssen jetzt alles umstrukturieren, wir müssen in Kontakt treten mit Morazán, mit Cabanás, mit Santa Ana, mit allen Regionen. Wir müssen uns koordinieren, wir müssen gemeinschaftliche Projekte machen, es ist schwieriger, Geld zu bekommen. Wir müssen uns verkaufen.

Vorher konnte man halt auch mal sagen, ja gut, wir haben auch Erwachsenenbildung, was ja immer gefordert wird, obwohl Erwachsenenbildung nicht läuft. Aber oft bekam man eben Mittel für Erwachsenenbildung, die wir dann für die Kinder gebraucht haben. Jetzt läuft das nicht mehr. Wir können da sagen, unser Erziehungsverständnis ist so und so, und es ist beinahe unmöglich, die Erwachsenen zu motivieren, weil die so ne unsichere Zukunft haben, daß sie lieber ein bischen mehr Geld anhäufen, weil sie ja jetzt bald Boden zurückzahlen müssen, weil sie vielleicht bald umziehen müssen in einen anderen Ort usw. Mit so einer fehlenden Stabilität kriegen wir keine Leute in unsere Klassen, keine Erwachsenen. Obwohl's dringend nötig wäre, weil die schulische Ausbildung die Voraussetzung ist, daß sie auch berufliche Weiterbildung bekommen. Grade die ganzen Institutionen, die handwerkliche Ausbildung machen wollen, die scheitern daran, daß die Leute kaum mehr können als ihren Namen schreiben.

Erzähl mal von Deinen Erfahrungen: Wie baut man eine Schule aus dem Nichts auf?

In Mesa Grande/Honduras kam ich ja dazu, als die Schule schon lief. Aber da waren immer, nach allem, was ich mir erzählen ließ, entweder Ordensleute oder Studenten oder sonstwelche Leute, die ein Konzept hatten und dann geholfen haben, dies durchzusetzen im Ort. Das bedeutet, als ich dann hier nach Chalate kam, mit der Wiederbesiedlung von Los Ranchos, da hab ich von Anfang an die Aufgabe gehabt, Schule zu machen. Und das ging so weit, daß ich die erste Zeit selbst unterrichtet habe, jeden Tag die Lehrer versammelt habe, jeden Tag mit den Lehrern Unterricht vorbereitet habe, mit denen einkaufen gegangen bin, um Schulmaterialien zu haben. Keinen Druck machen, aber durch die Anwesenheit doch garantieren, daß die Grunderfahrungen gemacht werden, wie es funktioniert. Und das mit Jugendlichen von 18 - 19 Jahren, das ist schwierig, die wagen sich da nicht dran, und da muß man die einfach um sich scharen, und versuchen, einen Einstieg zu finden. Wir setzen uns untern Baum, machen heute mal eine Stunde Unterricht, dann machen wir mal 5 Stunden Unterricht, schau mal, ich hab hier noch ein Buch - jetzt machen wir das mal nach dem Buch. Und dann Austausch, sich mit anderen Ortschaften treffen, und so langsam aufbauen. Das Wichtigste ist: nicht von oben runter planen, sondern in die Basis einsteigen und dort mithelfen. Die Aufgabe ist, jeweils die Leute arbeiten zu lassen und wenn die nicht mehr weiterkommen, dann helfen. Man muß jeden Paternalismus vermeiden und die Leute sich wirklich selber entwickeln lassen, das ist ausschlaggebend. Jeder muß seine Unterrichtserfahrung machen, seine Organisationserfahrung. Aber klar, man muß Elemente geben. Eltrenversammlungen, Hausaufgaben, Gruppenarbeit, wie ist Unterrichtsplanung - all das sind Elemente, die sich die Leute im Ort nicht aus den Fingern saugen können. Und die Tips darf man nicht lehrerhaft vortragen, sondern gemeinsam erlebt. Wir haben uns täglich getroffen, das erste Jahr, ne Stunde lang, Unterricht vorbereitet für den nächsten Tag, manchmal haben sich mir die Haare gesträubt, weil's so schlecht war, was sie vorbereitet haben. Aber dann hab ich auch jeden Tag eine Stunde lang selbst Unterricht vorbereitet, didaktisch ausgearbeitet. Und dann hab ich aber immer so Klammern gesetzt. Schau mal, wie hab ich euch jetzt unterrichtet, hab ich euch unter Druck gesetzt, oder schau mal, wie war das jetzt. Also Reflexion über die Art zu unterrichten, um gleichzeitig im exemplarischen Unterricht didaktische Analyse miteinzubeziehen. Nur so kann es funktionieren. Und dann halt auch so ein bischen Theorie miteinbringen und die Leute wirklich zum kritischen Denken zu stoßen, ja, aber es geht drum, gemeinsam zu leben. Nicht mehr zu sein, und nicht weniger zu sein, sondern einfach zusammen zu sein. Und dann auch früh genug sich zurückziehen. Wenn die Sache mal läuft, nen Schritt zurückgehen. Bei mir war's klar, nach einem Jahr lief die Sache, wir hatten natürlich eine gute Ausgangsposition durch die Erfahrung von mehrerenLehrern, die auch schon in Mesa Grande gearbeitet hatten. Aber ich konnte mich nach dem ersten Jahr dann schon in die regionale Arbeit stürzen. Lehrerausbildung auf regionaler Ebene, gemeinsame Kurse, Fortbildung, und so hatten wir da 5 Ortschaften zusammengefaßt. Im 3. Jahr konnten wir, nachdem es auch die politische Situation erlaubte, die Departementsebene organisieren, und jetzt im 4. Jahr versuchen wir auch die Koordinierung auf landesweiter Ebene anzuregen. Was wir machen, wie wir's machen, weil das ist ja alles nur autodidaktisch, ohne wissenschaftlichen Überbau, gemacht worden. Jetzt müssen wir keinen Überbau herstellen, aber doch ne wissenschaftliche Analyse von den, was wir machen. Der Frieden läßt es jetzt zu, da verstärkt ranzugehen. Aber gleichzeitig dürfen wir den Anschluß an die Basis nicht verlieren.

Deshalb versuche ich, mehrere Tage in der Woche in Los Ranchos zu sein, versuche weiterhin Lehrerversammlungen in Los Ranchos zu geben, auch mal einen Unterrichtsbesuch zu machen, oder auch mal selber nen Unterricht in die Hand zu nehmen. Immer in der Lehrerausbildung drinzubleiben, um eben kein politischer Professional zu werden, sondern vom Basisempfinden weiterzugehen. Um auch nicht falsche Wege zu beschreiten, wo wir dann keine Unterstützung von der Basis haben.

Vielen Dank für das Gespräch!

„Die Unterdrückung der Frau spiegelt sich auch in der Linken wider"

Interview mit einer Vertreterin der Frauenorganisation der FMLN, El Salvador

Wie heißt Du und was war Deine Funktion in der FMLN?

A: Mein richtiger Name ist Ana Mendez, aber der Name, unter dem mich die Leute kennen, ist Lety.

Ich habe seit 1977 und bis zum heutigen Datum in der FMLN mitgearbeitet. Bevor die FMLN gegründet wurde, bin ich in die Revolutionäre Volksarmee (ERP) eingetreten. Wegen Widersprüchen und Konflikten bin ich jetzt nicht mehr aktives FMLN-Mitglied, fühle mich aber immer noch der Partei zugehörig.

Welche Aufgaben hattest Du während des Krieges?

A: Ja, während des Krieges war ich verantwortlich für die Koordination der Streitkräfte in der Zone, wo ich gearbeitet habe. Ich war auch verantwortlich für die Kommunikation und die Organisation der Massen in den Expansionsgebieten, zusammen mit den Gruppen, die an der Front in meinem Arbeitsgebiet tätig waren.

Danach wurde ich angewiesen, die Propagandatätigkeiten zu koordinieren. Dann bin ich in ein anderes Gebiet versetzt worden, wo ich für die Koordination der Kommunikation verantwortlich war und dann auch für die Finanzen der Zone „Del Tigre" und „Usulutan".

Außerdem war ich Mitglied eines politischen Kollektivs, in dem wir die internen Strukturen in den verschiedenen Zonen von „Tres calles" und in der „Region del Tigre" koordinierten.

Wie war die sozio-ökonomische Situation der Frauen innerhalb der Frente?

A: Im letzten Jahr des Krieges haben wir begonnen, ein Frauenkomitee innerhalb der Frente zu gründen, das aber unabhängig und autonom ist. Die Idee bei der Gründung war im wesentlichen, Lösungen zu finden für Probleme, für die die Partei aus finanziellen Gründen nicht aufkommen konnte, wie z.B. die finanzielle Unterstützung der Kriegsopfer (Witwen, Waisen, ältere Leute). Das war die erste Sache, für die wir uns in der Region engagiert haben, um diesen Leuten eine finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Während des Krieges war ich in einer Frauenkooperative,

die sich die Aufgabe gestellt hatte, Waffen, Munition und Verpflegung durch die vom Feind besetzten Gebiete zu schmuggeln. Wir Frauen konnten besonders gut Waffen in Körben zwischen Gemüse und Brot verstecken und durch die Kontrollen der gegenerischen Wachposten gehen.

Dabei kam es darauf an, bei den Durchsuchungen der Militärs Ruhe zu bewahren, um uns nicht zu verraten. Wir Frauen bewährten uns als tapfere Kämpferinnen, wir ließen uns nicht mißhandeln, denn wir waren moralisch im Recht.

Unter der Versorgungssituation hatten besonders wir Frauen zu leiden. Im Kampfeinsatz mußten wir oft auf eine ausreichende Körperpflege verzichten, die monatliche Menstruation stellte uns vor hygienische Probleme.

Schwangere Frauen mußten bis zum achten Monat normal arbeiten, auf den langen Fußmärschen mußten sie ihre Lasten tragen so wie alle anderen Frauen.

Viele Frauen gebaren ihre Kinder in der vordersten Linie, es wäre zu gefährlich gewesen, nach hinten zu gehen. Unter schwierigsten Bedingungen, unter der Gefahr des eigenen Lebens gebaren diese tapferen Frauen. Diese Bedingungen verbesserten sich erst in den letzten Jahren des Krieges, aber während langer Zeit lebten wir Frauen unter diesen alltäglichen Einschränkungen. Eine Mitkämpferin gebar während eines Kampfeinsatzes auf einem Handtuch auf dem Boden liegend. Es gab keine Desinfektionsmittel und nach der Geburt trug sie ihren Säugling auf den Armen zurück zu ihren Kampfgefährten.

Wir Frauen reagierten auf die männliche Anmache unterschiedlich. Einige Frauen waren auf den Machismo nicht vorbereitet und resiginierten vor den ständigen Anspielungen und Berührungen der Männer. Andere Frauen ließen keine Anmache zu, wehrten sich und denunzierten die Männer. Die Männer ihrerseits respektierten diese Frauen, da es ihnen nicht so leicht viel, die Situation auszunutzen.

Zu Beginn des Krieges legte die Partei einen Schwerpunkt auf die ideologische Schulung. Im Krieg trat diese menschliche Seite des Kampfes zugunsten der Aufrechterhaltung und Verstärkung der verschiedenen Frontabschnitte zurück. Die neu in die Partei aufgenommenen Kampfgefährten bekamen vor allem eine Gefechtsausbildung, die ideologische Ausbildung war unzureichend.

Wie reagierten die Fruen der Frente-Führung?

A: Auch die Frauen aus dem Generalstab waren wütend über die ständigen chauvinistischen (Machismo-) Angriffe. Einmal hatte ich Gelegenheit, an einem Gespräch über die frauenfeindlichen Vorfälle teilzunehmen. Ein beschuldigter Offizier wurde degradiert. Und dies war kein Einzelfall, auch andere Männer, die schamlos Frauen mißbrauchten, wurden verurteilt.

Für mich war dieser Fall eine Bestätigung unserer Forderungen. Mit gestärkter Militanz wuchs unsere Kampfbereitschaft innerhalb der Partei.

Die Frauenorganisationen heute sind in Restauration (Neustrukturierung) begriffen, einfach dadurch, daß sie während des Krieges fast ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Armee dienten. Im Moment entwickeln wir verschiedene Organisationsformen und Inhalte, die speziell die feministische Frage betreffen und den Frauen direkt Nutzen bringen. Beispielsweise wollen wir eine integrale Schule aufmachen, wo jeder das lernen kann, wozu er sich berufen fühlt. Desweiteren wollen wir in diesem Projekt eine Alphabetisierungskampagne starten und eine politische Strategie für die kommenden Wahlen entwerfen.

Wie weit seid ihr mit der Frauen-Organisierung? Was gibt es für Pläne?

A: Die Frauenorganisationen sind erst jetzt wieder dabei, sich neu zu orientieren, denn seit unserer Entstehung gab es keine Möglichkeit, Projekte zu entwickeln, die Mehrheit (der Finanzen?) war zur Bildung von Fonds für den Krieg benutzt worden. Was wir akzeptieren, aber wir sehen auch, daß jetzt der Moment ist, wo wir die Fähigkeit entwickeln sollten, uns zu organisieren, und das schließt auch ein, daß wir uns von der Partei unabhängig machen, um die Autonomie von Projekten zu erreichen, die Frauen zugute kommen sollen. Wir haben an verschiedene Formen der Weiterentwicklung gedacht, z.B.: eine integrale Schule schaffen, in der Rhetorik, Alphabetisierung erarbeitet werden, und politische Punkte wie eine Wahlstrategie oder auch die Organisation von Gruppem (cuadros) auf militanter Ebene in der FMLN und auf unabhängiger Ebene Leiter von Gemeindeorganisationen, Gremien.

Außerdem interessiert uns, unsere Frauen auf dem Gebiet der Wirtschaft, Verwaltung, Buchhaltung usw. fortzubilden, eben allem, was organisatorische Entwicklung bedeutet.

Wie weit seid Ihr in der Organisierung der Frauen?

A: Das Sekretariat ist jetzt, nach dem Krieg, entstanden, obwohl es Proteste gab von einigen, die es für unnötig hielten. Wir haben uns von Anfang an als „Frauensektor", als etwas außerhalb der übrigen Sektoren der FMLN organisiert, und das zwingt uns, immer wieder zu betonen, daß wir kein Sektor, sondern eine soziale Kraft in El Salvador sind. Und da wir eine soziale Kraft sind, die sich im historischen Nachteil befindet, haben wir das Recht, uns zu organisieren und man muß uns anerkennen. Wir halten unsere Versammlungen ab und wählen unsere Vertreterinnen, wir versuchen, uns nicht manipulieren zu lassen, und das erzeugt Konflikte in der Partei. Es ist eine sehr wichtige Erfahrung, in der sich die Unterdrückung widerspiegelt, in der sich die Frau auch in der Linken befindet. Das zeigt sich darin, daß das Sekretariat für die Partei nur einen formalen Stellenwert einnimmt, niemand kümmert sich um die Bedingungen, unter denen das Sekretariat arbeitet, ob es wirtschaftliche Hilfe braucht oder ob die Projekte vorankommen, und wenn wir unsere Probleme auf den Tisch bringen, dann werden immer andere Prioritäten gesetzt.

Und dabei ist für uns klar, daß es ein großer und positiver Schritt nach vorne wäre in der Geschichte der Linken, wenn es den Fortschritt gäbe, den wir erhoffen.

Auf der anderen Seite hält sich das Sekretariat aus den Konflikten raus, die es zwischen den Parteien der FMLN gibt, und deshalb muß auch die Partei differenzieren zwischen ihren Konflikten und dem Fortschritt der Entwicklung des Sekretariats.

Hat sich die Aktivität der Frauen im Vergleich zur Kriegszeit geändert?

A: Die Bedingungen sind nicht dieselben. Der Ausgangspunkt ist anders, während des Krieges haben wir unsere ganze Zeit gegeben, 24 Stunden am Tag, und haben alles vernachlässigt, was wir hatten, die Familie, die Arbeit, das Studium. Nun ist das Problem nicht die Verfügbarkeit sondern die realen Bedingungen, jetzt muß man an den eigenen Unterhalt (Subsistenz), an die Wiedereingliederung denken. Für uns Frauen ist es noch schwieriger, wir haben eine dreifache Belastung, die meisten haben Kinder, wir müssen eine Wohnung finden, eine Arbeit, wir haben keine Ausbildung, die uns die Türen des Arbeitsmarkts öffnet. Wir haben auch nicht mehr die Unterstützung in den Familien wie früher, es ist nach zwölf Jahren Krieg nicht mehr dasselbe. Niemand sagt mehr: „Arbeite weiter für die Partei und ich passe auf Deine Kinder auf", jede einzelne muß auch noch für ihre Familie kämpfen. Es gab auch Fälle, in denen die Leute (Pflegeeltern???) nicht erlaubten, daß die Kinder zu ihren Eltern zurückkehrten, weil sie sie nach all der Zeit liebgewonnen hatten, was für uns ein wirklicher Konflikt war, denn wir alle hatten die Illusion gehabt, daß wir zurückkommen und gemeinsam mit unseren Kindern leben.

Das ist auch der Fall bei den Kämpferinnen, die Kinder haben von Vätern, die schon gestorben sind oder die sie verlassen haben, die ihr erstes Kind mit 13, 14 Jahren hatten und während des Krieges drei oder vier Kinder bekamen und jetzt auch vor großen Problemen stehen.

Glaubst Du, es wird sich an der Ideologie der Compañeros in der FMLN etwas ändern?

A: Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Es ist eine Debatte, die verschiedene Vorgehensweisen (Ausdrucksformen) besitzt.

Wir hatten die Idee, Gespräche und Diskussionen über die Geschlechterfrage zu führen. Das kann positiv sein für die Leute, die an der Geschlechterfrage interessiert sind. Oder wir könnten auch eine Diskussion führen über die Frauenproblematik und erläutern, was die Frauenorganisationen wollen und uns selbst darüber klarwerden, was die Geschlechtertheorie bedeutet.

Wir könnten auch zwischengeschlechtliche (bilaterale) Diskussionen beginnen, um uns der Compañeros bewußt zu werden, die eine Veränderung anstoßen wollen.

Dies alles sowohl im allgemeinen wie im speziellen. Bei diesem allem haben wir Überzeugungsarbeit zu leisten in der Hinsicht, daß wir sehen, daß unsere Anstrengung nicht vereinzelt ist, sondern gut ist für die Entwicklung der Linken und der Gesellschaft im allgemeinen, und daß wir dabei sind, uns Räume zu öffnen.

Klar, das bedeutet immer Diskussionen und Widersprüche, z.B. um Plätze für Kandidatinnen zu erkämpfen, wenn es Wahlen gibt. Und für Änderungen in der Gesetzgebung zu kämpfen. Und um zu erreichen, daß die Geschlechterfrage bei der Erziehung berücksichtigt wird.

Warum hast Du die Reise nach Europa jetzt gemacht?

A: Ich bin nach Europa gekommen, um die Wahrheit über das Friedensabkommen zu erzählen, und vor allem als Frau, um über die wirkliche Situation der Frauen bei uns zu erzählen. Ich will einen Kontakt oder eine Beziehung oder Zusammenarbeit mit Frauengruppen und gemischten Gruppen erreichen. Wir haben die Vorstellung, daß so ein Austausch dazu dienen soll, auch unsere Fehler zu diskutieren und sie so zu korrigieren. Wir wollen nicht die falsche Vorstellung wecken, daß alles gut läuft.

Wir wollen die Art der Zusammenarbeit mit den Internationalisten ändern und nicht nur Kontakte herstellen, um bestimmte Dinge zu erbitten, sondern um einen Austausch anzustoßen, d.h. sie nicht einfach im Namen unserer Entwicklung oder ökonomischen Bedürfnisse zu instrumentalisieren.

Vielen Dank für das Gespräch.

Gesamtbearbeitung: Lokale Unterstützungsgruppe der Clash-AG/Frankfurt a.M., BRD

se zu machen.

Arafats Stellung als Führer des palästinensischen Lagers begann zu wanken. Seine Autorität über die Palästinenser innerhalb der besetzten Gebiete, auch die in Fatah organisierten Palästinenser, begann ernstlich zu erodieren, ebenso seine Autorität gegenüber den tausenden von Kämpfern in den Lagern in Libanon, Syrien, Jordanien, Jemen, Libyien u.s.w.. Wie oben ausgeführt, hat dies in den vergangenen Monaten zu einer beschleunigten organisatorischen und politischen Desintegration innerhalb der PLO geführt. Die militärischen Arme der Fatah - wie zum Beispiel der im Libanon und in der Gegend von Nablus- haben Arafat in der Öffentlichkeit heftig kritisiert. Die PLO hat Botschaften und Zeitschriften geschlossen bzw. eingestellt und soziale Einrichtungen in den besetzten Gebieten zugemacht mit dem Argument, es fehle an finanziellen Mitteln.

Rabin mußte sich also schnell zwischen dem toten Pferd (der Delegation) und dem halbtoten Pferd (der PLO) entscheiden - und er wählte das letztere, um ein palästinensisches Gegenüber für die Unterzeichnung des Autonomieabkommens zu haben.

Der zweite Faktor, der zu Rabins politischer Richtungsänderung führte und der mit dem ersten zusammenhängt, ist die Intifada. Der Widerstand gegen die Okkupation im Gaza-Streifen ließ nicht nach. Trotz einer verstärkten Militärpräsenz in den letzten fünf Monaten (man wollte Widerstandsaktivisten, die 'gesuchten Männer' fangen), trotz der Zerstörung von dutzenden von Häusern mit Panzerabwehrraketen und trotz einer dramatischen Steigerung der Zahl der von israelischen Soldaten getöteten Kinder (siehe den B'Tselem Report vom Juli 1993).

Das Gefühl, daß Gaza eine schwere Bürde ist, die man loswerden sollte, wird heute von vielen Israelis geteilt, einschließlich einer Reihe von Knesset-Abgeordneten des Likud, sogar dem ehemaligen Verteidigungsminister Moshe Arens. In der Westbank hat die Intifada tatsächlich nachgelassen, aber die Soldaten der israelischen Armee und die Siedler werden weiterhin durch Guerillaeinheiten bedroht. Israelische Militärführer haben wiederholt betont, daß die Intifada nicht zu Ende ist. Sie könnte jederzeit wieder aufflammen und sie kann mit militärischen Mitteln nicht völlig unterdrückt werden. Hamas wird stärker aufgrund der Verzweiflung, die die fortdauernde Besetzung und Unterdrückung produziert.

Peres hat neulich seine Besorgnis darüber in einer Kabinettssitzung zum Ausdruck gebracht. Er erklärte enthusiastisch, warum er die PLO anerkennen wolle und fragte: "Warum sollten wir nicht mit ihnen sprechen? Wenn wir nicht mit ihnen sprechen, müssen wir mit Hamas sprechen". Minister der israelischen Regierung und Knesset-Abgeordnete werden nicht müde zu erklären, daß der Sinn des Abkommens darin bestehe, den 'Terrorismus' zu unterdrücken.

Die Rolle der PLO als Polizei in den besetzen Gebieten

Dies überträgt der PLO die Aufgabe, die Intifada endgültig zu unterdrücken, genauso wie die Opposition gegen den Autonomieplan. Wie Rabin gegenüber dem politischen Rat der Arbeitspartei ausführte (Yediot Aharonot vom 3.9.93): "Ich hoffe, daß wir einen Partner finden, der die Verantwortung für die inneren Probleme in Gaza übernimmt und der sie so löst, daß es keine Probleme mit Berufungsanträgen an den Obersten Gerichtshof gibt, keine Probleme mit B'Tselem und keine Probleme mit allen möglichen enttäuschten Israelis".

Dieses Ziel verfolgen sowohl Israel als auch die PLO und es gibt Anzeichen dafür, daß diese Art der Kollaboration schon in der Vergangenheit stattgefunden hat. Der General der Reserve Uri Or, der dem Auswärtigen Ausschuß und dem Sicherheitsausschuß der Knesset angehört, sagte in einem Interview im israelischen Armee-Sender am 1. September bezüglich der Wichtigkeit des Abkommens mit der PLO: "Zum ersten Mal ist eine Situation geschaffen worden, in der es jemanden anderen gibt, der Israels Interesse an Sicherheit und Ruhe teilt, so daß wirklich Sicherheit und Ruhe geschaffen werden können. Basam Abu Shariff, einer der Berater von Arafat beeilte sich, dies zu bestätigen: "Wir werden im Kampf gegen den Terrorismus kooperieren" (in einem Interview des israelischen Fernsehens vom 3.9.93).

Die israelischen Medien haben weitere Details über die Art dieser Zusammenarbeit bei der Niederhaltung der Opposition geliefert (sie nennen die Opposition Hamas): In großen Schlagzeilen auf der ersten Seite von Yediot Aharonot vom 2.September wurde der Washingtoner Journalist Shimon Shiffer zitiert: "Die Shabak und die PLO werden zusammenarbeiten, um für Sicherheit im Gaza zu sorgen." In dem Artikel heißt es weiter: "Bei Kontakten zwischen israelischen Offizieren und Persönlichkeiten der PLO wurde beschlossen, ein gemeinsames Komitee von Shabak und PLO-Offizieren zu bilden, das eine Kooperation beider Institutionen in Bereichen wie der inneren Sicherheit im Gaza-Streifen ermöglichen soll. Denn man nimmt an, daß Hamas versuchen wird, den Friedensprozeß zu sabotieren, wenn die Autonomie einmal in die Praxis umgesetzt ist.

Laut dem Artikel hat Polizeiminister Moshe Shahal in einer Versammlung von Polizeireportern erklärt, er selbst sei den Repräsentanten gegenübergesessen. Er habe die israelische Polizei in Diskussionen über die Struktur der palästinensischen Polizei repräsentiert, in denen es um die Frage ging, wer an der Spitze dieser Polizei stehen solle und welches die Polizeioffiziere sein sollten.

Dr. Riad Malki, der der Volksfront nahesteht, deutete an, wie diese Polizeiaufgabe der PLO bereits in die Praxis umgesetzt wird, als er beschrieb, daß "Israel massenweise Einreisegenehmigungen für junge Männer ausstellt, die in der Polizei dienen sollen. Ihnen wird erlaubt, die Brücke über den Jordan zu überqueren und an einer Ausbildung an israelischen Waffen teilzunehmen, die ihnen die zukünftige palästinensische Polizei zur Verfügung stellt. Eine solche Aufforderung an bewaffneten Übungen teilzunehmen, war bislang ein Verbrechen, für das immer noch viele palästinensische Gefangene in israelischen Gefängnissen sitzen". Er fügte sogar hinzu: "Der Zeitpunkt, wo die Menschenrechte der Palästinenser von Palästinensern selbst verletzt werden, nähert sich rasch."

Ich möchte mit einem Zitat von Haim Bar'am schließen, einem der wenigen mutigen und ehrlichen Journalisten unseres Landes (Kol Ha'ir vom 3.9.93): "Die konsequente Linke hat immer Gespräche mit der PLO verlangt, weil sie viele Jahre vor Peres und seinen Kollegen begriffen hat, daß es nur mit den legitimen Führern der palästinensischen Befreiungsbewegung möglich ist, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Slogan 'man schließt Frieden mit Feinden', den Peres und Shahal jetzt deklamieren, wurde in unseren Laboratorien erfunden. Ist der Arafat von heute es wert, in den alten Termini beschrieben zu werden? Kann er sein Volk zum Friedenstanz mit Israel bewegen unter den derzeitigen erniedrigenden Bedingungen, die das Resultat des amerikanisch-saudiarabischen Diktats und des finanziellen Bankrotts sind? - Im wahrsten Sinne dieses Wortes? Das erscheint unwahrscheinlich.

Wenn Arafat zu dem Schluß kommt, daß er keine andere Wahl hat, als Mustafa Dudin[1] nachzuahmen, dann wird das palästinensische Volk eine neue PLO gründen und die ganze Geschichte von Legitimierung und Gesprächen und der Notwendigkeit ein geeignetes psychologisches Klima für den Friedensprozeß zu schaffen, wird von vorne losgehen. Wenn hingegen Arafat sich weigert, sich zu ergeben und darauf besteht, weiterhin einen souveränen Staat neben Israel anzustreben, dann ist das eine Herausforderung an die wirkliche Linke, noch einmal für den Kampf für den Frieden zu mobilisieren, einschließlich der geteilten Souveränität über Jerusalem - und die merkwürdige Allianz mit Rabin und den meisten seiner Kollegen wird zusammenbrechen wie ein Kartenhaus...".

Tikva Honig-Parnass

Gekürzt aus: NEWS FROM WITHIN, Jerusalem, Sept. '93

(Übersetzung: Blätter des iz3w)

Anmerkung:

1) Der Gründer der 'Dorfliga', die die israelischen Sicherheitskräfte im Jahre 1982 zu etablieren versuchten, um eine Alternative zur nationalistischen Bewegung in den besetzten Gebieten zu bieten.

„Es gibt nur ein Problem beim Zeitungsmachen: Überleben!"

Die Angriffe des türkischen Staates gegen *Özgür Gündem* nehmen kein Ende!

Am 10.12.93 - dem internationalen Tag der Menschenrechte - griffen türkische Sicherheitskräfte die Zeitung **Özgür Gündem** (Freie Debatte) und die kurdische Zeitschrift WELAT an.

Özgür Gündem ist eine türkisch/kurdische Tageszeitung, die am 30. Mai 1992 zum ersten Mal erschien. In ihrem Selbsverständnis bezeichnet sie sich als antiimperialistisch, antifaschistisch und antichauvinistisch und sie ist die einzige türkisch-sprachige Tageszeitung (Auflage 40.000, davon ca. 10.000 im Ausland), die nicht chauvinistisch-diffamierend über den Krieg in Kurdistan berichtet und die der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan), der ERNK (Nationale Befreiungsfront) und der ARGK (Befreiungsarmee) eine Stimme gibt.

Genauso berichtet sie über die Kämpfe der Gewerkschaften, Studenten und anderer Linke in der Türkei und richtet sich „sowohl an die türkischen Arbeitenden als auch an das kurdische Volk"

Nach dem Angriff auf die Redaktionsgebäude in Istanbul und Zweigstellen in zwölf weiteren Städten, bei dem rund 220 (!) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verhaftet und viele auch anschließend gefoltert wurden, solidarisierten sich vielzählige und vielfältige Verbände, Organisationen und Einzelpersonen in der Türkei wie auch im Ausland mit **Özgür Gündem**.

Wir schließen uns hiermit der Solidarität mit *Özgür Gündem* ausdrücklich an!

No pasaran!

Presseerklärung der Europavertretung von *Özgür Gündem*, 10.12.93

Heute, am Freitag, um 17.00 Uhr, wurde das Zentralbüro unserer Tageszeitung in Istanbul seitens der türkischen Polizei gestürmt. Alle Mitarbeiter/innen sind festgenommen worden. Darunter befinden sich auch die Chefredakteurin Gurbetelli Ersóz und der 2. Chefredakteur Ferda Cetin, sowie die Abteilungsleiterin Gültan Kisanak. Somit ist die Erscheinung der Zeitung praktisch eingestellt. *(Anm. d.Red.: Özgür Gündem erscheint mit Hilfe vieler freiwilliger Unterstützung, in verringertem Umfang, weiter)*

Die Polizeikräfte schlugen zur gleichen Zeit auch in Diyarbakir ein. Hier wurden die Journalisten Nuran Tekdag, Necmiye Aslanoglu und der Bürovorsteher Hasan Özgün festgenommen. Die Telefon- und Faxverbindungen von diesen Büros ist unterbrochen. Die offiziellen Stellen der türkischen Regierung haben bis jetzt keine Stellungnahme zu den Vorfällen gezeigt.

Sowohl in Istanbul, als auch in Diyarbakir wurden für die Festnahmen keine Gerichtsbeschlüsse vorgelegt. Unsere Tageszeitung, die schon von Anfang an sich für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben des türkischen und kurdischen Volkes eingesetzt, und über die Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan berichtet hat, wurde ständig zur Zielscheibe der türkischen „Sicherheitskräfte" und Institutionen. Insgesamt wurden 9 unserer Journalisten und 11 Mitarbeiter in den letzten 16 Monaten ermordet. Die Zahl der festgenommenen und gefolterten Journalisten liegt um die 100. Darüberhinaus wurden 200 Erscheinungen beschlagnahmt und gegen uns Verfahren eingeleitet. Dis vor zwei Tagen war unser Herausgeber Yasar Kaya in Ankara inhaftiert.

Nun sind demokratische Kräfte und Medien im In- und Ausland aufgefordert, Solidarität mit der oppositionellen **Özgür Gündem** zu zeigen.

Özgür Gündem
Europavertretung
(Sachsenring 29-31, D-50677 Köln, BRD)

Repression gegen PKK und kurdische Vereine

Am 26.11. wurden in einer BRD-weiten Razzia Vereins-, Geschäfts- und Büroräume von Kurdinnen und Kurden durchsucht und geschlossen. In der BRD wurde die Arbeiterpartei Kurdistans, PKK; die Nationale Befreiungsfront, ERNK und jegliche Tätigkeit für diese verboten. Daneben wurde das Kurdistan Komitee Köln, der Berxwedan-Verlag, die Nachrichtenagentur KURD-Ha, weitere 29 kurdischen Kultur-, Arbeiter- und Frauenvereine sowie deren Zusammenschluß FEYKA-Kurdistan verboten.

Wenige Tage später wurden in Frankreich das Kurdistan-Komitee Paris, die Föderation der Kurdischen Vereine, sowie weitere 7 Vereine verboten.

Nach diesen Aktionen wurde in der Presse in der Schweiz über ein dortiges Verbot ebenfalls öffentlich „diskutiert" und auch in den Niederlanden werden vereinzelt entsprechende Stimmen laut.

Eine offizielle PKK- oder ERNK-Vertretung gibt es - außer in Griechenland und Italien - in den europäischen Staaten nicht. Aber die Vereine und besonders die 11 Kurdistan-Komitees in den europäischen Staaten scheinen dem türkischen Regime ein Dorn im Auge zu sein und es ist davon auszugehen, daß die Aktionen im Rahmen einer europäischen Unterstützung für den „NATO-Partner Türkei" vorbereitet und durchgeführt wurden. Dem türkischen Regime soll moralische Unterstützung in seiner Völkermordpolitik gegen das kurdische Volk signalisiert werden.

Der Sicherheitsrat des türkischen Regimes hat im Juli '93 zum „totalen Krieg" gegen die Kurden aufgerufen. Der Vernichtungskrieg gegen ein ganzes Volk, die Zerstörung hunderter Dörfer und ganzer Städte - wie zuletzt Lice - kann weder in der Türkei, noch im Ausland legitimiert werden, und schon lange nicht mehr als der Kampf gegen eine paar vereinzelte „Terroristen".

Das Verbot der Vereine und Organisationen in den europäischen Ländern sind die mehr moralische Unterstützung, die mit den Waffenlieferungen an das türkische Regime materialisiert wird.

Solidarität mit dem Kampf des kurdischen Volkes - Solidarität mit PKK, ERNK, ARGK!

Die Kriegstreiber und Profiteure angreifen!

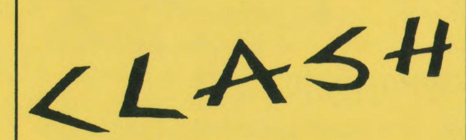
Für den 12. März ist in der BRD eine große Solidaritäts-Demonstration geplant. Informationen bei: Solidaritätskomitee Kurdistan, Wolfstr. 10/HH, D-53111 Bonn, Tel: 0228-659513

Austria

Infoladen
Margaretengürtel 122-124/1/K
1050 Wien
Tel: (+43) 1 / 542307
Fax: (+43) 1 / 5353856

Infoladen
Kapuzinerstr. 36
4020 Linz
Tel: (+43) 70 / 279660

Infoladen
Schillerstr. 7/19
8010 Graz
Tel: (+43) 316 / 384739



Internationale Zeitung

Eine vierteljährlich erscheinende Zeitung in deutsch- und englischsprachiger Ausgabe. Herausgegeben von einem unabhängigen Redaktionskollektiv von Menschen aus verschiedenen Ländern Europas. Entstanden aus dem Internationalen Infoladentreffen. Erhältlich in guten Buch- und Infoläden in West-Europa, USA, Kanada ...

Nummer 10 Frühjahr '94

Schwerpunkt:
fight **Patriarchat**

Mit Beiträgen aus:
Lateinamerika, Europa, Spanien, BRD, Sowjetunion, Irland, USA ...

Berichte
Gefangene International, Devrimci Sol, El Salvador, Palästina, Kurdistan ...

Schwerpunkt von Nr.9:
Reaktionäre Mobilisierung
Berichte aus: Frankreich, Schweden, Britannien, Schweiz

Schwerpunkt No.11
Kapitalistische Krise - Diskussionsbeitrag von Karl-Heinz Roth

Post im doppelten Umschlag
1. (innerer) Umschlag: CLASH
2. (äußerer) Umschlag:
Stichting Marinus vd Lubbe
Postbus 11149
NL 1001 GL Amsterdam
Niederlande

Britain

Bookshop
121 Railton Road
London SE 24

56A Infoshop
56 A Crampton Street
London SE 17

Anti-Facist-Action
BM BOX 1734
London WC 1 N3XX

Denmark

Autonomt Info
Elmegade 27
2200 Copenhagen N
Tel: (+45) 31351212
Fax: (+45) 35371980

Cafe Usmalia
Undomhuset
Jagdvej 69
2200 Copenhagen N

Euskadi

Urtoki Kollektiboa
Apdo. 1453
Donostia
(San Sebastian/Guipuzkoa)

Ediciones E.Z.
Apdo. 235
48080 Bilbo
(Bilbao/Bizkaia)

France

Wolnitza
42, Rue Bordeaux
69000 Lyon

M.A.P. Printing
37, Rue Bordeaux
69000 Lyon

Germany

Infoladen
Kellnerstr. 10 a
06108 Halle
Tel: (+49) 345 / 25537

Infoladen
Brandströmstr. 6
07749 Jena

Infoladen "Daneben"
Rigaer Str. 84
10247 Berlin

Infoladen "Omega"
Sparstr. 21
13353 Berlin
Tel: (+49) 30 / 4537023
Fax: (+49) 30 / 4538678

Nachladen
Waldemarstr. 36
10999 Berlin
Tel: (+49) 30 / 654747

Papiertiger
Cuvrystr. 25
10997 Berlin
Tel: (+49) 30 / 6183051

Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg
Tel: (+49) 40 / 446095
Fax: (+49) 40 / 4108122

Infoladen "Assata"
c/o Alternative
An der Wallhalbinsel 27
23554 Lübeck

Infoladen "Omega"
Bahnhofstr. 44
24534 Neumünster
Tel: (+49) 4321 / 45927

Infoladen "Anschlag"
Heeperstr. 132
33607 Bielefeld
Tel: (+49) 521 / 171253

Infoladen
Südanlage 20 HH
35390 Gießen
Tel: (+49) 641 / 74423

Infoladen
c/o Buchladen
Rote Straße 10
37073 Göttingen

Projekt Archiv
c/o Druckluft
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen
Tel: (+49) 208 / 852454

Infoladen
c/o cila
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund
Tel: (+49) 231 / 827000

Infoladen "LC"
Ludolf Camphausen Str. 36
50627 Köln
Tel: (+49) 221 / 522907
Fax: (+49) 221 / 5102768

AK Internationalismus
Wolfstr. 10 HH
53111 Bonn
Tel: (+49) 228 / 659513

Infogruppe
c/o Exzess
Leipziger Str. 91
60487 Frankfurt
Tel: (+49) 69 / 774670

Infoladen „Basta"
Frankfurter Str. 58
64293 Darmstadt
Tel: (+49) 6151 / 295639
Fax: (+49) 6151 / 781661

Infoladen
Werderstr. 8
65195 Wiesbaden
Tel: (+49) 611 / 440664
Fax: (+49) 611 / 9490751

Infoladen
c/o Autonomes Zentrum
Brauerstr. 39
66123 Saarbrücken
Tel: (+49) 681 / 374364

Infoladen "Moskito"
Alte Bergheimer Str. 7a
69115 Heidelberg
Tel: (+49) 6221 / 181200
Fax: (+49) 6221 / 164489

Infoladen
Breisacher Str. 12
81667 München
Tel: (+49) 89 / 4489638
Fax: (+49) 89 / 4802006

Netherland

Infogruppe
PB 3762
1001 AN Amsterdam

Infoshop Gron
Steenstilstraat 38
Mail: PB 2107
Groningen
Tel: (+31) 50 / 133247

De Invalshoek
Koppenhinksteeg 2
2312 HX Leiden
Tel: (+31) 71 / 127619

Infoshop Phoenix
1 ste Pijnackerstraat 138 B
3035 GX Rotterdam
Mail: PB 28546
3003 JA Rotterdam
Tel: (+31) 10 / 4678822

Infowinkel Assata
Begijnenstraat 34
6511 WP Nijmegen
Tel: (+31) 80 / 238162
Fax: (+31) 80 / 223267

Boekwinkel Assata
2e Walstraat 21
6511 LN Nijmegen
Tel: (+31) 80 / 605208

Infowinkel „schism"
Ganzenmarkt 26
3512 GE Urecht

Italy

Radio Onda Rossa
Via dei Volsci 56
00100 Roma
Tel: (+39) 6 / 491750

T 28 Infoshop
Via dei Transit 28
20127 Milano

Radio Onda d'Urto
Contrada Carmine 16
25121 Brescia
Tel: (+39) 49 / 46596

Radio Sherwood
Vicola Pontecorvo 1 a
25100 Padova

Centro di Communicazione
Antagonista
Via Avesella 5 / b
40100 Bologna

Contro Informatione
Internazionale
Via Tagliapietre 8 / b
40123 Bologna
Tel: (+39) 51 / 260556
Fax: (+39) 51 / 6340692

Norway

Blitz Bokkafe
Pilestredet 30 C
0146 Oslo
Tel: (+47) 22110109
Fax: (+47) 22112349

UFFA Info
Inherredvn
7002 Trondheim
Tel: (+47) 7 / 514899

Sweden

Bokhandeln Info
Hornsgatan 151
Stockholm
Tel: (+46) 8 / 6585839

Barrikaden
Box 4519
20320 Malmö

Wapiti
Killiansg. 15
22221 Lund
Tel: (+46) 140977

Spain

Lokal
Calle de la Cerra 2
Barcelona

Switzerland

Volxbibliothek
c/o Reithalle
Neubruckstr. 8
3012 Bern
Tel: (+41) 31 / 246317
Fax: (+41) 31 / 247874

Infoladen
Murbachstr. 51
4057 Basel
Tel: (+41) 61 / 3213131
Fax: (+41) 61 / 3213183

Infoladen Kasama
Klingenstr. 23
8005 Zürich
Mail: Postfach 334
8026 Zürich
Tel: (+41) 1 / 2719009
Fax: (+41) 1 / 2719012

USA

Infoshop
3124 Sharruck Ave
Berkley, CA 94705
(510) 848 - 6466
E-Mail: Resist @ IGC.APC.ORG